G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Kade
„Nachrüsten" oder verhandeln?

Reinhard Kühnl
Waren die deutschen Faschisten Sozialisten?

Michael T. Klare
Restauration des US-Interventionismus

Lew Semejko
Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa?

Kristine v. Soden
Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung
Die neue § 218-Kampagne der CDU/CSU

Ulrich Briefs
„Leitende Angestellte als Potential autoritärer Politik

Hans Heinz Holz
Die Verteidigung des Elfenbeinturms (II)

11'79

November 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1979

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1979 1285

KOMMENTARE UND BERICHTE

„Nachrüsten" oder verhandeln?
Der SPD-Parteitag vor der Entscheidung ..... *Gerhard Kade* 1288
Bayerische Freiheit. Das bayerische Innenministerium und die Kriegsdienstgegner ..... *Guido Grünewald* 1292
Südkorea – Legende und Wirklichkeit ..... *Hans Kirchmann, Tokio* 1295

OFFENER BRIEF der Herausgeber der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages
Betr.: Die geplante NATO-Entscheidung über die Einführung atomarer Mittelstreckenraketen und das sowjetische Verhandlungsangebot 1299

HAUPTAUFSÄTZE

Waren die deutschen Faschisten Sozialisten? Analyse einer Geschichtsfälschung ..... *Reinhard Kühnl* 1303
Restauration des US-Interventionismus. Amerikanische Versuche, Vietnam vergessen zu machen ..... *Michael T. Klare* 1327
Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa? ..... *Lew Semejko* 1337
Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung. Die neue § 218-Kampagne der CDU/CSU ..... *Kristine v. Soden* 1343
„Leitende Angestellte" als Potential für eine neoautoritäre Politik. Zu Ideologie und Realität des „Faktors Disposition" ..... *Ulrich Briefs* 1353
Notizen zum Aussperrungsverbot ..... *Roderich Wahsner* 1367
Die Verteidigung des Elfenbeinturms.
30 Jahre Philosophie in der BRD (II) ..... *Hans Heinz Holz* 1373

MEDIENKRITIK

Sumpf ..... *Günter Giesenfeld* 1386

BÜCHER

Perspektiven von Arbeit und Freizeit ..... *Kaspar Maase* 1387

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1393

TAGUNGSBERICHT

Umwelt- und Friedensbewegung. Ein Bericht über den Kongreß „Ökologiebewegung und Friedensbewegung" in Kassel
am 27./28. Oktober 1979 ..... *Hans Bubenzer* 1397

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Rede Leonid Breschnews aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der DDR am 6. Oktober 1979 in Berlin (mit den Vorschlägen zur Abrüstungspolitik) (Wortlaut) 1399
Resolutionen der Sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna vom 3. bis 9. September 1979 1403
Protesterklärung von 138 Verlagen der Bundesrepublik und des Auslands anläßlich des Besuchs von Bundespräsident Karl Carstens auf der Frankfurter Buchmesse am 14. Oktober 1979 (Wortlaut) 1411
Aufruf „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel", vorgestellt am 12. Oktober 1979 anläßlich der Buchmesse in Frankfurt/M. 1412
Wortlaut des Aufrufs „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel" 1413
Geleitwort von Prof. Dr. Helmut Ridder zur Bekanntgabe des Aufrufs „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel" 1413

„Nachrüsten" oder verhandeln?

Der SPD-Parteitag vor der Entscheidung

Als der Abrüstungsexperte der SPD-Fraktion, Pawelczyk, am 11. September der Presse den Leitantrag des Parteivorstandes „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der Anfang Dezember – unmitelbar vor der NATO-Ratstagung – stattfinden wird, vorstellte, war schon ganz klar, daß das Problem der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen im Mittelpunkt der Parteitags-Debatte stehen würde. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke hatte bereits Mitte August in einem „Spiegel"-Gespräch deutlich gemacht, daß neben der energiepolitischen Kontroverse die Sicherheits- und Entspannungspolitik das zweite zentrale Thema des Parteitages sein würde und daß es dabei in der Hauptsache darum ginge, eine Empfehlung für die „Modernisierung" der Mittelstreckenwaffen auszusprechen, um eine sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich auszugleichen („Der Spiegel", 33/1979). Ganz ähnliche Akzente setzte Verteidigungsminister Apel, als er am 4. September das Verteidigungs-Weißbuch vorstellte, wobei er – ähnlich wie Ehmke vor ihm und der Parteivorstand kurz danach im Leitantrag – die Verbindung einer „Modernisierung" der Raketenwaffen im Mittelstreckenbereich mit Rüstungskontrollangeboten an die Warschauer Vertrags-Staaten propagierte. Diese Marschrichtung muß bei oberflächlicher Betrachtung den Parteitags-Delegierten ebenso wie dem Parteivolk unmittelbar plausibel erscheinen, vor allem, wenn man sie auf dem Hintergrund jener Äußerung sieht, die seit der sicherheitspolitischen Debatte im Deutschen Bundestag häufig von SPD-Politikern zu hören war: Einer Stationierung solcher neuen Mittelstreckenraketen werde man nur dann zustimmen, wenn die übrigen europäischen NATO-Partner ebenfalls hierzu bereit seien. „Entspannungs- und Verteidigungspolitik sind gleichwertige und unverzichtbare Instrumente der Sicherheitspolitik", heißt es im Leitantrag. Und steht nicht die vorgeschlagene Kombination eines Rüstungskontroll-Angebots und der Aufrüstungspläne, die als „Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit der NATO" dargestellt werden, in vollem Einklang mit der Forderung zur Sicherheitspolitik: „Die Verknüpfung von Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik muß die Grundlage der Sicherheitspolitik bleiben"?

Zumindest müssen hiervon alle diejenigen überzeugt sein, die einer maßlosen Propagandakampagne Glauben schenken, mit der seit Mai 1978 systematisch auf die geplanten Hochrüstungs-Beschlüsse der NATO hingearbeitet wurde. Auf dem vorjährigen NATO-Gipfel in Washington wurde neben Entscheidungen über die Fortsetzung des quantitativen Wettrüstens ein weitreichendes „Modernisierungs-Programm" beschlossen, das sich vor allem auf die nuklear-taktischen Waffen bezog. Zu einem Zeitpunkt, da sich die SALT II-Verhandlungen langsam ihrem Ende näherten und eine Einigung über ein Gleichgewicht im nuklear-strategischen Bereich zwischen den USA und der Sowjetunion auf niedrigem Niveau absehbar war, entschieden sich die entspannungsdfeindlichen Kräfte der NATO, alles daran zu setzen, die globale Parität zugunsten des Westens zu verändern, und das konnte bei den existierenden Kräfteverhältnissen nur im Bereich der nuklear-taktischen Waffen geschehen, die in den europäischen NATO-Ländern stationiert sind.

Wie immer, wenn es darum ging, eine qualitativ neue Welle des Wettrüstens einzuleiten, wurde in der Öffentlichkeit die Legende von der sowjetischen Bedrohung propagiert. So wie in den 50er Jahren bereits „Raketen-Lücken", die sich sehr bald als bloße Erfindungen herausstellten, dazu herhalten mußten, die Bevölkerung in den NATO-Ländern für neue finanzielle Opfer bereit zu machen, so rollt auch diesmal die Propagandawelle des militärisch-industriellen Komplexes. Der „offensive Charakter" der sowjetischen Rüstung wird beschworen (Apel), es wird behauptet, die Sowjetunion rüste über das zu Verteidigungszwecken notwendige Maß hinaus (Genscher und Apel), die sowjetische Bedrohung sei gewachsen (Apel), die neuen Raketen Moskaus stellten die NATO nicht nur vor eine technische, sondern auch vor eine politische Herausforderung (Schmidt) usw., usw. Sowjetische Bedrohung und militärische Überlegenheit des Warschauer Vertrages – sind das nicht hinreichende Gründe für ein „Nachrüsten" der NATO?

Während der Dezember-Tagung der NATO im Jahre 1978 wurde schon sehr deutlich, worauf der „Modernisierungs"-Beschluß des Washingtoner NATO-Gipfels abzielte. Die „Neue Zürcher Zeitung" schrieb am 5. Dezember 1978 über den Stand der Diskussion in der NATO: „Es geht dabei unter anderem darum, ob und wie weit der wachsenden Bedrohung Europas durch sowjetische Mittelstreckenraketen (SS-20) und -bomber (Backfire) weitreichende Nuklearwaffenträger entgegengestellt werden sollen, in welchen Ländern solche allenfalls zu stationieren wären, ob es sich um Raketen oder Cruise Missiles oder andere Waffensysteme handeln soll . . . In den gleichen Gesamtkomplex gehört aber auch die Modernisierung des taktischen Gefechtsfeldwaffen (Stichwort Neutronenbombe)."

Seither ist es den USA ohne Zweifel gelungen, ihren wichtigsten europäischen NATO-Partner auf diese Politik einzuschwören. Äußerungen von Verteidigungsminister Apel, vor allem aber wiederholte Stellungnahmen Außenminister Genschers deuten darauf hin, daß die Bundesregierung wild entschlossen ist, auf der Dezember-Tagung der NATO den Beschlüssen über die Stationierung der Cruise Missiles und der „PERSHING II"-Rakete zuzustimmen, also für die Einführung von nuklearen Trägerwaffen zu plädieren, die auf Grund ihrer Reichweite den größten Teil des europäischen Gebiets der Sowjetunion zerstören können und deshalb zwangsläufig (aus der Perspektive der Sowjetunion) als strategische Waffen eingestuft werden müssen.

Welche Konsequenzen hätte eine solche Entscheidung? Zunächst ist ganz klar, daß jede neue Runde des Wettrüstens die ohnehin gefährliche militärische Konfrontation dem kritischen Punkt näherbringen kann. Jede Fortsetzung der Hochrüstungspolitik der NATO ist überdies dazu angetan, die Erfolge der politischen Entspannung zu torpedieren. „Friedenspolitik, die Politik der sozialen und politischen Entspannung bleibt vom Rüstungswettlauf bedroht" (Leitantrag, Einleitung). Selbst wenn man bereit ist, diesen Schritt der qualitativen Hochrüstung mit einem Verhandlungsangebot zu koppeln, so ändert das nichts an den objektiven Folgen einer Fortsetzung des Wettrüstens, die entgegen der Absichtserklärung des Leitantrags eben gerade destabilisierend für das Ost-West-Verhältnis wirkt. Und es ist illusionär zu glauben, man könne durch die Verbindung von „rüstungskontrollpolitischen Regelungen" und „verteidigungspolitischen Optionen" eine auflösende Bedingung formulieren (so Egon Bahr, „Frankfurter Rundschau" v. 27. 10. 1979), die in dem Sinne einer Absichtserklärung des Leitantrags wirksam werden könnte. Es müsse „möglich gemacht werden" – heißt es da – „die häufig anzutreffende Abfolge – militärische Forderung, Entwicklung, Erprobung, Serienproduktion und Zuweisung an die Streitkräfte – . . . in jedem Stadium zu unterbrechen . . . Das kann

durchaus bedeuten, daß schon entwickelte Waffensysteme aufgrund von Verhandlungsergebnissen nicht produziert und den Streitkräften zugeführt werden." Die Geschichte des Rüstungswettlaufs lehrt jedenfalls, daß bei allen wesentlichen qualitativen Neuerungen, die durchweg von den USA ausgingen, eine sowjetische Reaktion ausgelöst wurde, und das würde auch in diesem Falle passieren, wie die verantwortlichen Militärs und Politiker der Sowjetunion bereits wissen ließen.

Die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa bringt jedoch spezifische Gefahren mit sich. Noch bevor das zweite SALT-Abkommen vom amerikanischen Senat ratifiziert worden ist, drängen die USA ihre europäischen NATO-Partner dazu, in Europa eine atomare Maginot-Linie aufzubauen, und zwar mit atomaren Trägerwaffen, deren Reichweite das strategische Gleichgewicht verändert. Mit der atomaren Hochrüstung in Westeuropa wird Europa vollends zum potentiellen Schlachtfeld Nr. 1 für einen nuklearen Konflikt. Überdies – und hier liegt eine besondere Gefahr – kann die Anhäufung von neuen Kernwaffenträgern in Westeuropa die schon längst begraben geglaubte Illusion von der Möglichkeit eines begrenzten atomaren Konflikts wieder zum Leben erwecken.

Schon einmal haben die USA versucht, Europa im Sinne der Abkoppelungsthese des amerikanischen Sicherheitsberaters Brzezinski die Rolle zuzuweisen, Startrampe für gefährliche Nuklearwaffen zu werden, als über die Stationierung der Neutronenwaffe diskutiert wurde. Die Absicht, neue weitreichende Mittelstreckenraketen einzuführen, läßt diese Tendenz immer deutlicher werden: Wachsende ökonomische Schwierigkeiten in den USA und ein gesunder Selbsterhaltungstrieb haben diese dazu geführt, Europa in der Nuklearstrategie der Vereinigten Staaten eine Schlüsselrolle zuzuweisen. Mit der ständig wiederholten Legende von der sowjetischen Bedrohung soll die Öffentlichkeit über einen wahrhaft paradoxen Zustand hinweggetäuscht werden: Die Bevölkerung der BRD und anderer europäischer NATO-Partner wird zu ständig höheren Rüstungsausgaben gezwungen, die zum Kauf amerikanischer Träger-Waffen und Sprengköpfe dienen, deren Einsatz im Ernstfall zur Vernichtung eben dieser Bevölkerung führt.

Die Delegierten des SPD-Parteitages werden sich also vor der entscheidenden NATO-Tagung die Frage vorzulegen haben, ob eine Zustimmung zu den Mittelstreckenraketen-Plänen der NATO wirklich mit den Grundprinzipien sozialdemokratischer Sicherheitspolitik vereinbar ist. Ob es dem Fortschritt der politischen Entspannung dienlich sein kann, wenn eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet wird. Ob es nicht der Verpflichtung zur Vertrauensbildung widerspricht, wenn auch im Leitantrag das Märchen von der sowjetischen Bedrohung nachgebetet wird. Ob die geplanten Rüstungsanstrengungen wirklich vereinbar sind mit der Politik des Gleichgewichts der Kräfte, die als Grundlage der kooperativen Rüstungssteuerung bezeichnet wird.

Angesichts der Abrüstungsinitiative des sowjetischen Staatspräsidenten, die Kernwaffenträger mittlerer Reichweite in den westlichen Gebieten der Sowjetunion zu reduzieren, ist jede weitere Anhäufung von Kernwaffen in Westeuropa eine akute Gefährdung des Friedens in der Welt. Wer in den europäischen NATO-Ländern diesem gefährlichen Kurs zustimmt, trägt dazu bei, die militärische Konfrontation anzuheizen, die politische Atmosphäre zu vergiften und die Erfolge der Entspannung zu zerstören.

Der Leitantrag zur Sicherheitspolitik muß nach der Rede Breshnews in Berlin unter neuen Aspekten diskutiert werden. In einigen Ländern Westeuropas ist der Ernst der Lage bereits verstanden worden. Es gibt eigentlich schon seit dem umfassenden Verhandlungsangebot der Moskauer

Deklaration keine vernünftige Alternative zu Rüstungsbegrenzungsgesprächen; mehr noch gilt das aber nach den einseitigen Abrüstungsschritten, die neue Perspektiven für alle Verhandlungsebenen bieten.

Die Delegierten des SPD-Parteitages haben angesichts der jüngsten Entwicklungen und der bevorstehenden Ereignisse eine große Verantwortung. Von ihnen hängt es ganz wesentlich ab, ob die Entscheidung für eine neue Runde des Wettrüstens mit allen Konsequenzen, die sich hieraus außen- und innenpolitisch ergeben, verhindert wird. Sie stehen vor der Alternative, entweder an die Tradition sozialdemokratischer Entspannungspolitik anzuknüpfen oder zu einer Verschärfung des internationalen Klimas beizutragen, was innenpolitisch nicht unerheblich zur Stärkung der Rechtskräfte beitragen könnte.

Gerhard Kade

Zur „Nachrüstungs"-Debatte

210 Seiten, DM 12,80

294 Seiten, DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Bayerische Freiheit

Das bayerische Innenministerium und die Kriegsdienstgegner

Daß Kriegsdienstgegner in Deutschland diskriminiert werden, hat die Friedensbewegung seit ihren Anfängen Ende des vorigen Jahrhunderts immer wieder schmerzhaft erfahren müssen. Bertha v. Suttner, Ludwig Quidde oder Carl v. Ossietzky stehen nur als herausragende Beispiele für eine Vielzahl von Pazifisten, die sich Diffamierungen von seiten der herrschenden politischen Kreise und zum Teil auch staatlicher Verfolgung ausgesetzt sahen. Diese unrühmliche Tradition hat in der Bundesrepublik kein Ende gefunden. Schon bald nach dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkrieges fanden sich Kriegsdienstverweigerer wieder unter „Kommunismus-Verdacht" gestellt, und seit den 60er Jahren werden die Organisationen der Friedensbewegung in den jährlichen Verfassungsschutzberichten als „kommunistisch beeinflußt" dargestellt. Auch die sozial-liberale Koalition ist von dieser Vorgehensweise nicht abgerückt: Im jüngsten Verfassungsschutzbericht 1978 wird die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) als „mitgliederstärkste unter den kommunistisch beeinflußten Organisationen" bezeichnet, wobei immerhin eingeräumt wird, daß die Mitglieder „zum größten Teil Nichtkommunisten sind". (S. 95 des Verfassungsschutzberichtes)

Einen Schritt weiter ist die bayerische Staatsregierung gegangen, die in letzter Zeit verschiedene Mitglieder der DFG-VK, die sich für den Staatsdienst beworben haben, mit Berufsverbot belegt hat. Bekanntgeworden sind vor allem die Verfahren gegen Manfred Lehner und gegen Heinrich Häberlein, dessen Ablehnung in erster Instanz durch das Verwaltungsgericht Ansbach im In- und Ausland Empörung hervorgerufen hat. Inzwischen sind zwar bis auf einen Fall alle Berufsverbotsopfer zumindest vorläufig in den Staatsdienst eingestellt worden, doch zeigt das Verhalten der bayerischen Staatsregierung, daß sie ihr Vorgehen offensichtlich noch verschärfen will. Der DFG-VK ist nämlich ein Geheimpapier des bayerischen Staatsministeriums des Inneren bekanntgeworden, das unter dem Aktenzeichen I F 1 – 2025 – 22/12 auf 62 Seiten „Geschichte, Organisation, ideologisch-politischen Standort" der DFG-VK aus der Sicht des Ministeriums analysiert. Dieses Papier, das offensichtlich als Beweisstück in die Berufungsverhandlung des Verfahrens gegen Heinrich Häberlein vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingeführt werden soll und das außerdem bereits als Grundlage für weitere Anhörungen gedient hat, geht in den Anschuldigungen gegen die DFG-VK einen entscheidenden Schritt weiter, indem der Organisation unterstellt wird, auf den Umsturz der Gesellschaftsordnung hinzuarbeiten: „Programm, geschichtliche Entwicklung und Aktionen sowie die äußere Geschlossenheit des Verbandes zeigen die Festlegung der DFG-VK dahin, daß in der Bundesrepublik Deutschland Kriegsursachen wirken, die im Rahmen der Bündnispolitik der DKP beseitigt werden können. Dabei beschränkt sich die DFG-VK nicht darauf, analysierende Friedensforschung zu betreiben, sondern wird als antimilitaristischer Kampfverband kämpferisch aggressiv tätig. Mit dem aggressiv kämpferischen Einsatz für die Verwirklichung ihrer Zielsetzung geht die DFG-VK darauf aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, ihre verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG zu beeinträchtigen und zu beseitigen." (S. 62 des bayerischen Papiers)

Eine derartige Anschuldigung muß jedem absurd vorkommen, der die DFG-VK aus eigener Anschauung kennt. Dennoch erscheint es nicht ratsam, im Vertrauen auf die offenkundige Unhaltbarkeit dieser Einschätzung und unter Hinweis auf die Unbelehrbarkeit der durch das bayerische Innenministerium repräsentierten politischen Kräfte zur Tagesordnung überzugehen,

kann doch anhand des bayerischen Berichts exemplarisch verdeutlicht werden, zu welchen Methoden die CSU und damit Strauß greifen, um ihnen mißliebige politische Meinungen mundtot zu machen. Der Verfasser hat zu dem bayerischen Papier eine ausführliche Stellungnahme erstellt, deren Ergebnisse im folgenden zusammengefaßt wiedergegeben werden.

Insgesamt muß der Bericht des bayerischen Staatsministeriums des Innern als eine schlampige Arbeit bezeichnet werden, die keineswegs den Ansprüchen an eine sorgfältige Untersuchung genügt. Zwar sucht die Stellungnahme durch unsystematische Verweise auf Quellen den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu erwecken, doch handelt es sich bei diesen „Quellen" vor allem um den Informationsdienst „Innere Sicherheit" des Bundesministeriums des Innern sowie um das „radikal-info" eines ominösen „Arbeitskreises für Landesverteidigung e. V.", die beide ihre Informationen vornehmlich aus geheimdienstlichen Quellen beziehen. Es nimmt daher nicht wunder, daß der Bericht zahlreiche Fehler enthält. So wird etwa der kürzlich verstorbene DFG-VK-Vorsitzende Vogel als Mitglied der DFU bezeichnet, obwohl er niemals Mitglied dieser Partei war, aber seit 1972 der FDP angehört hat. Die internationale Kriegsdienstverweigerer-Organisation „War Resisters' International" (WRI) wird als ein Dachverband vorgestellt, in dem „kommunistisch beeinflußte und pazifistische Kriegsdienstverweigerer-Organisationen zusammengefaßt" sind, während das Internationale Friedensbüro (IPB) als Mitgliedsorganisation des Weltfriedensrates erscheint, obwohl zwischen beiden Organisationen seit Jahren lediglich Beziehungen formaler Natur bestehen. Geradezu peinlich wird die Unkenntnis des unbekannten Autors, wenn der Weltfriedensrat als „von der KPdSU gesteuert" charakterisiert und das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI als ein Institut vorgestellt wird, das „pazifistische Schriften herausgibt".

Von diesen Fehlern abgesehen beruht der Bericht des bayerischen Innenministeriums auf der Methode der politischen Diffamierung, die Heinrich Hannover 1962 folgendermaßen beschrieben hat: „Die politische Diffamierung tritt im Gewande sachlicher Information auf und bietet Fakten, die in aller Regel richtig, durch die Art ihrer publizistischen Zubereitung (Auswahl, Zusammenstellung, Interpretation, Kommentar) jedoch unwahrhaftig sind. Sie führt den Leser oder Hörer durch im Prinzip immer wieder ähnliche Geankenverbindungen zu der vermeintlichen Erkenntnis, daß eine bestimmte Meinungsäußerung oder ein bestimmter Meinungsträger ‚ostverdächtig' seien." Ziel der politischen Diffamierung ist es, die Diskussion von der Erörterung politischer Sachfragen auf das Thema der Integrität des diffamierten Meinungsträgers zu verlagern. Bevorzugte Hilfsmittel sind hierbei der Vorwurf der personellen Berührung mit Kommunisten – von Heinrich Hannover „Kontaktschuld" genannt – sowie die sogenannte Konsensschuldthese, der Vorwurf sachlicher Übereinstimmung mit kommunistischen Meinungsäußerungen; auf diese Methoden greift auch das bayerische Papier zurück.

Der Bericht sucht durch einseitige Selektion der Fakten den Eindruck zu erwecken, die DFG-VK pflege im In- und Ausland besonders engen Kontakt zu kommunistischen Organisationen. So schließt das Papier aus der Tatsache, daß dem 16köpfigen Bundesvorstand der DFG-VK zwei Kommunisten angehören, daß Kommunisten „Schlüsselfunktionen des Verbandes innehaben". Von den 43 Grußschreiben an den Bundeskongreß 1978 werden 5 Grußbotschaften als von kommunistischen Organisationen kommend säuberlich aufgelistet, während die restlichen 38 keine Erwähnung finden. Mit der gleichen Methode wird ein Informationsgespräch des DFG-VK-Bundesvorstandes mit dem Präsidium der DKP hervorgehoben, während Gespräche mit dem DGB, den Jungsozialisten, Jungdemokraten und Falken sowie mit Parlamentariern des Bundestages verschwiegen werden.

Zu ähnlich unsauberen Mitteln muß der Bericht greifen, um den Konsensschuldvor-

wurf belegen zu können. Der DFG-VK wird beispielsweise vorgeworfen, den Kapitalismus als wichtigste Kriegsursache zu betrachten und daher auf seine Beseitigung hinzuarbeiten. Zu dieser Einschätzung gelangt das Ministerium, indem es die im DFG-VK-Programm erhobene Forderung nach einer „grundsätzlichen Demokratisierung aller gesellschaftlich-ökonomischen Bereiche" in die „*Umwälzung* aller gesellschaftlich-ökonomischen Bereiche" umdeutet. Als Beispiele für die inkriminierte „Übereinstimmung mit Einzelzielen der DKP" müssen die Forderung der DFG-VK nach einer Senkung der Rüstungsausgaben und der Verwendung der eingesparten Mittel für die Lösung sozialer und bildungspolitischer Probleme sowie für eine uneigennützige Entwicklungshilfe und die konkreten Abrüstungsforderungen der DFG-VK herhalten, die u. a. die Schaffung entmilitarisierter und kernwaffenfreier Zonen, die sofortige Vernichtung aller Atomwaffen, den vollständigen Abbau militärischer Präsenz in fremden Ländern sowie die Auflösung aller Militärbündnisse beinhalten. Im übrigen greift der Bericht auch hier wieder zur Methode des bewußten Verschweigens, wenn bei der Auflistung der Forderungen für eine Erweiterung der demokratischen Grundrechte der Satz ausgelassen wird, daß die DFG-VK „das Grundgesetz der BRD für die Regierung, gesellschaftliche Interessengruppen und alle Bürger gleichermaßen verbindlich" erachtet. (Programm der DFG-VK, S. 12) Völlig konfus wird das Papier schließlich, wenn aus der Forderung nach einer „politischen Bildung in der Tradition des Antifaschismus und Antimilitarismus" gefolgert wird, die DFG-VK sei darauf aus, „die Lehrinhalte des Marxismus-Leninismus zu vermitteln, jedenfalls soweit dies für ihren Pazifismus notwendig ist."

Ziel der Stellungnahme des bayerischen Staatsministeriums des Innern ist es offensichtlich, die DFG-VK außerhalb des als verfassungskonform geltenden Meinungsspektrums zu stellen und ihre Mitglieder durch die Drohung mit Berufsverbot abzuschrecken, muß sich doch nach Ansicht des Ministeriums jedes Mitglied „in der Regel die verfassungsfeindlichen Ziele der DFG-VK anrechnen lassen, weil er diese im Rahmen seiner Mitgliederpflichten fördert". Wenn die DFG-VK als „Organisation mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung" bezeichnet wird, in deren Aktionen „eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung zum Ausdruck (komme), die planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen will" (S. 60 des bayerischen Berichts), so wird mit dieser Formulierung, die dem KPD-Verbotsurteil entnommen ist (BVerfG E 5, 85, 141), sogar die Voraussetzung für ein eventuelles Verbot geschaffen. Es handelt sich hier offensichtlich um den Versuch, eine kritische Stimme durch Unterstellung einer verfassungsfeindlichen Zielsetzung mundtot zu machen.

Damit aber greift die Bedeutung des Berichts weit über die Frage der Bewertung der DFG-VK hinaus. Wenn mit der DFG-VK eine Organisation mit dem Stigma der Verfassungsfeindlichkeit belegt wird, die, ausgehend von dem Grundrecht des Art. 4,3 GG, sich für diejenigen einsetzt, die den Kriegsdienst verweigern, und die aus der persönlichen Kriegsdienstverweigerung die Konsequenz des kollektiven Gewaltverzichts in Form von Abrüstung zieht, so bedroht ein solches Vorgehen potentiell alle Personen und Organisationen, die eine Alternative zur praktizierten Politik der kontrollierten Aufrüstung fordern. Daß diese Befürchtung nicht unbegründet ist, hat der Austritt Bayerns aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) gezeigt, der u. a. damit begründet wurde, in der DGFK gehe es „in Wirklichkeit nicht um die Förderung dieser Forschung, sondern um die Förderung der linken Schlagseite der DGFK".

Die Stigmatisierung der DFG-VK durch das bayerische Innenministerium ist Teil einer großangelegten Strategie der durch F. J. Strauß repräsentierten Kräfte, die Entspannungspolitik hintan zu stellen und wieder

auf eine Politik der Stärke zurückzugreifen. Auf der einen Seite geht die Stoßrichtung dahin, das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung zu einem Ausnahmerecht (quasi einem Grundrecht mit Numerus clausus) zu degradieren und ein Verfassungsgebot zur militärischen Landesverteidigung zu konstruieren, um auf diese Weise umfassende Abrüstungsmaßnahmen verfassungsrechtlich zu blockieren; das Urteil des Bundesverfassungsberichts zur Wehrpflichtnovelle hat hier erste Pflöcke eingeschlagen. Auf der anderen Seite sollen Meinungen, die den Grundrechtscharakter des Art. 4,3 GG betonen und die für den Vorrang von Entspannung und Abrüstung plädieren, außerhalb des verfassungsmäßig zulässigen Meinungsspektrums gedrängt und mundtot gemacht werden. Die Art und Weise, wie hier durch falsche Behauptungen, Diffamierung und Unterstellung die Grundlage für administrative Maßnahmen gegen die DFG-VK vorbereitet wird, ist alarmierend; nicht nur die Linken, auch die Liberalen sollten begreifen, daß dem Vormarsch von Strauß entscheidender Widerstand entgegengesetzt werden muß, soll der ohnehin brüchige demokratische Konsens in diesem Lande nicht völlig verloren gehen.

Guido Grünewald

Der Bericht des bayerischen Innenministeriums und die Stellungnahme des Verfassers sind als Dokumentation unter dem Titel „Bayerische Freiheit. Wie im Strauß-Land verdächtig ist, wer den Frieden will" gegen Voreinsendung von DM 5,– bei der DFG-VK, Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen 1, erhältlich. D. Red.

Südkorea – Legende und Wirklichkeit

Seoul ist eine Stadt, die auf neun Millionen Einwohner zusteuert, eine Stadt, aus der noch immer neue Wolkenkratzer in den Himmel schließen, häßliche, graue Verwaltungspaläste zumeist. Gearbeitet wird rund um die Uhr, die Straßen sind voll mit Menschen, die stoßen und drängen, anders als in Japan wird man dauernd angerempelt. Aber insgesamt sieht Seoul doch ganz erträglich aus, mit einem alten Garten hier oder da, einer neuen U-Bahn, mit vollen Geschäften, nicht schlecht für Asien. Bei einem vom Propagandaministerium des Regimes veranstalteten Weltkongreß der Poeten, bei dem kaum jemand von Rang erschien und die in den Kerkern Südkoreas abgeschlossenen eigenen Dichter selbstverständlich auch nicht, bewunderte denn auch auf der Pressekonferenz der frisch eingeflogene Autor Rudolf Hagelstange auf Anhieb den Glanz des Wirtschaftswunders, den er zwischen Flughafen und Hotel ausgemacht hatte – dankbar aufgenommen von den Veranstaltern. Es gibt mehr Simpel als diesen Hagelstange, die dem Regime auf den Leim gehen, und die Konzerne, die hier investieren und an den Billigstlöhnen profitieren, verbreiten das Bild des aufstrebenden, harten, aber erfolgreichen Staates gern mit. Nimmt man jedoch ein Taxi und fährt in die Vorstädte, wo das Heer der Bewohner von Seoul rund um die Fabriken wohnt, die stampfend dem Fortschritt eine Furche ziehen, kommen doch Zweifel auf, ob der angebliche Wohlstand den Kreis der wenigen Familien verlassen hat, die das Land regieren. Südkorea, das Wunder Asiens, wird von einer darin ungemein geschickten Regierungsmaschine für die Touristen aufgeputzt . . . Kulturdörfer, Volkstänze, Tempelfahrten. Journalisten drückt man Berge von Material in die Hand, die den wachsenden Wohlstand belegen sollen, und wenn das nicht überzeugt, ein paar willige Mädchen in die Arme. Die Wirklichkeit muß um jeden Preis verborgen bleiben, das Elend versteckt.

In die Arbeiterquartiere Seouls führt keine Stadtrundfahrt, sondern jemand, der sein Leben riskiert, weil der Präsident in seiner Notverordnung untersagt, Gerüchte in die Welt zu setzen, das heißt subversive Aktion zu begehen. Der mich führt, ist ein junger Mann, der zwei von zwölf Jahren Zuchthaus abgesessen hat

und dann auf Bewährung freikam. Wird er mit mir erwischt, kann er nicht nur damit rechnen, die restlichen zehn Jahre Haft abzusitzen, sondern auch mit neuer Strafe. Das ist der Grund, warum hier und anderswo Namen nicht genannt werden können. Der junge Mann hat die Strafe erhalten, weil er zusammen mit anderen Studenten Demokratie gefordert hat. Acht seiner Kommilitonen wurden aufgehängt. Er selbst ist nervös und zittert gelegentlich. Eine Hölle liegt hinter ihm. Das, wohin er führt, ist auch kein Paradies. Ein Gängeviertel wie in Lübeck, aber nicht so adrette Häuschen, sondern Tür an Tür mit den Nachbarn, bei extrem hohen Sommertemperaturen (leicht über 40 Grad), Klos, Waschschüsseln, Öfen, Schlafmatten, in einem Mief aus Urin und Kohlendioxid gefangen: der Arbeiter Südkoreas, oft in einer Siebentagewoche, meist in einem Zehnstundentag. „Fleisch", sagt einer, „essen wir höchstens einmal in der Woche, dann ist es Huhn."

Es gibt amtliche Zahlen über die Löhne dieser Arbeiter. Selbst wenn man dieses Material zugrundelegt, ergibt sich ein häßliches Bild. Demnach verdienen von den rund 13 Millionen Werktätigen fünf Millionen Menschen keine 200 Mark im Monat. Was aber kann man damit in Korea heute schon anfangen? Der Kohlkopf auf dem Markt kostet jetzt eine Mark. Man braucht drei davon, um eine Familie sattzumachen, und auch ein paar Zutaten. Die Schweine auf einem dänischen Bauernhof werden besser ernährt. Arztkosten, Obst und Fleisch, Kleidung und Schule, überall klettern die Preise schneller als der Lohn. Die Inflationsrate wird offiziell mit 25% angegeben, sie liegt aber in Wirklichkeit eher bei 40%. Der Lohn der Arbeiter muß aber auch die Wohnkosten erbringen. In der Innenstadt von Seoul liegt der Grundstückspreis leicht bei über 1000 Dollar pro Quadratmeter. Die Arbeiter ziehen hinaus, mieten als Junggesellen mit vier, fünf Freunden ein kleines Zimmer, ohne jegliche sanitäre Einrichtung. Ein just erschienener Report der Weltbank bescheinigt den Südkoreanern, daß ihre Arbeiter im Elend hausen.

Doch es sind nicht die Arbeiter allein. Die Lehrer, die Ärzte, die Richter – ihre Gehälter liegen für viele Jahre bei 300 000 Won. Das sind brutto 1200 Mark. Man könnte vielleicht meinen, damit ließe sich in Südkorea mehr anfangen als in der Bundesrepublik. Doch wenn der Sohn der Familie studieren will, muß er an der Universität nur für die Einschreibkosten mehr bezahlen als dieses Bruttogehalt seines Vaters. Bücher, Essen, Unterkunft nicht gerechnet. Weil das Land noch immer von den Idealen des Konfuzius gelenkt wird und Bildung viel bedeutet, wird die Familie alles tun, um das Geld für den Sohn zusammenzuscharren. Nicht selten landet so die Tochter auf dem Strich. Wie in Japan, so bedeutet auch hier die Frau wenig. Studieren muß sie bestimmt nicht, sie wird ja verheiratet.

Wenn der Sohn studiert, ist er vielleicht in der Lage, sich erkenntlich zu zeigen, wenn jemand aus der Familie ins Unglück stürzt. Das Unglück aber naht mit Sicherheit. Der Vater wird alt, die Sozialversicherung gibt es nicht oder sie wirft nicht genug ab, kurz, der Sohn muß einspringen. Auch darum soll er studieren.

Arbeiter trifft die soziale Unsicherheit noch schlimmer. Zum Beispiel, wenn sie bei dem mörderischen Arbeitstempo und den mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen verletzt werden. Das Gesetz hat daran gedacht: In Betrieben mit mehr als 200 Arbeitern werden durch eine Versicherung, in die Unternehmer und Arbeiter gemeinsam einzahlen, im Unglücksfall 60% der Kosten übernommen. Die Regierung verkauft dieses Gesetz dem Ausland als progressiv. Doch wer zahlt die restlichen 40%? Und wie viele Betriebe mit mehr als 200 Arbeitern gibt es überhaupt in Südkorea? Die Antwort ist, daß nur 30% unter diese Kategorie fallen. Mit anderen Worten: In sieben von zehn Betrieben ist der Arbeiter überhaupt nicht gegen Unfälle versichert.

Präsident Carter versicherte seinem Gastgeber Park Chung Hee gleichwohl, er habe den Eindruck, der Reichtum des Landes sei gut verteilt. Entweder sind die Experten an der Amerikanischen Botschaft in Seoul, auf die Carter hörte, zu dumm für ihre Arbeit oder sie lügen. Tatsächlich sitzen dort die alten Falken des Kalten Kriegs zuhauf. Von gut verteilt kann keine Rede sein. Die Einkommenskluft in Südkorea ist geradezu irrsinnig groß. 0,3% der Bevölkerung besitzen 43% des Volksvermögens. Das Land ist ein Unternehmen ohne Aktionäre. Es gehört ins frühe 19. Jahrhundert. Und das ist der Grund für die ungeheure Spannung, die das Regime mit einer Armee von Geheimdienstleuten, Schlägertrupps, in Karate ausgebildet, und mit Polizei und Armee meistert. Was „meistern" bedeutet, wird aus den Protokollen klar, die jetzt aus dem Prozeß gegen Mitglieder der Christlichen Akademie an die Öffentlichkeit gelangten.

Mit fünf Millionen Protestanten und einer Million Katholiken stellen die Christen ungefähr ein Fünftel der Bevölkerung dar. Das Christentum wächst jedoch an, und seine Wirkung ist nicht nach Zahlen allein zu messen. Es sind die christlichen Kirchen, die in dieser Diktatur zur Demokratie erziehen und der staatlichen Willkür die Menschenrechte entgegensetzen. Darum verfolgt das Regime Park die Christen auch mit besonderer Erbitterung. Im Frühjahr wurde die Christliche Akademie in Seoul aufgelöst, Mitglieder ins Gefängnis geworfen, sieben vor Gericht gestellt. Der Vorwurf gegen diese zwei Frauen und fünf Männer lautet, sie seien Sozialisten oder Kommunisten. Bei der Gerichtsverhandlung in Seoul zeigte sich wieder einmal, wie Gefangene mit Gewalt zu diesem Geständnis gepreßt werden sollen.

Selbst in den Häftlingslisten von Amnesty international oder des Nationalen Kirchenrates können nicht alle Gefangenen auftauchen. Manche werden auch nur kurzfristig abgeholt, gefoltert und wieder zurückgebracht. Solche Leute reden nicht mehr.

Besteht in Südkorea Hoffnung, eine Veränderung der Verhältnisse auf friedlichem Wege zu erreichen? Das Regime hat die Einrichtung einer Opposition vorgesehen, um sich vom Kommunismus des Nordens abzugrenzen, der angeblich alle Härten und Brutalitäten erfordert. Die Opposition soll Demokratie demonstrieren, die es nicht gibt. Präsident Carter schüttelte ihrem Vorsitzenden Kim Young Sam bei seinem Besuch im Juli die Hand. Jeder tat so, als habe die Partei der Neuen Demokraten Rechte. Tatsächlich gewinnt die NDP bei Wahlen mehr Stimmen als die Regierungspartei. Regieren darf sie trotzdem nicht, denn Präsident Park verfügte über ein Drittel der Parlamentssitze nach Gutdünken. Die NDP darf nicht einmal in ihrer eigenen Parteizeitung nachdrucken, was ihr Vorsitzender Kim im Parlament oder sonstwo sagt. Kim ist erst vor kurzem zum Vorsitzenden gewählt worden und wird immer mehr zur Gefahr für das Regime, weil er offen für Demokratie eintritt, anders als sein Vorgänger, der sich zum Sprachrohr der Diktatur machte. Park dachte sich einen Trick aus, um Kim zur Räson zu bringen.

In der seit Jahren von Geheimdienstlern unterwanderten Opposition fanden sich mit Leichtigkeit drei Subjekte, die gegen Kim ein Gerichtsverfahren anstrengten. Die drei klagten ihn an, er habe seine Wahl nur dadurch gewonnen, daß ein gewisser Chough für ihn votiert habe, der inzwischen aus der Partei ausgeschlossen wurde. Das Ganze ist etwa so, als wolle man Schmidt aus Bonn vertreiben, weil ein Sozialdemokrat in Bayern ein Strafmandat bekommen hat.

Doch die koreanischen Gerichte sind in der Hand der Regierung, und am 8. September 1979 fällte ein gefügiger Richter den Schandspruch, Kim müsse alle Parteiämter abgeben. Die Opposition sollte mit einem Streich enthauptet werden. Kim Young Sam aber ist aus hartem Holz geschnitzt. Er weigerte sich, das Urteil zu

akzeptieren, und ging stattdessen in die Offensive, ein unerhörter Vorgang, zu dem fraglos viel Mut gehört. Kim Young Sam rief offen zum Umsturz der Regierung auf: „Die 18 Jahre der Herrschaft Parks haben nichts als Diktatur und chronische Korruption gebracht." Kim erinnerte auch die Armee an ihre Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Südkorea und sein Volk ohne Furcht leben könnten, obgleich der Versuch, das Militär auf die Seite der Opposition zu ziehen, nicht sonderlich aussichtsreich ist.

Versuche, eine neue Regierung aufzubauen, hat es auch sonst gegeben. Der ehemalige, aus dem Amt gejagte Oppositionsführer Kim Dae Jung wurde vom KCIA 1974 aus Tokio entführt und sitzt heute in Seoul unter Hausarrest. Im März dieses Jahres wollten 200 prominente Wissenschaftler, Priester, Künstler und Politiker auf einer Sonderkonferenz ein Aktionsprogramm vorstellen. Die Polizei schwärmte sogleich aus und stellte die meisten unter Hausarrest. Dennoch gab Kim Dae Jung die Gründung einer „Nationen Allianz für Demokratie und Einigung" bekannt, die durch „beherzte Kampagnen und unablässige Arbeit" in Südkorea die Demokratie wiederherstellen soll. Der frühere Präsident Yun Po So rief dazu aus: „Nur unter einer demokratischen Regierung können wir, kann das Volk einen erfolgreichen Dialog für die nationale Einigung führen, und nur so zum Frieden auf der koreanischen Halbinsel und in Asien beitragen."

Gemeint ist: Die rebellischen Patrioten glauben nicht, daß der jetzt in Gang gesetzte, von Peking und Washington hinter den Kulissen geförderte „Dialog" zwischen dem kapitalistischen Süden und dem kommunistischen Norden aufrichtig verlaufen kann.

Was an neuer politischer Entwicklung feststeht: Peking und Washington wünschen, daß die beiden Koreas von ihrer völlig verkrampften und überdrehten Polarisation herunterkommen. Am 38. Breitengrad stehen sich zwei der stärksten Armeen der Welt gegenüber, die jeweils mit Haß gefüttert werden, eine Situation, die für den Weltfrieden und für die Koreaner selbst unerträglich ist. Daß sich die beiden Koreahälften diplomatisch anerkennen und gar in nachbarschaftliche Beziehungen treten, ist zur Zeit nicht vorstellbar, die Reproduktion der deutschen Ostpolitik auf Koreanisch nicht denkbar.

Dennoch gibt es jetzt Ansätze zu solcher Anerkennung auf komplizierte Art: Japan, USA und Südkorea hier, China, Sowjetunion und Nordkorea da . . . so, übers Kreuz gesponnen und von außen über die Grenze kommend, könnte die Spannung gelindert werden. Selbst die kleinste Meldung wird augenblicklich unter diesem Aspekt gesiebt und geordnet, wie, daß im April mit Genehmigung der Sowjetunion eine Telefonverbindung zwischen Seoul und Moskau eingerichtet wurde, oder auf welchem Platz bei festlichen Anlässen in Pjöngjang Chinesen und Sowjets rangieren (die Chinesen liegen weit vorn).

Die Koreaner sind ein in ihrer gesamten Geschichte von Großmächten geprügeltes und umstelltes Volk, das weder in Nord noch in Süd so rasch Demokratie erreichen wird. Auch in Südkorea spielt sich das uralte Ritual zwischen Macht und Ohnmacht ab. Das ausgebeutete Volk wird nicht gefragt. Erst wenn die Weltmächte sich eine andere Aufgabe für das Land ausdenken, kann es zur Ablösung der Diktatur Park kommen. Für die meisten Staaten jedoch ist Südkorea eine Art großer Fabrik.

Schließlich, wenn man in Seoul etwa nach der Botschaft der Bundesrepublik sucht, muß man schon die Adresse kennen. Auf dem Gebäude selbst leuchtet vom Dach nur das Firmenzeichen von Siemens. Hans Kirchmann (Tokio)

Waren die deutschen Faschisten Sozialisten?

Analyse einer Geschichtsfälschung

Von Reinhard Kühnl

I

Der Sinn von Wissenschaft besteht – nach einer Definition der UNESCO – darin, durch das „objektive Studium beobachteter Phänomene Kausalzusammenhänge zu erkennen und zu beherrschen", um daraus „Nutzen zu ziehen" – „zum Wohle der Menschen"[1]). Es handelt sich also nach der Ansicht der UNESCO bei Wissenschaft keineswegs um eine wertfreie und zweckneutrale Tätigkeit, wie dies in den Geistes- und Kulturwissenschaften hierzulande noch weithin proklamiert wird, sondern um eine durchaus zweckgerichtete, auf Humanisierung zielende Tätigkeit, um eine Form nützlicher menschlicher Arbeit. Ihr Ziel besteht, wie Bert Brecht seinen Galilei sagen läßt, darin, „die Mühsal der menschlichen Existenz zu erleichtern".

Im Falle der Geschichtswissenschaft geht es also darum, die Vergegenständlichungen menschlicher Schöpferkraft vergangener Zeiten anzueignen, um so unsere eigene Existenz geistig und seelisch zu bereichern. Die Aneignung geschichtlicher Prozesse aber hat auch einen durchaus praktischen Zweck: Wir können uns die Erfahrungen vorangegangener Generationen nutzbar machen zur Bewältigung unserer Probleme der Gegenwart und der Zukunft. In diesem Sinne können wir „aus der Geschichte lernen" – nicht weil die Probleme und Entscheidungsalternativen ganz genau die gleichen sind, sondern weil in dem Individuellen und Besonderen, das jedes historische Ereignis kennzeichnet, immer auch Allgemeines enthalten ist. So wie der einzelne Mensch aus den Erfahrungen seines bisherigen Lebens lernen kann – obwohl die Ereignisse und Probleme sich nicht genauso wiederholen –, so kann auch die Menschheit als Gattung aus früheren Erfahrungen lernen. Die materielle Welt weist eben bestimmte objektive Merkmale und Kausalbeziehungen auf, die der Mensch (als Individuum wie als Gattung) sich in wachsendem Maße aneignet, um sie gemäß seinen Bedürfnissen nutzen und gestalten, um seine eigenen Lebensbedingungen kontrollieren und aktiv verändern zu können.

Dies kann aber nur dann gelingen, wenn er die wirkliche Beschaffenheit der materiellen Welt erkennt: Nur wenn er die tatsächlichen, objektiven Eigenschaften von Holz und Eisen erkennt und unterscheiden lernt, kann er diese Materialien zu Gegenständen und Werkzeugen verarbeiten, die seinen Bedürfnissen dienen; nur dann, wenn er die wirkliche Funktionsweise der Na-

1) Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher, verabschiedet von der 18. Generalkonferenz der UNESCO am 23. 10. 1974.

turkräfte (des Fallgesetzes oder der Elektrizität) erkennt, kann er sie für seine Zwecke nutzbar machen. Und nur dann, wenn er die wirklichen Ursachen und Triebkräfte kennt, die in unserem Zeitalter zu Arbeitslosigkeit und Inflation, zu Ausbeutung und sozialem Elend, zu Krieg und Massenvernichtung führen, kann er dagegen Vorkehrungen treffen.

Nun ist es aber evident, daß an dieser Art von Wahrheit im Bereich historisch-gesellschaftlicher Prozesse keineswegs alle gleichermaßen interessiert sein können. Im Gegenteil: diejenigen, die von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Krieg ihren Nutzen haben, müssen vital an der Verschleierung der Wahrheit interessiert sein, weil aus der Verbreitung dieser Wahrheit eine Bedrohung für ihre Privilegien und Machtstellung erwächst. Die Klassen und Völker hingegen, die unter Ausbeutung und Krieg zu leiden, die die Zeche zu bezahlen haben, müssen ein elementares Interesse an der Aufdeckung der Wahrheit, d. h. der Ursachen, Triebkräften und Nutznießer haben.

II

Diese Einsichten, die sich schon durch ein wenig Nachdenken gewinnen lassen, die allerdings zugleich als Erfahrungen dem Geschichtsverlauf entspringen, wurden nachhaltig bestätigt durch die Diskussion, die seit 1945 über Ursachen und Wesen des Faschismus stattgefunden hat. Schon 1945 standen sich beide Positionen klar und deutlich gegenüber: diejenigen, die als Opfer von Terror und Krieg nun die Folgerungen aus den Erfahrungen zogen – vom Buchenwalder Manifest bis zu den Programmen von SPD und KPD, vom Potsdamer Abkommen bis zum Internationalen Militärtribunal – und deshalb auf die genaueste Aufklärung des Geschehens drängten, auf der einen Seite; und diejenigen, die die faschistische Diktatur installiert, den Terror, den Krieg und den Massenmord geplant und durchgeführt hatten und nun als Kriegsverbrecher auf der Anklagebank saßen und nach Ausreden, Ablenkungs- und Verschleierungsmanövern suchten, auf der anderen Seite. Die Entwicklung der Faschismusdiskussion seit 1945 in der politischen Öffentlichkeit wie in der Fachwissenschaft ist schlechterdrings unbegreiflich, wenn man nicht diese Interessenlage zum Ausgangspunkt nimmt und für die weitere Entwicklung die Restauration der ehemaligen Führungsschichten des faschistischen Systems in ihren Machtpositionen im Kontext des Kalten Krieges und dann die Wende der Entspannungspolitik und die Neuformierung der demokratischen Bewegung seit der Mitte der 60er Jahre als gesellschaftliche Determinanten dieser scheinbar rein wissenschaftlichen Auseinandersetzung versteht.

Mit dem Aufschwung der demokratischen Kräfte und vor allem mit dem Beginn der offensichtlich sehr dauerhaften Krisen- und Stagnationsperiode 1974 hat diese Interessenlage in der Faschismusdiskussion einen zusätzlichen Akzent erhalten: Es geht jenen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Kräften, die einst den Faschismus an die Macht gebracht und seine Politik bestimmt haben, nicht mehr nur darum, die wirklichen Ursachen zu verschleiern, um aus der Rolle der Schuldigen herauszukommen, sondern auch darum, die Wendung nach rechts in Richtung auf einen autoritären Staat erneut mög-

lich zu machen und dabei auch die faschistische Lösung nicht völlig auszuschließen. Es geht ihnen also nicht mehr nur um die Vergangenheit, sondern auch – und womöglich entscheidend – um die Zukunft. Genau für diese Politik kommt jedoch der Darstellung der Vergangenheit eine große Bedeutung zu, eben weil der Faschismus im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung – insbesondere auch der jungen Generation – als eine ganz wesentliche Erfahrung dieses Landes präsent ist. Daß alle politischen Kräfte behaupten, gerade ihre Politik entspringe den „Erfahrungen von Weimar", ist ein deutlicher Ausdruck dieser Geschichtsmächtigkeit. Und gerade die aktuelle Krisenlage mit all ihren möglichen Folgeerscheinungen ist ein Grund, weshalb die Auseinandersetzung über den Faschismus sich seit dem Beginn der 70er Jahre noch verschärft hat.

III

Es würde sehr viel Raum in Anspruch nehmen, alle die Verdrehungen und Lügen zusammenzustellen und zu widerlegen, die seit 1945 von den den Faschismus einst tragenden Kräften verbreitet worden sind – und angesichts der gewaltigen finanziellen, politischen und ideologischen Mittel, die diese Kräfte alsbald wieder erlangt haben, natürlich auch im Massenbewußtsein verankert werden konnten[2]). Besonderes Aufsehen haben nun einige Äußerungen der CSU-Führung hervorgerufen[3]), die besagen, daß der Nationalsozialismus auch und in erster Linie Sozialismus gewesen sei, so daß also nicht etwa die heute nach rechts drängenden Kräfte dessen Nachfolger wären, sondern die Linken, die gegen den Kurs von F. J. Strauß und gegen die Neonazis angehen. Diese Äußerungen wurden von Journalisten und Politikern im großen Maßstab aufgegriffen. Sie riefen einerseits eine beachtliche Unterstützung hervor (manchmal mit einigen Vorbehalten gegenüber dem allzu pauschalen Charakter der Äußerungen) und andererseits heftige Ablehnung, die aber entweder, wie in vielen Zeitungs- und Rundfunkkommentaren, ganz unzureichend begründet war, oder, wie im Falle der SPD-Führung, hauptsächlich darauf abzielte, die eigene Organisation aus der Schußlinie zu bringen[4]).

Es war diese weithin ziemlich deprimierende Reaktion (die symptomatisch ist für das historische und politische Bewußtsein großer Teile auch der sozialliberalen Führungsschichten in diesem Lande), die mich veranlaßt hat, den vorliegenden Artikel zu schreiben, obwohl ich mir bewußt bin, daß vieles von dem, was im folgenden gesagt wird, den Lesern der „Blätter" bekannt sein dürfte – zumal ich diese Probleme in meinem Dokumentenband und meinen Darstellungen über den Faschismus viel ausführlicher behandelt habe[5]). An-

2) Die wichtigsten Varianten der wissenschaftlichen Faschismusdiskussion habe ich in meinem Buch „Faschismustheorien. Ein Leitfaden" analysiert (rororo aktuell, Reinbek 1979).

3) Vgl. u. a. das Interview des CSU-Generalsekretärs Stoiber in der „Frankfurter Rundschau" (FR) vom 28. 9. 1979 sowie die Äußerungen von Strauß bei seiner Kundgebung in Essen und im Bayerischen Rundfunk (zit. in: „Der Spiegel", 44/1979, S. 25).

4) Vgl. die Resolution des SPD-Parteirats vom 5. 10. 1979, die am Ende dieses Artikels zitiert wird.

5) Vgl. neben dem schon erwähnten Buch „Faschismustheorien" besonders „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten", Köln 1975; „Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus", rororo aktuell, Reinbek 1971; „Die Zerstörung der Weimarer Republik" (hrsg. zus. mit G. Hardach), Köln 1977; „Texte zur Faschismusdiskussion" (Hrsg.), rororo aktuell, Reinbek 1974.

dererseits ist diese CSU-These gut geeignet, um exemplarisch zu zeigen, wie man mit einer solchen dreisten Geschichtslüge methodisch umgeht.

Zu fragen ist natürlich zunächst nach dem Wahrheitsgehalt einer solchen Behauptung. Die Falschheit von Geschichtslegenden (wie von falschen Bewußtseinsformen generell) liegt zumeist nicht darin, daß sie in jeder Hinsicht gänzlich abwegig und absurd sind, sondern darin, daß sie Elemente der Wirklichkeit aufnehmen, diese Wirklichkeit aber unvollständig, verzerrt und oberflächlich widerspiegeln, das Wesentliche verfehlen oder verschweigen und so in ihrer Gesamtaussage falsch werden. Zu prüfen ist also, wie es tatsächlich mit dem Verhältnis zwischen dem deutschen Faschismus und dem Sozialismus bestellt war. Am Schluß kann dann die Frage noch einmal aufgenommen werden, warum diese These von der CSU-Führung jetzt ins Gespräch gebracht und in der Öffentlichkeit so heftig diskutiert wird, wohin diese Kampagne zielt und wie sie sich in die allgemeine ideologische Auseinandersetzung der BRD einordnet.

Auf den ersten Blick scheint die CSU-These als aus dem Augenblick herauserfundene Polemik. Tatsächlich aber hat diese These eine lange Tradition. Sogleich nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur setzten auf der Rechten Bemühungen ein, den Faschismus als eine Sache der Linken darzustellen, ihn mit Sozialismus und Arbeiterbewegung in Verbindung zu bringen. Es sei ja „das Volk" gewesen, das Hitler gewählt und seine Politik getragen habe; es seien hauptsächlich die proletarischen Massen der Industriezentren gewesen, die seine Massenbasis gebildet und seinen plebejischen Charakter bestimmt hätten[6]); und Hitler selbst sei ein ganz unbürgerlicher Mensch gewesen und habe das Bürgertum verachtet und gehaßt. Die Linie dieser Darstellung, die zugleich zur ideologischen Fundierung der Totalitarismusdoktrin beitrug, zieht sich bis zu Sebastian Haffner, der in seinem 1976 erschienenen Buch Hitler als „leistungsstarken Sozialisten" bezeichnet und sich dabei auf die „Volksgemeinschaft" und die angebliche Einebnung von Klassenunterschieden im faschistischen System beruft. Die CSU-Führung hat also eine These in die öffentliche Diskussion gebracht, die ideologisch schon in mannigfachen Formen vorbereitet war.

IV

Will man den wirklichen Charakter einer Partei oder eines politischen Systems ermitteln, so ist natürlich primär nicht dannach zu fragen, was von ihnen selbst verkündet worden ist, sondern danach, was sie getan haben. Nicht die Propaganda, sondern die wirkliche Politik, nicht die Worte, sondern die Taten sind ausschlaggebend. Propaganda kann auf Irreführung zielen – und tut das oft auch. Auch das Selbstverständnis, die subjektive Ehrlichkeit, ist kein zuverlässiger Indikator. Jedem wird einleuchten, daß es einen gewaltigen Unterschied ausmacht, ob jemand tatsächlich Napoleon ist oder ob er sich nur dafür hält. Eben wegen dieser Diskrepanz zwischen Selbstverständnis und Rea-

6) So z. B. der Historiker Gerhard Ritter, der Nationalökonom Hans Röpke und viele andere. Zitate und Belege in „Faschismustheorien", S. 90.

lität wird jemand, der sich für Napoleon hält, wahrscheinlich in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Diese Diskrepanz kann es natürlich auch im Bereich politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins geben. Ob also eine Partei eine Arbeiterpartei, ob ein System sozialistisch ist, kann weder an der Propaganda noch am Selbstverständnis der Träger und Anhänger gemessen werden (wobei das zusätzliche Problem der Ermittlung der subjektiven Ehrlichkeit hier einmal ausgeklammert werden soll).

Geht man von der realen Politik des deutschen Faschismus aus, so sind die Tatsachen absolut eindeutig: Er hat, sobald er an der Macht war, alle Mittel eingesetzt, um die arbeitende Bevölkerung wehrlos zu machen und sie den Machtansprüchen des Kapitals zu unterwerfen. Dies ist übrigens das allgemeine und grundlegende Merkmal der Politik aller faschistischen Regime von Italien bis Chile; das macht ihren sozialen Inhalt aus. Es wurde dies dadurch ins Werk gesetzt, daß

– *erstens* alle Interessen- und Kampforganisationen der arbeitenden Bevölkerung mit den Mitteln brutalsten Terrors zerschlagen wurden – während die Organisationen des Großkapitals zugleich an Macht enorm gewannen;

– *zweitens* die Funktionäre der Arbeiterbewegung zu Zehntausenden verhaftet, gefoltert und ermordet wurden – während zugleich die Repräsentanten des Großkapitals zusammen mit den Führern der faschistischen Partei die Schalthebel der Macht beherrschten;

– *drittens* die Arbeiter und Angestellten auch im Betrieb vollständig der Befehlsgewalt der Unternehmer unterworfen und all ihrer Mittel zur Gegenwehr (Betriebsräte, Gewerkschaften, Streiks) beraubt wurden – während die Unternehmer zugleich zu „Führern des Betriebes" ernannt und mit quasi-militärischer Kommandogewalt ausgestattet wurden.

Nachdem die Machtverhältnisse in dieser Weise radikal zugunsten des Kapitals geklärt waren, konnten dessen Hauptinteressen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung auch rigoros durchgesetzt werden: einerseits Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitstempos, Stagnation der Löhne auf dem Krisenniveau, Reduzierung der Konsumgüterproduktion, des Wohnungsbaus und der Ausgaben für Schule und Bildung, Krankenversorgung usw.; andererseits enorme Erhöhung der Profite, Forcierung der Rüstungsproduktion und Planung und Durchführung eines gewaltigen Eroberungsprogramms, um die Rohstoffe und Industrieanlagen, die Märkte und Arbeitskräfte ganz Europas für das deutsche Kapital verfügbar zu machen.

Seine Grenzen fand diese Durchsetzung von Kapitalinteressen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung im eigenen Lande wie gegenüber den anderen europäischen Völkern nur in den Notwendigkeiten der Systemsicherung und der Kriegsvorbereitung. Gerade angesichts der Erfahrungen der Novemberrevolution von 1918, als die „Heimatfront" zusammenbrach, erwog die faschistische Führung sehr sorgfältig, welche sozialen Konzessionen unbedingt notwendig seien, um das Maß an Unzufriedenheit in Grenzen zu halten und Teile der Bevölkerung zu aktiver Mitwirkung zu gewinnen. Denn der Krieg

war das Hauptziel des Systems. Er sollte die langfristige Machtausweitung und Profitsicherung des Kapitals garantieren. Um dafür die Bevölkerung zu präparieren, waren einige soziale Konzessionen also kein zu hoher Preis. Und hier konnte das Interesse des Gesamtsystems auch hin und wieder mit dem der Einzelkapitale in Konflikt geraten.

Der „Kollektivismus", auf den Strauß immer wieder hinweist, bestand also im Verhältnis zum „freien Einzelunternehmer" darin, daß der Staat gewisse allgemeine Regeln aufstellte und gegenüber den Einzelkapitalen durchsetzte, unter denen sich die Ausbeutung zu vollziehen hatte, und damit in der Tat die Verfügungsgewalt der Unternehmer über ihr Privateigentum einschränkte. Der Faschismus war damit in dem gleichen Sinne „kollektivistisch", in dem dies der englische Staat im 19. Jh. war, als er die Kinder- und Frauenarbeit gesetzlich begrenzte und den 10-Stunden-Tag einführte; oder der Bismarck-Staat, der wegen seiner Versicherungsgesetze von manchen konservativen Ideologen auch tatsächlich als der Vater des „nationalen Sozialismus", des „preußischen Sozialismus" bezeichnet wird[7]).

Daß der faschistische Staat dabei in die sozialen Beziehungen und den Wirtschaftsprozeß wesentlich rigoroser eingriff, als dies Bismarck oder der Weimarer Staat getan hatten, hing mit der veränderten Aufgabenstellung zusammen: Eine starke und gut organisierte Arbeiterbewegung mußte zertrümmert, eine Arbeiterklasse mit relativ hoch entwickelten politischen Bewußtsein mußte dauerhaft niedergehalten und ein gewaltiges Expansionsprogramm mußte unter Aufbietung aller ökonomischen, militärischen und ideologischen Mittel in Angriff genommen werden. Aber die Privatwirtschaft war ja keineswegs das Objekt, sondern das Subjekt dieser Politik. Es waren die maßgeblichen Teile des Kapitals selbst gewesen, die eben wegen dieses Programms 1930–33 die nicht genügend „starke" und „handlungsfähige" Demokratie liquidiert und dem Faschismus zur Macht verholfen hatten. Und es waren die Vertreter dieses Großkapitals selbst, die die Zentralisierung der ökonomischen Macht und die Regulierung des Wirtschaftsprozesses nach 1933 in die Hand nahmen (in den Ministerien, der Vierjahresplan-Behörde usw.) und zusammen mit den Führern der faschistischen Partei durchsetzten. Daß dabei mancherlei Interessen von Einzelunternehmen, von einzelnen Gruppen und Branchen eingeschränkt wurden, war zur Wahrung dieses, vom Monopolkapital definierten, „Gesamtinteresses" unumgänglich.

Diese Art von „Kollektivismus" war übrigens schon in einem beträchtlichten Maße realisiert worden, als der deutsche Imperialismus zum erstenmal nach der Weltmacht gegriffen hatte: Im Ersten Weltkrieg war bereits ein System der Planung und Lenkung des ökonomischen Prozesses zum Zwecke militärischer Effektivierung durchgesetzt worden, auf dessen Erfahrungen man nach 1933 durchaus aufbauen konnte – auch in diesem Fall natürlich auf der Basis des Privateigentums und unter der Kontrolle der Führungsgruppen aus der Industrie und den Banken selbst. Dieses militaristische Planungssystem des Ersten

7) Vgl. dazu bes. J. Petzold, Konservative Wegbereiter des Faschismus, Köln 1978; K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962.

Weltkrieges wird denn auch nicht zufällig von den schon genannten Ideologen des „nationalen Sozialismus" in die Traditionslinie des „deutschen" und „preußischen Sozialismus" eingeordnet.

Ob die Führungsgruppen des Großkapitals also mehr die „Privatinitiative des Einzelunternehmers" oder das Gesamtinteresse des „Privateigentums" und der „freiheitlichen Ordnung" betonen, ob sie mehr für liberal-parlamentarische oder mehr für diktatorische und „kollektivistische" Lösungen eintreten, ist für sie keine Frage der Weltanschauung, sondern hängt von der Problemlage und der Aufgabenstellung ab und natürlich davon, welche Lösung das politische Kräfteverhältnis zuläßt. Die ideologische Wolkenschieberei, wie sie Strauß vorführt – hie „freiheitlich", da „kollektivistisch" – dient nur dazu, den Blick abzulenken von dem, was auf der Erde real geschieht und worum real gekämpft wird.

Dabei ist die längerfristige Entwicklungstendenz des Kapitalismus ganz eindeutig: Der Staat greift – auch unter den Bedingungen parlamentarisch-demokratischer Herrschaftsformen – immer stärker und kontinuierlicher in den ökonomischen und gesellschaftlichen Prozeß ein – und zwar mit einer doppelten Zielsetzung: Erstens um die Entwicklung des ökonomischen Systems zu sichern, dessen eigene Marktmechanismen dazu nicht mehr in der Lage sind. Darin drückt sich aus, daß die Produktion immer mehr gesellschaftlichen Charakter animmt und daß die hochentwickelten Produktivkräfte mit der Mitteln der Privatinitiative nicht mehr bewältigt und weiterentwickelt werden können. (Eben diese Entwicklung, die zu einer wachsenden Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates und zur Herausbildung eines relativ einheitlichen Lenkungs- und Steuerungsinstrumentariums führt, ist es, die die Theorie vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus" auf den Begriff zu bringen versucht.) Zweitens greift er ein, um optimale Profitbedingungen für die großen Konzerne zu sichern. Diese beiden Kriterien (die im Einzelfall auch in Konflikt miteinander geraten können) bilden die Leitlinie der staatlichen Kredit-, Investitions- und Subventionspolitik, der Verteilung der Steuerlasten auf die verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen wie auch der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums über die staatlichen Haushalte.

Daß Strauß dies alles als „kollektivistisch" anprangert, während er zugleich den weiteren Ausbau des staatlichen Gewaltapparats und Militärpotentials und noch höhere Aufträge und Subventionen für die großen Konzerne verlangt, gehört auch zu den Mitteln jener Demagogie, die in Deutschland eine lange und üble Tradition hat. Der reale Gehalt dieser Polemik gegen den „Kollektivismus" und „Bürokratismus" ist klar zu erkennen: Sie zielt auf den Abbau staatlicher Sozialleistungen. Gerade in Hinsicht auf Sozialleistungen aber kann man dem Faschismus sicherlich keinen ausgeprägten „Kollektivismus" vorwerfen. In Hinsicht auf den anderen Aspekt, die Stärkung des staatlichen Machtapparats zur Niederhaltung oppositioneller Kräfte, zur Erhöhung des Militärpotentials und zur Förderung der Profitwirtschaft aber liegen die Vorstellungen von Strauß durchaus in der Linie des faschistischen „Kollektivismus". Die finanziellen Mittel dafür sollen genau durch jenen Ab-

bau des „Kollektivismus" im Bereich der Sozialleistungen (und durch „Mäßigung" im Bereich der Löhne und Gehälter) aufgebracht werden, der auch von den Präsidialregimen 1930–33 und dann besonders rigide vom Faschismus praktiziert worden ist. Dies macht eben die Substanz rechter Politik aus, die sich auch in anderen Ländern zeigt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) vom 2. November 1979 meldet, daß die Regierung Thatcher, vor allem die Aufwendungen für das Erziehungswesen, den sozialen Wohnungsbau . . . drastisch zusammengestrichen habe. „Ausgenommen von den Kürzungen sind die Verteidigung, die öffentliche Sicherheit . . ."

War der deutsche Faschismus also ein Sozialismus? Ein „Sozialismus" jedenfalls, der mit der Unterstützung und unter dem Beifall des Großkapitals durchgesetzt wurde und die Sicherung des Privateigentums und die Vernichtung all seiner Gegner auf seine Fahnen geschrieben hatte. Es muß offenbar eine ganz eigentümliche Bewandtnis mit diesem „Sozialismus" gehabt haben. Fragt man danach, wo heute Elemente solcher Politik vertreten werden, so wird man leicht fündig werden bei den Unternehmerverbänden und deren politischen und ideologischen Interessenvertretern: der CDU/CSU, der Springer-Presse, der FAZ usw. Gegen eine Veränderung unseres politischen Systems in Richtung auf eine solche Art von „Sozialismus" dürfte es auch heute beim Großkapital keine grundsätzlichen Einwände geben. Er heißt heute nur anders. Dagegen wird man bei der Linken in der BRD – welche konkrete Vorstellung von Sozialismus die verschiedenen Gruppen auch vertreten mögen – keine Anhänger eines solchen „Sozialismus" finden, sondern das genaue Gegenteil: Die Anknüpfung an die Forderungen, die 1945 von den Antifaschisten formuliert wurden, nämlich Brechung der Macht des Großkapitals, Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt in der Wirtschaft, Vergesellschaftung der Banken und Schlüsselindustrien, umfassende Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung im Betrieb und in der Gesellschaft, Ausweitung der sozialen Rechte der Massen, Erhöhung der Löhne und der Ausgaben für Gesundheit und Bildung auf Kosten der Profite und der Rüstungsausgaben usw. Das Eigentümliche dieses Unternehmer„sozialismus" macht es auch verständlich, daß seine Helfer und Aktivisten nach 1945 größtenteils zur CDU gegangen sind und dort ihre Karriere fortgesetzt haben. Die Namen Globke, Kiesinger, Lübke, Filbinger, Oberländer, Seebohm, Carstens, Strauß, Abs und Schleyer seien hier nur stellvertretend genannt für die eindrucksvolle Kontinuität der Führungsschichten zwischen jenem eigentümlichen „Sozialismus" von damals und den „freiheitlichen" und konservativen Kräften von heute – eine Kontinuität, die, wie allgemein bekannt ist, erhebliche Teile der Ministerialbürokratie, der Geheimdienste, der Industrie- und Bankwelt, des Militärs, der Justiz, der Hochschulen und der Massenmedien einbegreift. Sie repräsentieren die Kontinuität der Rechten, der die Kontinuität der Linken gegenübersteht. Begriffe wie „gemäßigt" und „radikal", „individualistisch" und „kollektivistisch" verfehlen den Kern der Sache, nämlich den sozialen Inhalt der Politik.

V

Nun wird von den Vertretern der These vom sozialistischen Charakter des Nationalsozialismus darauf hingewiesen, daß es sich um eine breite Volksbewegung gehandelt habe, die schon in Parteinamen die Bezeichnung „Sozialismus" enthielt. Zu prüfen ist also erstens, welchen Charakter diese „Volksbewegung" hatte, und zweitens, welcher Inhalt und welche Funktion dem „Sozialismus" im Nationalsozialismus zukam.

Zunächst aber ist zu bestimmen, welchen Stellenwert diese Frage überhaupt für die Kontroverse hat, die hier zur Diskussion steht. Für die Frage nämlich, ob der Nationalsozialismus ein Sozialismus war, ist es durchaus zweitrangig, ob er von großen Massen, darunter auch von vielen Lohnabhängigen, unterstützt worden ist. Dieses Merkmal weisen ja auch Parteien der Mitte und der Rechten (wie damals das Zentrum und die Deutschnationale Volkspartei und heute die CDU/CSU) auf. Das macht diese Parteien bekanntlich keineswegs sozialistisch. Und daß die Propaganda und das Selbstverständnis einer Partei für die Frage ihres wirklichen Charakters nicht ausschlaggebend sind, sondern daß diese gerade an den Handlungen, an der wirklichen Politik dieser Partei gemessen werden müssen, wurde oben schon dargelegt.

Wenn die soziale Basis einer Partei auch nicht das entscheidende Merkmal zur Bestimmung ihres Wesens ist, so ist sie doch nicht gleichgültig, denn die soziale Lage und die Interessen der Anhängerschaft drücken sich in der Programmatik und der Politik der Partei doch irgendwie aus. Die vage Bezeichnung „irgendwie" soll dabei andeuten, daß dieser Interessenausdruck vielfach vermittelt, gebrochen und auch verfälscht sein kann (was ja nicht nur bei der faschistischen Partei, sondern auch bei den großen bürgerlichen Parteien der Normalfall ist), daß aber eine dauerhafte Unterstützung durch die Anhänger nur möglich ist, wenn diese sich in der Selbstdarstellung und der Politik der Partei „irgendwie" wiedererkennen und sich damit identifizieren können.

Was nun die soziale Basis des deutschen Faschismus betrifft, so besteht seit langer Zeit in der wissenschaftlichen Diskussion Einigkeit darüber, daß diese hauptsächlich aus solchen Wählern und Anhängern bestand, die vor dem Aufstieg der NSDAP die bürgerlichen Parteien der Mitte und der Rechten unterstützt (oder gar nicht gewählt) hatten, nun in der Wirtschaftskrise das Vertrauen zu diesen Parteien – und zur parlamentarischen Demokratie überhaupt – verloren und nach einem Ausweg, nach einer grundsätzlichen Alternative suchten. Der sozialen Herkunft nach handelte es sich hauptsächlich um Kleineigentümer in Handel, Handwerk und Landwirtschaft sowie um Angestellte, d. h. um solche abhängig Arbeitende, die sich selbst zum „Mittelstand" rechneten und von der Arbeiterschaft abzugrenzen trachteten. Aus der Arbeiterschaft konnte die NSDAP nur solche Randgruppen gewinnen, die keine Verbindung zur organisierten Arbeiterbewegung hatten, meist in kleinen und mittleren Betrieben auf dem Lande arbeiteten und auch schon vorher bürgerliche Parteien (oder gar nicht) gewählt hatten. Von einer „Arbeiterpartei", wie die NSDAP sich nannte, kann also auch in Hinsicht auf ihre Wähler und Anhänger keine Rede sein. (Ähnlich war übrigens auch die Sozialstruktur anderer faschistischer Bewegungen, z. B. in Italien, in Österreich usw.)

Diesen sonnenklaren, in den Grundlinien schon seit 1932 bekannten und in der Fachwissenschaft gänzlich unumstrittenen Sachverhalt[8]) suchen nun die Demagogen der Rechten auf zwei Wegen zu verunklaren. Der erste besteht darin, daß sie – entgegen allen wahlstatistischen Materialien und Untersuchungen – behaupten, auch Anhänger der Arbeiterparteien seien in starkem Maße zur NSDAP geströmt und hätten so deren Aufstieg zur Massenbewegung erst ermöglicht. Die dreisteste Fälschung dieser Art findet sich in einem Artikel von F. K. Fromme in der FAZ vom 18. Oktober 1979. Während Strauß selbst sich mit einer Fälschung in Gestalt einer allgemeinen Sentenz begnügt und auf Zahlenangaben vorsichtshalber verzichtet – „seine Schwungmasse hat er von den Millionen Sozialisten bezogen, die der SPD damals als Wähler davon gelaufen sind"[9]) – fälscht Fromme einfach die wahlstatistischen Daten: Er sagt zunächst richtig, daß die SPD von 1928 bis zum November 1932 von 29,8% auf 20,4% zurückgefallen sei, behauptet dann aber wahrheitswidrig, daß zugleich auch die KPD von 10% auf 6% geschrumpft sei. So ergibt sich der zwingende Schluß, daß diese Wählermassen zu der Partei geströmt sein müssen, die in der gleichen Zeit einen steilen Aufstieg erlebte, also zur NSDAP. Tatsächlich aber wuchs die KPD in dieser Zeit von 10,6% auf 16,9% an, womit die gesamte Argumentation der FAZ zusammenbricht. Die Wähler, die die SPD verlor, gingen zur KPD. Dies kommt in den absoluten Zahlen noch deutlicher zum Ausdruck: Tatsächlich haben nämlich die beiden Arbeiterparteien insgesamt in dieser Zeit nicht nur keine Wähler verloren, sondern noch fast eine Million hinzugewonnen: sie stiegen von 12,4 auf 13,2 Millionen an. (Der geringfügige Rückgang der Prozentzahlen von 40% auf 36% ist eine Folge der erhöhten Wahlbeteiligung in der Krise.) Dagegen verloren die bürgerlichen Parteien der Mitte und der Rechten den größten Teil ihrer Wähler an die NSDAP[10]).

Der zweite Weg der Verfälschung der sozialen Struktur der NSDAP besteht darin, auf die Jahre nach der Errichtung der Diktatur 1933 zu verweisen. J. C. Fest führt in seinem Hitler-Film die jubelnden Menschenmassen vor, die den „Führer" bei seinen Kundgebungen und Reisen umgaben, in Goebbels' Propagandawerkstatt entsprechend filmisch dargestellt und als Wochenschau den Massen als Begeisterung „des gesamten deutschen Volkes" wieder vor Augen geführt wurden. Auch der Liberale Dahrendorf behauptet, daß die faschistische Herrschaft „zumindest im Sinne faktisch anerkannter Geltung legitim war. Insoweit die Abwesenheit verbreiteten Protests schon Zeugnis der Legitimität war, galt dies ohne Frage."[11]) Die FAZ geht – im Anschluß an Bullock, Haffner u. a. – sogar so weit, die „Volksabstimmungen", die während der faschistischen Diktatur unter den Bedingungen extremsten Terrors statt-

8) Vgl. Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932 (v. a. das letzte Kapitel: „Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus"); an neueren Untersuchungen vor allem A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, Diss. Freiburg 1969; W. Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976.

9) Zit. nach: „Der Spiegel", 44/1979, S. 25.

10) Vgl. im einzelnen: Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, S. 94 ff.

11) R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 428 f.; ähnlich J. C. Fest und viele andere apologetische Darstellungen.

fanden und natürlich Mehrheiten von über 90% für Hitler brachten, als „im wesentlichen unverfälscht", als Ausdruck der wirklichen Volksmeinung darzustellen[12]). Aus alledem ergibt sich, wie die FAZ ausdrücklich sagt, dann zwingend die Schlußfolgerung, daß auch die Arbeiter, auch die ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten, größtenteils zum Faschismus übergegangen sein müssen.

Diese Darstellung ist in mehrfacher Hinsicht fehlerhaft und unhaltbar.

1. Selbst wenn es richtig wäre, daß nach 1933 der allergrößte Teil des deutschen Volkes eine positive Einstellung zum Regime entwickelt hätte, so würde das keineswegs den Schluß rechtfertigen, daß nun der Faschismus seiner sozialen Basis nach sozialistisch geworden wäre. Allenfalls könnte man von einem System mit Unterstützung aus allen sozialen Schichten reden.

2. Die Voraussetzung, auf der diese Darstellung aufbaut, ist aber selbst bereits falsch. Es genügt eben nicht, Filmmaterial aus der Propagandawerkstatt des Faschismus vorzuführen und auf fehlende gewaltsame Volksaufstände zu verweisen, um die wirkliche Haltung der Bevölkerung zu ermitteln. Bert Brecht hat gegenüber solchen Darstellungen einmal bemerkt: „Das Maß der Gewalttaten läßt einen Schluß zu auf das Maß der Auflehnung."[13])

In der Tat ist zu fragen, warum Hunderttausende in die Konzentrationslager geworfen und Zehntausende ermordet wurden, warum ein so gewaltiger Kontroll- und Terrorapparat aufgebaut wurde, wenn ohnehin der allergrößte Teil der Bevölkerung eine positive Einstellung gegenüber dem Regime hatte. Die Antwort ist einfach: Der Terrorapparat wurde aufgebaut und ständig weiter verstärkt, weil das Widerstandspotential vom Regime als sehr beträchtlich und gefährlich eingeschätzt wurde. Und jene Hunderttausende wurden nicht nur deshalb eingekerkert, weil sie selbst diesem Widerstandspotential zugerechnet wurden, sondern weil dadurch all die anderen Millionen, die kritisch zum Regime standen, massiv eingeschüchtert werden sollten. Denn darüber, was in den Gestapo-Kellern und Konzentrationslagern geschah, wußte jeder, der es wissen wollte, mindestens in den Umrissen Bescheid.

3. Diese allgemeinen Überlegungen werden durch empirische Untersuchungen bestätigt. Nicht nur 1933, bei der Errichtung der Diktatur, wurden zehntausende Funktionäre der Arbeiterbewegung verhaftet. Während der gesamten Periode der Diktatur zeigen die Zahlen der Verhafteten und Verurteilten, daß der Widerstand aus der Arbeiterbewegung anhielt und sich trotz der Terrorwellen der Gestapo und der ungeheuer hohen Opfer auch immer wieder neue formierte. Diese Zahlen zeigen, daß der Satz „Der eine fällt, die anderen rücken nach" unmittelbar der blutigen Wirklichkeit des Faschismus entnommen ist. Der allergrößte Teil der aus politischen Gründen Verhaftete aber kam aus der Arbeiterbewegung, und hier hauptsächlich aus der kommunistischen Bewegung[14]).

12) FAZ v. 18. 10. 1979.

13) B. Brecht, Schriften zur Politik und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1968, S. 250 f.

14) Vgl. u. a. G. Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Frankfurt/M. 1977; K. Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Berlin 1974; R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, S. 398 ff.

Von einer ganz anderen Fragestellung her hat der englische Historiker Tim Mason diese Diagnose untermauert. In seiner groß angelegten und außerordentlich materialreichen Untersuchung „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft"[15]) hat er gezeigt, daß auch nach 1933 die faschistische Ideologie in der Arbeiterschaft keinen größeren Einfluß gewinnen konnte, daß der Klassenkampf trotz der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und des Verbots von Streiks in vielfältigen Formen weitergeführt wurde und daß das Regime sich zu mannigfachen Konzessionen genötigt sah, weil er die latent ablehnende Haltung weiter Teile der Arbeiterklasse kannte und Furcht vor offenen Manifestationen der Unzufriedenheit, womöglich vor einer Neuauflage des November 1918, hatte. Das Regime wußte, daß es, neben den beiden Fronten, an denen militärisch gekämpft wurde, auch eine dritte Front des Widerstandes im eigenen Lande gab.

Eines ist jedenfalls unzweifelhaft: Obwohl die Arbeiterbewegung zerschlagen und offener und organisierter Widerstand unmöglich gemacht worden war und obwohl Teile der Arbeiterschaft sich mit dem Regime abfanden und einige Teile auch zu einer positiven Unterstützung des Regimes bereit waren, kann keine Rede davon sein, daß die Arbeiterschaft zu einer zuverlässigen Stütze oder gar zur Hauptstütze des Faschismus geworden ist. Und eine glatte Lüge ist es zu behaupten, daß klassenbewußte Arbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten, massenhaft zum Faschismus übergegangen seien. (Hier sprechen die Zahlen der Verhafteten und Ermordeten eine sehr deutliche Sprache.) Auch nach 1933 waren die Mittelschichten die wichtigste Kraft in der Massenbasis des Faschismus, und die Arbeiterschaft blieb insgesamt, wie auch die Gestapo-Berichte immer wieder vermerken, „unzuverlässig".

Eine ganz andere Frage ist es, warum die Massenbasis des Faschismus nach 1933 sich noch stabilisiert und verbreitert und in einem beachtlichen Maße sogar bis in die letzten Kriegsjahre erhalten geblieben ist. Da diese Frage in Diskussionen sehr oft gestellt wird, möchte ich die wichtigsten Gründe, die ich in meinem Buch „Faschismustheorien" dargelegt habe, hier nochmals anführen: Es war eine sehr effektive Kombination verschiedener Elemente, die dies bewirkt hat:

Erstens ein schrankenloser und als Drohung ständig gegenwärtiger Terror, der jeden in seiner sozialen Existenz, seiner Freiheit und seinem Leben bedrohte, der sich dem System in Wort oder Tat widersetzte.

Es war *zweitens* das Informations- und Propagandamonopol des Staates, das die Bevölkerung von jeder Möglichkeit kritischen alternativen, oppositionellen Denkens abschnitt (dem Willen des Systems nach total, der Wirklichkeit nach freilich nicht ganz). „Tatsächlich kann das menschliche Denkvermögen in erstaunlicher Weise beschädigt werden. Dies gilt für die Vernunft der einzelnen wie der ganzen Klassen und Völker . . . Der Stumpfsinn kann, mit geeigneten Mitteln, in großem Umfang organisiert werden."[15a]).

15) T. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

15a) Brecht, Schriften zur Politik und Gesellschaft, S. 252.

Drittens wirkte die reale Verbesserung der materiellen Lebenslage (gegenüber dem großen Elend der Wirtschaftskrise), die durch die Rüstungskonjunktur und Kriegsvorbereitung erzeugt wurde und die Arbeitslosigkeit allmählich abbaute – freilich längerfristig um den Preis eines Krieges, der von 1933 an systematisch vorbereitet wurde, 50 Millionen Tote, 30 Millionen Verstümmelte und Massenelend riesigen Ausmaßes erzeugte.

Viertens gab es die sogenannten „nationalen Erfolge", die durch die Besetzung des Rheinlands und den Anschluß des Saarlands, Österreichs und des Sudetenlands veranschaulicht wurden, dem Nationalstolz schmeichelten und – zusammen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung – die Propaganda des Systems zu bestätigen schienen, daß es aufwärts gehe in Deutschland. Dem Faschismus wurden von den Westmächten hier Erfolge gewährt, um die sich die Regierungen der Weimarer Republik erfolglos bemüht hatten. Insofern kann man durchaus sagen, daß die Westmächte zur Stabilisierung der faschistischen Diktatur beigetragen haben. Sie taten das hauptsächlich deshalb, weil die bürgerlichen Regierungen dieser Länder im Faschismus den Zertrümmerer des „Marxismus" in Deutschland und den Vorkämpfer gegen die sozialistische Sowjetunion sahen.

Fünftens ist hinzuweisen auf die vielfältigen Möglichkeiten zur Bestätigung des Selbstwertgefühls, die das System für seine Anhänger bereitstellte: die Chance, in einer der vielen Massenorganisationen an einer von der Propaganda als groß und ehrenvoll dargestellte Aufgabe aktiv mitzuwirken; die Chance, in einer dieser Massenorganisationen eine mit Befehlsgewalt über andere, mit Titel und womöglich mit Uniform ausgestattete Position zu erhalten; die Chance, sich zu einer zur Herrschaft berufenen Nation zu zählen und dieses Überlegenheitsgefühl gegenüber kommunistischen, jüdischen, polnischen und russischen „Untermenschen" auch zu praktizieren usw.

Und *sechstens* schließlich darf nicht unterschätzt werden, wie die gemeinsam begangenen Verbrechen, an denen dann insbesondere in der Periode des Krieges und der Massenmorde – vorsichtig geschätzt – Hunderttausende aktiv beteiligt waren, gewirkt hat. Auch die Gemeinsamkeit im Verbrechen kann, wie dies ja von Gangsterbanden her schon bekannt ist, eine Art von „Solidarität" erzeugen – allerdings eine ganz perverse. Zudem wußten alle diese Helfer und Helfershelfer, daß ihr Schicksal mit dem des Faschismus auf Gedeih und Verderb verbunden war und daß sie im Falle einer Niederlage des Systems zur Rechenschaft gezogen würden. Brecht sprach hier von „verständlicher Treue": „Der Unterdrücker Hu-ih (= Hitler; d. Verf.) konnte sich nicht mit der Abgabe hochgesinnter Versicherungen bei seinen Leuten begnügen. Sein bester Schutz waren ihre Verbrechen. Indem sie sich an seiner Unterdrückung beteiligten, setzten sie sich der Bestrafung durch die Unterdrückten aus, das versicherte den Hu-ih am besten ihrer Treue."[15b]).

15b) Brecht, Me-ti, Frankfurt/M. 1965, S. 96.

VI

Es ist schließlich noch das Argument zu prüfen, daß der deutsche Faschismus sich selbst als „nationalsozialistisch" bezeichnet habe, daß viele Anhänger und Funktionäre dies auch sehr ernst genommen hätten, daß auch tatsächlich antikapitalistische Forderungen erhoben worden seien und daß viele faschistische Führer aus sehr einfachen Verhältnissen gekommen seien. Es geht also um Ideologie, Selbstverständnis und Propaganda der faschistischen Partei. Der Stellenwert dieses Problems für die Frage des sozialen Charakters des Faschismus ist oben schon behandelt worden. Es ist kein maßgebliches Kriterium, sondern kann allenfalls in einer Hinsicht bedeutsam werden: Propaganda und Selbstverständnis bleiben nicht ohne Folgen für die reale Politik der Partei. Zu fragen wäre also, von welcher Art der „Sozialismus" war, der vom Faschismus propagiert worden ist, und welche Folgen diese Propagierung für die tatsächliche Politik des Faschismus hatte.

Die Tatsache, daß die faschistische Propaganda selbst unter den Bedingungen der großen Krise bei der organisierten Arbeiterschaft keinerlei Anklang fand, sondern in größerem Maße nur bei den Mittelschichten Erfolge erzielen konnte, zeigt schon, daß es sich um einen sehr eigentümlichen „Sozialismus" gehandelt haben muß, der hier propagiert wurde. In einer Hinsicht war er jedenfalls von Anfang an ganz eindeutig: Er verstand sich als Gegensatz und Feind des marxistischen Sozialismus. Beim linken Flügel der NSDAP war die Rede von der „Überwindung des Marxismus"; der rechte Flügel um Hitler, der sich schon 1930 eindeutig durchsetzte, kündigte die „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel" an und kennzeichnete dies als die Hauptaufgabe des Nationalsozialismus. Angesichts dieser von Hitler in nahezu jeder Rede und hundertfach wiederholten Feinderklärung und Ausrottungsdrohung ist es eine der dreistesten Geschichtsfälschungen, die mir bekannt sind, wenn Strauß behauptet: „Hitler hat sogar . . . erklärt, daß der Nationalsozialismus die folgerichtigste und beste Konsequenz der marxistischen Lehre sei"[16]), wofür er natürlich nicht die Spur eines Beleges gibt. Eben diese Ausrottungsdrohung, der dann nach 1933 auch die blutige Verwirklichung folgte, war ja einer der wesentlichen Gründe für das Großkapital, in Hitler seinen Mann zu sehen und diese Partei an die Macht zu bringen.

Fragt man nun, worin der „Sozialismus" des deutschen Faschismus also bestand, so lassen sich im wesentlichen zwei Komponenten unterscheiden, die teilweise ineinander übergingen, teilweise aber auch im Streit miteinander lagen. Einerseits handelte es sich um Forderungen, die auf den Schutz der Kleineigentümer in Handel, Handwerk und Landwirtschaft zielten und deshalb auch „antikapitalistische" Elemente enthielten. Die Kleineigentümer empfanden durchaus die Bedrohung, die von den ökonomischen Konzentrationsprozessen und vom großen Kapital für ihre soziale Existenz ausging, und waren deshalb ansprechbar für den Gedanken, gegen das große Kapital Front zu machen. Freilich hielten viele von ihnen zugleich am Prinzip des Privatei-

16) Zit. nach: „Der Spiegel", 44/1979, S. 25.

Treue-Bücher

zu günstigen Preisen für Abonnenten

20 25 30 %

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement:	20% Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement:	25% Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement:	30% Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

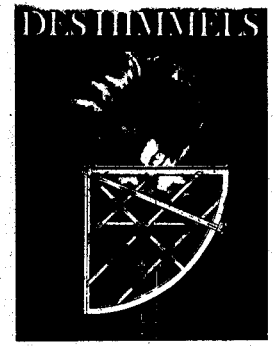
Einmaliges Zusatzangebot: Falls Sie weitere Titel aus dem beiliegenden **Gesamtverzeichnis** bestellen möchten, benutzen Sie bitte die dreistelligen Ziffern der ISBN-Nr. ... z.B. Albrecht/Deppe/Huffschmid u.a., Geschichte der Bundesrepublik, DM 14,80 (S. 5), ISBN 3-7609-0466-1 = **Best.-Nr. 466.** Die verbilligten Preise können Sie anhand vergleichbarer Ladenpreise den Rabattspalten entnehmen. (Auf Sonderangebote wird kein Nachlaß gewährt.)

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 40,— DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 40,— DM zahlen Sie bitte 2,— DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
400	*Abendroth* Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. 4., aktualisierte Aufl. 142 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Vier Bände.			
433	Bd. I: Von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte. 372 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
436	Bd. II: Die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884–1945). 297 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
420	*Axt/Deppe* **Europaparlament und EG-Erweiterung.** Krise oder Fortschritt der Integration? 205 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
314	*Axt* Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. 450 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
419	*Bader/Koch/Rocholl* **Kooperatives Handeln in der Kindererziehung.** 180 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
402	*Bayertz/Holz* Grundwerte-Diskussion. 240 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
391	*Berlin (Hg.)* **Die deutsche Revolution 1918/19.** Quellen und Dokumente. Zahlreiche Abb. 384 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
356	*Bertha von Suttner:* Die Waffen nieder! Ausgew. Schriften. 140 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
467	*Billstein (Hg.)* **Das andere Köln.** Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution. 510 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
471	*Blank* **Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR.** 240 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
325	*Blank u.a.* Wohin treibt der Rechtsstaat? 328 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
468	*Bredow* **Bredow Die Zukunft der Entspannung.** 210 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
246	*Booß* Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach der Juli-Revolution 1830. 272 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
347	*Bredow/Kade (Hg.)* Abrüstung. Politische Voraussetzungen und sozialökonomische Folgen. 151 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
362	*Brokmeier/Rilling* Beiträge zur Sozialismusanalyse I. 308 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
430	*Brokmeier/Rilling* **Beiträge zur Sozialismusanalyse II.** 293 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
439	*Buddrus u.a.* **Freizeit in der Kritik.** Alternative Konzepte zur Freizeit- und Kulturpolitik. 240 S. 14,80 DM (Mitte November)	**11,85**	**11,10**	**10,40**
421	*Bufe/Grumbach* **Staat und Atomindustrie.** Kernenergiepolitik in der BRD. 306 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
435	*Bunke* **Lehrerarbeitslosigkeit.** 140 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Geschichte der Bundesrepublik			
466	*Albrecht/Deppe/Huffschmid u.a.* **Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge.** 530 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
156	*Badstübner/Thomas* Entstehung und Entwicklung der BRD. Restauration und Spaltung 1945–1955. 2. Aufl. 512 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
320	*Bauß* Studentenbewegung der sechziger Jahre. 353 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
207	*Mayer/Stuby* Die Entstehung des Grundgesetzes. 338 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
264	*Mayer/Stuby* Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente. 340 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30
368	*Christian* Die dialektische Methode im politischen Unterricht. 227 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
410	*Deppe/Fülberth u.a.* Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Aufl. 475 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
431	*Doormann (Hg.)* **Kinder in der Bundesrepublik.** Materialien, Initiativen, Alternativen. 277 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
349	*v. Freyberg/Fülberth u.a.* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 bis heute. 2. Aufl. 456 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
198	*Gugel* Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. 304 S. 48,– DM	38,40	36,00	33,60
257	*Haug* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital". 2. Aufl. 196 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
324	*Heldmann* **Ausländerrecht.** Textsammlung mit alphabetischem Wegweiser. 2., völlig überarb. Aufl. 320 S. 14,80 DM (Mitte November)	11,85	11,10	10,40
422	*Hermes* **Gegen Imperialismus und Krieg.** Gewerkschaften in der II. Internationale 1889–1914. 232 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
429	*Hund/Preiß* **Die Unbescheidenen. Betriebsrätinnen erzählen.** Protokolle mit Fotos. 134 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
395	*Hund/Kramer (Hg.)* Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie. 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
428	*Kade* **Die Bedrohungslüge.** Die Legende von der „Gefahr aus dem Osten". Mit Dokumenten. 294 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
469	*Kade* **Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland" für Europa?** 255 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
215	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
328	*Koch/Rocholl* Kleinkindererziehung als Privatsache? 222 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
407	*Köller/Töpfer* Frankreich. Ein historischer Abriß. 734 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
462	*Kuhrig/Speigner (Hg.)* **Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR?** 376 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
	Bücher gegen rechts · Wissen über Faschismus			
493	*Bredthauer (Hg.)* **Kandidat Strauß.** Dokumente, Analysen. 48. S. 5,– DM	4,–	3,75	3,50
477	*Chagoll* **Im Namen Hitlers.** Kinder hinter Stacheldraht. Dokumente, Fotos. Großband 144 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
042	*Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 5. Aufl. 105 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
243	*Haug* Der hilflose Antifaschismus. 4. Aufl. 168 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
305	*Kühnl* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 4. Aufl. 538 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
289	*Kühnl/Hardach* Die Zerstörung der Weimarer Republik. 2. Aufl. 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
360	*Hörster-Philipps* Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. 360 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
385	*Petzold* Wegbereiter des Faschismus. 410 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
183	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie. 544 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
451	*Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch.** 2., aktualisierte Aufl. 180 S. 9,80 DM (Mitte November)	7,85	7,35	6,85
304	*Menschik* Texte zur Emanzipation der Frau. 2. Aufl. 426 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
288	*Menschik* Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis. 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
405	*Niess* Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ursachen und politische Kämpfe. 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
192	*Oduev* Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie. Ln. Schutzumschlag, 416 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
310	*Opitz* Europastrategien des deutschen Kapitals. 1069 S. 68,– DM	54,40	51,00	47,60
364	*Ostrowsky/Geisler* Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf. 161 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
	Rilling **Sozialismus in der DDR.** Dokumente und Materialien.			
312	Bd. I: 1945–1961. 280 S. DM 14,80	11,85	11,10	10,40
381	Bd. II: 1961 bis zur Gegenwart. 560 S. DM 14,80	11,85	11,10	10,40
472	*Scherpe* **Poesie der Demokratie.** Literarische Widersprüche zur deutschen Wirklichkeit vom 18. zum 20. Jahrhundert. 240 S. 14,80 DM (Mitte November)	11,85	11,10	10,40
176	*Schleier* Bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung i.d. Weimarer Republik. 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
426	*v. Soden/Zipfel* **70 Jahre Frauenstudium.** Frauen in der Wissenschaft. 196 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
238	*Strelsand* Deutsche Geschichte. 3. Aufl. 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
277	*Tokarew* Die Religion in der Geschichte der Völker. 736 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
476	*VDS (Hg.)* **Demokratische Alternativen der Deutschlehrerausbildung.** 200 S. 12,80 DM (Ende November)	10,20	9,60	9,00



4 *Dieter B. Herrmann:* **Entdecker des Himmels**
256 Seiten mit zahlreichen zum Teil farbigen Biltafeln, Zeichnungen und Abbildungen, Illustrationen.
Großformat, Leinen mit mehrfarbigem Schutzumschlag DM 19,80

	Studien zur Dialektik · Philosophie (Kleine Bibliothek)			
374	*Ahrweiler (Hg.)* Betr.: Lukács. 240 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
279	*Bayertz/Schleifstein* Mythologie der „Kritischen Vernunft". Kritik an K. Popper. 2. Aufl. 270 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
403	*Bialas* Wissenschaftliche und technische Revolutionen in der Vergangenheit und Gegenwart. 240 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
309	*Buhr/Kröber* Mensch, Wissenschaft, Technik. 345 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
459	*Furth (Hg.)* **Arbeit und Reflexion.** 240 S. 19,80 DM (Ende November)	**15,85**	**14,85**	**13,85**
487	*Geymonat* **Grundlagen einer realistischen Theorie der Wissenschaft.** 220 S. 19,80 DM (Ende November)	**15,85**	**14,85**	**13,85**
412	*Holzer* Evolution oder Geschichte? Theorien gesellschaftlicher Entwicklung. 194 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
292	*Metscher* Kunst und sozialer Prozeß. 258 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
321	*Rückriem u.a.* Historischer Materialismus und menschliche Natur. 319 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

für Postscheckkonto Nr.

2809 90-503

DM | Pf

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
Postscheckamt
Köln

Aussteilungsdatum — Unterschrift

Postvermerk

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM | Pf

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Absender der Zahlkarte

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
DM | Pf

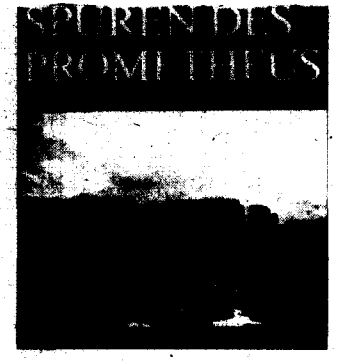
Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

Postscheckkonto Nr. des Absenders

für **Pahl-Rugenstein Verlag**
Gottesweg 54
in **5000 Köln 51**

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503
Postscheckamt
Köln

DM | Pf



Nr.	Autor und Titel	Abo 20 %	Abo 25 %	Abo 30 %
	Studien zur Kritischen Psychologie			
440	*Braun* Kritik des Freudo-Marxismus. Zur marxistischen Aufhebung der Psychoanalyse. 224 S. 15,– DM	12,00	11,25	10,50
389	*Friedrich (Hg.)* Zur Kritik des Behaviorismus. 350 S. 15,– DM	12,00	11,25	10,50
483	*Geier* **Kulturhistorische Sprachanalysen.** 280 S. 18,– DM	14,40	13,50	12,60
480	*Jantzen* **Grundrisse einer allgemeinen Psychopathologie und Psychotherapie.** 220 S. 15,– DM (Ende November)	12,00	11,25	10,50
406	*Jantzen* Behindertenpädagogik, Persönlichkeitstheorie, Therapie. 200 S. 15,– DM	12,00	11,25	10,50
482	*Keseling* **Sprache als Abbild und Werkzeug.** Psychologie der Wygotski-Schule. 220 S. 15,– DM (Ende November)	12,00	11,25	10,50
441	*Pilz/Schubenz* Schulversagen und Kindergruppentherapie. 302 S. 15,– DM	12,00	11,25	10,50
443	*Wilmerer* Lernen als Handlung. Psychologie des Lernens. 358 S. 18,– DM	14,40	13,50	12,60
279	*Joachim Herrmann:* **Spuren des Prometheus** Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. 272 Seiten, Großformat mit 114 Farb- und 8 sw-Fotos, 138 farbigen und 11 sw-Abbildungen, Großformat, Leinen mit farbigem Schutzumschlag DM 29,80	23,85	22,35	20,85

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Porto (unter 40,–)		2,–
DE '79 Kaufbetrag		

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

gentums an den Produktionsmitteln fest und blieben deshalb auch für antigewerkschaftliche und antimarxistische Ideologie empfänglich, so daß in der Propaganda der faschistischen Partei immer beide Elemente miteinander verschmolzen waren. Dabei dominierte auf dem rechten Flügel eindeutig die antimarxistische Ausrottungsideologie, während auf dem linken Flügel die antikapitalistische Frontstellung sich in einigen Fragen bis zu Bündnisangeboten an die Arbeiterbewegung steigern konnte – bei gleichzeitiger grundsätzlicher Beibehaltung der antimarxistischen Frontstellung. Diesen „Linkstendenzen" als einer eigenständigen Kraft in der NSDAP wurde mit dem Hinauswurf der Otto-Strasser-Gruppe im Sommer 1930 allerdings ein abruptes Ende bereitet[16a]).

Neben den Kleineigentümern konnten auch die Angestellten, die trotz ihrer Abgrenzungsbedürfnisse gegenüber der Arbeiterschaft natürlich auch Elemente von Lohnabhängigenbewußtsein aufwiesen, sich in diesem vage gehaltenen und mit antimarxistischer Propaganda verbundenen „Antikapitalismus" wiedererkennen. Insgesamt kann man sagen, daß diese kleinbürgerlich-antikapitalistische Komponente des faschistischen „Sozialismus" zur Gewinnung der Massenbasis zweifellos wesentlich beigetragen hat.

Andererseits wurde Sozialismus vom Faschismus definiert als eine Bewußtseinshaltung, als eine neue Einstellung zur Wirklichkeit, die mit der Eigentums- und Gesellschaftsordnung gar nichts zu tun habe. Es gehe nicht um „materialistische" Forderungen, sondern um einen neuen Idealismus. Es komme darauf an, das Gemeinsame aller Schichten zu erkennen und an der gemeinsamen Aufgabe der Sicherung des „Volksganzen" zu arbeiten, also die „Unruhestifter" im Innern unschädlich zu machen, so den „Klassenkampf" zu beenden, den „sozialen Frieden" und die „Volksgemeinschaft" herzustellen und deren geballte Energie dann zur Erkämpfung einer Führungsstellung des deutschen Volkes in Europa einzusetzen. Dieses Verständnis von „Sozialismus" knüpfte an die Tradition des preußischen Militärstaats von Friedrich II. bis zu Wilhelm II. an, nannte diese Tradition „preußischen Sozialismus" und verband sie mit den „Ideen von 1914", d. h. der Kriegsbegeisterung, die alle Schichten des deutschen Volkes ergriffen und zu jedem Opfer im Dienste des „Vaterlandes" bereit gemacht habe. Dieses Verständnis von „Sozialismus", das eine „Revolutionierung" der Einstellung zur gegebenen (kapitalistischen Ordnung) verlangte, diese selbst aber gänzlich unangetastet ließ, eine „leistungsfähige", im privaten Besitz befindliche Großindustrie gerade zur Voraussetzung hatte, wurde vom rechten Flügel der faschistischen Partei um Hitler, Göring und Rosenberg vertreten und in der faschistischen Diktatur zur Leitlinie der Politik gemacht.

Daß diese beiden Komponenten des faschistischen „Sozialismus" nicht miteinander identisch waren, wurde schon in der Mitte der 20er Jahre deutlich, als die NSDAP neu gegründet worden war. Der Konflikt mußte offen ausbrechen, als der Aufstieg zur Massenbewegung gelang und der Hitler-Flügel nun die Partei als zuverlässigen Bundesgenossen der Großindustrie und der ge-

16a) Zum Gesamtkomplex vgl. R. Kühnl, Die NS-Linke 1925–1930, Meisenheim 1966.

sellschaftlichen Führungsschichten im Kampf gegen „den Marxismus" ausweisen mußte, um die erforderliche Unterstützung zu erhalten und den Weg zur Macht zu ebnen. In der Tat konnte ein gewisses Mißtrauen auf der Seite der herrschenden Klasse angesichts der antikapitalistischen Parolen der NSDAP nur abgebaut werden, nachdem Hitler nicht nur glaubwürdig klar gemacht hatte, daß die antikapitalistischen Forderungen für ihn nur demagogischen Charakter hatten, sondern auch, daß er seine Partei wirklich im Griff hatte und daß die mit antikapitalistischer Propaganda mobilisierten Massen nicht etwa eine Eigendynamik entwickeln würden. Um aber überhaupt mit den Arbeiterparteien konkurrieren zu können und zu verhindern, daß in der Krise auch die Mittelschichten sich nach links orientierten, mußte der Faschismus bestimmte Techniken der Massenmobilisierung, der Aufmärsche und Kundgebungen und zugleich bestimmte Symbole wie die rote Fahne übernehmen.

Der Ausschluß der Otto-Strasser-Gruppe im Sommer 1930, der für die Strategie der Machteroberung im Bündnis mit dem Großkapital und den konservativen Führungsschichten in Militär und Staatsbürokratie unumgänglich war, bedeutete zwar eine wesentliche Schwächung des kleinbürgerlichen Antikapitalismus innerhalb der NSDAP, zumal diese Gruppe über einen einflußreichen Pressekonzern, den „Kampfverlag", verfügt hatte. Dennoch blieb diese Komponente in der Propaganda – und also auch im Bewußtsein der Anhänger – präsent, weil anders die Gewinnung der Massen gar nicht möglich gewesen wäre. Die „antikapitalistische Sehnsucht", von der Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, sprach, hatte auch große Teile der nach einem Ausweg suchenden Mittelschichten ergriffen, so daß die reale Gefahr bestand, daß die in solchen Situationen immer sehr schwankenden Mittelschichten sich nach links wendeten. Dem konnte nur mit pseudosozialistischer Demagogie begegnet werden.

Nach der Errichtung der Diktatur und der Zerschlagung des Hauptfeindes, der Arbeiterbewegung, für die alle Kräfte der faschistischen Bewegung zunächst notwendig waren, mußten diese kleinbürgerlich-antikapitalistischen Tendenzen unschädlich gemacht werden. Dies geschah im Sommer 1934, als beträchtliche Teile der SA-Führungsgarde, in der diese Tendenzen sich konzentrierten (zusammen mit „unzuverlässigen" Einzelpersönlichkeiten wie Gregor Strasser und General Schleicher) in einer großangelegten Massenmordaktion liquidiert wurden. Danach konnten auch die mittelständischen Interessenorganisationen aufgelöst bzw. den vom Großkapital beherrschten Wirtschaftsverbänden einverleibt werden.

So offenkundig der analytischen Betrachtung der Unterschied zwischen den beiden Komponenten des faschistischen „Sozialismus" ist, so unklar ist er dem größten Teil der faschistischen Anhänger gewesen. Das hatte seinen Grund nicht nur in dem generell gering entwickelten politischen Bewußtsein der Mittelschichten und auch nicht nur darin, daß es ja die gleiche Partei war, die von „Sozialismus" in diesem und in jenem Sinn sprach und die sich natürlich nach außen hin als Einheit präsentierte, sogar als besonders straff ge-

führte einheitliche „Führerpartei". Sondern das hatte noch zwei weitere Gründe: Erstens setzte auch der kleinbürgerliche Antikapitalismus auf den starken, autoritären Staat – und dieser wurde ja höchst eindrucksvoll nach 1933 auch wirklich errichtet und griff auch resolut durch, mindestens nach links. Diese Hoffnung auf die Rettung von oben und das geringe Vertrauen in die eigene Kraft hängen natürlich mit der sozialen Existenzform des Kleineigentümers zusammen, dem der andere Kleineigentümer zunächst einmal ein Konkurrent auf dem Markt ist, der die eigene Existenz bedroht, und nicht der Klassengenosse, mit dem man sich zum gemeinsamen Handeln organisatorisch vereinigt. Und zweitens war in diesen kleinbürgerlichen Antikapitalismus schon seit dem Ende des 19. Jhs. der Antisemitismus hineingetragen worden, mit dessen Hilfe schon in der „christlich-sozialen" Bewegung des Kaiserreichs und verstärkt dann in der Weimarer Republik die antikapitalistischen Energien und Hoffnungen umgeleitet werden konnten: Der Jude wurde als eigentliche Verkörperung des bösen, des „raffenden" Kapitals dargestellt, das der „nationale Sozialismus" unschädlich machen müsse. Hingegen sei das deutsche, das „schaffende" Kapital eine notwendige Grundlage für das Wohl des „Volksganzen". (Dieses deutsche „schaffende" Kapital hatte denn auch den Hauptnutzen vom „deutschen Sozialismus" und von der Enteignung des „raffenden" Kapitals durch die Arisierung, womit auch in dieser Hinsicht der wirkliche Charakter des faschistischen „Sozialismus" aufs klarste hervortritt.)

Der kleinbürgerliche Antikapitalismus trug also wesentliche Elemente, die seine Reduzierung auf die Propagandaphrasen von der „Volksgemeinschaft" und seine Umfunktionierung zum Antisemitismus ermöglichten, bereits in sich. Was real dabei herauskam, war jedenfalls ein „Sozialismus", der mit den Interessen und Zielen des Großkapitals vorzüglich übereinstimmte – mit einigen Konzessionen an bestimmte Gruppen der Kleineigentümer, insbesondere der Handwerker (in der Frage der Ausbildung) und der Bauern (in Gestalt des Reichserbhofgesetzes), die für deren Bewußtsein sehr wesentlich waren, tatsächlich aber das Monopol sozialökonomischer Herrschaft durch das Großkapital nicht berührten[17]). Freilich mußte, um dessen Glaubwürdigkeit auch nach 1933 zu gewährleisten, mindestens die Fassade des Systems volkstümlich aufgeputzt werden: Im Reichsarbeitsdienst standen „der Arbeiter der Stirn und der Faust", der Akademiker und der Proletarier, nebeneinander; die „Dienstmädchen" wurden nunmehr zu „Hausangestellten" ernannt, was für die FAZ ein deutliches Merkmal des Sozialismus darstellt; die „Oberschule" wurde eingeführt, deren Bezeichnung nach Ansicht der FAZ bereits „in Richtung einer Art Gesamtschule" wies[18]). Vor allem aber repräsentierte der Führer selbst durch Herkunft, Sprache und Gebaren das einfache Volk und die Absage des Regimes an jeglichen Standesdünkel. Alle diese Elemente von „Volkstümlichkeit", verbunden mit einer scheinbar radikalen Polemik gegen „Plutokraten" und „Bonzen" und abgesichert durch das Informations- und

17) Vgl. dazu B. Keller, Das Handwerk im faschistischen Deutschland, Köln 1979.; A. v. Saldern, Mittelstand im Dritten Reich, Frankfurt/New York 1979.
18) FAZ v. 18. 10. 1979.

Propagandamonopol des faschistischen Staates, vermochten so durchaus den Anschein zu erwecken, als handle es sich beim Faschismus um eine Sache des einfachen Volkes – und manche Historiker sitzen dieser faschistischen Propaganda heute noch auf.

VII

Zum Schluß bleibt noch die Frage zu klären, welche Bedeutung diese von der CSU-Führung und ihren ideologischen Hilfstruppen offenbar gezielt eingesetzte Geschichtsfälschung in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung hat. Wenn man davon ausgeht, daß die von Strauß repräsentierten Kräfte eine qualitative Veränderung des politischen Systems nach rechts in Richtung auf einen autoritären Staat anstreben, so sind sie ideologisch dabei vor allem mit zwei Problemen konfrontiert: Einerseits muß der „starke Staat" als handlungs- und leistungsfähig, als Ausweg aus Krise, Verunsicherung und Zukunftsangst dargestellt werden. Dabei ist es unumgänglich, auch die real existierenden und aus der unmittelbaren Vergangenheit bekannten Staaten dieses Typs in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen, als es der bisher proklamierten Ideologie von „Freiheit" und „Demokratie" entsprach. Andererseits sind die ungeheuren Verbrechen des Faschismus im Bewußtsein breiter Volksschichten in der BRD wie auch in den Nachbarländern noch durchaus lebendig, wahrscheinlich sogar seit dem Ende der 60er Jahre noch angewachsen, besonders in der jungen Generation. Die Betroffenheit, die die Fernsehserie „Holocaust" ausgelöst hat, und das Anwachsen der antifaschistischen Aktivitäten, das allenthalben zu beobachten ist, zeigen an, daß in der Bevölkerung ein beträchtliches latent antifaschistisches Potential existiert.

Es muß diesen Kräften also darum gehen, einerseits Vorbehalte gegen autoritäre Lösungen abzubauen, andererseits und zugleich aber nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, daß die Verbrechen des Faschismus damit irgendwie zusammenhängen könnten. So werden einerseits Regime wie die Militärdiktatur in Chile oder das Schah-Regime als Repräsentanten „innerer Sicherheit" und westlicher Freiheit gefeiert und werden von allen Publikationen der „Hitler-Welle" dem deutschen Faschismus große „Leistungen" und „Erfolge" bescheinigt[19]), besonders bei der Überwindung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, also genau bei den Problemen, die auch jetzt anstehen und Angst hervorrufen. Andererseits aber sollen die Untaten und Verbrechen des Faschismus, soll sein eigentliches Wesen denen angelastet werden, die damals die Gegner und die Opfer des faschistischen Terrors waren und die gerade aus dieser Erfahrung heraus heute die Gegner von Strauß und seiner Politik sind.

Ein willkommener Nebeneffekt der CSU-Kampagne ist dabei die Wiederbelebung der Totalitarismus-Ideologie, die ja auch eine außenpolitische Seite hat: die Nachfolger und heutigen Repräsentanten des Faschismus sind nach dieser Ideologie die sozialistischen Staaten. Auch hier haben Fest und Haffner

19) So zwei der zentralen Kapitel in Haffners Buch „Anmerkungen zu Hitler".

wesentliche Vorarbeit geleistet: Nach Haffner gleichen sich Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus „wie ein Ei dem anderen"[20]). Und die FAZ leistet auch in dieser Frage der CSU Schützenhilfe[21]). So kann der Kalte Krieg doch wieder ein wenig angefacht werden, um jenes Klima zu erzeugen, ohne das der gewünschte Ruck nach rechts kaum möglich sein dürfte.

Die These, der Nationalsozialismus sei in erster Linie Sozialismus gewesen und die heutige Linke sei sein Nachfolger, zielt also darauf, die historische Wahrheit schlicht auf den Kopf zu stellen, um eine vollständige Verwirrung der Begriffe zu schaffen und so das demokratische Widerstandspotential zu irritieren und zu schwächen. Genau die Erkenntnis soll dabei auf der Strecke bleiben, auf die es in der gegenwärtigen Lage ankommt: daß nämlich die von Strauß repräsentierten sozialen Kräfte dieselben sind, die nach 1930 die Weimarer Demokratie zerstört haben, und daß sie jetzt mit vergleichbaren Intentionen wieder angetreten sind. Wie einst die „nationale Rechte" auf die Dolchstoßlüge angewiesen war, um den Zusammenbruch des Reiches von 1918, den sie durch ihre Kriegspolitik selbst verursacht hatte, der Linken anzulasten, so braucht Strauß heute die Sozialismuslüge, um die Linke erneut für das verantwortlich zu machen, was die Rechte verursacht hat. Bei beiden Geschichtsfälschungen geht es darum, die Ursachen eines vorangegangenen Desasters zu verschleiern, um den gleichen Weg – den Umständen gemäß „modernisiert" – noch einmal zu versuchen. Und so wie Strauß die wirtschaftliche Krise, die soziale Desorientierung und die Angst vor der Zukunft benötigt, um mit seinem Konzept der Krisenlösung zum Zuge zu kommen, so braucht er auch die geistige Verwirrung und Desorientierung, damit die Menschen buchstäblich nicht mehr wissen, wo rechts und wo links ist. Aus diesem Chaos soll dann der Ruf nach dem Führer emporsteigen, der durchgreift und seine „Ordnung" schafft: wirtschaftlich, politisch und geistig. Die Sonthofener Rede von Strauß zeigt, daß er sich dieses Zusammenhangs von Krise, Verwirrung und Angst einerseits und politischem Erfolg andererseits auch bewußt ist. Auch diese Erfolgsbedingungen teilt er mit seinen Vorgängern. Kann man sicher sein, daß solche Kräfte den Gang der Dinge sich selbst überlassen? Muß man nicht, nach aller historischen Erfahrung, damit rechnen, daß sie gezielt eingreifen, um ihre Erfolgsbedingungen – Krise, Verunsicherung und Angst – selbst zu vergrößern? Ist es gänzlich ausgeschlossen, daß entsprechende Ereignisse im wirtschaftlichen und politischen Leben der BRD rechtzeitig vor den Bundestagswahlen eintreten?

Die Reaktion bei den Kräften, die von dem großangelegten Versuch der CSU-Führung zur Geschichtsfälschung betroffen sind, war leider recht zwiespältig. Einerseits sprachen prominente Gewerkschaftsführer in jenem Klartext, der hier allein angemessen ist: Eugen Loderer, der Vorsitzende der IG Metall, nannte die CSU-These „das Schäbigste und Verkommenste, was ich an politischen Äußerungen seit Jahren gehört habe"[22]). Und Heinz-Oskar

20) Haffner, Anmerkungen zu Hitler, S. 52.
21) FAZ v. 18. 10. 1979.
22) Interview in: „Bild" v. 16. 10. 1979.

Vetter, der Vorsitzende des DGB, hob den zentralen Sachverhalt hervor, daß zwar Faschismus wie Sozialismus Massen mobilisieren, aber für genau entgegengesetzte Ziele: „Massenmord", den der Faschismus wollte und durchführte, sei eben nicht dasselbe wie „Massenemanzipation und Massenbildung", für die der Sozialismus kämpfe. Das Gerede von „Kollektivismus" verdunkle nur den Sachverhalt[23]). Wer die CSU-These vertrete, sei „auf dem Weg zu einem demagogischen Geschichtsfälscher"[24]). Hoegner, der das Jahr 1933 als Reichstagsabgeordneter der SPD erlebte und nach 1945 bayerischer Ministerpräsident war, nannte die CSU-These „ein Verbrechen an der geschichtlichen Wahrheit, an der Demokratie und an der Gemeinschaft der Staatsbürger"[25]). Auch der „Spiegel" bezeichnete die CSU-These in wünschenswerter Eindeutigkeit als „Unfug und Unrat"[26]).

Andere sehen freilich ihr Hauptanliegen darin, die SPD aus der Schußlinie der CSU zu bringen, ohne deren Geschichtsfälschung grundsätzlich entgegenzutreten. Diese Tendenz klingt leider auch in dem Beschluß des SPD-Parteirats vom 5. Oktober 1979 an: „Wer angesichts unserer Geschichte Nationalsozialisten den *Sozialdemokraten* gleichstellt, stellt die Ermordeten in die Reihen der Mörder." Besonders deprimierend aber ist die Stellungnahme des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin, Galinski: Wer Sozialdemokraten in Verbindung mit Nationalsozialismus bringe, fälsche Geschichte genauso wie es diejenigen getan hätten, die Sozialdemokraten einst als Sozialfaschisten bezeichnet hätten, also die Kommunisten. Man müsse sich überhaupt dagegen verwahren, „daß eine andere demokratische Partei von irgend jemandem in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt wird"[27]). Der Autor stellt sich also voll auf den Boden, von dem aus die CSU ihre Kampagne startet, nämlich auf den Boden der Totalitarismus-Ideologie, bescheinigt dem Brandstifter, er sei eigentlich ein demokratischer Biedermann, dem die „Solidarität der Demokraten" zu gelten habe, gibt die „Extremisten", d. h. konkret die Linke, zum Abschuß frei und bittet nur darum, selber nicht dazu gerechnet zu werden. Es war genau diese Haltung, die nach 1930 auf dem rechten Flügel der SPD gegenüber Brüning, Hindenburg, Papen und schließlich sogar gegenüber Hitler dominierte und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung so wehrlos gegenüber dem Faschisierungsprozeß gemacht hat.

Der Kampf um Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden ist mit der Nominierung von Strauß in eine qualitativ neue Phase getreten. Die Auseinandersetzung über Ursachen und Wesen des Faschismus stellt dabei einen zentralen Punkt im „Kampf um die Köpfe der Menschen" dar.

---

23) Rede Vetters bei der Bildungspolitischen Konferenz des DGB, zit. nach FAZ v. 31. 10. 1979.
24) Vetter bei der DGB-Geschichtskonferenz am 12. 10. 1979 in München.
25) Zit. nach FAZ v. 19. 10. 1979.
26) „Der Spiegel", 44/1979, S. 28; der „Unfug und Unrat" wurde übrigens von den beiden studierten Politologen Stoiber und Strauß produziert. Man kann sich vorstellen, was es für die wissenschaftliche Entwicklung in der BRD bedeuten würde, wenn die gesamte Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft auf dieses Niveau heruntergebracht würde.
27) Zit. nach FAZ v. 20. 10. 1979.

Restauration des US-Interventionismus

Amerikanische Versuche, Vietnam vergessen zu machen

Von Michael T. Klare

Michael T. Klare, der uns den nachstehenden Beitrag für die Veröffentlichung in den „Blättern" zur Verfügung stellte, ist Direktor des Forschungsprojekts Militarismus und Abrüstung am Institut für Politische Studien in Washington, D.C. Der Beitrag enthält, wie wir meinen, eine Reihe interessanter Aufschlüsse über Vorder- und Hintergründe der gegenwärtigen außenpolitischen Auseinandersetzung in den USA, insbesondere über den Trend zur Rehabilitierung imperialer Interventionspolitik und zur Rolle, die alte und neue „Feindbilder" in diesen Zusammenhängen zu spielen haben. D. Red.

Die militärische Führung Amerikas bläst zum endgültigen Sturmangriff auf das Vietnam-Syndrom, in dem sie das größte Hindernis für eine militärische Vorrangstellung der USA sieht. Einfach ausgedrückt, besteht das Vietnam-Syndrom in der Abneigung der amerikanischen Öffentlichkeit, sich künftig noch einmal mit Interventionen vom Typ Vietnam in der Dritten Welt zu engagieren. Während die meisten Amerikaner den Rückzug der USA aus Indochina und den gleichzeitigen Abbau unserer „Polizeifunktion" im Ausland begrüßten, setzen sich einige führende amerikanische Politiker seitdem dafür ein, die Intervention als Standardinstrument der amerikanischen Politik zu rehabilitieren. Da die Unzufriedenheit über lange Warteschlangen an den Tankstellen und höhere Ölpreise größer geworden ist, unternehmen diese Apostel den Versuch, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß militärisches Eingreifen erforderlich sein könnte, um einer weiteren Aushöhlung unserer privilegierten Lebensweise vorzubeugen. Wenn die Öffentlichkeit überzeugt werden kann, dieses Argument zu akzeptieren, dann brauchen die Macher der amerikanischen Politik, so glauben sie, innenpolitischen Widerstand gegenüber künftigen Interventionen im Ausland nicht mehr zu fürchten.

Während sich zahlreiche führende Politiker aktiv für die öffentliche Billigung eines erneuerten Interventionismus einsetzen, bewegt sich das offizielle Washington gleichzeitig immer stärker auf einen neuen Konsensus zu, der den Einsatz militärischer Gewalt im Ausland betrifft. Nach dieser Auffassung kann und sollte Amerika zwar nicht bei jeder Krise in der Dritten Welt intervenieren, andererseits müssen wir jedoch handeln, wenn „lebenswichtige" Wirtschaftsinteressen – vor allem in der Energieversorgung – bedroht sind. Dieser neue Konsensus spiegelt sich in Erklärungen des Weißen Hauses wider, die besagen, Amerika sei darauf vorbereitet, jede Bedrohung der Belieferung der USA mit Erdöl unter Einsatz militärischer Gewalt aus dem Weg zu räumen, sowie in der Schaffung einer Eingreiftruppe zur Intervention im Mitt-

leren Osten. Die praktische Verwirklichung dieses Konsensus wird jedoch, wie viele Politiker glauben, auf Hindernisse stoßen, solange die Öffentlichkeit im Hinblick auf eine Intervention im Ausland an ihrem „Nie wieder!"-Standpunkt festhält. Daher der verstärkte Angriff auf das Vietnam-Syndrom.

Das Vietnam-Syndrom kann sowohl als institutionelle Matrix wie auch als subjektiver Zustand aufgefaßt werden. Institutionell hat diese Einstellung eine Reihe besonderer Formen angenommen: 1. die Verabschiedung des War Powers Act und weiterer legislativer Einschränkungen der Befugnisse des Präsidenten, im Ausland Krieg zu führen; 2. Abschaffung der Wehrpflicht und Einführung eines ausschließlich freiwilligen Wehrdienstes; 3. Beschränkung von geheimen Operationen der CIA und anderer Nachrichtendienste; sowie 4. die Annahme der „Nixon-Doktrin" und die Schaffung von Ersatz-„Polizei"-Mächten wie dem Iran (Pahlewis).

Diese Entwicklungen hatten unmittelbare und tiefgreifende Konsequenzen für den gesamten nationalen Sicherheitsapparat. Die Streitkräfte büßten die Hälfte ihres uniformierten Personalbestandes ein, wodurch künftige Aufstiegsmöglichkeiten für Tausende von Generalen, Admiralen und anderen hohen Offizieren beseitigt wurden. Das Budget des Pentagon wurde gekürzt (in inflationsfreien, „wirklichen" Dollars), was einen bedeutenden Rückgang der Verteidigungsaufträge zur Folge hatte. Die CIA mußte eine noch nie dagewesene öffentliche Überprüfung ihrer geheimen Operationen über sich ergehen lassen und verlor im Rahmen einer massiven Entlassung dienstälteren Personals zahlreiche Alt-Agenten. Alles in allem war es der größte institutionelle Rückschlag für den Rüstungsstaat seit der von Präsident Eisenhower angeordneten Demobilisierung nach dem Koreakrieg.

Schwerwiegender als diese institutionellen Kehrtwendungen war jedoch die subjektive Reaktion. Nach dem Rückzug aller US-Truppen aus Indochina atmete die gesamte Nation erleichtert auf und bezog eine „Nie wieder"-Position im Hinblick auf den Einsatz amerikanischer Truppen zur Kontrolle politischer Veränderungen in der Dritten Welt. 1975 faßte Senator Edward Kennedy diese Betrachtungsweise zusammen, als er erklärte: „Die uns (durch Vietnam) erteilte Lehre besteht darin, daß wir den lästigen Mantel des Weltpolizisten abwerfen müssen." Den gleichen Geist spiegelt eine Bemerkung des Senators Alan Cranston wider: „Die Vereinigten Staaten sollten der Welt ein friedlicher Nachbar sein, anstatt sich ständig in die Angelegenheiten der Welt in militanter Weise einzumischen." Diese Einstellung war vorherrschend, als der Kongreß im Jahre 1976 per Beschluß ein militärisches Engagement der USA in Angola verhinderte. Das gleiche galt auch ein Jahr später, als Washington beschloß, sich aus dem Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia herauszuhalten.

Präsident Carter, der auf dem Höhepunkt des Vietnam-Syndroms gewählt wurde, hat im allgemeinen die nichtinterventionistische Position vertreten, wie sie 1975 von den Senatoren Kennedy und Cranston formuliert wurde. Obwohl einige seiner Berater – insbesondere Zbigniew Brzezinski – eine militärische Reaktion auf einzelne Krisen befürworteten, untersagte Carter ein di-

rektes Engagement der USA in Konflikten wie dem Aufstand in Zaire, der iranischen Revolution, dem Grenzkrieg zwischen Vietnam und China und dem Bürgerkrieg in Nicaragua. Und obwohl es Anzeichen für ein Umdenken innerhalb der Regierung gibt, bestimmt diese Einstellung des „Hände weg!" noch immer die offizielle Politik: in einer Rede, die er im Mai 1979 vor der American Association of Community and Junior Colleges hielt, erklärte Staatssekretär Cyrus Vance, daß „die Anwendung militärischer Gewalt keine wünschenswerte politische Reaktion der USA auf die innenpolitischen Vorgänge anderer Nationen ist und es auch nicht sein sollte".

Für einige einflußreiche amerikanische Politiker jedoch werden mit dieser Einstellung dem Machteinfluß der USA unerträgliche Zwänge in einer Zeit auferlegt, in der die amerikanischen Auslandsinteressen zunehmend in Frage gestellt werden. Diese Politiker – Vertreter mächtiger Teilbereiche des Militärs, der Nachrichtendienste und der Wirtschaft – argumentieren, wenn Amerika nicht bereit sei, auf kleinere Bedrohungen im Ausland mit Gewalt zu antworten, so werde das lediglich in der Folgezeit ernstere Herausforderungen heraufbeschwören, die man dann nicht mehr in den Griff bekommen könne. Das Vietnam-Syndrom fördert nach ihrer Meinung geradezu die Unsicherheit, da es feindliche Mächte ermutigt, die im globalen Sicherheitssystem des Westens entstehenden Lücken auszunutzen. „Die weltweite Stabilität wird durch den Abbau der Politik und Stärke Amerikas ausgehöhlt", schrieb James R. Schlesinger in „Fortune" nach seiner Entlassung aus dem Amt des Verteidigungsministers im Jahre 1976. „Diese wachsende Unsicherheit spiegelt sichtbare Faktoren wider wie den Verfall des militärischen Gleichgewichts, aber auch (und vielleicht noch unmittelbarer) solche unsichtbaren Faktoren wie den veränderten psychologischen Standort der Vereinigten Staaten, einer Nation, die sich offensichtlich von den Belastungen der Führungsposition und der Macht zurückzieht."

Für diese Kritiker bedeutet die Nichteinmischung der USA in Angola, Äthiopien und im Iran eher ein Zeichen amerikanischer Schwäche als eine wohlüberlegte Politik der Zurückhaltung. „Vietnam bewirkte einen Verlust des Vertrauens in die Fähigkeit der USA, nichtkommunistische Systeme in Ländern der Dritten Welt gegenüber Subversion und militärischer Machtübernahme durch die Verbündeten Moskaus zu verteidigen", bemerkte „Business Week" vor kurzem. „Dieser Eindruck der Lähmung wurde noch dadurch verstärkt, daß die USA hilflos dabeistanden, als Aufständische mit russischer Rückendeckung und Unterstützung durch kubanische Truppen in Angola die Macht übernahmen. Und er wurde weiter bestätigt, als die zum sowjetischen Lager zählende äthiopische Regierung separatistische Bewegungen in Eritrea und Ogaden zerschlug."

Für die Verfechter einer erneuten interventionistischen Haltung ist das Vietnam-Syndrom nicht nur eine fehlgeleitete politische Konzeption, sondern der Beweis für eine viel tiefer liegende psychologische Störung. „Unsere innenpolitischen Voreingenommenheiten und unsere politische Uneinigkeit der letzten Jahre" weisen nach Schlesinger auf „eine zunehmende Schwäche

amerikanischer Politik" hin. Häufig wählen diese Kritiker Worte mit sexualpsychologischen Obertönen: Amerikas Verbündete haben das Vertrauen in „die Festigkeit amerikanischer Politik" verloren; die Europäer beklagen „das Erschlaffen des amerikanischen Einsatzes"; die amerikanische Zurückhaltung hat „die Vorstellung von der außenpolitischen Impotenz der USA entstehen lassen". (Zitate aus „Fortune" und „Business Week".)

Da Carter im allgemeinen auf dem Standpunkt der Nichteinmischung beharrt, ist er zur Hauptzielscheibe solcher Klagen geworden. Trotz seines offensichtlichen Erfolgs in Camp David wird er als „schwach" und „unentschlossen" beim Reagieren auf Krisen im Ausland argestellt. „Die Antwort der Regierung auf die sich vervielfachenden Herausforderungen und Störungen im Ausland", schrieb George F. Will kürzlich anklagend in „Newsweek", „ist eine Litanei von Dingen, die sie nicht tun will: Interventionen will sie nicht in Betracht ziehen, Militärbasen will sie nicht anstreben, Waffen will sie nicht bauen. Ihre Politik wird durch die beiden Flugzeugträger symbolisiert – durch den einen, gegen den Carter sein Veto einlegte, und den anderen, über dessen Entsendung zum Persischen Golf er dann seine Meinung änderte." Die sogenannte Politik des „Auch-die-andere-Backe-Hinhaltens", die dem Präsidenten nachgesagt wird, ist gleichfalls das Thema zahlreicher Angriffe von seiten führender Politiker der beiden großen Parteien. So erhob zum Beispiel Senator Howard Baker die Anschuldigung, Carters Versäumnis, den Schah und andere US-Klienten zu verteidigen, „legt die Interpretation nahe, es fehle uns an Willen oder Entschlossenheit, unter allen Umständen zu reagieren". Und in einer außergewöhnlichen Rede vor der Koalition für eine Demokratische Mehrheit äußerte Senator Henry Jackson 1979 den Vorwurf, die Milde der Regierung angesichts der zunehmenden Kriegsbereitschaft der Sowjetunion trage „den Stempel der Beschwichtigungspolitik".

Ihren Höhepunkt erreichten diese Angriffe im März 1979 mit einem Sonderheft der „Business Week" über den „Verfall der US-Macht", dessen dramatisches Titelbild eine weinende Freiheitsstatue zeigte. Mit dem Argument, seit Vietnam seien die Vereinigten Staaten „mit einer entnervenden Serie von Schocks geschlagen worden, die eine beschleunigte Aushöhlung von Macht und Einfluß signalisieren", riefen die Redakteure von „Business Week" zu einer Erneuerung der militärischen Kapazität zum Schutz der US-Interessen im Ausland. Sie führten aus, ohne eine aktivere Außenpolitik könne die begünstigte Wirtschaftssituation Amerikas schon bald im Schwinden begriffen sein. „Die politischen Entwicklungen, die während des Vietnamkrieges eingeleitet wurden, bedrohen heute den Lebensstil, der seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde."

Diese Ausgabe der „Business Week" war vor allem deshalb bezeichnend, weil sie, was selten genug geschieht, eine politische Richtungsdebatte an die Öffentlichkeit dringen läßt, die seit Vietnam die amerikanische Geschäftswelt in Atem hält. Tatsächlich begann diese Debatte als Auseinandersetzung innerhalb der Eliten über den Krieg selbst: nach der Tet-Offensive in Vietnam (1968) und dem Auftreten einer breiten Antikriegsbewegung im eigenen

Lande spaltete sich die Welt der Firmen und Gesellschaften in Fraktionen auf, von denen eine Weiterführung des Krieges befürwortete, während die andere einen amerikanischen Rückzug forderte. Nach dem Kriege entwickelte sich aus dieser Debatte ein tieferer Konflikt über die Rolle Amerikas in der Welt „nach Vietnam". In dieser Auseinandersetzung standen Geschäftsleute, die der Meinung waren, Amerikas Überseeinteressen könnten auch ohne einen Rückgriff auf militärische Maßnahmen in adäquater Weise geschützt werden, andere gegenüber, die auf dem Standpunkt beharrten, eine Intervention müsse stets als die „endgültige Lösung" der politisch-wirtschaftlichen Probleme Amerikas im Ausland in Betracht gezogen werden. Die erste Gruppe, die ich als „Händler" bezeichnen will, brachte als Argument vor, durch eine Ausweitung der amerikanischen Handelsbeziehungen mit Regierungen der Dritten Welt könnten die USA trotz weiterhin andauernder ideologischer Konflikte mit einigen Regierungssystemen eine Art weltweiter Managerrolle spielen. Die letztgenannte Gruppe, die ich die „Preußen" nennen möchte, beharrt darauf, Amerika müsse angesichts einer immer turbulenter und chaotischer werdenden Welt seine militärische Schlagkraft einsetzen, um so zu verhindern, daß Emporkömmlinge der Dritten Welt die globalen Wirtschaftspläne zunichte machen.

Meist ziehen es die an dieser Auseinandersetzung Beteiligten vor, ihre Kämpfe in aller Zurückgezogenheit auszutragen – in den Sitzungsräumen der Unternehmen, privaten Clubs und exklusiven Washingtoner Restaurants. Da die Debatte um den grundlegenden Unterbau des amerikanischen Machtsystems geführt wird, und da es einfach nicht möglich ist, das interne Zustandekommen von Entscheidungen im Bereich der Eliten den prüfenden Blicken der Öffentlichkeit auszusetzen (so geht es zum Beispiel nicht an, einen Unterausschuß des Kongresses darüber zu informieren, daß die kubanische Intervention in Angola in Wirklichkeit gut für Amerika ist, da sie die Stabilität des Cabinda-Erdölfeldes der Gulf Oil garantiert), tendiert diese Auseinandersetzung dahin, in eine andere Terminologie umgesetzt zu werden, sobald sie in der Öffentlichkeit geführt wird.

Die am weitesten verbreitete Ausdrucksform dieser Auseinandersetzung ist natürlich die Diskussion über die „sowjetische Bedrohung". Weil Daten über die militärische Stärke der Sowjetunion innerhalb eines weiten Spielraums Gegenstand von Interpretationen sind, haben die Kontroversen über Größe und Charakter der sowjetischen Kapazitäten oftmals die Rolle von Surrogaten für die tiefer reichende Auseinandersetzung über imperiale Politik zu spielen. Während die „Händler" argumentieren, Moskau sei viel zu beschäftigt mit inneren Problemen und mit wachsender Unruhe in Osteuropa, um sich auf irgendwelche ernsthaften Konfrontationen mit dem Westen einzulassen, vertreten die „Preußen" mit Nachdruck die Auffassung, Moskau werde seine bedrohliche militärische Schlagkraft einsetzen, um die Herrschaft über Schlüsselgebiete der Dritten Welt – insbesondere im Mittleren Osten – zu erringen und auf diese Weise die westlichen Wirtschaftssysteme zu unterminieren. Zwar sind sich beide Seiten über die Unwahrscheinlichkeit im klaren, daß Moskau jemals so tollkühn sein wird, irgendwelche wirklich kritischen Inter-

essen der USA zu bedrohen, wie zum Beispiel die Erdölversorgung (trotz allen Geredes von einer sowjetischen Intervention im Mittleren Osten hat Moskau sehr, sehr sorgfältig jede Handlungsweise vermieden, die als eine Bedrohung der westlichen Ölversorgung aufgefaßt werden könnte), die „Preußen" führen jedoch als Argument an, schon die bloße Existenz starker sowjetischer Streitkräfte könne eigenwillige Regierungen der Dritten Welt dazu ermuntern, sich in ihren Verhandlungen mit dem Westen störrischer zu verhalten, als sie es sonst tun würden. Wenn also der aus dem Amt scheidende Energieminister James Schlesinger im August warnend erklärte, das offensichtliche „Übergewicht sowjetischer Macht" im Mittleren Osten verstärke die Fähigkeit Moskaus zu „Einflußnahme und Subversion" im Hinblick auf die westliche Ölversorgung, dann waren sich Insider darüber im klaren, daß nicht Moskau der Grund seiner Besorgnis war, sondern eher die zunehmende Unabhängigkeit der Ölmächte des Mittleren Ostens. Und mit seiner Forderung nach einer verstärkten amerikanischen Präsenz zur Verhinderung sowjetischer Abenteuer in diesem Gebiet meinte er in Wirklichkeit, wir müßten in der Lage sein, jeden Verstoß der dort *einheimischen Bevölkerung* gegen Interessen der USA zu unterdrücken.

Die gleiche Wechselwirkung zwischen der Debatte über die „sowjetische Bedrohung" und der tieferen Auseinandersetzung um die Außenpolitik tritt in der SALT-Diskussion auf. Obwohl sich der größte Teil dieser Diskussion auf Fragen wie die relative Größe der Supermacht-Arsenale und die Überprüfbarkeit des beabsichtigten Vertrages konzentriert, betrifft die ihr zugrundeliegende Debatte insofern die Macht-Konzeption, als sie die Fähigkeit Amerikas berührt, die *westliche* Welt zu beherrschen. So kommt es, daß zwar niemand ernsthafte Zweifel an der Fähigkeit Amerikas hegt, auch weiterhin jeden vorstellbaren sowjetischen Angriff abzuschrecken, daß die Kritiker jedoch anführen, das sichtbare Inerscheinungtreten sowjetischer Stärke könnte eine Verringerung unserer Fähigkeit erzwingen, vom rechten Wege abweichende Regierungen im Ausland zu disziplinieren. Es überrascht daher kaum, daß Befürworter und Gegner von SALT unter den Senatoren sich einem Kompromiß nähern, der eine massive Ausweitung der „allgemeinen" US-Streitkräfte beinhaltet, d. h. derjenigen Streitkräfte, die zur Intervention und im Rahmen anderer nichtnuklearer Zwischenfälle eingesetzt werden sollen.

Die Debatte über einen erneuten Interventionismus ist auch bei den jüngsten Diskussionen um den Vietnamkrieg selbst wieder aufgeflammt. Während die meisten Amerikaner noch immer der Meinung sind, daß wir mit dem Rückzug der amerikanischen Truppen aus Indochina richtig gehandelt haben, argumentieren viele „realistische" Intellektuelle jetzt, wir wären besser dran (d. h. keine „boat people", kein Kambodscha-Konflikt usw.), wenn wir in Vietnam nicht nachgegeben und stattdessen unsere „Entschlossenheit" demonstriert hätten, die Interessen der USA zu verteidigen. Selbstverständlich ergibt sich aus dieser Logik eine Schlußfolgerung: Wenn es erstens richtig gewesen wäre, in Vietnam zu bleiben, dann haben wir zweitens ein noch größeres Recht, beim *nächsten* Auftreten einer Situation vom Typ Vietnam im Ausland zu intervenieren.

Im Verlauf dieser Debatte haben beide Seiten die verschiedensten Stärken und Schwächen gezeigt. Durch ihren frühen Entschluß, Jimmy Carter 1976 zu unterstützen, gelang es den „Händlern", einige ihrer Spitzenvertreter in hohe Regierungsämter zu plazieren. Andererseits haben sich die „Preußen" als sehr geschickt darin erwiesen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und die Hysterie über eine „sowjetische Bedrohung" zur Unterminierung der Regierungspolitik zu benutzen. Und während die „Händler" in Camp David und an anderen abgeschiedenen Schauplätzen der Diplomatie Wunder vollbrachten, macht die ihrem Vorgehen innewohnende Exklusivität (die sich auf eine geheime „Verständigung" nomineller Gegner verläßt) sie verwundbar gegenüber der Beschuldigung, „Beschwichtigungspolitik" oder zumindest Verzögerungstaktik im Angesicht wachsender Gefahr zu betreiben. Dies hat dazu geführt, daß die „Händler" im Laufe des letzten Jahres nach und nach an Terrain verloren haben und daß der Widerstand gegen eine Intervention (zumindest in den Kreisen der Eliten) in bezeichnender Weise schwächer geworden ist.

Dieser Trend war bereits im Januar offensichtlich, als die „Händler" einen besonders niederschmetternden Schlag hinnehmen mußten: den Zusammenbruch der Pahlewi-Dynastie im Iran. Seitdem der Schah nicht mehr für die Rolle als Ersatzgendarm am Persischen Golf zur Verfügung steht, hat sich die Nixon-Doktrin über Nacht in nichts aufgelöst, und mit ihr ist eine Hauptstütze der nichtinterventionistischen Position verschwunden. Obwohl sich die meisten Experten darüber einig waren, daß Washington wenig zur Rettung des Schahs hätte unternehmen können, diente das Nichtvorhandensein irgendwelcher Entscheidungsmöglichkeiten als Beweis amerikanischer „Impotenz".

Nach den Ereignissen im Iran wurde deutlich, daß sich die Hauptverantwortlichen für die amerikanische Politik einem neuen Konsensus über den Einsatz militärischer Stärke zum Schutz „lebenswichtiger" US-Interessen im Ausland genähert hatten. Der neue Standpunkt wurde am 26. Februar enthüllt, als die Minister für Verteidigung und Energie gleichzeitig ankündigten, die Vereinigten Staaten würden nötigenfalls Gewalt anwenden, um ihre Energieversorgung im Gebiet des Persischen Golfs zu schützen. In der Sendung „Face the Nation" versicherte Verteidigungsminister Harold Brown, die Erdöllieferungen aus dem Mittleren Osten seien „eindeutig Teil unserer lebenswichtigen Interessen", und „um diese lebenswichtigen Interessen zu schützen, werden wir jede geeignete Maßnahme treffen, einschließlich des Einsatzes militärischer Gewalt." Am gleichen Tage erklärte dann Energieminister James Schlesinger Reportern der „New York Times": „Die Vereinigten Staaten haben am Persischen Golf lebenswichtige Interessen. Die Vereinigten Staaten müssen sich so verhalten, daß sie diese Interessen schützen, selbst wenn dies den Einsatz militärischer Gewalt oder militärischer Präsenz mit sich bringt."

Präsident Carter unterstützte diese Erklärungen durch eine dramatische Zurschaustellung der militärischen Stärke der USA während der Jemen-Krise im März dieses Jahres. Obwohl die Krise ihren Ursprung in Stammesauseinan-

dersetzungen hatte und die Kämpfe auf ein schmales Grenzgebiet beschränkt blieben, entschloß sich Carter, den Konflikt im Jemen zu einer wichtigen, die „lebenswichtigen Interessen" der USA tangierenden Ost-West-Konfrontation aufzuwerten. Mit dem Argument, der südjemenitische Angriff auf den Nordjemen stelle eine indirekte Bedrohung Saudiarabiens – und folglich der amerikanischen Ölversorgung – dar, gab das Weiße Haus Notstandsmaßnahmen bekannt, die man eingeleitet habe, um jede weitere Aggression seitens der mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten Truppen des Südjemen zu verhindern. Teile der 82. Luftlandedivision (Amerikas Bereitschaftstruppe für Interventionen) wurden in Alarmzustand versetzt, und der Flugzeugträger „Constellation" wurde zur Arabischen Halbinsel beordert. Glücklicherweise flaute die Krise wieder ab, nachdem Vertreter der Arabischen Liga einen Waffenstillstand ausgehandelt hatten; es hätte jedoch leicht zu einer Eskalation von weit gefährlicheren Ausmaßen kommen können: nach Aussage von Jim Hoagland von der „Washington Post" war das Weiße Haus darauf vorbereitet, die 85 auf dem Flugzeugträger stationierten Kampfflugzeuge zur Beteiligung an den Kampfhandlungen zu ermächtigen, falls sich im Südjemen stationierte sowjetische oder kubanische Piloten in den Konflikt einschalten sollten.

Die Erklärungen Browns und Schlesingers vom 26. Februar zusammen mit Carters Demonstration militärischer Stärke während der Jemenkrise sind von Beobachtern sowohl innerhalb wie außerhalb der Regierung als Beweis dafür gewertet worden, daß das offizielle Washington sich jetzt vom Vietnam-Syndrom erholt habe. „Dieses Land hat in der Folge des Krieges in Vietnam eine sehr tiefe philosophisch-kulturelle Krise durchgemacht", räumte Zbigniew Brzezinski, der Berater in Fragen der nationalen Sicherheit, im April ein, aber „es hat diese Krise jetzt überstanden". Die Reaktion der Regierung auf die Vorgänge im Jemen, stellte er fest, „hat anderen signalisiert, daß wir, wenn nötig, zum Schutz unserer wichtigen Interessen Gewalt anwenden werden".

Die Ereignisse im Iran und im Jemen zeigten auch im Kongreß eine sehr starke Wirkung. „Die Flutwelle, die die amerikanische Intervention in Vietnam, Kambodscha und Angola zurückgeworfen hat, könnte jetzt in die entgegengesetzte Richtung umschlagen", schrieb die „Washington Post" im Juni 1979. „Starker Druck beginnt sich bemerkbar zu machen, der der Rückkehr zu einer stärker interventionistisch orientierten und auf militärischer Präsenz beruhenden Politik den Weg ebnen könnte, um so den Zugang der USA zu ausländischen Energiequellen zu gewährleisten." Und in einem Kommentar, der eine weitverbreitete Stimmung im Kongreß widerspiegelt, erklärte Senator Sam Nunn vor kurzem: „Ich würde lieber unsere Muskeln in Abständen von einer Woche spielen lassen, als gezwungen zu sein, auf einer sehr hohen Gefahrenstufe auf einen massiven Einsatz von Gewalt zurückzugreifen."

Als Reaktion auf diesen Druck hat die Regierung die Schaffung eines „Unilateral Corps" zur Intervention im Mittleren Osten angekündigt. Das Unilateral Corps – es trägt diese Bezeichnung, weil es von der NATO unabhängig sein und somit für einseitige Aktionen seitens der USA zur Verfügung stehen würde – wird aus rund 100 000 Truppenangehörigen bestezen, die aus vor-

handenen Einheiten der Armee, der Luftwaffe und der Marineinfanterie ei-schließlich der Elitetruppe der 82. Luftlandedivision zusammengezogen werden. Wenn seine Aufstellung abgeschlossen ist, wird das Unilateral Corps jeweils innerhalb kürzester Zeit einsatzbereit sein und schnell an entfernten Unruhepunkten wie etwa am Persischen Golf eingreifen können. Die Bildung einer solchen „schnellen Eingreiftruppe" wurde ursprünglich vor über einem Jahr vorgeschlagen, das Planungstempo wurde jedoch dem Vernehmen nach im Februar nach der Erhebung im Iran erheblich beschleunigt.

Gegenwärtig ist unmöglich vorherzusagen, wann und unter welchen Umständen dem Unilateral Corps der Einsatz befohlen wird. Mehrere Planspiele haben jedoch in den militärischen Zeitschriften weite Beachtung gefunden: eine Besetzung der saudiarabischen Ölfelder, um ihre Übernahme durch radikale arabische Kräfte zu verhindern; Eingreifen der Marine im Persischen Golf, um Öltanker vor Angriffen palästinensischer Kommandos zu schützen; Verteidigung des Nordjemen oder von Oman im Falle eines Einmarsches durch den Südjemen; sowie Vergeltungsmaßnahmen gegen Oberst Ghaddafi nach terroristischen Überfällen, die mit libyscher Unterstützung an anderen Orten stattfinden. Es geht natürlich nicht darum, ob eins dieser speziellen Szenarios tatsächlich durchgespielt wird oder nicht. Was zählt, ist die Tatsache, daß verantwortliche Spitzenpolitiker der USA sich offensichtlich zum Einsatz militärischer Gewalt verpflichtet haben, falls kritische Interessen der USA im Ausland bedroht sind.

Ein solches Vorgehen wird, wenn es dazu kommen sollte, jedoch keine einfache Wiederholung der Ereignisse in Vietnam sein. Die amerikanischen Kriegsplaner müssen sich heute mit zahlreichen Beschränkungen abfinden, die es in den 60er Jahren noch nicht gab. Da ist zunächst und vor allem die Erinnerung an eine Antikriegsbewegung, die einen längeren Krieg gegen Aufständische dadurch bekämpft, daß sie Tag für Tag die Gesamtzahl der gefallenen Amerikaner veröffentlicht, deren Leichen mit dem Flugzeug zurück in die USA gebracht werden. Auch die Wirtschaft spielt eine Rolle: der Vietnamkrieg war ein verschwenderischer Krieg mit einem hohen Verbrauch von Treibstoff, der bei den heutigen Ölpreisen sich nicht ohne einen Brankrott des Schatzamtes wiederholen ließe. Und der aus den Fugen geratene Waffenhandel hat tiefgreifende Veränderungen der internationalen militärischen Szene mit sich gebracht: waren die vietnamesischen Guerrillas noch mit relativ primitiven Infanteriewaffen ausgerüstet, so verfügen potentielle Gegner im Mittleren Osten und in Afrika heute über die modernsten Waffensysteme französischer, russischer und amerikanischer Herkunft. All dies bedeutet, daß jede zukünftige Intervention mit größerer Präzision, Schnelligkeit und Grausamkeit ausgefochten werden muß, als man sie bislang jemals erlebt hat.

Die „Vietnams" der Zukunft werden sich vom Original auch in anderer Weise wesentlich unterscheiden, und zwar im Hinblick auf den Charakter der Rationalisierungen, mit denen der Krieg gerechtfertigt werden soll. Der Indochina-

konflikt wurde wesentlich (wenn auch nicht überzeugend) auf der Grundlage der „Eindämmung" gerechtfertigt, d. h. ein Aufhalten des Vietcong wurde als notwendig dargestellt, um eine weitere sowjetische „Expansion" in die Dritte Welt abblocken zu können. Demgegenüber werden künftige Interventionen ihre Rechtfertigung mit eher pragmatischen Argumenten erhalten.

Die führenden Politiker der USA haben begriffen, daß die amerikanische Öffentlichkeit weit stärker mit der Inflation und der Energiekriese beschäftigt ist als mit komplizierten strategischen Grundsätzen des Kalten Krieges. Daher glauben sie, daß es möglich sein muß, der Öffentlichkeit die nächsten Vietnams mit krassen materialistischen Argumenten zu verkaufen: Die Intervention ist notwendig, werden sie sagen, um einen ständigen Fluß des Erdöls zu den örtlichen Benzintankstellen sicherzustellen. Außerdem besteht die Gefahr sogenannter „humanitärer Interventionen" (der Ausdruck stammt von Professor Richard Falk, Universität Princeton), d. h. von Überfällen vom Typ Entebbe zur Befreiung ziviler Geiseln oder auch von Kampagnen zum Sturz unbequemer Despoten wie etwa des Obersten Ghaddafi oder des Ayatollah Chomeini. (Die Opfer pro-amerikanischer Despoten wie des philippinischen Präsidenten Marcos oder des südkoreanischen Präsidenten Park sollten sich allerdings keine Hoffnungen auf derartige „humanitäre" Hilfeleistungen machen.)

Ob die amerikanische Öffentlichkeit solche Rechtfertigungsversuche schlukken wird oder nicht, bleibt abzuwarten. Noch immer gibt es viele prominente Politiker, auf deren Ablehnung militärischer Interventionen man sich verlassen kann, unter welchem Deckmantel diese auch immer auftreten mögen; und die Friedensbewegung kann, obwohl sie geschrumpft ist, ihre Kräfte ziemlich schnell mobilisieren. Die Befürworter der Intervention jedoch sind ganz offensichtlich der Meinung, die Reste der öffentlichen Antikriegsstimmung seien weitgehend in der Auflösung begriffen und im Rahmen eines verstärkten Propagandafeldzuges könne das „Vietnam-Syndrom" vollständig beseitigt werden. Wenn und falls sie zu der Schlußfolgerung gelangen, dies sei ihnen gelungen, dann wird das Auftreten des Unilateral Corps – im Kampfeinsatz – vermutlich nicht lange auf sich warten lassen. Deshalb haben wir alle, die wir zusammengearbeitet haben, um den Vietnamkrieg zu beenden, und alle diejenigen, die an das Bemühen um friedliche Lösungen der Weltprobleme glauben, die ungeheure Verantwortung, der Auffassung entgegenzutreten, Interventionen lägen im öffentlichen Interesse, und Washington so lautstark wie möglich darauf hinzuweisen, daß jede Wiederholung Vietnams auf sofortigen und unnachgiebigen Widerstand stoßen wird.

Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa?

Von Lew Semejko

Die Vertreter der NATO-Position in der gegenwärtigen „Nachrüstungs"-Debatte begründen ihre Forderung nach der Einführung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa mit einem – durch sowjetische „Vorrüstung" (Genscher) entstandenen – Ungleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa. Während diese Ungleichgewichts-These von Politikern und Massenmedien hierzulande in der Regel ungeprüft als Tatsache behandelt wird, stellt sich das strategische Kräfteverhältnis aus sowjetischer Sicht – wie der nachfolgende Beitrag eines führenden Moskauer Militärexperten zeigt – durchaus anders dar. Daß viele der hier vorgestellten sowjetischen Argumente der westlichen Öffentlichkeit im Ergebnis einer sorgfältig gefilterten Berichterstattung der Medien bisher weitgehend unbekannt geblieben sind, erschwert zweifellos die Verständigung. D. Red.

Bestimmte Kreise im Westen, auch in der Bundesrepublik Deutschland, behandeln das Thema „Gleichgewicht oder Ungleichgewicht" wie Hamlets Worte: „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage". Ihre Grundthese besagt, daß ein Ungleichgewicht entstanden sei und der Zeiger der militärischen Waage in Europa immer gefährlicher zugunsten des Warschauer Vertrags ausschlage. Wenn keine „Antwort"-Maßnahmen ergriffen würden, dann werde mindestens die politische Vorherrschaft der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent bald unvermeidlich sein, und im schlimmsten Falle drohe ein plötzlicher Angriff des Ostens mit der sofortigen Besetzung Westeuropas.

Besteht tatsächlich ein militärisches Ungleichgewicht und in seiner Folge eine Bedrohung des Westens? Es wäre naiv, bei der Beantwortung dieser Frage die Stärke der sowjetischen Streitkräfte herunterzuspielen. Sie sind stark, und wir verheimlichen das nicht. Aber es ist erstens wichtig, ihren politischen Charakter und ihren Auftrag richtig zu verstehen und zweitens ihr Verhältnis zur militärischen Stärke des Westens vernünftig einzuschätzen.

Einige politische Aspekte

Die Einstellung des Imperialismus zur „Politik der Stärke" im politischen Denken und die Erfahrungen der Geschichte, in der die Sowjetunion wiederholt massivsten Angriffen seitens der imperialistischen Kräfte ausgesetzt war, lassen es uns notwendig erscheinen, unsere Verteidigung zu festigen. Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Stärkung der sowjetischen Streitkräfte in der Tat erzwungen ist, als Antwort darauf, daß die potentiellen Gegner unseres Landes das Wettrüsten beständig vorantreiben. Die NATO-Län-

der, vor allem die USA, liegen bei der Entwicklung neuer und neuester Waffenarten erwiesenermaßen stets an der Spitze.

Nun heißt es, auch wenn von einer politischen Bedrohung seitens der UdSSR nicht die Rede sein könne, so sei ihre militärische Stärke trotzdem bedrohlich. Denn die Sowjetunion habe eine „offensive Militärdoktrin", und von da aus sei es nur ein Schritt zur Aggression. Das ist ein Trugschluß. Kann denn die Militärdoktrin eines Staates wirklich aggressiv sein, der vorschlägt, mit den Staaten des Westens ein Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und konventionellen Waffen zu schließen? Mehr noch, die Sowjetunion schlägt vor, im UNO-Rahmen ein weltweites Gewaltverzichtsabkommen zu vereinbaren. Das bedeutet doch, daß die Militärdoktrin eines solchen Staates eine Doktrin der Verteidigung und der Achtung der Ideen des Friedens und nicht der Aggression ist. Darauf haben auch angesehene Politiker der Bundesrepublik hingewiesen. Andererseits kann die Tatsache, daß die NATO-Staaten alle diese sowjetischen Vorschläge wie auch Dutzende anderer Abrüstungsvorschläge der UdSSR ablehnen, nur davon zeugen, daß ihre Militärdoktrinen Doktrinen der Aggression sind, wie immer sie hinter dem Schirm der „Verteidigungsstrategie" verdeckt sein mögen.

Eine Bedrohung ist schließlich real, wenn sie mit dem Streben dieser oder jener Seite verbunden ist, eine militärische Überlegenheit zu erreichen. Wie sehen hier die Positionen der beiden Seiten aus?

Der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Ustinow, erklärte: „Nicht der Kurs auf Überlegenheit in der Rüstung, sondern der Kurs auf ihre Senkung, auf die Minderung der militärischen Konfrontation – das ist unsere Politik." Der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown äußerte: „Wenn alle erforderlichen Mittel für die geplanten NATO-Programme zugeteilt werden, so wird dieses Bündnis Mitte der 80er Jahre auf militärischem Gebiet eine deutliche Überlegenheit erzielen." Wie wir sehen, geht es hier um gegensätzliche Positionen. Auf der einen Seite das Streben nach einem Gleichgewicht der Kräfte, nach der Senkung seines Niveaus durch Rüstungsbegrenzungen und -kürzungen und auf der anderen Seite der Kurs auf militärische Überlegenheit durch Rüstungserhöhung.

Über das eurostrategische Gleichgewicht und die „Raketenbedrohung"

Bedrohen sowjetische Raketen den Westen und insbesondere die Bundesrepublik? Eine objektive Antwort kann diese Frage nur verneinen. Möglicherweise treten bei dem einen oder anderen Zweifel auf, da schließlich alle Raketen Vernichtungswaffen sind und deshalb objektiv eine Bedrohung darstellen. Aber eine solche Bewertung wäre eine Simplifikation. Als das wirkliche Kriterium der Bedrohlichkeit nicht nur der Streitkräfte insgesamt, sondern auch dieser oder jener Waffentypen sind nicht so sehr ihre Kampfmöglichkeiten, sondern vielmehr die Frage, für welche Zwecke die militärische Macht und ihre einzelnen Komponenten entwickelt werden, zu betrachten. Weshalb wurde die Rakete „SS 20", die im Westen der „sowjetischen militärischen Bedrohung" so viel Lärm verursacht hat, entwickelt? Die Antwort muß man im Kontext des allgemeinen militärischen Kräftegleichgewichts sehen.

Die UdSSR befindet sich in einer äußerst spezifischen geopolitischen und strategischen Lage. Sie unterscheidet sich grundlegend von der Lage der USA und jedes beliebigen anderen NATO-Partners. Wenn es nicht gelänge, einen Kernwaffenkrieg zu verhindern, so könnte das Territorium der USA nur von solchen sowjetischen strategischen Kräften wie interkontinentalen ballistischen Raketen, Raketen, die von U-Booten und schweren Bombern gestartet werden, erreicht werden, also von Raketen, die sich auf dem Gebiet der UdSSR und in den Ozeanen befinden. Das Territorium der UdSSR würde jedoch nicht nur zum Objekt analoger amerikanischer Raketen, sondern zusätzlich auch vorgeschobener Kernwaffen der USA in Europa sowie von Kernwaffenträgern einiger anderer potentieller Gegner der UdSSR. Die UdSSR verfügt über keine entsprechende Ergänzung ihrer strategischen Kräfte gegenüber den USA. So entsteht eine sehr ungleiche Situation.

Die Sowjetunion hat sich im Verlauf der Jahre währenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT) bemüht, die Lage dadurch auszugleichen, daß sie die Frage einer Verringerung der vorgeschobenen amerikanischen Waffen auf dem europäischen Kontinent zu erörtern vorschlug. Dieser vom Standpunkt des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit her gerechtfertigte Vorschlag wurde von der amerikanischen Seite nicht aufgenommen. Dies, obwohl die Führung der USA und der NATO der Auffassung sind, daß das Kräfteverhältnis in Europa auf dem Gebiet der Kernwaffen günstig ist. Führende NATO-Vertreter haben bekanntlich wiederholt von einer zweifachen Kernwaffenüberlegenheit der NATO in Europa gesprochen. Um in den SALT-II-Verhandlungen aus der Sackgasse herauszukommen, hat die Sowjetunion ihren Vorschlag zur Kürzung der vorgeschobenen US-Potentiale in Westeuropa vorläufig zurückgezogen, was bekanntlich zum Durchbruch in den Verhandlungen, zur Wladiwostoker Vereinbarung von 1974 und schließlich – mit großer Verzögerung – zum sowjetisch-amerikanischen Vertrag in Wien (SALT II) vom Juni dieses Jahres geführt hat.

Gleichzeitig damit kam die Sowjetunion nicht umhin, dem nuklearen Ungleichgewicht in Europa Rechnung zu tragen. Im Hinblick auf dieses Ungleichgewicht sowie auf die Weigerung der USA, die Interessen der Sicherheit unseres Landes zu berücksichtigen, war die Sowjetunion gezwungen, die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen wie die Entwicklung der Rakete SS 20 und des Bombers „Backfire" zu treffen. Aber die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind gleichzeitig sogar leicht zurückgegangen. Auch die Zahl der Mittelstreckenbomber wurde gekürzt. Und auf dem Territorium anderer Staaten stationiert die Sowjetunion derartige Waffen überhaupt nicht. Davon hat Leonid Breschnew in seiner Rede in Berlin gesprochen. Wir sehen, die neuen sowjetischen Waffensysteme kann man nicht losgelöst von der allgemeinen strategischen Situation in der Welt sehen und in ihnen eine einseitige „Bedrohung" oder gar die einzige „Bedrohung" erblicken. Man muß sie objektiv, nicht nur vom rein militärischen, sondern auch vom politischen Standpunkt aus bewerten.

Welche Perspektiven gibt es? Die jüngste Friedensinitiative der Sowjetunion gibt eine Antwort auf diese Frage. Die UdSSR ist bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren. Selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger stationiert werden. Wenn der Westen auf den sowjetischen Vorschlag einginge, könnte schon in nächster Zukunft mit der Realisierung begonnen werden. Die Möglichkeit, nicht nur die sowjetisch-amerikanische, sondern auch die europäische nukleare Konfrontation einzudämmen, kann bei den SALT III-Verhandlungen nur unter der Bedingung gewährleistet werden, daß erstens der SALT II-Vertrag inkraft tritt und zweitens das entstandene Kernwaffengleichgewicht in Europa nicht durch neue Runden des Wettrüstens mit Kernwaffen seitens des Westens verändert wird.

Die Gegner der Abrüstung und Entspannung vertreten jedoch einen anderen Standpunkt: Der Westen müsse angeblich sofort auf die sowjetischen Verteidigungsmaßnahmen mit einer Modernisierung der taktischen Kernwaffen in Europa durch die Schaffung eines mächtigeren Potentials qualitativ neuer eurostrategischer Raketenwaffen – der „Pershing II" und der Flügelraketen („Cruise Missiles") – „reagieren". Wohin würde die Realisierung eines solchen Standpunktes führen?

Vom militärischen Standpunkt aus sind hier einige zentrale Momente anzuführen. Erstens: Das nukleare Gleichgewicht in der Welt würde verletzt. Unter Berücksichtigung der schon erwähnten geopolitischen und strategischen Lage der Sowjetunion, würde die riesige eurostrategische Ergänzung zum strategischen Potential der USA zu einer allgemeinen nuklearen Überlegenheit der NATO führen. Das wäre ein sehr gefährlicher, um einmal den Terminus Hans-Dietrich Genschers zu verwenden, „qualitativer Sprung". Und daraus geht zweitens hervor, daß die Sowjetunion der neuen Lage gegenüber nicht teilnahmslos bleiben kann. Sie wäre gezwungen, auf die Veränderung des allgemeinen strategischen Gleichgewichts mit neuen Verteidigungsmaßnahmen zu reagieren. Der Stand der Kernwaffenkonfrontation würde auf eine neue Stufe klettern. Drittens: Eine nukleare Nachrüstung der NATO würde in politischer Hinsicht im Kern der Entspannung widersprechen. Sie würde Europa weit vom erreichten Stand auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden zurückwerfen.

Schließlich würde eine neue Runde in der Kernrüstung die katastrophalen Folgen eines Krieges verschärfen, sowohl für die UdSSR und ihre Bündnispartner als auch für die europäischen Länder, und insbesondere für die BRD, wenn es nicht gelänge, ihn zu verhindern. Wäre den vernünftig denkenden Kreisen im Westen eine solche Perspektive recht? Ich bin fest davon überzeugt, daß das nicht der Fall ist. Sie kann nur von jenen begrüßt werden, die sich mit allen Kräften der Einstellung des Wettrüstens entgegenstellen, unter dem Vorwand, je mehr Waffen die NATO-Länder besäßen, um so besser sei ihre Sicherheit gewährleistet. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: Je

mehr Waffen, um so größer die Gefahr, daß ein Konflikt entsteht, und um so geringer folglich die Sicherheit.

Es ist ganz klar, daß die Schaffung einer eurostrategischen Ergänzung zum allgemeinen Kernwaffenpotential der NATO die Durchführung der SALT III-Verhandlungen ernsthaft erschweren würde. Wenn die westeuropäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, den SALT II-Vertrag begrüßen, könnte man annehmen, daß sie auch einen Erfolg bei SALT III herbeisehnen. Aber etwas zu wollen und gleichzeitig die Verwirklichung des gewünschten Zieles zu behindern – ein solches Vorgehen kann in der Politik, und nicht nur in der Politik, durch absolut nichts gerechtfertigt werden.

Das Gleichgewicht der konventionellen Kräfte und die „Panzerbedrohung"

Der begrenzte Umfang dieses Artikels erlaubt es nicht, die Frage des Gleichgewichts der konventionellen Kräfte und der Rüstungen in Europa, und besonders in Mitteleuropa, im Detail zu erörtern. Aber daß ein solches Gleichgewicht besteht, ist eine Tatsache, die von Dutzenden Experten bewiesen und von vielen verantwortlichen Politikern anerkannt wurde. Natürlich kann man nicht von einem in quantitativer Beziehung absoluten Gleichgewicht dieser oder jener Waffensysteme sprechen. Aber das Gesamtbild, daß insbesamt ein annäherndes Gleichgewicht vorhanden ist, verändert sich dadurch nicht. Die sogenannte Überlegenheit des Warschauer Vertrags in der Zahl der Panzer ist in keiner Weise eine Trumpfkarte zum Beweis für die „sowjetische Bedrohung". Man darf nicht vergessen, daß bei den Streitkräften der NATO eine gewaltige Panzerstärke, nämlich 11 000 Panzer, konzentriert ist, und unter Berücksichtigung der nicht dem Bestand der integrierten NATO-Streitkräfte zugeteilten Panzer sind es dann 17 000 Panzer. In den Lagern der USA in Europa gibt es noch 1500 Panzer, die in der Regel bei der Berechnung des Kräftegleichgewichts „vergessen" werden. Schließlich „vergißt" man auch, daß die NATO riesige Panzerabwehrkräfte besitzt, die – wie einfache Berechnungen zeigen – theoretisch in der Lage sind, fast alle Panzer der Welt zu vernichten. Allein in den letzten zwei Jahren haben die USA in Europa 47 000 lenkbare Panzerabwehrraketen stationiert, die theoretisch 42 000 Panzer vernichten können. Da sie von hoher Präzision sind, können 10 Raketen, wie westliche Militärspezialisten behaupten, 9 Panzer vernichten. Von welcher „Panzerbedrohung" des Westens kann man unter diesen Bedingungen noch sprechen? Aber die Anhänger des Wettrüstens reden nicht nur, sondern sie handeln auch. In den nächsten 5 bis 7 Jahren sind für die Ausrüstung der NATO-Länder noch etwa 9000 Panzer vorgesehen, und die Zahl der Panzerabwehrraketen soll auf fast 200 000 Stück erhöht werden.

Praktische Gleichheit besteht auch in der Zahl der Streitkräfte: In Mitteleuropa gab es am 1. Januar 1976 einen Stand von 981 000 Soldaten in der NATO und 987 300 im Warschauer Vertrag. Das Bestehen eines annähernden Gleichgewichts zwischen den Seestreitkräften der NATO und den Seestreitkräften des Warschauer Vertrags im Atlantik und in den an Europa grenzen-

den Meeren, was die Zahl der Kriegsschiffe betrifft, wird auch im Weißbuch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für 1979 offiziell anerkannt. Denn gerade das Vorhandensein des militärischen Gleichgewichts schafft eine unabdingbare Grundlage, um die Maßnahmen der militärischen Entspannung in Europa und vor allem bei den Wiener Verhandlungen zu realisieren, wo die UdSSR eine Reihe wichtiger Schritte unternommen hat, um den Vorschlägen der westlichen Länder entgegenzukommen. Aber der Westen hemmt den Fortschritt in den Verhandlungen, führt ein verwerfliches Spiel mit Zahlen auf und versucht, eine solche Kürzung der Streitkräfte und der Rüstungen in Mitteleuropa zu erreichen, die ihm militärische Vorteile bringt. Um die Wiener Verhandlungen aus der Sackgasse herauszuführen, in der sie sich jetzt schon jahrelang befinden, hat die UdSSR den einseitigen Beschluß gefaßt, innerhalb von zwölf Monaten 20 000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer und eine bestimmte Anzahl anderer Militärtechnik aus der DDR abzuziehen. Diese neue Initiative entwickelte Leonid Breschnew in seiner Rede am 6. Oktober 1979 in Berlin. Diesem Beispiel, dessen politische und militärische Bedeutung wohl kaum zu überschätzen ist, zu folgen, ist die Pflicht der westlichen Länder. Ihr Beharren auf unbegründeten Zahlen des Gleichgewichts der Streitkräfte, ohne den Gesamtzusammenhang und -entwicklungsprozeß seiner Komponenten und des realen Verhältnisses zu berücksichtigen, und das unverhohlene Streben nach militärischem Übergewicht – das ist keine Position, die den Grunderfordernissen einer Minderung der militärischen Konfrontation in Europa entspricht. Diese Positionen können nicht durch Behauptungen über einen „roten Militarismus" oder eine „sowjetische Bedrohung" gerechtfertigt werden. Solche Argumente sind darauf gerichtet, die Entspannungs- und Abrüstungspolitik zu untergraben und die Öffentlichkeit über ein angeblich in Europa bestehendes militärisches Ungleichgewicht irrezuführen.

Frank Niess

Geschichte der Arbeitslosigkeit

Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe
Ein Handbuch
260 Seiten. DM 14,80

Dieses Buch beschreibt, wie sich die Arbeitslosigkeit unter konjunkturellen und technischen Einflüssen zum sozialökonomischen Dauerzustand entwickelt hat. Es schildert die Arbeitsmarktpolitik als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeitslosenstatistik, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung werden auf ihre sozialökonomischen Funktionen und ihre Perspektiven hin untersucht. Auch heute sind die psychische Belastung und wirtschaftliche Not der Arbeitslosen groß. Der Kampf für das Menschenrecht auf Arbeit setzt Kenntnisse über die Geschichte der Arbeitslosigkeit voraus.

Pahl-Rugenstein

Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung?

Die neue § 218-Kampagne der CDU/CSU

Von Kristine v. Soden

Die Diskussion um den § 218 ist wieder voll entbrannt. Ausgelöst wurde sie durch den Arzt und führenden CSU-Funktionär Hartwig Holzgartner, der, mit Rückendeckung seines Generalsekretärs Stoiber, die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs in der BRD mit dem Völkermord der Nazis gleichsetzte und auf dem Kongreß des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU am 14./15. Juli 1979 wörtlich sagte: „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz."[1]) Daß der infame Vergleich zwischen Nazis und Sozialisten, die Gleichsetzung der Opfer des Faschismus mit ihren Mördern, kein Ausrutscher war, sondern in der Strauß-Partei Methode hat, zeigen die seither sich häufenden Äußerungen der gleichen Art.

In der bayerischen SPD und FDP stieß die demagogische Behauptung des Dr. Holzgartner auf heftige Kritik. Zu Recht wurde sie als ein „unüberbietbares Maß an politischer Verkommenheit"[2]) und als beredtes Zeugnis dafür gewertet, daß es der CSU weniger um konkrete Hilfe für Frauen gehe, die in einem Schwangerschaftsabbruch den einzigen Ausweg aus einer verzweifelten Situation finden, sondern „um das Wiederaufleben einer unseligen Mutterkreuzideologie, die in den Frauen allein Gebärmaschinen sieht"[3]). Auch die bayerische DKP wandte sich gegen die Äußerung Holzgartners und wertete sie als Indiz für eine politische Entwicklung, „die die Rechte der Frauen und Familien bedroht"[4]).

Vergeblich wurde versucht, über den Weg parlamentarischer Anfragen von der bayerischen Staatsregierung zu erfahren, ob eine Änderung des § 218 beabsichtigt sei. Obwohl inzwischen bekannt ist, daß die „Ärzte-Mafia", rechtskonservative und klerikale Kreise innerhalb der CSU nur auf einen günstigen Zeitpunkt „zum Sturm auf die Reform"[5]) warten, wies der bayerische Justizstaatssekretär, Wilhelm Vorndran, diese Vermutung zurück.

---

1) Vgl. den vollständigen Redebeitrag H. Holzgartners „Im Wortlaut", „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 18. 8. 1979.
2) Äußerung von K. H. Müller, sozialpolitischer Sprecher im bayerischen Landtag, in: FR v. 17. 7. 1979 („Auschwitz und Abtreibung").
3) U. Redepenning, FDP-Landtagsabgeordnete in Bayern, in: ebd.
4) Presseerklärung des Bezirksvorstandes der DKP/Nordbayern vom 24. 7. 1979.
5) R. Arens, „Der exakte Weg zurück nach Auschwitz", FR v. 8. 8. 1979.

Ohne Erfolg blieben auch alle Aufforderungen an die CDU/CSU und ihren gemeinsamen Kanzlerkandidaten, Franz Josef Strauß, sich von Holzgartner zu distanzieren. „Die dachten nicht daran."[6]) Edmund Stoiber, CSU-Generalsekretär, bagatellisierte dessen Äußerungen daher lediglich als „üble Entgleisung" und nahm sie als „überzogen" und „unglücklich" zur Kenntnis[7]).

Öffentlichen Protest und breite Empörung rief schließlich Kardinal Joseph Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und Erzbischof von Köln, hervor. Er leistete Holzgartner willkommene Schützenhilfe, indem er bekräftigte: „Wenn Abtreibung Mord ist, dann sind eben 73 000 Abtreibungen doch ein Mord in Massen"[8]) und sich darüber hinwegsetzte, daß Schwangerschaftsabbrüche schon seit über 100 Jahren gerade nicht als Mord aufgefaßt und daher auch nicht mit lebenslanger Freiheitsstrafe geahndet werden. Für die Zeit des Nationalsozialismus allerdings, auf die sich Höffner und Holzgartner in zynischer Weise berufen, trifft diese Tatsache nicht zu. Denn schon unmittelbar nach 1933 wurden Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen, ins Zuchthaus getrieben, in vielen Fällen sogar mit dem Tod bestraft. Denselben Strafen waren die beteiligten Ärzte und Hebammen ausgeliefert. Jüdische Frauen hingegen, später auch Zigeunerinnen und Polinnen, deren Kinder als „minderwertig" diffamiert wurden, mußten Schwangerschaftsabbrüche und auch Sterilisierungen zwangsweise über sich ergehen lassen.

Zu diesen Untaten schweigt sich Höffner freilich aus. Hans Schüler stellt daher die berechtigte Frage: „Wo war denn die katholische Kirche, als der Weg nach Auschwitz eingeschlagen wurde, als wirklich gemordet wurde?"[9]) Und wo war denn ihr Protest – so wäre hinzuzufügen, als jedes sittliche und moralische Wertempfinden zerstört und die berüchtigte Anstalt „Lebensborn" eingerichtet wurde, in der „arische" Frauen zum Geschlechtsverkehr mit wildfremden „arischen" Männern gezwungen wurden, um ‚rassisch wertvolles Leben" zu zeugen"[9a])? – Nicht die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs, wie sie heute beschaffen ist, ist daher ein „Skandal", sondern die Tatsache, daß diejenigen Frauen, die das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen, auf dieselbe Stufe gestellt werden mit den skrupellosesten Verbrechern, die die deutsche Geschichte je hervorgebracht hat.

Um so bestürzender ist es, daß Höffner selbst der Bitte von Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) nicht nachkam, seine „maßlose Äußerung zurückzunehmen und statt dessen diejenigen zur Besonnenheit zu mahnen, die durch blinden Fanatismus die Grundlagen des Zusammenseins in Frage stellen"[10]). Im Gegenteil: Höffner beharrte auf seiner Meinung, „daß es sich beim

6) E. v. Loewenstern, „Soziale Indikation im Sozialstaat", „Die Welt" v. 7. 8. 1979.
7) R. Arens, „Der exakte Weg zurück nach Auschwitz", FR v. 8. 8. 1979.
8) Wortlaut des Antwortbriefes von Kardinal Höffner auf den Brief des Bundesministers der Justiz, Dr. Hans-Jochen Vogel, v. 4. 9. 1979. Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz v. 13. 9. 1979, S. 2.
9) „Die Zeit" v. 17. 8. 1979.
9a) Mark Hillel/Clarissa Henry, Lebensborn e. V. Im Namen der Rasse, Wien–Hamburg 1975.
10) „Dieser Vorwurf ist ungerecht und unerträglich." Ein Brief von Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel an Kardinal Joseph Höffner zu dessen Behauptung, Abtreibung sei Mord, FR v. 11. 9. 1979.

Tatbestand der Abtreibung um die vorsätzliche Tötung ungeborenen Lebens handelt" und Schwangerschaftsabbrüche „mit Fug und Recht als Mord bezeichnet werden" können[11]).

Die Vehemenz, mit der Spitzenfunktionäre der Ärzteschaft, die CDU/CSU und die katholische Kirche der Reform des § 218 ihren gemeinsamen Kampf ansagen, wirft die Frage auf, welche Interessen sich hinter dieser Kampagne verbergen und welche Ziele mit ihr verfolgt werden.

I. Worum geht es den Reformgegnern?

Die Auseinandersetzungen der vergangenen Monate haben deutlich gemacht, daß sich die Gegner der Reform im wesentlichen auf zwei Argumente stützen:

1. Die Parole vom „Schutz des ungeborenen Lebens"

Unter Bezugnahme auf die „grauenhafte Wirklichkeit"[12]) der vermeintlich steigenden Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche verweist die CDU auf die Menschenrechte, die durch die Neuregelung des § 218 empfindlich verletzt würden. Denn – so Norbert Blüm, Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse: Eine Gesetzgebung, die dem ungeborenen Leben den Schutz entzieht und „die das ungeborene Leben preisgibt, versündigt sich am Leben"[13]). Dies zu hüten und zu pflegen, fühlt sich die CDU berufen, nachdem auch die Gewerkschaften, „deren Liebe den Schwachen gelten soll", in dieser Frage völlig versagt hätten[14]).

Dem ist entgegenzusetzen, daß die steigende Tendenz legaler Schwangerschaftsabbrüche keineswegs Rückschlüsse auf eine generelle Zunahme an Abbrüchen erlaubt. Wie der Bundesverband der „Pro Familia" kürzlich bekanntgab, ist vielmehr von einem absoluten Rückgang auszugehen, da Schätzungen aus früheren Jahren, in denen noch keine Bundesstatistik für Schwangerschaftsabbrüche existierte[15]), um ein Vielfaches über den gegenwärtigen Zahlen liegen. Dies bestätigen auch Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch von 1979[16]).

Im übrigen ist zu konstatieren: Wer unter dem Vorwand, Leben zu schützen, gegen legale Hilfe polemisiert, toleriert nicht nur den illegalen Schwangerschaftsabbruch auf dem Tisch des Kurpfuschers, er setzt sich auch „dem historisch begründeten Verdacht aus, nicht am Leben des einzelnen interessiert zu sein, sondern allein am Wachsen der Bevölkerungszahlen"[17]). Daß dieser

11) Wortlaut des Antwortbriefes von Kardinal Höffner . . ., a.a.O., S. 3 f.
12) „Münchner Erzbistum spricht von organisierter Vernichtung", FR v. 27. 7. 1979.
13) „Loyalität steht bei uns nicht auf einem Blankoscheck." Wortlaut des Jahresberichts des Bundesvorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, vor dem Plenum der 18. Bundestagung in Krefeld, FR v. 29. 9. 1979.
14) Ebd.
15) Diese wurde erst am 18. 5. 1976 eingerichtet (5. StrRG, Art. 4).
16) Statistisches Jahrbuch, Wiesbaden 1979, S. 370.
17) Offener Brief der „Pro Familia", Landesverband Bremen, an den Präsidenten des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, v. 4. 5. 1979, S. 1.

Verdacht durchaus seinen realen Hintergrund hat, bestätigt die vorwiegend von der CDU/CSU geschürte Panikmache bezüglich des „alarmierenden Geburtenrückgangs"[18]), der der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zufolge vor allem negative Auswirkungen „auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft, soziales Leben und nationale Verteidigung"[19]) befürchten läßt. Wenngleich der Schreckensvision vom „aussterbenden Volk" von führenden Bevölkerungswissenschaftlern, wie z. B. Hermann Schubnell und Günter Buttler, längst der Boden entzogen wurde[20]), halten die Rechtskräfte in unserem Lande dennoch an dieser Vorstellung fest. Und die Militärs, die einem kontinuierlichen Schrumpfungsprozeß der Streitkräfte entgegensehen, fragen weiterhin: „Woher, um alles in der Welt, kämen die Soldaten der Bundeswehr?"[21])

2. Die soziale Indikation – eine „Bankrotterklärung unseres Wohlfahrtsstaates"

Logische Konsequenz der Parole vom „Schutz des ungeborenen Lebens" ist die negative Haltung zur sozialen Indikation, deren Daseinsberechtigung prinzipiell angezweifelt wird: Werden Schwangerschaftsabbrüche als „Verletzung der Menschenrechte", genauer gesagt: als Tötung ungeborenen Lebens begriffen, die dem Staat jährlich nahezu 120 000 potentielle Bundesbürger vorenthalten, so stellen diejenige, die für die CDU aus nicht akzeptablen Gründen erfolgen schließlich einen „Skandal", ja sogar etwas „Schizophrenes" dar, wie Annemarie Griesinger, CDU-Sozialministerin von Baden-Württemberg, meint, die sich angesichts dieses beklagenswerten Zustandes schon „um ihren Schlaf gebracht" sieht[22]). In diesem Sinne erscheint es auch Karsten Vilmar, Präsident des Deutschen Ärztetages, als „befremdend", daß in einer „Überflußgesellschaft", die über ein weit gespanntes Netz sozialer Hilfen verfügt, „67 % aller Schwangerschaftsabbrüche auf Grund einer ‚sozialen Notlage' vorgenommen werden"[23]).

In einem Kommentar von „Pro Familia" hierzu heißt es: „Daß aus der Sicht des höchsten Funktionärs der Ärzteschaft die sinnliche Anschauung von Not und Elend eingeschränkt ist, dafür gibt es viele Erklärungen."[24]) Ihrem Verständnis nach wäre es verfehlt, den Begriff der sozialen Notlage, der alle Lebensumstände umfaßt, die dem Wohlbefinden einer Frau oder Familie entgegenstehen, und die eine gesicherte Zukunft und emotional schützende Erziehung von Kindern verhindern, lediglich auf geringes Einkommen zu reduzieren: Z. B. Arbeitslosigkeit, besonders unter Frauen und Jugendlichen, Mangel an

18) „Die Unionsparteien machen sich zum Anwalt der Familie", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 18. 4. 1978.
19) Ebd.
20) Vgl. hierzu: „Die positiven Folgen des Geburtenrückgangs", FAZ v. 9. 8. 1979; „Geburtenrate läßt Bonn kalt", FR v. 25. 10. 1979.
21) J. Nawrocki, „Kinder unerwünscht. Warum die Deutschen sich nicht vermehren wollen", „Die Zeit" v. 5. 1. 1979.
22) „SPD-Ansichten zum Paragraphen 218 gerügt", FR v. 4. 5. 1979.
23) Offener Brief des Präsidenten des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, an die „Pro Familia", Landesverband Bremen, FR v. 4. 8. 1979.
24) Offener Brief der „Pro Familia" . . ., a.a.O.

Kinderkrippen, Tagesstätten und Ganztagsschulen und nicht zuletzt die jämmerliche Lage von Kindern überhaupt – 300 000 in Obdachlosensiedlungen, 250 000 in Heimen, eine halbe Million, die jährlich mißhandelt, 1000, die zu Tode geprügelt werden und schließlich 6000 Kinder, die in der Bundesrepublik jedes Jahr Selbstmord begehen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Kurt Nitsch am „Weltkindertag" sein Amt als Präsident des Kinderschutzbundes niederlegte, und zwar aus Protest gegen die Gleichgültigkeit der Politiker, die selbst im „Jahr des Kindes" nichts Entscheidendes zur Änderung dieses Zustandes beigetragen haben[25]).

Fazit: Der Angriff auf die Reform des § 218 geschieht nicht im Interesse einer christlichen Moraltheorie und erst recht nicht im Interesse der Frauen, sondern er dient letztlich dem Ziel, die BRD quantitativ zu stärken. Der Protagonist dieser Vorstellung, Franz Josef Strauß, hat dies unmißverständlich zum Ausdruck gebracht: er halte es für notwendig, „durch eine moralisch und materiell aktive Familienpolitik für eine ausreichende Bevölkerungslage zu sorgen"[26]).

II. Das Konzept der CDU/CSU – „Frauen zurück an Heim und Herd"

Drei Jahre Erfahrungen mit der Reform des § 218 und über 70 Beratungsstellen haben deutlich gemacht, daß immer mehr Frauen von ihrem Recht Gebrauch machen, die Zahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder selbst zu bestimmen, Familienplanung zu betreiben. Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen sind Frauen bewußter geworden, lassen sie sich nicht mehr hin- und herschieben, bevormunden und unterdrücken. Sie pochen auf ihre Rechte, organisieren sich in den Gewerkschaften und schließen sich in der Frauenbewegung zusammen, um die Gleichberechtigung und menschlichere Lebensbedingungen Stück für Stück zu erkämpfen. Die Weiterentwicklung dieser Bewegung soll nicht nur mit allen Mitteln aufgehalten, sie soll sogar rückgängig gemacht werden. Zu diesem Zweck hat die CDU/CSU einen Schwerpunkt ihres Wahlkampfes auf das Thema Familienpolitik gelegt, das vorwiegend auf Frauen zugeschnitten ist – über die Hälfte des bundesdeutschen Wählerpotentials sind immerhin Frauen –, um sie zu motivieren, 1980 die Unionsparteien zu wählen; denn Franz Josef Strauß braucht, um zu siegen, einen erheblichen Anteil an weiblichen Wählerstimmen.

1. Erziehungsgeld als „Zuckerbrot" – Mutterideologie als „Peitsche"

Unter dem Motto: „In der Aufwertung der Mutter liegt der Schlüssel für ein neues Ansehen der Familienarbeit"[27]) propagiert die CDU/CSU eine längst überlebte Weiblichkeitsideologie, die im Kern darauf abzielt, Frauen aus dem Berufsleben herauszudrängen und in die industrielle Reservearmee abzuschieben, damit sie in alter Manier an Heim und Herd ihre Erfüllung finden. Um aus der Not der Arbeitslosigkeit eine Tugend zu machen, wird das Haus-

25) „‚Ich gebe auf' – Kinderschutz-Chef geht am Weltkinderwelttag", „Die Welt" v. 21. 9. 1979.
26) „Informationen des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit", 15/1979, S. 8.
27) „Loyalität steht bei uns nicht auf einem Blankoscheck", a.a.O.

frauendasein umstilisiert zum Lebenssinn und der vermeintlichen „Wesensbestimmung" der Frau, Kinder zu gebären und aufzuziehen, das Wort geredet: „Das Ja zur Last der neun Monate, zur Geburt, zu den tausend Diensten am Kind, macht erst die Würde der Frau."[28])

Obwohl sich die CDU bislang nie damit hervorgetan hat, Benachteiligungen von Frauen zu beheben, geschweige denn Mittel dagegen zur Verfügung zu stellen, zeigt sie sich jetzt erstaunlich großzügig, was Anlaß zum Denken gibt: Allen nicht berufstätigen Frauen, die Kinder zur Welt bringen, soll nämlich ein einmaliges Erziehungsgeld in Höhe von DM 2000 gewährt werden, wohingegen berufstätige Frauen leer ausgehen, trotz Doppel- und Dreifachbelastung, die Grund genug für eine besondere Unterstützung wäre[29]).

Die scheinbare Wahlmöglichkeit zwischen Berufsleben und Kindererziehung, die den Frauen mit diesem Konzept suggeriert werden soll, entpuppt sich als blanke Fiktion. Denn ist einmal die Entscheidung zugunsten der ausschließlichen Kinderbetreuung gefallen, stellt das Erziehungsgeld bestenfalls „ein Gnadenbrot für die Frauen dar"[30]), wenn nicht zugleich auch gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung sowie zum Ausbau außerfamiliärer Erziehungseinrichtungen getroffen werden. Die Alternative also, sich entweder mit einer aufgewerteten Mutterrolle zu arrangieren und die Berufstätigkeit aufzugeben oder aber den Beruf auszuüben und einen möglichen Kinderwunsch aufzugeben, ändert überhaupt nichts an der Diskriminierung der Frauen und trägt nicht im geringsten dazu bei, sie als vollwertige, gleichberechtigte Menschen anzuerkennen und zu behandeln.

2. *„Lieber ein Kind zuviel auf dem Kissen, als eins auf dem Gewissen"*

In den Versuch der CDU, den Frauen eine Weiblichkeitsideologie schmackhaft zu machen, die den Verzicht auf elementare Menschenrechte kaschieren und darüber hinaus nicht berufstätige gegen berufstätige Frauen ausspielen soll, reiht sich die konzertierte Aktion gegen die Reform des § 218 nahtlos ein: Hier geht es im wesentlichen darum, diejenigen Frauen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen, in Mißkredit zu bringen und sie mit dem Mythos der duldenden, aufopferungsvollen Mutter zu konfrontieren, die selbst in Notlagen dazu bereit ist, ein ungewolltes Kind zur Welt zu bringen. Nach dem bekannten Sprichwort: „Lieber ein Kind zuviel auf dem Kissen, als eins auf dem Gewissen."

Um ein möglichst hohes Maß an Verunsicherung und Verwirrung unter den Frauen zu stiften, werden scharfe Geschütze aufgefahren: Da wird der Schwangerschaftsabbruch als „Freigabe des Todes ungeborenen Lebens" gebrandmarkt, die geplanten „Institute für Schwangerschaftskonflikte" als „Mordsyndikate" diffamiert und auf die „Perversion des Denkens" verwie-

28) Äußerung von D. Heck (CDU), in: „Courage" 10/1979, S. 4 f.
29) In Baden-Württemberg hat die CDU-Landesregierung das Erziehungsgeld bereits seit dem 1. Juli 1979 eingeführt. Vgl. hierzu: FAZ v. 21. 7. 1979.
30) H. Robitzsch-Klee, „Wir wollen keine Aussteuer", „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) 41/1979.

sen, „daß aus dem Topf der Krankenkassen für die Tötung menschlichen Lebens 200 Millionen verwendet werden"[31]). Dies ist in der Tat eine beträchtliche Summe. Allerdings könnte sie – wie Erfahrungen aus den USA zeigen – erheblich gesenkt werden, wenn die Möglichkeit mehr genutzt würde, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten acht Wochen ambulant durchzuführen. Praxis in der BRD ist aber, daß dies nur bei 20% aller Abbrüche der Fall ist, wohingegen 80% stationär erfolgen und mit einem durchschnittlichen Klinikaufenthalt von etwa fünf Tagen verbunden sind[32]).

Erleichterungen für Frauen sind aber von der CDU nicht intendiert, plant sie doch, die soziale Indikation möglichst vollends zu beseitigen. Auf große Resonanz stieß daher in der CDU die von den katholischen Bischöfen initiierte Kampagne, selbst von den Kanzeln Propaganda gegen die Reform des § 218 zu betreiben. Am 23. September 1979 verabschiedete nämlich die Deutsche Bischofskonferenz in Fulda einen „Hirtenbrief" mit dem sinnigen Titel „Dem Leben dienen", der in einer Auflage von 2,5 Millionen an alle Kirchen verteilt wurde, wohl um dort den Kirchgängern als Sonntagslektüre mit auf den Weg gegeben zu werden. Darin wird beklagt, „daß jährlich Zehntausende unschuldiger Kinder im Mutterschoß getötet werden" und es ein „unerhörtes Ärgernis" sei, wenn Probleme im sozialen Umfeld durch Schwangerschaftsabbrüche, statt durch geeignete Hilfen behoben würden[33]). Nicht nur das: Katholischen Frauen, die dennoch einen Abbruch erwägen, droht dieser „Hirtenbrief" mit der „Exkommunikation", allen anderen mit verschärften Strafen[34]).

III. Der Boykott der Beratungsstellen

Zielscheibe der Angriffe sind in erster Linie die von der Arbeiterwohlfahrt und der „Pro Familia" getragenen Beratungsstellen, das „Bremer Modell"[35]) sowie das in Essen geplante „Institut für Schwangerschaftskonflikte". Die zahlreichen Versuche, diese Organisationen und deren Einrichtungen öffentlich zu diskreditieren und ihnen ihre materielle Grundlage zu entziehen, sind keineswegs neu. Sie lassen sich zurückverfolgen bis in die 50er Jahre, als mit der Gründung von „Pro Familia" erste Ansätze zu einer fortschrittlichen Sexualpädagogik und Familienplanung entwickelt wurden, deren Realisierung bis zur Reform des § 218 durch den Widerstand konservativer und klerikaler Kräfte nur begrenzt möglich war[36]).

Die jüngsten Angriffe haben allerdings insofern eine neue Qualität erreicht, als sie mit unvergleichlicher Schärfe vorgebracht werden und sie darüber hinaus darauf abzielen, wesentliche Bestimmungen der Strafrechtsänderung zu unterlaufen. Zweifellos am eklatantesten ist in diesem Zusammenhang der

31) „Im Wortlaut", FR v. 18. 8. 1979.
32) E. M. v. Münch, „§ 218 – noch immer eine Misere", „Die Zeit" v. 29. 9. 1978.
33) „Bischöfe nennen Abtreibung einen Skandal", FR v. 26. 9. 1979.
34) „Drohung im Hirtenbrief", in: „stern" v. 4. 10. 1979.
35) Vgl. Pro Familia Bremen (Hrsg.), Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren, Reinbek 1978.
36) Vgl. A.-L. Prager, Pro Familia – oder die Geschichte der Familienplanungsberatung, in: „Theorie und Praxis der sozialen Arbeit", 5/1976, S. 167 ff.

Boykott der Beratungsstellen, obwohl diese ausdrücklich als flankierende Maßnahmen zur Reform des § 218 eingerichtet wurden[37]), und zwar in der Absicht, ungewünschte Schwangerschaften zu vermeiden und deren Abbruch wirkungsvoll vorzubeugen. Dieselben Kräfte, die sich als „Schützer des ungeborenen Lebens" ausgeben, versuchen dies aber systematisch zu verhindern:

So weigert sich z. B. die CDU-Landesregierung von Baden-Württemberg, die notwendige Weiterfinanzierung der dort angesiedelten Beratungsstellen zu übernehmen, die nach Ablauf der Modellphase Ende 1979 akut wird. Noch zugespitzter ist die Lage in Rheinland-Pfalz. Hier hat die CDU-Landesregierung bereits jetzt die Subventionen gestrichen, so daß etliche Einrichtungen voraussichtlich geschlossen werden müssen. Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, warf den beiden Landesregierungen daher zu Recht Doppelzüngigkeit vor, „auf der einen Seite umfassende Beratung der Frauen in Notlagen zu fordern und andererseits kein Geld dafür zur Verfügung zu stellen"[38]).

Die eigentliche Tragweite, die diese Liquidierungsbestrebungen der CDU/CSU haben, wird allerdings erst ins rechte Licht gerückt, wenn man mit in Betracht zieht, daß in den betroffenen Beratungsstellen insgesamt über 10 000 Beratungen durchgeführt wurden. Eingestellt bzw. drastisch eingeschränkt werden nämlich nicht allein die § 218-Beratungen, sondern vor allem die präventiven Dienste, die seit der Reform und der mit ihr gesetzlich vorgeschriebenen „Zwangsberatung"[39]) ohnehin schon weit ins Hintertreffen geraten sind.

So ist Statistiken von „Pro Familie" zu entnehmen, daß 1978 44% aller Beratungen aufgrund des § 218 erfolgten, wohingegen sich 36% mit Familienplanung, 8% mit Sexualproblemen und nur 7% mit Partnerkonflikten befaßten – den eigentlichen Aufgabenbereichen von „Pro Familia"[40]).

Die Auswirkungen dieser Schwerpunktverschiebung verdeutlicht eine Untersuchung über Ursachen ungewollter Schwangerschaften: Unter 8000 Frauen, die in der ersten Hälfte diesen Jahres bei der „Pro Familia" in Köln § 218-Beratungen in Anspruch genommen haben, hatten sich über 60% auf unsichere Verhütungsmittel verlassen, 30% hatten überhaupt keine und nur 5,5% zuverlässige Mittel angewendet[41]). Diese Prozentzahlen, die die Notwendigkeit präventiver Arbeit veranschaulichen, sind durchaus zu verallgemeinern. Hinsichtlich der Altersstruktur und der sozialen Herkunft der Frauen kann zudem festgelegt werden, daß der Gebrauch keiner oder unsicherer Mittel bei Jugendlichen und Frauen, die das 35. Lebensjahr überschritten haben, signi-

37) Pressereferat des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (Hrsg.), Maßnahmen der Bundesregierung zur Begleitung der Reform des § 218 StGB, Bonn-Bad Godesberg o.J.
38) Lt. ppa v. 11. 9. 1979.
39) Über die Nachteile dieser Regelung vgl. M. Koschorke, Beratung in Widersprüchen, in: M. Koschorke/J. F. Sandberger (Hrsg.), Schwangerschafts-Konflikt-Beratung. Ein Handbuch, Göttingen 1978, S. 13–46.
40) Statistik der Pro Familia-Beratungsstellen, in: „Pro Familia-Informationen" 3/1979, S. 2 ff.
41) „Im Hintergrund: Probleme mit dem Partner", FR v. 8. 9. 1979.

fikant hoch ist und mit der Zugehörigkeit zu unteren Sozialschichten auffallend zunimmt. Im Bundesdurchschnitt stammen nämlich nur 13,5% aller Ratsuchenden aus Arbeiterfamilien, über 70% aber nach wie vor aus der Mittel- und Oberschicht[42]). Weiterhin ist bekannt, daß 73% aller Mädchen zwischen 13 und 15 ihr erstes Sexualerlebnis haben, von denen wiederum etwa 70% weder über empfängnisverhütende Mittel verfügen noch über ihren Zyklus hinreichende Kenntnisse besitzen. Darüber hinaus ist die perinatale Sterblichkeit bei jungen Schwangeren – bedingt in erster Linie durch die hohe Fehl- und Frühgeburtenrate – annähernd viermal so hoch wie bei Schwangeren sonst und Schwangerschaftsabbrüche sind bei ihnen in der Regel mit größeren Komplikationen, bisweilen auch Dauerschäden, z. B. Sterilität, verbunden[43]).

Charakteristisch für junge Frauen ist eine allgemeine Abwehrhaltung gegenüber vergleichsweise sicheren Verhütungsmitteln, insbesondere der Pille, die ihre Ursache in Befürchtungen über eventuelle Nebenwirkungen hat. Resultat ist, daß gegenwärtig nur jede vierte Frau in der BRD Ovulationshemmer einnimmt und zunehmend zu beobachten ist, „daß Frauen sich selbst Pillenpausen verordnen oder den fristgerechten Einstieg in die nächste Packung verpassen"[44]).

Diesem Umgang mit Familienplanung, der nach Auffassung von „Pro Familia" einem verantwortungslosen „Roulettespiel" gleicht und dem oftmals Sexualprobleme und Partnerkonflikte zugrundeliegen, wird auch von den Ärzten zu wenig vorgebeugt. Nicht selten geschieht es daher, daß sie aus Zeitmangel oder beschränktem Fachwissen darüber, wie man eine Spirale oder ein Scheidendiaphragma einlegt, nur die Pille verschreiben. Etlichen Ärzten ist sogar unbekannt, daß mittlerweile auch Minispiralen für Mädchen und junge Frauen entwickelt wurden.

IV. Für das Recht auf Selbstbestimmung – zum neuen Modellprogramm von „Pro Familia"

Auf dem Hintergrund der Boykottversuche der CDU/CSU und der Auswirkungen, die diese vor allem auf die präventive Arbeit der Beratungsstellen haben, hat „Pro Familia" kürzlich ein „Modellprogramm für gruppenspezifische Familienplanungsberatung" erarbeitet. Darin heißt es einleitend: „Jeder Schwangerschaftsabbruch stellt eine Herausforderung dar. Wir wenden uns gegen Bestrebungen, dieser Herausforderung dadurch zu begegnen, daß man den legalen Schwangerschaftsabbruch wieder zu erschweren sucht."[45]) Als Gegenmaßnahme fordert „Pro Familia" eine grundlegende Verbesserung vorbeugender Beratung, die sich insbesondere an diejenigen Bevölkerungs-

---

42) Statistik der Pro Familia-Beratungsstellen, a.a.O.
43) „Die Schwangerschaft bei Jugendlichen", in: „Pro Familia-Informationen" 3/1978, S. 13 ff.
44) „Im Hintergrund . . ., a.a.O.
45) „Viele Frauen haben den Weg aus der Illegalität gefunden." Vorschlag der Deutschen Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V. Pro Familia für ein Modellprogramm für gruppenspezifische Familienplanungsberatung, FR v. 1. 10. 1979.

schichten wenden soll, die bislang kaum erreicht wurden, wie eben Jugendliche, Arbeiterinnen und Arbeiter, Ausländerinnen und Ausländer, Frauen mit Schwangerschaftsabbruch und der Gefahr einer Wiederholung sowie Frauen, die in ländlichen und kleinstädtischen Regionen wohnen. Die speziellen Beratungsdienste, die für diese Zielgruppen eingerichtet werden sollen, hat „Pro Familia" zunächst für fünf Jahre projektiert, um sie anschließend in die bestehenden Dienste zu integrieren.

Ein solches Modellprogramm, das eine sinnvolle Perspektive zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften und ihres Abbruchs eröffnet, setzt jedoch voraus, daß die bisher geleistete Präventivarbeit in ihren Grundlagen erhalten bleibt. Hierfür haben sich auch 140 Bremer Ärzte ausgesprochen, und in einer Erklärung der „Liste demokratischer Ärzte", die bei den letzten Delegiertenwahlen für die hessische Landesärztekammer kandidierte, wurde dafür plädiert, daß der Erhalt und Ausbau präventiver Beratungsarbeit forciert und deren personelle sowie materielle Ausstattung verbesserte werden müsse[46]).

Ausreichende Beratungsangebote über Familienplanung, Sexual- und Partnerprobleme, die Möglichkeit eigenverantwortlich einen Kinderwunsch zu bestimmen, sind Voraussetzungen, um das Recht der Frauen und Familien auf Selbstbestimmung zu gewährleisten. So ist es zunächst erforderlich, dafür einzutreten, daß

– die Schließung von Beratungsstellen verhindert wird;

– die Weiterfinanzierung aller Einrichtungen nach Ablauf der Modellphase Ende 1979 von Ländern und Kommunen übernommen wird;

– die gesetzlichen Vorschriften des § 218 eingehalten und insbesondere soziale Indikationen anerkannt werden;

– vorbeugende Beratungen über Familienplanung, Sexual- und Partnerkonflikte dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechend ausgebaut und

– die im 5. Strafrechtsänderungsgesetz, Art. 3, vorgesehenen „Institute für Schwangerschaftskonfliktberatung" eingerichtet werden.

Ein erster Schritt in diese Richtung war die Gründung eines „Initiativkreises zum Erhalt der Pro Familia" in Rheinland-Pfalz, der seit einigen Monaten besteht und eine Demonstration in Essen, die am 21. September 1979 anläßlich der CDU/CSU-Angriffe auf die Reform des § 218 stattfand und an der über 2000 Frauen aus der Demokratischen Fraueninitiative (DFI), der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), von Jungdemokraten, Jungsozialisten und verschiedenen Frauengruppen teilgenommen hatten.

46) DVZ v. 11. 10. 1979.

„Leitende Angestellte" als Potential für eine neoautoritäre Politik

Zu Ideologie und Realität des „Faktors Disposition"

Von Ulrich Briefs

Die „Leitenden" – eine dritte Kraft?

Die nach dem Mitbestimmungs"gesetz von 1976 erfolgten Wahlen für die Aufsichtsräte haben der sozialen Landschaft in der BRD einen neuen Tupfer aufgesetzt: die Praxis einer institutionalisierten Vertretung der „leitenden Angestellten" im Rahmen der Unternehmensverfassung. Ihre Vertretung im Aufsichtsrat von etwa 500 deutschen Groß- und Mittelunternehmen – im Gesetz von 1976 ebenso zwingend vorgeschrieben wie die der Arbeiter und Angestellten – gibt einer zahlenmäßig sehr kleinen Gruppe von Beschäftigten einen unverhältnismäßig großen Anteil an der Macht in jenen Unternehmen, die den überwiegenden Teil der Wirtschaft direkt oder indirekt beherrschen.

Dahinter wird aber eine andere, weiter ausgreifende, gefährliche Tendenz sichtbar: die gesonderte Vertretung der „Leitenden" stößt – ungeachtet der engen Auslegung dieses Begriffs durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 9. Dezember 1975 – die Tür auf für eine gesonderte Interessenvertretung einer dritten Gruppe von Beschäftigten neben den Arbeitern und Angestellten. Die Entwicklung insgesamt zielt nämlich gar nicht so sehr auf die Vertretung der „Leitenden" im engeren Sinne des BAG-Urteils, sondern sie zielt auf die breite Schicht von unteren, mittleren und oberen „Führungs"kräften oder, um bei dem etwas umständlicheren, aber nicht so sehr mit dem begrifflichen Schwulst deutscher Ideologie behafteten Begriff zu bleiben, der in den Gewerkschaften mehr und mehr gebräuchlich wird, auf die „Angestellten mit Leitungsaufgaben". Damit ist eine zahlenmäßig wesentlich größere Gruppe angesprochen. Schätzungen geben für diese Angestellten mit Leitungsaufgaben zwischen 2 und 2,5% aller Beschäftigten in der BRD, d. h. ca. 400 000 bis 500 000 Beschäftigte, an[1]).

Und damit bekommt diese Entwicklung einen ganz anderen Hintergrund. Es tauchen die Schatten vielfältiger historischer Versuche auf, den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital abzuschwächen, zu beseitigen.

Faschistoid-korporativistische Muster der Gestaltung der sozialen Beziehungen in den Betrieben scheinen mit einem Mal durch: eine größere Gruppe von Beschäftigten, von denen – das wird zu zeigen sein – viele in mancher Hinsicht ebenso unter den Druck der wirtschaftlichen und sozialen Veränderun-

1) Vgl. E. Witte/R. Bronner, Die Leitenden Angestellten, München 1974, S. 77–83; so auch verschiedene Wirtschaftsverbände.

gen im Wirtschaftssystem der BRD geraten sind wie die Masse der Arbeiter und Angestellten, bietet sich als Mittel für die Spaltung der Beschäftigten, für die Einführung eines „dritten Faktors", für die soziale Restauration eines „Leistungsadels", eben des „Faktors Disposition" an[2]).

Dieser Versuch ist – sieht man vom weiter zurückliegenden Versuch des Kults des „Führerprinzips" im NS-Regime ab – jedoch nicht der erste in der neueren deutschen Geschichte:

– Die Mittelstandspolitik der 50er und 60er Jahre – eigentlich der einzige etwas näher ausgeführte Teil der Lehre von der „sozialen Marktwirtschaft" – zielte ebenfalls auf die Schaffung einer dritten Schicht zwischen den Massen der Beschäftigten und dem großen Kapital. Die ständige Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft entzog dieser Politik jedoch kurzerhand den Boden;

– die diffuse Vorstellung von einer heraufdämmernden „Arbeitnehmergesellschaft", in der die Klassen durch Schichten abgelöst sind, die allenfalls durch ein System von mehr oder weniger professionell bestimmten „Funktionaleliten" – darunter die leitenden Angestellten – strukturiert ist, war und ist noch ein weiterer Schritt in diese Richtung[3]).

Gemeinsamer Zug dieser Ideologien (im Sinne eines falschen Bewußtseins) ist der Versuch, das tatsächliche Strukturprinzip der Gesellschaft in der BRD – den Gegensatz von Kapital und Arbeit –, das sich, wenn auch z. T. nur in sehr verdeckter Form, im Gegensatz zwischen den abhängig Beschäftigten und ihren Organisationen einerseits und den Unternehmen und Unternehmerverbänden andererseits niederschlägt, aus der Welt zu schaffen. So betrachtet, stellt das „Mitbestimmungs"gesetz von 1976 auch einen ideologischen Kraftakt dar[4])!

Die BRD ist offenbar gegenwärtig in einer Phase ihrer Entwicklung, wo sich zwangsläufig verstärkt derartige Versuche bemerkbar machen müssen: dabei scheinen an die Stelle des (alten) Mittelstandes, der von der zunehmend monopolisierten Wirtschaft mehr und mehr aus seiner ökonomisch-sozialen Funktion verdrängt worden ist, nun die Produkte dieser monopolisierten Wirtschaft selbst zu treten: die Angestellten mit Leitungsfunktionen, die „Manager" in den privatwirtschaftlichen Bürokratien.

Angesichts unheilvoller politischer Traditionen in Deutschland, angesichts der ungünstigen Perspektiven des Wirtschaftssystems in der BRD und angesichts des Zustands der Arbeiterbewegung muß dieser Versuch, einen „drit-

2) Zur Herkunft des Begriffs „Faktor Disposition" vgl. E. Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I: Die Produktion, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963, S. 5–8; vgl. auch ders., Unternehmensführung, Wiesbaden 1962; vgl. auch die 6. der Freiburger Thesen der FDP.

3) Vgl. R. Dahrendorf, Changes in the Class Structure of Industrial Societies, S. 101–104, in: A. Bréteille (Hrsg.), Social inequality, Harmonsdworth (GB) 1969 S. 93–121; insbesondere auch die offiziöse Gesellschaftslehre in der SPD scheint diesen Linien zu folgen.

4) Sehr aufschlußreich ist hier der Kommentar des FDP-Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff zum „Mitbestimmungs"gesetz von 1976: „Die Konfrontation im traditionellen Organisationsmodell von Kapital und Arbeit wird durch die Kooperation der beteiligten Gruppen (Arbeiter, Angestellte, leitende Angestellte, d. Verf.) ersetzt." Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 13. 1. 1977.

ten Faktor" zu installieren, jedoch eine erhebliche Gefahr darstellen. Insbesondere sind diese Bestrebungen im Zusammenhang mit dem schleichenden Abbau der gewerkschaftlichen Rechte durch eine gewerkschaftsfeindliche Rechtsprechung und Gesetzgebung sowie auch in Verbindung mit den Tendenzen zu sehen, die Gewerkschaften an die Kette des „Gemeinwohls" zu legen, z. B. durch ein „Verbändegesetz". Ein „dritter", mit Privilegien ausgestatteter „Faktor", eine auf die Wahrung des „Gemeinwohls" (wer definiert dieses?) festgelegte Gewerkschaftsbewegung, eine sich ausdehnende und die Gewerkschaften in ihrer Existenz bedrohende Aussperrungspraxis, die Praxis der Berufsverbote, die verschärfte Repression im Bereich der Hochschulen, der Massenmedien und – wie die Überwachung von Betriebsräten durch die Geheimdienste zeigt – in den Betrieben sind Anzeichen eines sozialen Wandels in der BRD, hin zu weiteren neoautoritären Formen im politischen Leben[5]). Diese Entwicklung ist zugleich im Zusammenhang zu sehen mit der zunehmenden Willfährigkeit des Staates gegenüber den organisierten Wirtschaftsinteressen (Kernkraftwerkebau, Lockerung von Lieferungsbeschränkungen für Rüstungsgüter, massive Förderung „neuer Technologien" u. ä.).

Der Faktor Disposition – Realität oder Fiktion?

Angesichts dieser Gefahren erscheint es besonders notwendig, sich mit dem „dritten Faktor", seinem realen Substrat sowie dessen realen Funktionen und Perspektiven zu beschäftigen. Eine Schwierigkeit dabei liegt insbesondere darin, daß die Frontlinie der Auseinandersetzung um die Abgrenzung des leitenden Angestellten insbesondere durch in juristischer Form vorgetragene Argumente gekennzeichnet ist. So gibt es inzwischen mehrere Dutzend höchstrichterliche Urteile in der BRD, die sich auf die Frage der Abgrenzung des Kreises der leitenden Angestellten beziehen. Gemeint sind damit zunächst nur die leitenden Angestellten nach § 5 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) – eine sehr kleine Gruppe –, aber dahinter steckt im Grunde die Frage nach dem „Faktor Disposition" insgesamt.

Die Frage, warum angesichts der behaupteten betrieblich-funktionalen Bedeutung dieses „Faktors Disposition" die Abgrenzung überhaupt so schwierig ist, scheint sich niemand so richtig zu stellen. In der Tat ist die Abgrenzungsdebatte gekennzeichnet durch eine ganze Serie von Abgrenzungskriterien, die von der Gehaltshöhe über die hierarchische Einordnung nach Organisationsplan bis zu jenem Bündel von Kriterien reichen, das im BAG-Urteil vom 9. Dezember 1975 und in der weiteren Rechtsprechung festgehalten worden ist[6]). Dabei enthält das BAG-Urteil noch am ehesten funktionale Kriterien – wie substanzielle Beteiligung an wirklichen unternehmerischen Entschei-

5) Vgl. U. Briefs, Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft – Zur Notwendigkeit der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, in: „WSI-Mitteilungen", 2. Sonderheft „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat", 12/1977.

6) Vgl. „Blick durch die Wirtschaft" (BddW) v. 15. 1. 1976, in dem die vom Verband angestellter Akademiker (VAA) in der Chemieindustrie aufgestellten Kriterien enthalten sind; vgl. die Forderungen der Union der leitenden Angestellten (ULA), die Sozialversicherungsbemessungsgrenze als Kriterium zugrunde zu legen; vgl. Stiftung Mitbestimmung/Hans-Böckler-Gesellschaft (Hrsg.), Der leitende Angestellte nach § 5 Abs. 3 BetrVG 1972, Köln 1977.

dungen und eindeutige Prägung der Tätigkeit des „Leitenden" durch diese Beteiligung (mit denen es den Kreis der „Leitenden" ja auch sehr stark einschränkt!) –, doch löst es diese Kriterien dann z. T. wieder auf, indem es generell auf die jeweiligen organisatorischen Bedingungen der Unternehmen abstellt. Ein „Faktor Disposition" also, der selbst wieder disponibel ist? Ein „Faktor Disposition" zumindest, der offenbar keine wirklich eindeutigen funktionalen Kriterien für seine Bestimmung hat!

Und das ist es, was man aus diesem juristischen Hickhack, aus der Verlegenheit des Gesetzgebers und den Nöten der Rechtsprechung entnehmen muß: der „Faktor Disposition" als funktional eindeutig bestimmbarer „dritter" Faktor neben Arbeit und Kapital existiert offenbar nicht, er ist mehr oder weniger eine Fiktion, wie sie die Rechts- und Sozialgeschichte ja reichlich gekannt hat und noch kennt. Doch mit solchen Fiktionen kann unter bestimmten Bedingungen durchaus Politik gemacht werden. Die Auseinandersetzung um diese Fiktion des „dritten Faktors" repräsentiert denn auch eine bestimmte Phase der Klassenauseinandersetzung in der BRD: ob und wieweit diese Fiktion zumindest temporär in die soziale Realität einzugreifen vermag, wird dabei nicht durch objektive Kriterien, sondern durch die sozialen Kräfteverhältnisse in der BRD bestimmt werden (und die sind insbesondere auf der rechtspolitischen Ebene bekanntlich nicht günstig für die Gewerkschaften!).

Den „Faktor Disposition" als breite, nach Hunderttausenden zählende Schicht „disponierender Führungs"kräfte gibt es also offenbar nicht. Es gibt aber jene sehr kleine Gruppe von engen Mitarbeitern der obersten Herren in den Wirtschaftsbürokratien, die wirklich substantiell an „unternehmerischen Entscheidungen" mitwirken. Ginge man entsprechend konsequent nach den funktionalen Gesichtspunkten vor, die diese Mitwirkung beschreiben, d. h. bezeichnete man als „leitende" Angestellte wirklich nur die, die wesentliche und umfassende unternehmerische Funktionen ausüben, und deren Tätigkeit davon eindeutig geprägt ist, so reduzierte sich die Zahl dieser „Leitenden" wahrscheinlich auf Prozentbruchteile der Gesamtbeschäftigtenzahl. Im VW-Konzern sollen es ca. 30–40 Personen sein, das sind etwa 0,03% aller Beschäftigten, bei einer Lufthansa-Tochter 3 von 2000 Beschäftigten, also 0,15%[7]). Dem stehen die Vorstellungen sowohl der Organisationen der leitenden Angestellten, also z. B. der Union der leitenden Angestellten (ULA), als auch der Unternehmerverbände, als auch etwa der FDP gegenüber. Der Verband angestellter Akademiker (VAA) in der Chemie-Industrie geht von einem Anteil des „Faktors Disposition" an der Gesamtbeschäftigtenzahl dieses Industriezweiges in Höhe von 4% (= ca. 24 000 Angestellte) aus[8]). Die Gesamtzahl der „Leitenden" in der BRD in dieser weiteren Auslegung wird denn auch, wie gesagt, auf ca. 2–2,5% der Beschäftigten insgesamt geschätzt. Das sind dann immerhin 400 000–500 000 Personen, also mit ihren wahlberechtigten Angehörigen auch ein ganz beachtliches Wählerpotential!

7) Vgl. „Handelsblatt" (HB) v. 24. 8. 1976 (VW-Fall); vgl. FAZ v. 17. 3. 1976 (Lufthansa).
8) Vgl. BddW v. 10. 11. 1976; dabei wird in der Regel bis auf die vierte, in bestimmten Fällen sogar bis auf die siebte Leitungsebene (von oben) herabgegangen!

Dabei steht diesem Anspruch jedoch irgendwie der elementare Widerspruch zwischen der Natur sogenannter „unternehmerischer Entscheidungen" und den Anforderungen an diese einerseits und der mit dieser Abgrenzung des „Faktors Disposition" angestrebten großen Zahl von Entscheidungsträgern andererseits gegenüber: Ist es denkbar, daß „unternehmerische Entscheidungen" in einem Konzern von 100 000 Beschäftigten von 2000 dieser Beschäftigten substantiell getroffen werden? Und wenn das so sein sollte, wäre das nicht eher ein (weiterer) Hinweis darauf, daß sich unser Wirtschaftssystem eines der aufwendigsten Steuerungssysteme überhaupt zugelegt hat, gegen das die vielgeschmähten Bürokratien der sozialistischen Länder möglicherweise geradezu Muster an Effizienz sind? Denkt man an die Diskretion usw., die „unternehmerische Entscheidungen" umgibt, im kapitalistischen System umgeben muß, so wird die Monströsität des Anspruchs auf einen nach Hunderttausenden zählenden „Faktor Disposition" noch deutlicher.

Jeder, der einmal in die oberen Etagen der Wirtschaftshierarchien Einblick gehabt hat, weiß dagegen, daß „unternehmerische Entscheidungen" typischerweise tatsächlich eher von 20 Personen (wenn überhaupt von so vielen!) als von 200 oder gar 2000 getroffen werden. Wo gibt es wirklich den Spitzen-Manager, der sich bei seinen Entscheidungen auf 200 und mehr Beschäftigte stützt? Die Tatsache, daß Grundlagen in Form von Informationen, Planalternativen, Soll-Ist-Analysen usw. für die „unternehmerischen Entscheidungen" von einer größeren Zahl von Personen erstellt werden, steht dem nicht entgegen: die Vorbereitung und Ordnung der Informationen usw. über Gegenstände, die zur Disposition anstehen, und die Disposition selber sind halt getrennte Dinge. Im übrigen werden diese Grundlagen ja wohl nicht nur von Spezialisten in den Stäben und vom mittleren und unteren Management erstellt, sondern gerade auch von Angestellten und Arbeitern vor Ort. Und es stimmt auch nicht, wie oft behauptet wird, daß die Stabsspezialisten und das mittlere Management durch die Vorbereitung der Planalternativen die „unternehmerischen Entscheidungen" „prädisponieren"; die Planalternativen werden vielmehr im Kern von der Logik der Kapitalverwertung und der Profitmaximierung bestimmt, irgendwelche „Freiräume" auf Stabsebene bestehen bestenfalls bei Randfragen.

Rein von den tatsächlich gegebenen Entscheidungsverhältnissen in der Wirtschaft erweist sich also die Lehre vom „Faktor Disposition" als das, was sie ist: als eine Legende, als eine Fiktion bestenfalls. Hinter dieser Fiktion wird aber ein anderer „Faktor Disposition" sichtbar. Er ist nur zum Teil verkörpert in jener kleinen Zahl von Personen, die den wirklichen Entscheidungsträgern in den Vorständen, Unternehmensleitungen und z. T. Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten substantiell zuarbeiten – nicht 2% oder 4% der Beschäftigten, sondern vielleicht 0,02% oder 0,05%! Die Struktur von Großkapitaleigentümern, von deren Treuhändern in Banken und Vermögensverwaltungen, von Vorstandsmitgliedern der Großkonzerne sowie von Spitzenfunktionären der Unternehmerverbände und in zunehmendem Maße auch von hohen Beamten, zusammen mit einer sehr kleinen Zahl wirklich „leitender Angestellter" ins-

besondere der Großkonzerne – das ist der wirkliche „Faktor Disposition"[9])! Eine Heraustrennung einer dieser Gruppen aber wäre willkürlich: die Struktur dieses „Faktors Disposition" ist Ausdruck der notwendigen „Vergesellschaftung" der Spitzenentscheidungen unter den Bedingungen einer zugleich hochgradig arbeitsteiligen und hochgradig monopolisierten kapitalistischen Volkswirtschaft.

Zur wirklichen Funktion des Managements

Nun gibt es aber natürlich die breite Schicht unterer, mittlerer und oberer „Führungs"kräfte, der Angestellten mit Leitungsaufgaben. Was sind aber dann deren wirkliche Funktionen? Was ist insbesondere im Kern die „Leitungsfunktion"? Worin besteht die Leistung dieser „Angestellten mit Leitungsaufgaben" oder, um einen anderen Begriff zu nehmen, der „Manager"? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich die Tätigkeiten des „Managements" einmal konkret ansehen.

Geht man – im Bereich des mittleren und unteren Managements, aber auch großer Teile des oberen Managements – von den unmittelbar ausgeführten Tätigkeiten aus, also Formulare ausfüllen, Berechnungen anstellen, Bericht erstatten, Kunden- oder Lieferantengespräche führen, die Tätigkeiten der „Mitarbeiter" koordinieren und kontrollieren usw., so unterscheidet sich die Tätigkeit der Angestellten mit Leitungsaufgaben oder Manager kaum von der von (qualifizierten) Sachbearbeitern – bis auf die Tatsache, daß sie eben die Tätigkeiten anderer Arbeitskräfte koordinieren, sie kraft Weisungsrechts in eine bestimmte zeitlich-räumlich-sachliche Ordnung bringen und daß sie die Einhaltung dieser Ordnung überwachen. Ihre spezifische Arbeit als „Leitende" besteht also darin, daß sie andere – ihre Untergebenen – kraft des an sie delegierten Weisungsrechts nach bestimmten Mustern arbeiten lassen. Die Arbeit, die sie vollbringen, ist demnach indirekte Arbeit in dem Sinne, daß ihre Arbeit unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen der ausführenden, der unmittelbaren Arbeit am Bearbeitungsobjekt – am Werkstück, an der Akte bzw. an der Maschine – bestimmte Muster aufdrückt.

Die Arbeit des Leitenden gibt also der Arbeit der Ausführenden die Form, die die Ziele des Unternehmens verlangen – die ausführende Arbeit ist Substanz, die leitende schafft die Form oder besser eine Form, nämlich die jeweils ökonomisch notwendige. Sie überbrückt die ständig sich reproduzierende Spanne zwischen dem sich immer wieder umwälzenden Kapital und der konkret notwendigen, stofflich festmachbaren Verausgabung von Arbeit. Nun gilt jedoch auch, daß die ausführende Arbeit – die letzten Endes allein Werte schaffende Arbeit – sehr wohl auch diesen Form gebenden Part übernehmen kann, nicht jedoch umgekehrt die leitende Arbeit auch den Werte schaffen-

9) Galbraith hat einmal erwähnt, daß der Kreis der Personen, die über 75% der amerikanischen Industrieproduktion bestimmen, etwa ein Vorstadtkino mit 400 Sitzplätzen füllen würde. Geht man für die BRD von heute von einem ähnlichen Monopolisierungsgrad aus (wie er damals in den 60er Jahren für die USA kennzeichnend war) und geht von einer durchschnittlichen Zahl von 20 engen Mitarbeitern in den jeweiligen Unternehmen aus, so erhält man eine Zahl von ca. 10 000 wirklich zum „Faktor Disposition" in obigem Sinne (= ca. 0,05% der Beschäftigten!) zählenden „leitenden Angestellten".

den Part. Leitende Arbeit ist auf ausführende angewiesen, nicht aber umgekehrt!

Eine weitere Frage ist nun: Woher kommt diese „Form"? Bestimmt das Management diese Form? Oder ist sie etwas Vorgegebenes? Die Antwort liegt auf der Hand: Nicht das Management bestimmt die Form, sondern diese ist in den bürokratischen Vorschriften der Unternehmen, der darin wirkenden Logik des kapitalistischen Systems und den darin wirksam werdenden Zwängen zum Überleben (und dazu zum Profitmachen und -maximieren) bestimmt und vorgegeben: es sind die konkreten Ziele der Unternehmen, ihre Profitstrategien, ihre Unternehmenspläne und Budgets, ihre Kontrollverfahren und Kennziffern usw., die die Form der Arbeit bestimmen. Das Management hat die Arbeit per Anweisung lediglich in eine entsprechende raumzeitliche usw. Anordnung zu bringen[10]).

Die Arbeit des typischen Managers ist daher die des Anpassers, bestenfalls die des Bündlers von Kräften. Sie tritt den eigentlich produktiven Kräften der Beschäftigten als etwas Fremdes und diese Entfremdendes gegenüber. Mit dieser Entfremdung – die von dem Beschäftigten ja sehr deutlich als solche, als Herrschaftsausübung, als Manipulation, in der Folge als Entfremdung empfunden und verstanden wird – wird die leitende Arbeit zwangsläufig aber auch sich selbst und ihrem Subjekt entfremdet: der Manager wird zum entfremdeten Entfremder.

Die Unterwerfung der lebendigen menschlichen Arbeit unter die Bedürfnisse des Kapitals in der konkreten Form des jeweiligen Einzelkapitals und dessen Organisationsform, der jeweiligen Unternehmung, erweist sich als in ihrer Grundqualität reziproke Beziehung – der Manager entfremdet, indem er die Produzenten an der Entfaltung hindert bzw. die Entfaltung im Interesse des Unternehmens kanalisiert, zugleich sich selbst: seine Entfaltung wird von der gleichen Entfremdung, wenn auch in anderer Form geprägt. Die Funktion des Managers ist typischerweise die Aufrechterhaltung der Ordnung, die zwischen den die Arbeit vollziehenden Arbeitern und Angestellten im Interesse des Unternehmens notwendig gesetzt ist. Er verkörpert diese Ordnung und „herrscht" insofern – zugleich wird er damit jedoch in der Tendenz auch der Möglichkeit zur Entfaltung seiner eigenen produktiven Kräfte und Fähigkeiten beraubt. Durch die Herrschaftsnatur der Beziehung zu den Untergebenen wird zugleich auch die (mögliche) positive Austauschbeziehung zwischen Subjekten zerstört, da die Funktion des Angestellten mit Leitungsaufgaben darin besteht, den Arbeitenden auf folgsame Substanz, auf das disponible Objekt, zu reduzieren. Dieser Prozeß vollzieht sich vom Manager aus gesehen jedoch nicht im berühmten Handlungs„spiel"raum oder -„frei"raum, sondern die Herrschaftsbeziehung zum Untergebenen verhindert gerade die Mög-

10) Diese Systeme werden natürlich wieder von irgend jemandem erstellt. Gehören diese dann aber zu den „Leitenden"? Sicher nicht. Vielmehr reproduziert sich hierbei auf oberster Ebene die Spaltung von ausführender und entscheidender Arbeit: Die Stabsmitarbeiter führen aus, der kleine Kreis wirklich „Leitender" entscheidet über die Konzeptionen, die Logik, die Auswahl der Systeme, die jedoch alle von der abstrakten eindimensionalen Profitlogik bestimmt werden, nicht etwa von produktiven und schöpferischen Vorstellungen über neue Gebrauchswerte usw.

lichkeit des „Frei"raumes. Zudem ist die Masse der leitenden Angestellten selbst wieder dieser gleichen Abhängigkeit von oben unterworfen.

Nicht „Disposition", nicht Nutzung von „Frei"räumen charakterisiert also die Aufgaben des Managements, sondern Annäherung des Gesamtarbeitsprozesses an die vom Unternehmen her notwendige Form. Der Manager ist die persönliche Verkörperung, der menschliche Sensor des abstrakten Steuerungssystems der Unternehmung. Nur lenkt dieses ihn und nicht er dieses!

Diese wirkliche Funktion des Managements wird deutlich, wenn man sich die Verhältnisse in den fortgeschrittenen, insbesondere amerikanischen Großunternehmen und ihren Bürokratien ansieht: Der Manager ist der Administrator, der Verwalter des Budgets – seine Aufgabe ist es, die Prozesse in seinem Bereich in die Form zu bringen, die die Budgetvorgaben vorschreiben. Der Schlüsselbegriff sind denn auch die „Standard Operating Procedures", das Arbeitenlassen nach vorgegebenen, repetitiv zu vollziehenden Mustern. Die Standard-Operating-Procedure macht deutlich, daß viele Management-Funktionen vom Prozeß der ständigen Rationalisierung der Produktion und Verwaltung nach kapitalistischen Regeln ebenfalls erfaßt werden: Die Taylorisierung der Arbeitsplätze schafft in der Tendenz auch entfremdende Bedingungen für das Management. Management by Exception, d. h. ein Management, das sich auf Eingriffe im Ausnahmefall – bei einer Außer-Plan-Situation z. B. – beschränkt und kybernetisches Prinzip, d. h. das automatenhafte Reagieren auf Abweichungen sind – so gesehen – Versatzstücke zur Taylorisierung der Arbeit[11]).

Ist der Arbeiter in der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise zum Anhängsel der Maschine geworden, so wird der Manager zunehmend zum Anhängsel des Budgets bzw. des gesamten bürokratischen Systems der Führungsorganisation – jenes sich ausbreitenden Instrumentariums der Entfremdung mit (pseudo-)wissenschaftlichen Mitteln also, das leider auch in vielen gewerkschaftlichen Bereichen nicht ohne eine gewisse Faszination betrachtet wird[12]). Motivationstechniken, „Mitarbeiterführung", die vielfältigen sonstigen Techniken des Managements haben den Zweck, die in diesen Systemen verkörperte Logik der kapitalistischen Produktionsweise nach unten weiterzugeben, sie auf der Ebene der Arbeitsplätze „operational" zu machen, dem Management die zuvor angesprochene Aufgabe des „Formens" der Arbeitsprozesse zu erleichtern. Das Mitarbeitergespräch z. B. dient der Einstimmung des Beschäftigten auf die Profitziele und die sich daraus ableitenden weiteren Ziele, die im Grunde bei einer fernen Konzernzentrale festgelegt worden sind. Die Tatsache, daß sich das alles in einem Klima gelegentlich fast behutsamer Mitarbeiter„führung" vollzieht, kann ebensowenig die Tatsache der Ent-

11) In dem Maße, wie es gelingt, die Arbeit zu routinisieren bzw. zu standardisieren und sich das Eingreifen des Managers auf „Ausreißer" beschränkt, wächst naturgemäß auch die Entfernung des Managers von der Arbeit, von ihrem konkreten Vollzug; diese reduziert sich für ihn auf die „Kennziffer" bzw. die Abweichung von dieser. Und auch die Abweichung gibt ihm nur den Anlaß, einen Spezialisten heranzuholen bzw. die Ausführenden zu einer Veränderung des Arbeitsmusters anzuhalten.

12) Vgl. den (inzwischen fehlgeschlagenen) Versuch, eine eigene gewerkschaftliche Führungsakademie aufzubauen.

fremdung und Manipulation verleugnen wie etwa die Praxis der Ziel„vereinbarung" in diesen Systemen. Die modernen Techniken des Managements repräsentieren auch die subtilste und am weitesten vorangetriebene systematische Entfremdung der Beschäftigten.

Der amerikanische Sprachgebrauch des executive – weit weniger prätentiös als die deutsche „Führungs"kraft – trägt dem in gewisser Weise Rechnung: der Manager ist nicht eine charismatische Führergestalt, sondern der Vollstrecker des Systemwillens, bürokratisch verkörpert in Budgets, in Forecasts, in Operating, Planning und Control Procedures usw.[13]) Was dran glauben muß, sind – beim Manager und beim Untergebenen – die verbliebenen Reste an Selbstbestimmung oder der Anspruch darauf. Daß das nicht nur für den ausführenden Arbeiter und Angestellten gilt, sondern ebenso für den Manager, zeigt die Tatsache, daß viele Konzerne den ursprünglichen, professionellen Interessen der Manager Rechnung tragen müssen. Die IBM und andere Konzerne haben eine Zweigleisigkeit der Aufstiegsbahnen schaffen müssen: Sie müssen ihren Managern die Möglichkeit einer fachlich-professionellen Weiterentwicklung in einer sog. Fachlaufbahn einräumen, die das Moment der Entfremdung von der inhaltlich professionellen Entwicklung im Gegensatz zur Manager-Laufbahn nicht enthält[14]).

Dieses starke Spannungsverhältnis zwischen den Tätigkeiten im Management, die in der Tendenz mit steigender Verweildauer in diesen Tätigkeiten eine Entfremdung von den professionellen Inhalten der jeweiligen Disziplin z. B. des Technikers, des Naturwissenschaftlers, des Mathematikers, mit sich bringt, und dem Interesse an dem jeweiligen Gebiet und seiner Weiterentwicklung kennzeichnet eine Dimension der Entfremdung für die „Führungs"kräfte: der Manager ist in der Tendenz gezwungen, sich von seinem – falls er professional ist – erlernten Fach wegzuorientieren – weg von den sachlich-inhaltlichen Verschiedenheiten, die im Arbeitsprozeß eine entscheidende Rolle spielen, hin zu den diese Inhalte aufhebenden Systemen, die von den Kontroll- und Steuerungsbedürfnissen der bürokratischen Apparate der Wirtschaft und den eindimensionalen Profitzielen des Kapitals geprägt sind. Er wird der Verwalter dieser Systeme und Apparate in dem Sinne, daß er die Formalziele – Wirtschaftlichkeit und Rentabilität –, die „Ordnungsmäßigkeit" der Organisation garantiert, indem er die (substantielle) Arbeit der Untergebenen überwacht und koordiniert, dabei jedoch zugleich zwangsläufig auch seine eigene professionelle Entfaltung verhindernd.

---

13) Forecasts (= Prognosen), Operating, Planning und Control Procedures (= Arbeits-, Planungs- und Kontrollverfahren bzw. deren Festlegung in Vorschriften) sind Begriffe, die inzwischen auch in deutschen Unternehmen Eingang gefunden haben, insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufkauf deutscher Unternehmen durch amerikanische und mit der Tätigkeit amerikanischer Unternehmensberatungsfirmen; auf diesem Wege ist auch der Begriff „Profit", den die Betriebswirtschaftslehre über Jahrzehnte hinweg durch harmlosere Wortschöpfungen wie Ergebnis, Erfolg, Überschuß u. ä. zu ersetzen sich bemüht hat, wieder in die deutsche Praxis gelangt.
Vgl. hierzu insbesondere auch gewisse recht kritische Aussagen bei W. H. Whyte jr., The Organization Man, New York 1956.

14) Vgl. W. Rodgers, Think – The Amazing Story of IBM, New York 1969.

Konsequenterweise ist die Aufgabe des Managers auch nicht, Kreativität zu entfalten – er ist also gerade auch nicht der vielberufene Innovator[15]). Vielmehr ist es seine Aufgabe, die schöpferischen Fähigkeiten der Untergebenen zu koordinieren, einige zu fördern, viele zu unterdrücken, je nachdem, wie es die Organisation des Unternehmens, die „Strategien" oder Kapitalverwertungskonzepte des Apparates erfordern. Und es ist auch nicht die Aufgabe des Managers, die ihm Untergebenen gleichsam spielerisch zu „moderieren", sie mit leichter Hand zu führen: seine Aufgabe ist es vielmehr, die harten Profitnotwendigkeiten und die permanente Anpassung der Beschäftigten an diese im Interesse des Unternehmens mal mehr behutsam, mal mehr entschieden zu verfolgen. Kommt es zu drastischen Entscheidungen wie Massenentlassungen, so dankt er sowieso zugunsten der höheren Orts getroffenen Entscheidung bzw. der „wirtschaftlichen Notwendigkeit" ab. Nicht der Moderator einer Vergnügungsveranstaltung, sondern der militärische Vorgesetzte, der Befehle exekutiert, ist nach wie vor das Modell[16]).

Die Ansätze zur Professionalisierung des Managements sind – so wie sie etwa in einer auswuchernden insbesondere wirtschafts„wissenschaftlichen" Literatur verbreitet werden – vielleicht auch deshalb gelegentlich nicht so ganz frei von Scharlatanerie, weil genau diese Einsicht in die reale Funktion des Managements fehlt, fehlen muß – weil sie zwangsweise ein falsches Bewußtsein, Ideologie im klassischen Sinne also, produzieren müssen – uneins mit den tatsächlichen Verhältnissen und voller Widersprüche in sich.

Dem entspricht, daß das Studium der Volks- und Betriebswirtschaft, des „Management Science" usw. – als einige der Disziplinen, die beanspruchen, „Führungswissen", was immer das sein mag, zu vermitteln – denn auch von diesen Bedingungen einer phatasmagorischen Welt weitgehend geprägt sind: was erfährt der Student dieser Disziplinen über die realen Arbeitsprozesse und ihre Inhalte, die Vielfalt der Bedingungen, die sie prägen, die Menschen, die arbeiten – immerhin die ganz überwiegende Mehrzahl aller Beschäftigten? Diese Disziplinen, die ja für sich in Anspruch nehmen, einen Großteil der „Führungs"kräfte auszubilden, entsprechen eben – vielfach auch das nur mehr schlecht als recht![17]) – den entfremdenden Bedingungen der ka-

15) Vgl. die gerade gegenwärtig im Zeichen der Illusion, die Krise durch „Modernisierung" und „Innovation" bewältigen zu können, in der Wirtschaft gehandelten Rezepte; vgl. die Aussagen auf den alljährlichen deutschen Betriebswirtschaftstagen vgl. U. Briefs, Gesellschaftspolitische Aspekte der Informationstechnologie in: Schwerpunktheft 8/1979 der „WSI Mitteilungen" zu: „Informationstechnologie und ‚Informationspolitik' als Herausforderung für die Gerkschaften", zur Kritik vgl. auch: U. Briefs, Technologie- und Modernisierungspolitik im Spannungsfeld zwischen Unternehmenspolitik und den Interessen der abhängig Beschäftigten, in: „WSI-Mitteilungen", 12/1976.

16) Vgl. auch die „Managertypologie" von M. Maccoby, Gewinner um jeden Preis, Hamburg 1977; vgl. dagegen die klare Sprache der französischen Gewerkschaft CFDT in: „Perspectives et stratégie", Orientierungspapier beschlossen auf dem 35. Nationalkongreß 1970; vgl. La CFDT, Paris 1971, S. 125 ff.; Der frühere Leiter der „Harzburger Akademie für Führungskräfte", Prof. Höhn, ein ehemaliger SS-Offizier und Mitglied des Freundeskreises von Heinrich Himmler, hat einmal erklärt, daß ein guter Organisator die Strukturen zweier Organisationen vor allem kennen müßte: die der preußischen Armee und die der katholischen Kirche; vgl. den Bericht des Instituts für Marxistische Studien (IMSF) über die Harzburger Akademie „Die Kaderschule des Kapitals".

17) Vgl. K. Freund, Auslese von Unternehmensleitern, Meisenheim am Glahn 1972, der der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung zu Recht „Wirklichkeitsfremdheit" und „Mißachtung der Anforderungen der Berufswelt" vorwirft. So wird der Diplom-Kaufmann in der Regel erst durch eine längere Anlernzeit (Traineezeit o. ä.) im Betrieb zum „Betriebs"wirt.

pitalistischen Produktionsweise, die auf der Unterdrückung der produktiven Fähigkeiten, der Fähigkeiten zur Selbststeuerung, der Kreativität, der durch Selbstbestimmung möglichen Entfaltung beruht.

Und doch: Bei aller Entfremdung, aller Unterdrückung im Rahmen der kapitalistischen Herrschaftsbeziehungen in Betrieb und Unternehmen – konkretisiert in der Beziehung Vorgesetzter (d. h. Angestellten mit Leitungsaufgaben oder Manager) und Untergebener („Mitarbeiter") – das Funktionieren der modernen technischen und bürokratischen Apparate wäre nicht möglich ohne die Disziplin, die Anpassungsfähigkeit und die schöpferische Kraft der Massen der Beschäftigten. Erst diese schaffen den Rahmen, die Verhältnisse, unter denen das Management überhaupt seine Aufgaben erfüllen kann – damit zugleich ahnen lassend, was an Fähigkeiten zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung in den wirklichen Produzenten verkörpert ist. Sie erst machen in einem ständigen, zum Teil als solchem gar nicht begriffenen Prozeß der Selbstorganisation die im Kapitalismus entwickelten Steuerungs- und Kontrollsysteme funktionsfähig[18]).

Kampfpraktiken der Beschäftigten, wie das Arbeiten nach Vorschrift – d. h. nach den Regeln des Managements – und die dadurch erreichte Lahmlegung der betrieblichen Tätigkeit weisen auf diese Tatsache hin. Die reale Funktion des Managements ist also der von der Ideologie des „dritten Faktors" behaupteten Funktion diametral entgegengesetzt: der Planer, der Macher, der Kontrolleur entpuppt sich als der Verplante, der Gemachte, der Kontrollierte – der Neuerer, der Vorwärtstreibende ist in Wirklichkeit der die alten Herrschafts- und Entfremdungsbeziehungen Bewahrende, ist in Wirklichkeit der (Vorwärts?)Getriebene, der charismatische „Führer", in Wirklichkeit ein Bürokrat, der Gestaltende, „Disponierende", in Wirklichkeit der Verwaltende, über den jedoch zugleich ebenso disponiert wird wie über die Masse der Beschäftigten.

Die Angestellten mit Leitungsaufgaben unter dem Druck des Systems

Die wahre Natur des Managements – der Tätigkeit der Angestellten mit Leitungsaufgaben als breite Schicht – erklärt, warum der elitäre Anspruch des „Faktors Disposition" keine Grundlage hat. Die breite Schicht der Angestellten mit Leitungsaufgaben ist in demselben System von Entfremdung und Manipulation und letzten Endes Ausbeutung gefangen wie die Masse der Beschäftigten. Man kann darüber hinaus sogar gewisse Gleichförmigkeiten in der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aller Beschäftigten einschließlich der Angestellten mit Leitungsaufgaben feststellen.

18) In grundlegender Weise wird immer wieder von der französischen Gewerkschaft CFDT die Trennung von ausführender und leitender Arbeit in Frage gestellt; vgl. u. a. Le cercle vicieux de la division du travail, in: „cadres et professions", April-Mai 1974; ein lebendiges Beispiel für die in Produktionsarbeitern bei allen Entfremdungsbedingungen nach wie vor verkörperten Fähigkeiten geben die Kollegen des Lucas Aerospace-Konzerns, die – in sehr harten Abwehrkämpfen gegen ein z. T. buchstäblich nach dem Prinzip der „verbrannten Erde" vorgehendes Management stehend – ihre eigenen Technologie- und Produktionsprojekte entwickeln. Vgl. Mike Cooley, Design, technology and production for social needs – An initiative by the Lucas aerospace workers, in: „New Universities Quarterly", 4/1977; deutsch in: „Wechselwirkung", 0-Nummer, 1978.

Die breite Schicht der Angestellten mit Leitungsaufgaben wird nämlich von den vor sich gehenden Veränderungen im ökonomischen und gesellschaftlichen System – die Bedingungen von Beschäftigungskrise und Wachstumsstagnation, die seit einigen Jahren die Situation der Beschäftigten bestimmen – in der Tendenz ebenso betroffen wie die Masse der Arbeiter und Angestellten. Viele von ihnen können sich zwar auch unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Krise noch besser „verkaufen" als die Masse der Arbeiter und Angestellten, doch werden sie als Gruppe inzwischen durchaus von ähnlichen Entwicklungen betroffen, wie sie auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der anderen abhängig Beschäftigten verändern.

Zu diesen Entwicklungen zählen insbesondere die hochgradige Arbeitslosigkeit, die sich in der BRD in einem erstaunlich kurzen Zeitraum entwickelt hat und die den vorher praktisch für nicht zu beseitigen gehaltenen Zustand der Vollbeschäftigung abgelöst hat. Von dieser Entwicklung werden zwangsläufig auch die Manager betroffen: Der Abbau von 1 Mio. Arbeitsplätzen allein in der Industrie von Mitte 1973 bis Ende 1975 bedeutet, daß bei einer angenommenen Kontrollspanne von 20 auch über 52 000 Managerpositionen verschwunden sind[19]). Und eben auch davon ist ja die Entwicklung der letzten Jahre geprägt: Leitende Angestellte sind inzwischen in größerer Zahl arbeitslos geworden, die Zahl der offenen Stellen für „Leitende" ist stark zurückgegangen, viele von ihnen waren gezwungen, in ausführende Tätigkeiten abzuwandern[20]).

Die seit einigen Jahren stark gestiegene Zahl der Konkurse läßt ebenfalls Managerpositionen verschwinden, ebenso die steigende Zahl von Betriebs- und Unternehmenszusammenschlüssen, die Welle von Aufkäufen kleinerer und mittlerer Unternehmen durch große Konzerne usw.

Auch bei Managern stellen sich inzwischen offenbar gewisse Probleme des Schutzes gegen die Auszehrung der Realeinkommen[21]). Die wirtschaftliche Krise hat ganz zwangsläufig auch zum Druck auf die umsatz-, erfolgs- und sonstwie leistungsabhängigen Einkommensbestandteile geführt. Die Unternehmen entwickeln gerade gegenwärtig neue Methoden, um auch die Struktur der Managergehälter zu durchforsten und um bei Einstellungen noch schärfer sieben zu können[22]). Weiterhin, im Rahmen ihrer Gemeinkostendurchforstungsprogramme, streichen die Unternehmen auch bei den Budgets für Weiterbildungsmaßnahmen, werden Traineeprogramme usw. reduziert, somit zeigt sich auch bei den Managern ein zunehmender Druck auf die Qualifikationsmöglichkeiten.

19) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 3. 9. 1975; gegenüber dem 4. Quartal 1970 waren im 2. Quartal 1975 die offenen Stellen für Manager in den verschiedenen Funktionsbereichen der Unternehmen auf zwischen 9% und 42% gefallen; vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 6. 5. 1976: „Auch in Chefetagen gesiebt."

20) Vgl. HB v. 7. 1. 1977.

21) Vgl. u. a. BddW v. 15. 9. 1976; vgl. HB v. 20./21. 2. 1976; vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 30. 12. 1976 – Artikel, in denen spezialisierte Unternehmensberatungsfirmen – sogenannte „Kopfjäger" – auf die Einkommensprobleme der Manager hinwiesen.

22) Vgl. „Manager Magazin" 1/77, S. 43 ff., wo neue Methoden der Auswahl geschildert werden; vgl. „Wirtschaftswoche" 23/76, S. 102 ff.

Daß Manager offenbar länger arbeiten als viele Beschäftigte, ist dagegen nicht erst durch die Veränderungen im Zuge der tiefen wirtschaftlichen Krise und der veränderten betrieblichen Beschäftigungspolitik bewirkt worden. Sicher ist dagegen, daß auch dieser Teil der Beschäftigten unter den Bedingungen des verschärften Wettbewerbs um die in der Zahl zurückgehenden Managerpositionen stärker kontrolliert wird, daß auch bei ihnen der verstärkte Arbeitsdruck und die Leistungsintensivierung eingesetzt hat, daß der Streß und die Belastung durch höhere Zielvorgaben usw. gesteigert worden sind.

Sicher ist schließlich, daß auch die Manager vom ausgreifenden Rationalisierungsprozeß in der Wirtschaft mehr und mehr erfaßt werden, und daß ihre Zeitökonomie und ihre Arbeitsorganisation sich unter dem Druck von Rationalisierungsmaßnahmen verändern müssen[23]). Neue Organisationsformen, z. T. aber auch die Rückgängigmachung früherer Umorganisationen sowie neue Technologien und insbesondere das Vordringen der EDV zwingen sie, ihre Tätigkeiten ebenfalls stärker zu routinisieren, zwingen sie zur stärkeren Auspressung auch der eigenen Arbeitszeit, bringen sie aber insbesondere auch dazu, ihr Weisungsrecht nach unten noch druckvoller zu nutzen[24]).

Diese Veränderungen in der Situation vieler Angestellter mit Leitungsaufgaben sind insgesamt gleichförmig, wenn auch nicht in jeder Hinsicht so folgenschwer wie für die Masse der abhängig Beschäftigten. Und sie sind in den gleichen Veränderungsprozeß eingebettet wie die Massenarbeitslosigkeit, der Druck auf die Einkommen, die Tendenzen zur Entqualifizierung und zur Veränderung der Arbeitsbedingungen insgesamt[25]): die zunehmende Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das sich jetzt auch in der BRD auf seinen „Normalzustand" einpendelt, die langfristige Stagnation, die in diesem System angelegt ist, die Inflation als umfassender, nicht zu beseitigender Prozeß, die zunehmende Monopolisierung, Internationalisierung und Bürokratisierung der Wirtschaft und insbesondere die dabei notwendige ständige Rationalisierung von Produktion und Verwaltung treffen auch die breiten Schichten der Angestellten mit Leitungsaufgaben.

Diese Tendenzen und ihre Folgen deuten in die Richtung einer gemeinsamen einheitlichen Interessenvertretung für alle Beschäftigten einschließlich der Angestellten mit Leitungsaufgaben, wie sie von den DGB-Gewerkschaften praktiziert wird. Um so aberwitziger – aber auch gefährlicher wegen der zunehmenden Schutzbedürftigkeit großer Teile dieser Angestellten – muß die insbesondere im „Mitbestimmungs"gesetz von 1976 angelegte Förderung einer ständisch-gesonderten Vertretung und Organisation der Angestellten mit

23) So erhebt die ULA seit geraumer Zeit Forderungen nach Rationalisierungsschutzmaßnahmen zugunsten der „leitenden Angestellten"; vgl. U. Briefs, Der Wandel in den Büros – Auswirkungen von Krise und Arbeitslosigkeit auf die Büroangestellten, in: „WSI-Mitteilungen", 4/1977.

24) Vgl. BddW v. 17. 12. 1976, in dem über ein Verfahren berichtet wurde, in dem die Kündigung eines Managers wegen „Führungsschwäche" bestätigt wurde; vgl. U. Briefs, Vom qualifizierten Sachbearbeiter zum Bürohilfsarbeiter? – Die Auswirkungen der EDV auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten, in: „WSI-Mitteilungen", 2/1978.

25) In den USA ist jeder fünfte „Akademiker" unter seiner Qualifikation beschäftigt; vgl. BddW v. 9. 9. 1976; vgl. „Wirtschaftswoche" 37/76, S. 46 ff.

Leitungsaufgaben erscheinen. Die institutionalisierte Vertretung der leitenden Angestellten im engeren Sinne als Gruppe im Rahmen der Unternehmensmitbestimmung ist darüber hinaus undemokratisch – eine verschwindende Minderheit wird eindeutig überrepräsentiert. Sie ist (formal) rechtssystemwidrig, da sie das Prinzip der strikten Trennung von Verwaltung (Vorstand) und Kontrolle (Aufsichtsrat) aufhebt. Sie durchbricht in Unternehmen und Betrieb die Interessenpolarität von Unternehmer und abhängig Beschäftigten, indem sie in der Tendenz einen „dritten Faktor" begünstigt, der, wiewohl ohne eigenständige reale Funktion, die Möglichkeit einer gesonderten Struktur in Form von Sprecherausschüssen, Vereinbarungen mit den Unternehmensleitungen usw. für eine Interessenvertretung privilegierter Art bekommt. Sie schafft schließlich die Voraussetzung für eine verfestigte ständisch-korporativistisch aufgebaute Interessenvertretungsstruktur in der Gesellschaft, deren Handlungsräume sich zunehmend durch juristische Gegebenheiten bestimmen, eine Struktur, in der die Gewerkschaften als Interessenvertreter von 85% der Bevölkerung eine Stimme unter vielen Stimmen haben werden.

Die Gesellschaftsstruktur, die sich damit abzeichnet, ist somit eigentlich nach dem gleichen Prinzip „formiert" wie die „Volkspartei", die ja auch das Interesse der abhängig Beschäftigten als einer unter einer Reihe von sozialen Gruppen vertritt.

Die Gewerkschaften müssen diese Entwicklung mit Sorgen sehen. Sie ist um so bedenklicher, als sie sich unter den Bedingungen einer sich verstetigenden wirtschaftlichen Krise, die insbesondere die Form der ständigen Beschäftigungskrise angenommen hat, vollzieht. Die gesonderte Vertretung der „leitenden Angestellten", insbesondere die Schaffung von Sprecherausschüssen[26]) und die damit verbundene Auszehrung und Infragestellung der im Betriebsverfassungsgesetz enthaltenen Rechte, aber auch die noch engere Verfilzung der Interessen der „Leitenden" mit denen der Monopolherren, von denen sie ja abhängig sind, und die damit sich verstärkende Entmachtung der Aufsichtsräte schwächen die Vertretung der Interessen der Massen der abhängig Beschäftigten, deren Teil im Prinzip auch die Masse der Angestellten mit Leitungsaufgaben ist, durch die Gewerkschaften, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Betriebsräte.

Diese Schwächung zeichnet sich ab angesichts von sich verschärfenden Widersprüchen im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD und angesichts der dadurch bedingten verstärkten Notwendigkeit zur einheitlichen und geschlossenen Abwehr der Folgen der Politik der Unternehmen. Langfristig angelegte Krisenbedingungen und entsprechende Perspektiven führen – das zeigt die Geschichte – auf seiten des Kapitals zu verstärkten Versuchen, die Beschäftigten zu spalten und die Vertretung ihrer Interessen zu erschweren. Das „Mitbestimmungs"gesetz von 1976 („Mitbest"G 76) erleichtert bzw. ermöglicht diese Strategie des Kapitals, ja die weitere Entwicklung kann sogar bis-

26) Sprecherausschüsse gibt es inzwischen in mehr als 300 Betrieben.

her als Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung in der BRD betrachtete Mitbestimmungsformen, wie die bestehende paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie und in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen bedrohen.

Die Veränderungen im Wirtschaftssystem und in der Folge auch der Lage der „Angestellten mit Leitungsfunktionen" drängen diese dazu, sich zu organisieren und ihre Schutzbedürfnisse kollektiv wahrzunehmen. Um so bedenklicher ist es, daß – geduldet bzw. gefördert von der SPD – zwischen der Masse der Angestellten mit Leitungsaufgaben und der gemeinsamen Gewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch das neue „Mitbest"G 76 eine so schwer und nur langfristig wieder zu beseitigende Mauer errichtet worden ist.

Wenn so viele Gründe aber gegen die Schaffung einer institutionalisierten Vertretung für die „leitenden Angestellten" sprechen, wie stark – so muß man sich fragen – sind dann die neoautoritären Kräfte, die diese Entwicklung vorantreiben und wohin werden sie uns auf lange Sicht zu führen versuchen?

Notizen zum Aussperrungsverbot*)

Von Roderich Wahsner

I

Art. 9 Abs. 3 Satz 1 und 2 GG lauten in ihrer seit 1949 unveränderten Fassung: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig."

Die Bedeutung dieser Norm als eines Arbeitnehmergrundrechts erschließt sich aus der historischen Entwicklung. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen anerkannt, daß dies einer der maßgeblichen Gesichtspunkte für die Ermittlung des Inhalts der Koalitionsfreiheit ist.

*) Auf Einzelnachweise wird im Text weitgehend verzichtet. Generell sei verwiesen auf folgende Publikationen aus neuerer Zeit:
Rainer Erd, Entwicklungstendenzen im Aussperrungsrecht – Eine Dokumentation, in: „Kritische Justiz", 4/1978, S. 404 ff.; Michael Kittner, Verbot der Aussperrung, 7 Fragen – 70 Antworten, o.J. (1979) = Schriftenreihe der IG-Metall, Heft 80; Roderich Wahsner, Aussperrungspraxis und Aussperrungsrecht – Streik contra Aussperrung?, in: „Vorgänge – Zeitschrift für Gesellschaftspolitik", 35/1978, S. 41 ff.; Hans H. Wohlgemuth, Staatseingriff und Arbeitskampf, Zur Kritik der herrschenden Arbeitskampfdoktrin, 1977; Ulrich Zachert u.a., Die Aussperrung, Zur rechtlichen Zulässigkeit und praktischen Durchsetzungsmöglichkeit eines Aussperrungsverbots, Köln 1978 = WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 36.
Vgl. ferner die Beiträge von Karl Jürgen Bieback/Detlef Hensche/Otto Ernst Kempen/ Jakob Moneta/ Ulrich Mückenberger/ Roderich Wahsner/Hans H. Wohlgemuth und Henner Wolter in: Streikfreiheit und Aussperrungsverbot – Zur Diskussion einer gewerkschaftlichen Forderung, Neuwied 1978.

Mit der Garantie der Koalitionsfreiheit knüpft das Grundgesetz an die vorausgegangenen Länderverfassungen an, die durchweg neben einer Vereinigungs- oder Koalitionsfreiheit im engeren Sinne ausdrücklich das Streikrecht garantieren.

Eine Garantie der Aussperrung ist dagegen in keiner einzigen Landesverfassung zu finden. Durch Art. 29 der Hessischen Verfassung ist die Aussperrung im Gegenteil sogar ausdrücklich verboten. In Übereinstimmung mit dieser Rechtslage nach den Landesverfassungen spielte in den Debatten des Parlamentarischen Rates und seiner Ausschüsse nur die Frage des Streikrechts eine Rolle. Bei grundsätzlicher Einigkeit darüber, daß die Streikfreiheit verfassungsrechtlich zu garantieren sei, bestanden Meinungsverschiedenheiten lediglich zum Arbeitskampf im öffentlichen Dienst und zum politischen Streikrecht. Weil eine Einigung darüber nicht erreichbar war, wurde auf eine ausdrückliche grundgesetzliche Streikgarantie verzichtet. Dabei ging man davon aus, daß der Streik schon wegen der landesverfassungsrechtlichen Bestimmungen in Art. 9 Abs. 3 GG unausgesprochen mitgewährleistet sei.

Ebenso wie die Landesverfassungen verweist Art. 9 Abs. 3 GG (= Abs. 3 Satz 1 u. 2 der heutigen Fassung) auf die vorausgegangene Rechtsentwicklung. Die Norm stimmt weitgehend überein mit Art. 159 der Weimarer Verfassung (WRV). Darin sollte nach dem Willen der politischen Kräfte, die 1949 den Verfassungskompromiß des Grundgesetzes ausgehandelt haben, in Abkehr vom System des Faschismus angeknüpft werden. Art. 159 WRV wiederum steht in engem Zusammenhang mit dem Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft vom November 1918. Darin hatten die deutschen Arbeitgeberverbände – repräsentiert durch ihre Spitzenvertreter – den Gewerkschaften feierlich versichert: „Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig."

Dieses vertragliche Versprechen, das die Unternehmerverbände angesichts der revolutionären Bewegung und aus Angst vor Räteherrschaft und Sozialisierung den Gewerkschaften gaben, konnte in der damaligen historischen Situation nur bedeuten: die Arbeitgeberverbände und ihre Mitglieder verzichten auf alle Praktiken, mit denen sie in den vorausgegangenen Jahrzehnten die Koalitionen der Arbeiter bekämpft und die „Koalitionsfreiheit der Arbeiter" beschränkt hatten; sie erklären diese Praktiken einschließlich der Aussperrung für „unzulässig" also für verboten. Das war die Gegenleistung der Unternehmer dafür, daß die Gewerkschaften mit dem Abschluß der Vereinbarung unausgesprochen „auf die Entthronung des Kapitals" verzichteten (Ridder). Die Abstinenz der Gewerkschaften gegenüber Rätebewegung und Sozialisierungsplänen und ihre Mitarbeit am Aufbau eines parlamentarischen Systems war den Unternehmern wichtig genug, um dafür auch mit größerem Einsatz zu zahlen.

Im Unterschied zur klaren Formulierung im Novemberabkommen („Koalitionsfreiheit der Arbeiter") ist in der Weimarer Verfassung (und im Grundgesetz) von einem für „jedermann" gewährleisteten Vereinigungsrecht die

Rede. Ausweislich der Beratungen im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung erfolgte diese Wortwahl aber allein deswegen, weil klargestellt werden sollte, daß die Koalitionsfreiheit nicht *nur* für Arbeiter, sondern auch *für alle anderen Gruppen von abhängig Beschäftigten einschließlich der Angestellten, der Staatsbeamten und des ländlichen Gesindes garantiert werden sollte*. Demgegenüber ergibt sich aus den Beratungen kein einziger Anhaltspunkt dafür, daß mit dem Wort „jedermann" auch die Arbeitgeber in den Schutzbereich der Koalitionsgarantie einbezogen werden sollten. Es war also nicht beabsichtigt, abweichend vom Abkommen der Zentralarbeitsgemeinschaft die Konzeption der Koalitionsfreiheit als eines *einseitigen Arbeitnehmerschutzrechts* aufzugeben. Dem Verzicht vom November 1918 entsprach damit das im Verfassungskompromiß vom August 1919 mit der Koalitionsgarantie unausgesprochen festgelegte Verfassungsverbot der Aussperrung.

Novemberabkommen und Weimarer Verfassung besiegelten mit der Garantie der Koalitionsfreiheit die Geschichte der Entstehung und Entfaltung der Gewerkschaften und ihres Kampfes für die materiellen Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeiter. Dieser Kampf sah sich von Anfang an der Repression durch zwei mächtige Gegner ausgesetzt. Als Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital war er immer bereits Kampf gegen die im Bündnis mit dem Kapital vollzogene staatliche Repression und damit Kampf für das Koalitionsrecht der Arbeiter gewesen. Nicht gegen die Vereinigungen der Unternehmer, sondern gegen die Koalitionen der Arbeiter waren die Koalitions- und Streikverbote der Gewerbeordnungen, die Vereinigungs-, Versammlungs- und Publikationsverbote des Sozialistengesetzes und die polizeiliche, staatsanwaltschaftliche und strafgerichtliche Anwendung der Nötigungs- und Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuches gerichtet gewesen. Mit Hilfe von Streikbrechern, schwarzen Listen, eigenen Arbeitsnachweisen und Beschäftigungsverboten, vor allem aber mit Massenaussperrungen und gelben Gewerkschaften hatten die Arbeitgeber und ihre Verbände den Klassenkampf von oben gegen Gewerkschaften und streikende Arbeiter und damit gegen das von den Gewerkschaften und bürgerlich liberalen Kreisen geforderte Koalitionsrecht der Arbeiter geführt.

Unter diesen Umständen konnte die Koalitionsgarantie – durchgesetzt in der Situation relativer Schwäche der Unternehmer und ihrer politischen Repräsentanten – nicht den Sinn haben, zugleich eine Position der Arbeitgeber rechtlich zu sichern. Deren Illegalisierung durch das Verbot der Aussperrung war vielmehr Voraussetzung für die Sicherung des bis dahin von Unternehmern und Staat bekämpften Koalitions- und Streikrechts.

Als historisch errungene Rechtspositionen der Arbeiterklasse umfaßt Art. 9 Satz 3 GG mit der Garantie der Koalitionsfreiheit zugleich die Garantie der Streikfreiheit. Damit sind, was Satz 2 noch einmal ausdrücklich klarstellt, repressive Praktiken des Staates und der Arbeitgeber („Abreden" und „Maßnahmen"), die sich gegen das Recht zum Zusammenschluß und zur gemeinsamen solidarischen Aktion in Arbeitnehmerkoalitionen richten, rechtswid-

rig. Derartige Praktiken einschließlich der Aussperrung verstoßen mit anderen Worten gegen Art. 9 Abs. 3 Satz 1 und 2 GG.

II

Rechtsprechung und juristische Lehrmeinung der Bundesrepublik haben sich über das Verfassungsverbot der Aussperrung, an das sie als an unmittelbar geltendes Recht gebunden sind, bisher hinweggesetzt. Sie haben mit unterschiedlichen Begründungen die Aussperrung für zulässig oder gar für verfassungsrechtlich garantiert erklärt. Die auf diese Praxis bezogene gewerkschaftliche Forderung nach einem Aussperrungsverbot bedeutet angesichts der eindeutigen Verfassungslage zweierlei: die Forderung an Gerichte und Verwaltungsbehörden, das Verfassungsverbot endlich zu vollziehen, und die Forderung an den Gesetzgeber, ein Ausführungsgesetz zu erlassen, das die Konsequenzen des Verfassungsverbots der Aussperrung einschließlich eventueller Strafsanktionen zu regeln hätte.

Nach allen bisherigen Erfahrungen mit der Arbeitsgerichtsbarkeit unter Führung des Bundesarbeitsgerichts erscheint es höchst unwahrscheinlich, daß auf diesem Wege das Aussperrungsverbot schon bald durchsetzbar sein sollte.

Immerhin ist die arbeitsrechtliche Diskussion über die Rechtsprechung des BAG zum Arbeitskampf und speziell zur Aussperrung in Bewegung geraten. Eine eindeutig herrschende Meinung kann gegenwärtig kaum ausgemacht werden. In einer beachtlichen Anzahl von literarischen Beiträgen aus neuerer Zeit ist mit unterschiedlichen Begründungen im einzelnen dargelegt worden, daß die Aussperrung bereits nach geltendem Verfassungsrecht unzulässig ist. Andere Autoren vertreten die weniger weitreichende Auffassung, daß sie jedenfalls ohne Verstoß gegen das Grundgesetz verboten werden kann. Selbst im Lager derer, denen die Aussperrung als „Gegenstück" zum Streik aus Gründen einer angeblich von Verfassungs wegen verordneten „Parität der Sozialpartner" für zulässig gilt, zeichnen sich deutliche Differenzierungsprozesse ab.

Auch die Rechtsprechung bietet nicht mehr ein einheitliches Bild[1]). Es gibt zwar zahlreiche Urteile von Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten, die ohne Abstriche an der Zulässigkeit der Aussperrung festhalten oder sie gar als verfassungsrechtlich garantiert ansehen. Daneben stehen aber auch mehrere Urteile, die entweder gewisse Modifikationen an der bisherigen Linie vornehmen (wie z. B. das des Arbeitsgerichts Ulm, das die lösende und die Angriffsaussperrung für unzulässig erklärt) oder die zu dem weiterreichenden Ergebnis gelangen, daß die Aussperrung überhaupt unzulässig sei (wie z. B. Urteile der Arbeitsgerichte Lörrach, Stuttgart und Frankfurt). Inzwischen hat als erstes Landesarbeitsgericht auch das LAG Frankfurt die Aussperrung für rechtswidrig erklärt. Diese Entscheidung wird mit der Rechtslage nach der Hessischen Verfassung begründet, die in Art. 29 ein ausdrückliches Ausspер-

1) Vgl. dazu des näheren Wohlgemuth, Zur Auseinandersetzung um die Aussperrung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte" 1979, S. 145 ff., und Zachert, Die neueste Rechtsprechung zur Aussperrung – Eine Zwischenbilanz, in: „Demokratie und Recht" 1979, S. 175 ff.

rungsverbot enthält. Das Gericht gelangt insoweit zu dem Ergebnis, daß es keine bundesstaatlichen Rechtsnormen gäbe, die nach dem Prinzip „Bundesrecht bricht Landesrecht" das Aussperrungsverbot der Hessischen Verfassung außer Kraft gesetzt hätten. Das LAG Frankfurt weist damit die Ansicht zurück, daß das Grundgesetz die Aussperrung garantiere; es geht im Gegenteil davon aus, daß Normen der Bundesverfassung einem gesetzlichen Aussperrungsverbot nicht entgegenstehen.

Die Richter des Bundesarbeitsgerichts dürften sich dieser Auffassung ihrer hessischen LAG-Kollegen kaum anschließen. Müßten sie doch in diesem Fall die bisherige Linie ihrer Rechtsprechung aufgeben. Noch geringer ist die Aussicht, daß sie zu dem oben dargelegten Ergebnis gelangen könnten, die Aussperrung sei schon nach dem Grundgesetz nicht nur nicht zulässig, sondern verboten. Dies würde nämlich von ihnen das offene Eingeständnis erfordern, das Verfassungsverbot der Aussperrung in der bisherigen Rechtsprechung mißachtet zu haben. Denkbar erscheint jedoch, daß das BAG auf den Protest der Gewerkschaften, auf die Kritik in der juristischen Literatur und auf den Widerspruch durch die genannten Arbeitsgerichte und durch das LAG Frankfurt mit einer vorsichtigen Korrektur seiner Arbeitskampfrechtsprechung reagieren wird. Die Grundsätze der „Kampfparität" oder „Waffengleichheit" und der „Verhältnismäßigkeit", von denen diese Rechtsprechung beherrscht wird, sind immerhin äußerst anpassungsfähig. Damit kann – wie dies das Arbeitsgericht Ulm vorexerziert hat – ohne offenen Bruch zur bisherigen Linie etwa das Verbot der lösenden Aussperrung, der Angriffsaussperrung und der flächendeckenden Abwehraussperrung begründet werden. Ein solcher Ausgang der gegenwärtig beim Bundesarbeitsgericht anhängigen Aussperrungsklage der Gewerkschaften wäre angesichts des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik bereits als Erfolg zu bewerten. Vorsicht in der Beurteilung bliebe auch dann noch angebracht. So steht z. B. zu befürchten, daß die Kasseler Richter die Gelegenheit eines solchen Aussperrungsurteils nutzen könnten, um gleichzeitig ihre gewerkschafts- und streikfeindlichen Grundpositionen weiter auszubauen.

Das politische Kräfteverhältnis, das seinen Ausdruck u.a. in der Zusammensetzung des Bundestages findet, läßt auch nicht erwarten, daß die Forderung nach einer bundesgesetzlichen Regelung des Aussperrungsverbots in absehbarer Zeit erfüllt werden könnte. Die SPD hat sich zwar auf ihrem Kölner Europa-Parteitag vom Dezember 1978 für ein Verbot der Aussperrung ausgesprochen und dies als Forderung in ihr Europa-Programm aufgenommen. Auch das erste direkt gewählte Europäische Parlament hat indessen nur begrenzte Einflußmöglichkeiten auf das nationale Recht. Solange daher die Sozialdemokratie diese Forderung nicht auch in ihre Programme für die Bundestags- und Landtagswahlen aufnimmt, kann der Verdacht, daß sie es mit der Verwirklichung dieser Forderung nicht so eilig hat, schwerlich entkräftet werden. Das Schweigen, mit dem einige führende Sozialdemokraten im Europa-Wahlkampf über diese Forderung ganz hinweggegangen sind, und die Halbherzigkeit, mit der andere dazu Stellung genommen haben, lassen nicht einmal Zweifel an der Ernsthaftigkeit als völlig unberechtigt erscheinen.

Welche Chancen angesichts dieser Situation wenigstens in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern (Hamburg und Bremen) bestehen, eine landesgesetzliche Regelung des Aussperrungsverbots durchzusetzen, läßt sich nicht genau bestimmen. Immerhin dürften auf dieser Ebene – wenn überhaupt – noch am ehesten Erfolge zu erzielen sein. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, daß der Hamburger Senator Jan Ehlers, Präses der Hamburgischen Arbeits- und Sozialbehörde, sowie der Leiter der Grundsatzabteilung dieser Behörde, Manfred Weichsel, gerade jetzt eine ausführliche gutachtliche Stellungnahme zur Frage eines landesgesetzlichen Aussperrungsverbots vorgelegt haben[2]). Sie gelangen darin in offensichtlicher Übereinstimmung mit der Grundposition des LAG Frankfurt zu dem Ergebnis, daß Normen des Grundgesetzes einem gesetzlichen Aussperrungsverbot nicht entgegenstehen; ferner gehen sie davon aus, daß die Landesgesetzgeber ein solches Aussperrungsverbot nach den Zuständigkeitsnormen des Grundgesetzes gesetzlich regeln können (konkurrierende Gesetzgebung gem. Art. 74 Nr. 11 GG), solange der Bund keine gesetzliche Regelung dazu erlassen hat. Das Erscheinen dieses Gutachtens in der augenblicklichen Situation läßt darauf schließen, daß es innerhalb der SPD Kräfte gibt, die ein landesgesetzliches Aussperrungsverbot anstreben. Versuche, dies in sozialdemokratisch regierten Ländern durchzusetzen, stoßen dabei auf eine etwas günstigere Ausgangssituation: der Widerstand der FDP gegen ein Aussperrungsverbot kann nicht wirksam werden, und Sozialdemokraten, die ein solches Verbot ebenfalls nicht oder nur halbherzig wollen, können sich nicht hinter der FDP verschanzen. Die Gewerkschaften könnten also mindestens, würden sie hier verstärkt aktiv werden, die sozialdemokratischen Landespolitiker zwingen, Farbe zu bekennen.

Erfolge auf dieser Ebene und weitergehende Erfolge in der Bundesgesetzgebung und in der Rechtsprechung werden sich allerdings nur in dem Maße einstellen, in dem die Gewerkschaften die Politik der Rechtsforderungen und ihrer Propagierung auf Kongressen und in gewerkschaftlichen Publikationen ergänzen durch gewerkschaftliche Aktionen. Die Aussperrungspraxis der Unternehmer und das „Aussperrungsrecht" sowie seine Verfechter in Politik, Wissenschaft und Justiz müssen u.a. – wie dies in jüngster Zeit bereits verstärkt geschehen ist – in das Zentrum der Demonstrationen zum 1. Mai gerückt und die Anklage dagegen muß mit der Anklage gegen die Verantwortlichen für die Massenarbeitslosigkeit verbunden werden. Soll als Voraussetzung für den Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes gegen Aussperrungspraxis und „Aussperrungsrecht" der gewerkschaftliche Organisationsgrad weiter erhöht, das gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten gefestigt und die breitere öffentliche Meinung mobilisiert werden, so werden sich die Gewerkschaften damit allein nicht begnügen können. Notwendig ist vielmehr, daß sie mit gewerkschaftlichen Massenaktionen unmittelbar auf Aussperrungen reagieren und sich damit praktisch und demonstrativ auf den Standpunkt des Rechts stellen, dessen Durchsetzung sie fordern.

2) Vgl. die Dokumentation in der „Frankfurter Rundschau" v. 5. 6. 1979, S. 10.

Der Streik ist das geeignete Mittel, um die Arbeitgeber zum Respekt vor dem Verfassungsverbot der Aussperrung zu zwingen. Bedienen sich die Gewerkschaften dieses ihres ureigensten Instruments zur Durchsetzung der Interessen abhängig Beschäftigter, so stoßen sie dabei unvermeidlich zugleich auf die Streikrechtsbeschränkungen des gleichen Bundesarbeitsgerichts, dem die Aussperrung als legal gilt. Und auch diese Beschränkungen eines von den Richtern erfundenen Rechts werden sich nur in dem Maße als wirkungslos erweisen, in dem sich gewerkschaftliche Massenaktionen darüber hinwegsetzen. Protest- und Solidaritätsstreiks gegen Aussperrungen wären der Anfang vom Ende des „Aussperrungsrechts". Sie wären der entscheidende Schritt auf dem Wege zur Durchsetzung des Aussperrungsverbots und zur Befreiung des gewerkschaftlichen Streiksrechts von den Restriktionen durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

Die Verteidigung des Elfenbeinturms

30 Jahre Philosophie in der BRD (II)*)

Von Hans Heinz Holz

IV

Mit der existentialistischen Wiederbelebung der deutschen Lebensphilosophie und der wissenschaftstheoretisch-analytischen Wiederbelebung des Positivismus waren die Weichen für die Ideologiebildung der Bourgeoisie in der BRD gestellt. Diese zweifache Renaissance der Tendenzen der deutschen Vorkriegsphilosophie bildete die Vorentscheidung für die philosophische Arbeit der folgenden Generation. Zugleich ist diese Weichenstellung der Ausdruck der theoretischen Schwäche des deutschen Bürgertums: dieses vermochte keine originalen eigenständigen Antworten auf die großen Fragen der Zeit mehr zu geben, sondern konnte sich nur noch epigonal an früheren Systembildungen oder an ausländischen Philosophieproduktionen orientieren. Der Rückzug von den Fronten der großen weltanschaulichen

*) Vgl. Heft 10/1979, S. 1255–1266

Auseinandersetzung, die das philosophische Denken in den kontinentaleuropäischen Nachbarländern bewegte, war angetreten. Bis in die Mitte der 60er Jahre hinein blieben Marx und der Marxismus an den Universitäten der BRD und in den Organen der offiziellen Philosophie nahezu unbekannte Gegenstände. Namen wie Antonio Gramsci, Galvano della Volpe, Cesare Luporini, Georges Politzer hat man 20 Jahre lang und länger hierzulande überhaupt nicht gehört. Was in den sozialistischen Ländern an philosophischen Diskussionen geführt wurde, fand keine Beachtung – ja selbst Werke wie die von Georg Lukacs und Ernst Bloch blieben anderthalb Jahrzehnte aus den Hörsälen von Kiel bis München verbannt. Die bundesrepublikanische Philosophie zog sich in den Elfenbeinturm einer zeitlosen und damit auch wesenlosen Konservierung der Fragen und Antworten ihrer Väter zurück. So geriet die deutsche Bourgeoisie ideologisch gegenüber der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats in eine hilflose Defensive und hatte es nötig, höchst zweischneidige neue Strategien des Gegenangriffs zu entwikkeln.

Wir verstehen die Entwicklung der Philosophie in der BRD nur richtig, wenn wir sie als ein spezifisches Produkt des internationalen Klassenkampfs, der Systemauseinandersetzung im Weltmaßstab auffassen. Die Spezifik ist dadurch gegeben, daß die Systemauseinandersetzung sich in Deutschland auf dem Boden ein und derselben nationalen Kulturtradition vollzieht, daß die Teilung Deutschlands die gegensätzlichen Gesellschaftssysteme innerhalb ein und desselben Sprachraums, Volks und ehemaligen Staatsgebiets aufeinanderstoßen läßt, daß die Grenze zwischen den Systemen hier ohne nationale und sprachliche Barrieren in einer besonderen Weise offen und durchlässig war.

Dies ist die eine wesentliche Seite der Spezifik. Zum anderen darf man nicht vergessen, daß 1945 – nach den Erfahrungen der Nazi-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs, in unmittelbarer Anschauung der Zerstörungen, die der deutsche Imperialismus beim Scheitern seiner abenteuerlichen Politik hinterlassen hatte – die Bereitschaft der breiten Massen der Bevölkerung zur Umorientierung auf eine demokratische Friedenspolitik groß war; die Mehrheit verschloß sich damals nicht der Einsicht, daß der Kapitalismus die Schuld an dieser Katastrophe trug, viele waren für die Erkenntnis offen, daß nicht die Fehler oder die Bosheit einzelner Kapitalisten oder ihrer Agenten zu Krieg und Zusammenbruch geführt hatten, sondern daß das System als solches seine Negation in sich trägt und eine Bedrohung für die Menschheit darstellt. Wer einen Blick auf die Parteiprogramme auch der bürgerlichen Parteien und auf die Deklarationen ihrer Führer kurz nach 1945 wirft[26]), findet mannigfache Beweise dafür, daß sie dieser Massenstimmung Rechnung tragen mußten. In irgendeiner Weise enthielten sie alle Zugeständnisse an den Sozialismus – und eine demokratische friedliche Zukunft konnte sich die Mehrheit des Volkes gar nicht anders als sozialistisch vorstellen.

26) Vgl. z. B. Maximilian Katzer, Parteiprogramme und Demokratie, Meisenheim am Glan 1948, mit dem Wortlaut der Parteiprogramme.

Auf dem Felde der Theorie und Weltanschauung bedeutete dies, daß die Bourgeoisie ihre politische und ökonomische Macht nur dann behaupten konnte, wenn sie das spontane, weder weltanschaulich fundierte noch organisatorisch gefestigte politische Empfinden der Massen in andere Kanäle leitete. Der mit allen Mitteln der Manipulation, Verleumdung und Unterdrückung durchgesetzte Antikommunismus der ersten zwei Jahrzehnte der BRD, der machtpolitisch wirksam wurde, ehe eine sozialistische Bewußtseinsbildung die Massen erreicht hatte, und der daher auf der Propaganda der Nazis aufbauen konnte, ist die weltanschaulich determinierende Tendenz der bourgeoisen Ideologie, hinter der alle anderen geistigen Bewegungen – also auch eine wirkliche theoretische Auseinandersetzung mit dem Marxismus – zurückzustehen hatten. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern, die eine antifaschistische Résistance unter Führung oder maßgeblicher Beteiligung der Kommunisten erlebt hatten und in denen die Bourgeoisie den ideologischen Kampf um die Verteidigung ihrer Klassenpositionen in Auseinandersetzung mit dem Marxismus und angesichts demokratisch politisierter Massen führen mußte, wurde in der BRD der Marxismus aus den Institutionen der öffentlichen Bewußtseinsbildung herausgedrängt bzw. herausgehalten und totgeschwiegen. Daß damit das Niveau der bürgerlichen Philosophie in der BRD auf einen dunklen Provinzialismus herabgedrückt wurde, bekümmerte die institutionellen Manager der ideologischen Repression wenig. Dies ist das zweite spezifische Merkmal der bürgerlichen Nachkriegsphilosophie in der BRD. Die westdeutschen Marxisten hatten unter diesen Bedingungen den weltanschaulichen Kampf anzutreten.

Eine selbständige Entwicklung marxistischer Philosophie in der BRD war in dieser Situation kaum möglich. Die ersten großen Impulse kamen aus der Sowjetunion, aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. dann der DDR. Einen mächtigen Diskussionsanstoß mit einer in eine Reihe von Disziplinen weit ausgefächerten Wirkung gab 1951 die Veröffentlichung von Stalins programmatischen Ausführungen über den Marxismus in der Sprachwissenschaft: die darin angelegte Kritik theoretischer Schematismen, die Behandlung der Basis-Überbau-Problematik und des Form-Inhalt-Verhältnisses regten eine Reihe von Arbeiten in der Linguistik, Logik, Ästhetik und Geschichtstheorie an, von denen weitere Austrahlungen ausgingen[27]). Die neu gegründete „Deutsche Zeitschrift für Philosophie" bot westdeutschen Marxisten nicht nur einen Orientierungspunkt, sondern auch einen Publikationsort[28]), was besonders wichtig war, weil die BRD-Organe sich jeder vom Marxismus auch nur berührten Position rigoros versperrten. Der Antikommunismus wurde auf allen Ebenen mit Praktiken durchgeführt, die man heute als Publikationsverbot, Berufsverbot und Ausbildungsverbot bezeichnen würde, ohne daß es damals dazu ministerieller Erlasse bedurft hätte.

27) J. W. Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Berlin (DDR) 1951. Dazu: Beiträge aus der sowjetischen Sprachwissenschaft, Berlin (DDR) 1952.
28) „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", seit 1953; vgl. die Jahrgänge etwa bis 1960.

Nachhaltigen Einfluß übten die nach und nach im Aufbau-Verlag erscheinenden Schriften von Georg Lukacs aus[29]). Durch seine Schule sind damals alle jungen Marxisten der BRD gegangen. Die notwendige Kritik an Lukacs darf diese seine Bedeutung und Rolle nicht vergessen[30]). Lukacs' kritische Aneignung des klassischen Erbes entwickelte das Sensorium für die Kontinuität der Nationalkultur und für die Fronten des ideologischen Klassenkampfs in Literatur und Philosophie. Vor allem waren es zunächst die Essay-Bände zur deutschen und Welt-Literatur, die das Verständnis für die politische Perspektive ästhetischer und im weiteren Sinne weltanschaulicher Probleme schufen, den Zusammenhang von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und theoretischen Positionen verdeutlichten und das kritische Bewußtsein schärften. Die differenzierende Darstellung der Widersprüchlichkeit in den großen Werken der Weltliteratur lieferte Paradigmata für die objektive Dialektik der Realverhältnisse und für die dialektische Erkenntnismethode und wurde zu einer Schule des dialektischen Umgangs mit geschichtlichen Gegebenheiten. Für die jungen Marxisten in der BRD war es prägend, daß sie an die Schriften Lukacs' aus der antifaschistischen Kampfzeit der 30er und 40er Jahre anknüpften und nicht (wie z. B. in Frankreich) an die frühen Positionen von „Geschichte und Klassenbewußtsein", das erst in der Zeit der Studentenbewegung wieder aufgelegt wurde[31]). Von Lukacs her wurde es selbstverständlich, an die bürgerliche Aufklärung und den Rationalismus des 18. Jahrhunderts anzuschließen. So war die Bewußtseinslage vorbereitet, um dann die „Zerstörung der Vernunft" – ungeachtet der evidenten Einseitigkeiten und philosophischen Schwächen des Buches – als das große historische Instrumentarium im Kampf gegen den wiedererstehenden Irrationalismus aufzunehmen und zu nutzen; dies gerade deshalb, weil die bürgerliche Philosophie ja die dort kritisierten weltanschaulichen Positionen der Vorkriegszeit epigonal reproduzierte. Lukacs stellte auch das theoretische Instrumentarium für eine breite antifaschistische Bündnispolitik auf dem Boden progressiver Traditionen der deutschen Geschichte bereit – in Konsequenz jener langfristigen Strategie, die der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 entworfen hatte.

In der gleichen Richtung – der Rezeption der europäischen Aufklärung und der Gedankenwelt der Französischen Revolution als fortschrittlicher, in die Arbeiterbewegung eingehender Tradition – wirkten die Forschungen des großen Romanisten Werner Krauss. Schüler von Karl Vossler, hat er die geisteswissenschaftliche Methode und die philosophischen Horizonte seines Lehrers um die klare Einsicht in die gesellschaftlichen Ursprünge und Beziehungen von Sprache und Literatur bereichert. Die Erfahrung der Relevanz

29) Georg Lukacs, Zum 70. Geburtstag, Berlin (DDR) 1955, enthält neben Gratulationen und theoretischen Beiträgen auch die Bibliographie seiner seit 1945 im Aufbau-Verlag erschienenen Bücher unter den Nummern 7–27, S. 255 ff. Diese Festschrift belegt deutlich den immensen Einfluß, den Lukacs in den Nachkriegsjahren gesamteuropäisch ausgeübt hat.

30) Vgl. Georg Ahrweiler (Hrsg.), Betr.: Lukacs – Dialektik zwischen Idealismus und Proletariat, Köln 1978.

31) Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Werke Bd. 2, Neuwied 1968; gleichzeitig eine Taschenbuchausgabe ebd. Vgl. dagegen etwa den Einfluß von „Geschichte und Klassenbewußtsein" auf Sartre oder auf Merleau-Ponty, Les aventures de la dialectique, Paris 1955.

des Politischen, gewonnen im Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus und bewährt in der Todeszelle von Plötzensee, aus der ihn die sowjetischen Truppen befreiten und vor der Exekution retteten, hat sich in seinem Werk als engagierte Aufnahme der Tradition der europäischen Aufklärung niedergeschlagen. Die rationale Moralität und das kritische Gesellschaftsbewußtsein der Aufklärungsdenker gehen für Werner Krauss als unverlierbares Erbe in den Sozialismus ein und fundieren dessen wissenschaftliche Komponente gegenüber jeder bloßen Schwärmerei von Weltverbesserung. Unter dem geschichtsphilosophischen Blick von Werner Krauss weitete sich die Romanistik aus, blieb sie nicht einfach die Wissenschaft von einem Sprach- und Kulturbereich, sondern wurde – kraft der Schlüsselstellung des französischen Denkens für die bürgerliche Revolution von 1789 – zu jener Disziplin, die die Triebkräfte und Motive der neuzeitlichen Emanzipationsbewegung der Menschheit an der Quelle erforscht und darstellt[32]).

V

Einen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der philosophischen Diskussion nahm seit 1955 die Hegel-Gesellschaft unter der Leitung ihres Vorsitzenden Wilhelm R. Beyer. Von einem kleinen Kreis von Philosophen, vorwiegend außerhalb der Universitäten[33]), gegründet, suchte sie in Anknüpfung an die politischen Gehalte der Hegelschen Philosophie den Provinzialismus der BRD-Philosophie zu durchbrechen und auf dem Niveau strenger Philosophie die Dimension des ideologischen Klassenkampfs sichtbar zu machen. In Deutschland war die Philosophie Hegels lange Jahre vernachlässigt, ja durch den Neukantianismus fast völlig verdrängt worden. Das Bildungsinstitut der offiziellen deutschen Universitätsphilosophie trug den Namen „Kant-Gesellschaft". Dies deutet eine Entscheidung gegen die auf die ganze Wirklichkeit gerichtete spekulative Kraft der Philosophie und für eine Selbstbescheidung im erkenntnistheoretischen Kritizismus an. Kants Name als Programm war eine Abwendung von der philosophischen Parteilichkeit für gesellschaftliche Veränderungen; mit Hegels Name sollte darum die Antithese gesetzt werden, Hegels Philosophie (entsprechend deren Spaltung in ihre „links-" und „rechts-hegelianischen" Nachfolger) zum Schlachtfeld der Auseinandersetzung werden, in die auch die Marxisten verwickelt sind und von der sie nicht ausgeschlossen werden konnten.

Programm und Aktivitäten der Hegel-Gesellschaft blieben singulär für die BRD. Daß hier ein Forum für eine längst überfällige Diskussion entstanden

32) Maßstäbe setzte Krauss auch in der Hispanistik mit seinen Monographien über Balthasar Gracian, über spanische Sprichwörter und über Cervantes. Zu den merkwürdigsten und literarisch wichtigsten, obschon vergessenen Zeugnissen der deutschen Widerstandsliteratur gehört sein 1947 erschienener Rorman PLN, im Zuchthaus auf Kassibern verfaßt, ein Werk von hohem sprachlichen und formalen, ästhetischen und intellektuellen Rang. Einen Abriß seiner literaturwissenschaftlichen Erkenntnisse legte Werner Krauss in Rowohlts Deutscher Enzyklopädie vor, Grundprobleme der Literaturwissenschaft, Reinbek 1968.

33) Der erste Vorstand – Wilhelm R. Beyer, Johann Ludwig Döderlein, Hans Heinz Holz – setzte sich ausschließlich aus nicht-universitären Philosophen zusammen. Von Anfang an unterstützte das Unternehmen der Soziologe Heinz Maus.

war, die ansonsten in der BRD unterdrückt wurde, führte zu dem (für die Universitätsphilosophen der BRD ganz unerwarteten) Erfolg der Gesellschaft; von den kleinen Anfängen des ersten Hegel-Kongresses in Nürnberg 1956 über den Frankfurter Kongreß 1958, der mit Adornos Festvortrag „Erfahrungsgehalte der Hegelschen Philosophie"[34]) eröffnet wurde (und auf dem die Wiederbegegnung und Versöhnung von Adorno und Bloch stattfand[35])) und den Wiener Kongreß 1960, bei dem italienische, französische, westdeutsche, österreichische Philosophen und solche aus den sozialistischen Ländern zusammentrafen, bis hin zu dem Genfer Kongreß von 1962 führte ein Aufstieg, der mit der Hegel-Gesellschaft auch den marxistischen Außenseitern der BRD-Philosophie zunehmend internationale Resonanz verschaffte; in Genf gehörten zu den Hauptreferenten Karl Löwith und Jeanne Hersch, Franco Lombardi und J. N. Findlay, Indrich Zeleny und Manfred Buhr, Jean Starobinski und B. M. Kedrov – der Durchbruch war gelungen, die bürgerliche Philosophie hatte sich auf die Diskussion mit den Marxisten eingelassen, wenn auch die westdeutschen Universitätsmatadore sich nur zögernd diesem Zwang beugten.

In mühevoller Kleinarbeit gelang es dann auch, seit dem Ende der 50er Jahre marxistische Positionen in den Medien zu Wort kommen zu lassen. Progressive Zeitungen wie die „Deutsche Volkszeitung" und die „Deutsche Woche" (bei der der 2. Vorsitzende der Hegel-Gesellschaft, Johann Ludwig Döderlein, die viel beachtete Wissenschaftsseite redigierte) begannen zuerst damit, Beiträge zu philosophischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fragen aus marxistischer Sicht zu veröffentlichen. Lange Zeit waren dies die einzigen Informationsquellen für Leser, die das Marxismus-Tabu in der BRD durchbrechen wollten. Während in diesen Zeitungen regelmäßig u. a. auch Artikel marxistischer Autoren zu lesen waren, konnten diese ab Anfang der 60er Jahre gelegentlich auch Sendungen in den Rundfunkanstalten der ARD und Artikel in Zeitungen wie etwa der „Frankfurter Rundschau" unterbringen[36]). Dies alles blieb außerhalb der Universitäten – auf deren Lehrstühlen es mit Ausnahme des Marburger Politologen Wolfgang Abendroth[37]) keine Marxisten gab. Die marxistische Philosophie drang ausschließlich über nichtakademische Wege ins Bewußtsein der Öffentlichkeit.

VI

Die Herausforderung, die der internationale Marxismus und die Philosophie in den sozialistischen Ländern unter den Bedingungen der friedlichen Existenz darstellen, verbunden mit dem Erstarken einer nicht-akademischen

34) Theodor W. Adorno, Drei Studien zu Hegel, Frankfurt/M. 1963, S. 67 ff.

35) Vgl. Silvia Markun, Ernst Bloch, rororo-Bildmonographie, S. 98 ff.

36) Immerhin gab es noch 1963 im Hessischen Rundfunk ernste Auseinandersetzungen über die Frage, ob man einen wissenschaftlichen Vortrag über die gesellschaftliche Situation der BRD von Wolfgang Abendroth – damals amtierender Ordinarius für wissenschaftliche Politik in Marburg – senden könne oder nicht.

37) Die Bedeutung der Tätigkeit Abendroths in Marburg für die Öffnung der westdeutschen Universitäten auch Marxisten gegenüber kann gar nicht zu hoch veranschlagt werden. Vgl. Hans Heinz Holz, Politik als Wissenschaft, „Frankfurter Rundschau" v. 30. 4. 1971; ders., Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag, Norddeutscher Rundfunk am 3. 5. 1976, und „Spontan", 5/1976.

Philosophie in der BRD und ihrer Ausstrahlung in die studierende Jugend, stellten die Bourgeoisie vor neue Aufgaben. Sie mußte sich nun auf die Konfrontation einlassen, mußte Anpassungs- und Abwehrmechanismen ausbilden. Der Aufstieg der sogenannten „Frankfurter Schule" in den 60er Jahren, die späte und dann um so vehementere Rezeption Ernst Blochs, die Wirkung von Zeitschriften wie „Argument" und „Alternative" bezeichnen eine neue Phase in der Geistesgeschichte der Bundesrepublik.

Diese Entwicklung vollzog sich parallel zur Ablösung der Alleinherrschaft der CDU. Nach dem Rücktritt Konrad Adenauers und dem Scheitern des offen autoritären Konzepts der „Formierten Gesellschaft" während des kurzen Zwischenspiels der Kanzlerschaft Ludwig Erhards[38]) veränderte sich die ideologische Situation; Reformen in Rechtsordnung und Bildungswesen waren unumgänglich geworden, insbesondere galt es, die Produktivkraft Wissenschaft den ökonomischen Interessen der Kapitalverwertung mit geringeren Reibungsverlusten zu subsumieren, als dies im Rahmen der klassischen bürgerlichen Universitätskonzeption möglich war, die 1945 noch einmal restituiert wurde[39]). Da aber die restaurativen Kräfte an den verankerten institutionellen Prärogativen festhielten (Stichwort: Ordinarienuniversität), bedurfte es der Sozialdemokratie, um die Neuerungen durchzuführen, die die Universitäten dann um so fester in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingliedern sollten. Es gehört zu den offenkundigen Widersprüchen des spätkapitalistischen Systems, daß hierbei zum Teil mit verkehrten Fronten gekämpft wird[40]). Und natürlich eignet diesem Reformprozeß eine notwendige Ambiguität, denn er muß zu seiner Durchsetzung sich eines Instrumentariums kritischer Reflexion bedienen, das nicht ohne Konsequenzen in die wissenschaftstheoretische und -politische Diskussion eingeführt wird. Selbst da, wo Kategorien marxistischer Gesellschaftsanalyse nur schief oder gar mit Verkehrungsabsicht in die Theoriebildung aufgenommen werden, setzen sie ideologische Veränderungen in Gang (alte Beispiele sind Max Weber und Sombart).

In dieser Situation kam der bürgerlichen Philosophie die Aufgabe zu, die unerläßliche Aufnahme von marxistischen Methoden und Erklärungsmustern gesellschaftlicher Sachverhalte wissenschaftsgeschichtlich und -poli-

38) Vgl. Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft", in: „Blätter", 9/1965. Hans Heinz Holz, Entscheidende Jahre, ebd., 11/1965.

39) Vgl. dazu Karl Jaspers, Die Idee der Universität, Berlin und Heidelberg 1947. K. H. Bauer (Hrsg.), Vom neuen Geist der Universität, Berlin und Heidelberg 1947. Ernst Anrich, Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten, Darmstadt 1960. Zur Geschichte: Die Idee der deutschen Universitäten, Darmstadt 1960. Die fünf Gründungsschriften aus der Zeit ihrer Neugründung (um 1810), Darmstadt 1956. – Zur Universitätsreform nach 1968 vgl. Stephan Leibfried (Hrsg.), Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967 (Zusammenfassung der programmatischen Forderungen der Reform-Politiker und der Studentenbewegung), und Gerhard Stuby, Disziplinierung der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1970 (weiterer Verlauf der Hochschulreform).

40) Einige Beispiele: Die Wissenschaftsforschung, die Hochschuldidaktik, die sogenannte „Finalisierungs"-These gelten als „progressiv und werden von konservativen Wissenschaftspolitikern als „linke" Zersetzung der Institution Wissenschaft denunziert; und ihre Vertreter haben in der Tat kritische und gesellschaftsbezogene Reflexion im Sinn. Tatsächlich aber schlägt ihre Intention in die theoretische Grundlegung und praktische Zubereitung eines Wissenschaftsbetriebs um, der in den Dienst der Kapitalverwertungsinteressen genommen werden kann. Die strukturellen Bedingungen dieses Umschlags wären zu untersuchen.

tisch zu neutralisieren. Die erste Stufe dieser „bundesdeutschen Marx-Beschäftigung"[41]) stellten jene Arbeiten dar, die aus dem Umkreis der evangelischen Akademien inspiriert und in der losen Folge der „Marxismus-Studien" gesammelt wurden[42]). Daß gerade die evangelische Kirche diesen ersten Ansatz zu einer bürgerlichen Marx-Rezeption in der BRD lieferte, ist nicht zufällig. Zum einen sah sie sich in der DDR mit der machtvollen Entwicklung der sozialistischen Staatsform konfrontiert und zu ideologischer Auseinandersetzung, nicht bloß Polemik gezwungen; zum anderen bedurfte sie theoretischer Hilfestellung, um sich gegen die katholische Restauration in der Adenauerära zu behaupten; und zum dritten gab es eine, in der Verfolgung und den Konzentrationslagern bewährte, antifaschistische Bundesgenossenschaft von Protestanten mit Sozialisten und Kommunisten, die sich in dem Kampf für die Erhaltung des Friedens und für den Aufbau der Demokratie in der BRD fortsetzte[43]).

Das Schema der hier entwickelten Marx-Deutung läßt sich (mit einiger Vereinfachung) auf drei Hauptmerkmale bringen, die übrigens für jede spätere bürgerliche, in der Tendenz anti-kommunistische, Marx-Rezeption leitmotivisch geblieben sind: 1. Orientierung auf den „jungen Marx" als den „eigentlichen", „philosophischen", „überzeitlichen", demgegenüber der „ökonomische" Marx der Reifezeit an die wirtschaftliche und soziale Lage des 19. Jahrhunderts gebunden gewesen und mit ihr „überholt" sei. 2. Trennung eines „anthropologischen" von einem „ökonomisch-politischen" Marxismus und Umstilisierung der politökonomischen Kategorie der Entfremdung in eine metaphysische „Ursituation" (mit Vermischung oder Vertauschung der Begriffe Entäußerung und Entfremdung). 3. Insinuation eines theoretischen Bruchs zwischen Marx einerseits und Engels-Lenin andererseits, verbunden mit der Behauptung eines Abfalls des philosophischen Niveaus[44]).

Das gleiche Verfahren einer Entschärfung der politischen Qualität des Marxismus durch Präparierung einer „reinen", d. h. isoliert philosophischen marxistischen Theorie ist charakteristisch für die erste Phase der Ausbildung der „Frankfurter Schule" – hier allerdings mit dem Anspruch auf gesellschaftstheoretische Fundierung[45]). Sie stand unter dem Generalnenner der Ausbildung eines Begriffs von Kritik, der – rein negativ als Bewahrung der unbestimmten Freiheit des Individuums gefaßt – politisch unwirksam bleiben

41) Vgl. die klare Typologie und Darstellung bei Wilhelm R. Beyer, Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung, Köln 1968.

42) Marxismus-Studien 1. Folge, Stuttgart 1954, 2. Folge 1957 usf. Der zeitliche Abstand am Anfang ist zu beachten.

43) Beispielhaft hierfür sei die „Stimme der Gemeinde" genannt. Vorgeschichte und Anfänge der Begegnung von Marxismus und Protestantismus untersucht Richard Sorg, Marxismus und Protestantismus in Deutschland, Köln 1974.

44) Dieses Motiv wurde später vor allem von Verfechtern eines sich als „rein" verstehenden Marxismus mit betont anti-leninistischer Tendenz und offener Feindschaft gegen die Sowjetunion und die DDR aufgenommen. Vgl. dazu die Marburger Dissertation von Heiko Asseln über das Projekt Klassenanalyse.

45) Vgl. J. H. von Heiseler/R. Steigerwald/J. Schleifstein (Hrsg.), Die „Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus, Frankfurt/M. 1970. Eine belangvolle Kritik von Positionen der bürgerlichen Philosophie her gibt Michael Theunissen, Geschichte und Gesellschaft. Zur Kritik der kritischen Theorie, Berlin (West) 1969.

mußte, weil er die zur politischen Aktion unerläßliche Setzung positiver Ziele (als „bestimmte Negation") prinzipiell verwehrt und den Sozialismus als reale Perspektive ablehnt[46]). Als mit dem Anschwellen der Studentenbewegung sich diese politische Abstinenz nicht durchhalten ließ, gerieten Horkheimer und Adorno alsbald in Gegensatz zu der jüngeren Generation ihrer Schule, die in Oskar Negt und Hans-Jürgen Krahl ihre Wortführer fand und sich auf das Programm der „Großen Weigerung" von Herbert Marcuse ausrichtete: apolitischer Kritizismus schlug in spontaneistischen Aktionismus um[47]). Gegenüber dem voraussehbaren Scheitern dieser 2. Phase der „Frankfurter Schule" errichtete innerhalb ihrer selbst Jürgen Habermas schon früh eine Auffangstellung, die von der Konzeption des „herrschaftsfreien Dialogs" über die Ablösung der Gesellschaftstheorie durch Sprachanalyse bis zu einer evolutionistischen „Rekonstruktion des Historischen Materialismus" reicht; da wird die Ebene akademischer Entpolitisierung des Marxismus wiedergewonnen[48]).
Gemeinsamer Nenner der „Frankfurter" ist die Trennung von historischem und dialektischem Materialismus und die Beschränkung des sogenannten „originären" Marxismus auf ersteren; die Einengung der Dialektik auf ihr bloß mittleres Element der Negativität (was seine Entsprechung in anderem Kontext in der Konzentration auf Hegels Wesens-Logik und seine Theorie der Reflexion findet[49])); die Restitution des transzendentalen Idealismus in der Gestalt der „historischen Subjektivität" – und bei einigen ihrer Vertreter und Anhänger die utopisch-anarchistische Lehre von der „Großen Weigerung" mit den Folgen eines pseudo-linken Radikalismus, der seine Verwandtschaft mit dem Existentialismus nicht verleugnen kann[50]).

Der dritte Schwerpunkt einer palliativen Marxismus-Rezeption liegt in der Aufnahme jener Theorien, die man als „Dissidenten"-Philosophien bezeichnen könnte – von Henri Lefèbvre und Roger Garaudy bis zu den „Nouveaux Philosophes", von Leszek Kolakowski bis zu Agnes Heller, von den Wortführern des sogenannten „Prager Frühling" bis zur jugoslawischen „Praxis"-Gruppe[51]). Hier werden allerdings nicht so sehr die eigenen philosophischen

46) Vgl. Hans Heinz Holz, Mephistophelisches Philosophieren, in: W. F. Schoeller (Hrsg.), Die neue Linke nach Adorno, München 1969, S. 176 ff. Ders., Die Kritische Theorie und ihr Verfall, in: „Weltwoche" v. 13. 3. 1970.

47) Vgl. Hans Heinz Holz, Die abenteuerliche Rebellion, a.a.O. Robert Steigerwald, Herbert Marcuses dritter Weg, Köln 1969.

48) Akademischen Rekonstruktionen sind auch die in loser Folge erscheinenden Bände der Reihe „Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie", Frankfurt/M. 1974 ff., gewidmet. Hier sammeln sich die übrig gebliebenen Jünger der „Frankfurter Schule".

49) Vgl. von bürgerlicher Seite Dieter Henrich, Hegel im Kontext, Frankfurt/M. 1971. Auf marxistischer Seite wird – mit ganz anderer Absicht, aber problematischer Konsequenz – der Ansatz beim 2. Buch der Hegelschen Logik gewählt von Damerow, Furth, Heidtmann, Lefevre. Vgl. dies., Materialistische Dialektik, SOPO Nr. 42, S. 5 ff.

50) Vgl. R. Steigerwald, a.a.O.; H. H. Holz, Die abenteuerliche Rebellion, a.a.O.

51) Vgl. Hans Heinz Holz, Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus, München 1972, und die anschließende Diskussion mit Robert Steigerwald in „Marxistische Blätter", 1973, 5/6, und 1974, 2. Zu den „Nouveaux Philosophes" als Matadoren eines neuen Irrationalismus vgl. Hans Heinz Holz, Deutsche Volkszeitung, 28. 9. 1978, und Norddeutscher Rundfunk, 10. 1. 1979. Gegen den Versuch, auch Antonio Gramsci in den Umkreis dieser „Abweichungen" einzubeziehen und für einen subtilen Antikommunismus zu mißbrauchen vgl. H. H. Holz, Strömungen und Tendenzen, a.a.O., und Hans Heinz Holz/Hans-Jörg Sandkühler (Hrsg.), Betr. Gramsci, Köln 1979.

Konzeptionen der Autoren angenommen und zur Diskussion gestellt als vielmehr eine Kritik des Marxismus „von innen", die dazu dienen soll, die Einheit von Theorie und Praxis in der politischen Verwirklichung zu diskreditieren. Demgemäß ist auch der Verschleiß an solchen „authentischen", aber eben irrealen Marxismen groß, die Fülle derartiger Publikationen ebenso üppig wie kurzlebig.

VII

Ein neues Element in der ideologischen Auseinandersetzung stellte ab 1960 die Rezeption der Philosophie Ernst Blochs dar. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Antifaschist, Humanist und kommunistische Parteigänger der Sowjetunion, der Nationalpreisträger der DDR von 1945 bis 1959 in der BRD totgeschwiegen und institutionell bekämpft worden war[52]). 1959 erschien, gleichzeitig mit dem III. Band des „Prinzip Hoffnung" im Aufbau-Verlag, Berlin, als Auftakt der Werkausgabe des Suhrkamp-Verlags das „Prinzip Hoffnung" auch in der BRD. Die Ideologen eines linken Anti-Kommunismus hofften, in Bloch einen Verbündeten zu finden, aus seiner Philosophie ein Instrument im theoretischen Klassenkampf basteln zu können, nachdem Bloch 1957 in Konflikt mit den marxistischen Philosophen der DDR geraten war, mit 72 Jahren emeritiert keine Lehrtätigkeit mehr ausübte und sich zunehmend isoliert sah. Vollends nach seiner Übersiedelung in die BRD 1961 schien diese Rechnung aufzugehen.

Doch Bloch blieb bis zu seinem Tode dem Kommunismus, zwar kritisch, aber unerschütterlich verbunden – wenn auch nicht immer mit aktueller politischer Eindeutigkeit. Immerhin ließ sich mit ihm keine „Dissidenten"-Legende aufbauen. Vom Kampf gegen die Notstandsgesetze bis zu seinem letzten, wenige Tage vor seinem Tode in den „Blättern" abgegebenen Votum gegen die Neutronenbombe, von seiner Solidaritätserklärung für Angela Davis bis zu seinen Warnungen vor der neuen westdeutschen Reaktion blieb er seiner Vergangenheit treu.

Um so mehr – und vor allem angesichts der nachhaltigen Wirkung seiner Philosophie auf die Öffentlichkeit (und nicht nur die studentische Jugend) – mußte die Bourgeoisie den Versuch unternehmen, an die irrationalistischen Momente seiner Philosophie anknüpfend, diese als Impfstoff gegen den Marxismus zu benutzen. Sein Werk, das als solches der Übergangszeit theoretische Zweideutigkeiten enthält, bot Einsatzstellen für dieses Verfahren. Bloch gab dem letzterscheinenen Band der Gesamtausgabe, der Auswahl aus den Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie, den beziehungsreichen Titel „Zwischenwelten". Bloch war selber eine Zwischen-

52) Vgl. Silvia Markun, Ernst Bloch, a.a.O., S. 87; vgl. S. 128: „Die Bibliographie weist bis 1956 in der BRD außer einem Aufsatz Max Benses und einigen in der linken Wochenzeitung „Deutsche Woche" erschienenen Artikeln von Holz nur zwei Aufsätze von Helmut Olles 1955 und 1956 in der linkskatholischen Zeitschrift „Frankfurter Hefte" aus. Erst 1960 rezipierte die westdeutsche Linke, stimuliert von den Bemühungen des Suhrkamp Verlages, das Werk Ernst Blochs – nun allerdings mit vollem Aufgebot, von Martin Walser und Walter Jens über Jürgen Habermas und Friedrich Heer bis zu den eher Konservativen Jürgen v. Kempski und Dieter Wellershoff, von den Theologen ganz zu schweigen, Bloch kam „in Mode".

welt, wie die der Kirchenväter, des Eriugena, der Renaissancephilosophen. Ganz und gar Bürger noch, bis ins Herz seiner Philosophie, die eine solche des Subjektfaktors in der Welt ist, bis hin zu einem Naturverständnis, das die Natur (fast pantheistisch) als Subjekt faßt; und zugleich schon Vorbote der klassenlosen Gesellschaft, sich bekennend zur Oktoberrevolution, zum wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Bestimmung der dialektischen Gesetzlichkeit des Geschichtsprozesses; Partei ergreifend für die Sache des Proletariats.

Der historische Ort Blochs in einer Zwischenwelt macht die Fruchtbarkeit und die Widersprüchlichkeit seiner Philosophie aus. Noch über eine Welt verfügend, zu der er nicht mehr gehörte, vermochte er geschärft zu vernehmen, was daran produktiv weiterwirkt, und es weiterzureichen; schon eine Welt antizipierend, zu der er noch nicht gehörte, konnte er der Gefahr entgehen, Apologet des Gewesenen zu sein. Doch Antizipation, die sich so recht vom Gewesenen und Gewordenen abstoßen will, überfliegt auch leicht das Hier und Jetzt, mißkennt die Schwierigkeit, Widersprüchlichkeit, Mühseligkeit der kleinen Schritte im Wirklichen, vernachlässigt in der Hoffnung auf den großen Sprung und Umschlag die kontinuierliche Vermittlung des Übergangs, obschon theoretisch die begriffene Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität in der Philosophie der Möglichkeit und des Noch-Nicht verankert ist.

In der Spannung zwischen Geschichte und Zukunft bleibt unaufgelöst, wie das Erbe ins Ziel eingebracht werden könne. Der Reflex dieser unaufgelösten Spannung ist der utopische Entwurf. Bloch unterscheidet sich zwar klar von jenem utopischen Sozialismus, dessen Mängel und schließlichen Umschlag in die Konterrevolution Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" kritisiert hatten und den Engels in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" analysierte; denn Bloch hat sich seit den 20er Jahren an Lenins Parteitheorie angeschlossen und die entscheidende Rolle der Organisation der Arbeiterklasse für die Verwirklichung des Sozialismus erkannt. Er hat sich persönlich immer gegen Putschismus, Abenteurertum und individualistische Revoluzzerei gewandt und hat in den ontologisch grundlegenden Partien seiner Philosophie einen allgemein-kategorialen Rahmen errichtet, der den Grundbegriffen des dialektischen Materialismus entspricht: die Einheit der Welt in der Materialität, Dialektik von Determinismus und Freiheit, Entwicklungslehre mit Umschlag von Quantität in Qualität und Negation der Negation als Bewegungsprinzipien, Rolle des objektiven Widerspruchs, Verhältnis von Möglichkeit und Wirklichkeit.

Bloch versuchte, die Inhalte des Fernziels, ja des letzten Ziels durch Chiffren zu bezeichnen, die er dem revolutionären Erbe der Menschheitsgeschichte entnahm. Dieser Methode eignet, wo sie in Praxis übergeht, eine unaufhebbare Zweideutigkeit. Diese Zweideutigkeit ist jedoch keine subjektive des Standpunkts, sondern eine objektive der Zwischenzeit: sie ist ein Merkmal des Übergangs von bürgerlicher Philosophie zu wissenschaftlichem Sozialismus. In assoziationsträchtige Bilder gekleidet, bekommen die allgemeinen

Kategorien des historischen Materialismus wieder utopischen Charakter. Im Zu-früh der ausgemalten Bestimmung isolieren sich ferne Ziele wieder vom Weg, der zu ihnen führt. Wie schon Hegel zeigte, werden konkrete Begriffe, vereinzelt in sinnlicher Chiffrierung, wieder zu abstrakten. Diese aber sind, werden sie als konkret gebraucht, zweideutig und werden es zuweilen für den Autor selbst.

Deutlich wird die Ambivalenz an politischen Chiffren, wo sie in Aktualität übersetzt werden. Da gibt es einerseits in Band 11 der Gesamtausgabe – „Politische Messungen" – Aufsätze, entstanden vor zwanzig, fünfundzwanzig Jahren, wie den über die Menschenrechte, der heute geschrieben sein könnte, um den Carter-Schwindel zu entlarven. Da gibt es nach dem XX. Parteitag der KPdSU den Satz über die Renegaten, daß sie nicht einmal das Recht haben, recht zu haben. All dies 1970 wieder veröffentlicht. Dazu die klare Absage 1968 an Rudi Dutschkes linksradikale These, das Verhältnis von subjektiver und objektiver Dialektik habe sich zugunsten der subjektiven verändert.

Dann aber werden Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Chiffren der Französischen Revolution, als eine Invariante der Richtung bezeichnet – und sie schlagen, ihrem abstrakten Gehalt gemäß, zuweilen um in eine von den historischen Gegensätzen und Widersprüchen des Heute abgehobene Norm des Humanum, aufgrund derer unterschiedslos und ohne Analyse politische Werturteile gefällt werden, die mit dem sonstigen Werk nicht mehr in theoretischem Einklang stehen. Da kommen, als ein keineswegs stimmiger und geradliniger Anhang, nach 1961 Äußerungen pauschaler Ablehnung der Formen des sozialistischen Staates in der DDR und in der Sowjetunion vor, die ihre Diktion aus eben der zuvor entlarvten bürgerlichen Humanitätsideologie herleiten und die eben zuvor entlarvten Vorurteile reproduzieren. Bloch ist gewiß nie zum Klassenfeind übergegangen, den er ein Leben lang bekämpft hat. Doch er dachte in Chiffren eines utopischen Gelungenseins, deren Gehalt sich in konkreter politischer Situation – gemessen an der Unvollkommenheit des Werdens – umkehren konnte; auch darin ein Denker der Zwischenzeit.

In diesem Sinne legt die Bloch-Rezeption die Schwierigkeiten der bürgerlichen Abwehrstellung gegen den Marxixmus offen. Um einen Impfstoff gegen den Marxismus zu gewinnen, muß man sich mit Haut und Haaren auf dessen kritische und revolutionäre Tendenz einlassen, in der Hoffnung, sie ins Utopistische abbiegen zu können und so politisch wirkungslos zu machen. Damit aber hat man den zuvor sorgsam herausgehaltenen Gegner ins Haus gelassen – und nun kann die Maulwurfsarbeit der Dialektik weitergehen. Zumal im Falle Blochs, dessen Philosophie einen mächtigen, harten und rationalen, vor allem auch unmittelbar politischen Kern hat, der im Marxismus zum Keimen gebracht werden kann[53]).

53) Vgl. Hans Heinz Holz, Über den Ertrag der Philosophie Ernst Blochs für den Marxismus, in SOPO Nr. 44, S. 31 ff. Zur Würdigung des Systems von Bloch insgesamt: ders., Logos spermatikos, Darmstadt und Neuwied 1975.

VIII

Einer Übersicht über die *Geschichte* der Philosophie in der BRD steht es nicht mehr an, die Richtung zu zeigen, in der sie sich weiterentwickeln könnte. Rückgreifend auf den Anfang sei nur noch einmal festgestellt, daß die bürgerliche Philosophie jenen weltanschaulichen Entwurf, den sie als Alternative zum historischen und dialektischen Materialismus hervorbringen müßte (wollte sie sich ihm wirksam entgegensetzen), nicht mehr zu leisten vermag. Sie bleibt fixiert auf den Anti-Kommunismus, den sie von Popper und Topitsch bis zu Adorno und Negt auf plumpere oder subtilere Weise vorträgt und durch die eine oder andere Konstruktion (meist transzendentalphilosophisch) abzusichern versucht. Sie versagt sich damit konzeptuelle Perspektiven für die großen weltanschaulichen Fragen der Gegenwart und Antizipationen für die Zukunft. Solche Konzepte können naturgemäß nur auf dem Boden der aktuellen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung entstehen und müssen sie reflektieren. Hier liegt die Aufgabe für die marxistische Philosophie in der BRD: im Zusammenhang mit der internationalen theoretischen Diskussion, aber unter genauer Widerspiegelung der besonderen Bedingungen und Formen des ideologischen Klassenkampfs im eigenen Lande, Problemlösungsmodelle zu entwerfen zum Beispiel für

– die Systematik des technischen Fortschritts[54]) und ihren Zusammenhang mit der Dialektik der Natur im allgemeinen;
– die theoretische Verfassung der Wissenschaften als Produktivkraft und zugleich als Moment des ideologischen Überbaus und ihre Einheit in einer universalen Dialektik;
– die präzise Struktur der Widerspiegelung der objektiven Welt in den Bewußtseinsgehalten als universelles Seinsverhältnis und ihre besondere Formbestimmtheit in den verschiedenen Bewußtseinsbereichen;
– den gesellschaftlichen Funktionszusammenhang der Kultur[55]) und des in ihr aufbewahrten Bestandes an historischen Setzungen;
– die Philosophie als Reflexionsgestalt der politischen Ökonomie und die Einheit von Theorie und Praxis.

Gelingen ihr Vorschläge für solche systematische Aufgaben[56]) – und ohne genaue Aufarbeitung des philosophiegeschichtlichen Materials wird ihr dies nicht gelingen –, so wird sie auch die kritische, selbstkritische und ideologiekritische Leistung vollbringen, die ihr im ideologischen Klassenkampf zufällt: des Gegners Waffen stumpf zu machen oder sie ihm aus der Hand zu nehmen. Dazu gehört die Ausarbeitung kohärenter Verallgemeinerungen des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes, des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes und der politischen Kampffronten. Letztere auf der Ebene der Philosophie zu umreißen, war der Sinn dieses Aufsatzes.

54) Vgl. dazu jetzt die Marburger Dissertation von Sybille Krämer-Friedrich, Vergesellschaftung der Natur und Natur der Gesellschaft, Versuch einer gesellschaftstheoretischen Bestimmung der Technik, 1979.
55) Vgl. W. D. Hund/D. Kramer, Materialien zu einer materialistischen Kulturtheorie, Köln 1978.
56) Wesentliche Beiträge zu dieser Aufgabe liefern seit 1976 die Bremer Symposien zur Wissenschaftsgeschichte. Vgl. Hans-Jörg Sandkühler (Hrsg.), Die Wissenschaft der Erkenntnis und die Erkenntnis der Wissenschaft, Stuttgart 1978; und Manfred Hahn/Hans-Jörg Sandkühler (Hrsg.), Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution, Köln 1978.

Medienkritik

SUMPF

Unter fast konspirativen Vorsichtsmaßnahmen hat gerade Günter Wallraff sein neues Buch über die „Bild"-Zeitung herausgebracht, da greift das ZDF in einem Fernsehspiel das Thema *Enthüllungsjournalismus* auf seine Weise auf („Das Komplott", 29. Oktober).

In der Redaktion eines Provinz-Boulevardblattes taucht die junge, attraktive, aber zunächst unnahbare Journalistin Sina Sanders auf. Wegen Aufsässigkeit hat sie – so wird suggeriert – ihr gemäße urbanere Sphären verlassen müssen. Aber auch hier legt sie sich sofort mächtig ins Zeug. In einen kommunalpolitischen Skandal ist der Vollblutpolitiker Glamann verwickelt, der Geschäft und Politik aufs glücklichste miteinander zu verbinden weiß: in Personalunion ist er Vorsitzender der Mehrheitsfraktion im Stadtrat und einschlägigen Ausschüssen, sowie Geschäftsführer einer von städtischen Aufträgen florierenden Baufirma. Als bekannt wird, daß beim Bau einer Müllverbrennungsanlage nicht alles mit legalen Dingen zuging, hat Glamann noch genug Einfluß in seiner (unschwer als SPD-ähnlich zu erkennenden) Partei, um die Landesregierung am Einschreiten zu hindern.

Aber da tritt die Journalistin auf den Plan. Mit Hilfe eines frustrierten Regierungsbeamten, den sie zunächst bei seinem demokratischen Gewissen packt, später aber über die Klinge springen läßt, verschafft sie sich belastende Informationen. Mit Hilfe eines Redaktionskollegen, den sie erst in ihr Bett lockt und dann abblitzen läßt, setzt sie durch, daß die Serie ins Blatt kommt. Die Enthüllungen schlagen ein, überregionale Blätter und das Fernsehen werden aufmerksam, der Vorwurf der Ämterverfilzung wird aufgegriffen.

Nun reagiert die regierende Partei so, wie man es von ihrem Vorbild kennt. Sie vertuscht den Fall und tauscht den Mann aus. Glamann muß die Stadt verlassen, er bekommt einen neuen lukrativen *Wirkungskreis*.

Die letzte Szene zeigt, wie Sina Sanders als Fernsehredakteurin den scheidenden Politiker interviewt. Im Wechsel von der Provinzzeitung zum Fernsehen (der, so wird angedeutet, wohl auch einer von Bett zu Bett war) hat die ehrgeizige Enthüllerin wieder den Sprung in die größere weitere Welt geschafft. Arroganz, Skrupellosigkeit, brutale Ausnutzung derjenigen, die sich zunächst durch ihr Engagement hatten mitreißen lassen und nun dem branchenüblichen Zynismus verfallen, werden als dominante Charakterzüge der Protagonistin immer deutlicher: Korruption allenthalben. Nicht nur in der Partei siegt der Opportunismus, sondern auch kritische Pressearbeit erscheint als Ausfluß rücksichtsloser Karrieresucht.

Der Widerstand gegen Mißstände kann offenbar immer noch nur dann glaubwürdig erscheinen, wenn er aus verletzter Unschuld resultiert, wie etwa bei der unschuldig-schuldigen Heldin Katharina Blum. Die Überzeugung, rationaler, politisch bewußter und vielleicht sogar in Grenzen erfolgreicher Widerstand sei nur in Klischeebildern gestaltbar, scheint immer noch weit vebreitet zu sein. Denn nicht nur die Angst vorm Einseitigkeitsverdacht ist es, die positive Helden offenbar nur als *Opfer* zuläßt: viel mehr noch zwingt das oben angedeutete ästhetisch, aber politisch wirksame Dogma den bürgerlichen Enthüllungsjournalismus zur Darstellung der Zustände als ewigen unausweichlichen Sumpf, zum anthropologischen Schlechtigkeitsverdacht, in die Resignation.

Aber solche Überlegungen sind angesichts des hier erwähnten Fernsehfilms wohl nicht ganz angemessen. Die Art, wie hier eine Enthüllungsarbeit gegen die andere *ausgewogen* wird, ist wohl weniger Zufall als bewußte Denunziation. Nicht umsonst erinnert sie auffallend an die Strategie des Springer-Konzerns gegen Günter Wallraff: Einer, der solche Schweinereien ausgräbt, so verkünden seine *marktbeherrschenden* Zeitungen, muß selber ein Schwein sein.

Günter Giesenfeld

Bücher

Perspektiven von Arbeit und Freizeit

„Die Qualität der freien Zeit wird wesentlich von den Arbeitsbedingungen bestimmt. Mangelnde Mitbestimmung in der Arbeit, ständige Intensivierung, auf die Spitze getriebene menschenunwürdige Arbeitsteilung, wenig Gestaltungsmöglichkeiten usw. prägen das Freizeitverhalten der Arbeitnehmer negativ und erschweren die Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben". Diese Passage aus dem Diskussionsentwurf „Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Kulturpolitik und Kulturarbeit" faßt die Erfahrungen lohnabhängig Arbeitender zusammen; sie verweist zugleich auf die gesellschaftspolitische Bedeutung einer Problemstellung, die in der Freizeitforschung immer wieder aufgegriffen wird. Eine Zeitlang konnte es so scheinen, als sei mit der Theorie vom bevorstehenden Übergang in die Freizeitgesellschaft die Frage nach Bedeutung und Auswirkungen von Arbeit und Beruf im Leben der Menschen gegenstandslos geworden; die Freizeit sei länger als die Arbeitszeit, wurde argumentiert, von ihr her bestimme man heute seinen individuellen Lebenssinn, das Freizeitverhalten entwickle sich nach eigenständigen Gesetzmäßigkeiten.

In der letzten Zeit werden jedoch wieder mehr zweifelnde Stimmen laut: „Die These vom Anbruch des Freizeit-Zeitalters ist zum Bestandteil der vorherrschenden Ideologie hochindustrialisierter Gesellschaften geworden, ohne bislang bewiesen zu sein. Eine solche Ideologie könnte indes kaum Bestand haben, wenn sie nicht durch ökonomische und politische Verwertungsinteressen gestützt würde" (*Prahl*, S. 14); mit der Freizeit der anderen ist ein gutes Geschäft zu machen – und zugleich wird sie verklärt als Inbegriff westlicher Freiheit für alle. Im Ergebnis einer ausführlichen Auseinandersetzung kommt *Eichler* zur ernüchternden Einschätzung der auf die Freizeitgesellschaft verpflichteten Positionen: „Freizeittheorie zerfließt zu Freizeitapologie" (S. 57).

Wenn jetzt wieder mehr Wissenschaftler nach den „Konsequenzen der Arbeits- und Lebenssituation für die Freizeit der einzelnen" (*Eichler*, S. 15) fragen, so reagieren sie damit sicher auch darauf, daß diese Probleme seit einiger Zeit verstärkt in sozialen Bewegungen und Forderungen aufgegriffen werden. Seit dem Anfang der 70er Jahre wird die „Humanisierung der Arbeitswelt" auch in der Hoffnung diskutiert, „daß eine inhaltlich anregende, die persönlichen und sozialen Fähigkeiten fördernde Arbeitssituation auch aktivierend in die außerberufliche Lebenssphäre hineinwirkt" (*Schunter-Kleemann*, S. 132); mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit traten Überlegungen und Aktionen zur Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund – ebenfalls mit motiviert durch die Erwartung, auf diesem Wege auch die Qualität der Freizeit zu verbessern. Im folgenden sollen einige Neuerscheinungen unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie sie sich auf das Verhältnis Arbeit–Freizeit beziehen.

Die Forschung schafft bisher keine Klarheit

Man vereinfacht wohl nicht über Gebühr, wenn man feststellt, daß sich an der Behandlung dieser Frage die Geister scheiden; der These von der autonomen Freizeit steht die Theorie von der Ausdehnung und Auswirkung in der Arbeit erfahrener Verhaltensprägung auf die außerberufliche Lebensführung gegenüber – und *Schunter-Kleemann* hat sicher recht mit der Feststellung, daß die zweite Position, die „Extensionshypothese"[1]) „von den meisten sozial engagierten Sozialwissenschaftlern" vertreten wird (S. 132). Zwei Einführungen in die Soziologie der Freizeit bestätigen dies. Das ausführlich kommentierte Textbuch von *Wallner* und *Pohler-Funke* nennt zwar die verschiedenen Positionen und erwähnt auch soziale Ungleichheit in der Freizeitnutzung; die Herausgeber gehen jedoch von recht diffusen und zweifelhaften Konzepten der Mittel- und Unterschicht aus, reduzieren sie auf Bildungsunterschiede (S. 42) und behandeln das Verhältnis von Arbeit und Freizeit insgesamt als drittrangig. Eine Ausnahme bildet nur der Gesichtspunkt der Beteiligung an Kirchen, Parteien und Bürgerinitiativen, wo eine nicht näher ausgeführte Wechselwirkung vermutet wird: „Unter dem Gesichtspunkt der aktiven Mitwirkung am sozialen und politischen Geschehen in der Bundesrepublik rückt gerade die gegenseitige Bedingtheit von Arbeit und Freizeit in den Vordergrund. Beteili-

gungschancen in der Freizeit sind abhängig von Mitbestimmungsmöglichkeiten und deren Verwirklichung im Beruf und umgekehrt" (S. 45). Wie die Beeinflussung jedoch funktionieren soll, bleibt offen.

Sehr viel kritischer und problembewußter verfährt *Prahl* in seiner gut lesbaren und überzeugend aufgebauten Einführung. Die Frage nach den „Chancen der individuellen und der gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten auf der Grundlage der jeweiligen Produktionsverhältnisse" (S. 24) zeigt sich durch alle Einzelaspekte und führt immer wieder auf die marktwirtschaftliche Leistungsideologie und die Gewalt der Kulturindustrie als Haupthemmnisse. Einen knappen Überblick über vorliegende empirische Forschungsergebnisse faßt *Prahl* so zusammen: „Arbeitszufriedenheit und Arbeitsbelastung sind also entscheidende Determinanten des Freizeitverhaltens" (S. 123). Als Leitlinie anzustrebender sozialer Entwicklung deutet sich bei ihm das Konzept einer „Aufwertung der Arbeit" (S. 28) an, das sie zu sinnvoller und befriedigender Tätigkeit macht, aus der man nicht in die Freizeit flieht.

Prahl stellt fest, daß eine klare Entscheidung zwischen Autonomie- und Extensionstheorie aus dem vorliegenden empirischen Material nicht hervorgehe. Einen einfachen, doch wesentlichen Grund hierfür nennt *Eichler:* „Das spärliche, gesicherte Wissen über sozio-ökonomische Zusammenhänge von Arbeit und Freizeit . . . steht bis heute in krassem Widerspruch zu der Fülle des apologetischen Schrifttums"; „eine gezielte empirisch befriedigende Untersuchung der Beziehungen . . . liegt bis heute nicht vor" (S. 15, 104).

Einen umfassenden Überblick über vorliegende Untersuchungen, die zur Klärung beitragen können, gibt die Arbeit von *Fröhlich.* Seine erklärte Absicht ist, die Extensionsthese zu entkräften und Anhaltspunkte für die Autonomietheorie sowie für eine von ihm vermutete „entgegengesetzte Extension" zu sammeln: daß nämlich „die in der außerberuflichen Lebenssphäre entwickelten neuen Wertorientierungen ihrerseits einen verstärkten Druck auf die Arbeitswelt und ihre traditionellen Verhaltenserwarteungen ausüben" (S. 47). Dieses Interesse führt allerdings dazu, daß er gegen „unpassende" Ergebnisse alle möglichen erhebungstechnischen und statistischen Einwände vorbringt, bestätigende jedoch eher unkritisch heranzieht; als Korrektur empfiehlt sich die Diskussion bei *Eichler* (S. 140 ff).

Im Zentrum von *Fröhlichs* Arbeit steht jedoch eine eigene empirische Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Arbeitserfahrungen und elterlicher Schulwahl (wobei die Ergebnisse sicher für den Gesamtkomplex „Arbeit und Freizeit" von Belang sind). Hoher Tätigkeitsspielraum sowie geringe Unterforderung und Unterordnung des Vaters in der Arbeit erweisen sich als förderlich für die Entscheidung, das Kind auf eine weiterführende Schule zu schicken (S. 139–142). In der Rangstufung Facharbeiter, einfache und gehobene Angestellte und Beamte nimmt das Ausmaß günstiger Arbeitsbedingungen zu; für unqualifizierte Arbeiter wirken sich allerdings bessere oder schlechtere Arbeitsbedingungen überhaupt nicht auf die Schulwahl aus.

In einem weiteren Auswertungsschritt kommt *Fröhlich* jedoch zum Ergebnis, daß die Zugehörigkeit zu einer der genannten Berufsgruppen die Schulwahl zu einem deutlich höheren Anteil erklärt als die angeführten Arbeitsbedingungen (S. 167–173). *Fröhlich* sieht darin eine wesentliche Schwächung der Extensionsthese (so, wie er sie auffaßt!): „Aus den Ergebnissen läßt sich nur folgern, daß die direkte, tägliche Arbeitserfahrung von geringerer Bedeutung für außerberufliche Einstellungen und Verhaltensweisen ist als die berufliche Stellung oder die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht mit allen Unbekannten, die sich um dieses Merkmal herumgruppieren" (S. 180). Zumindest die Verallgemeinerung der am Beispiel der Schulwahl gefundenen Zusammenhänge auf außerberufliche Verhaltensweisen überhaupt scheint doch sehr bezweifelbar.

In einer Auswertung wird die Wirkung verschiedener Elemente der beruflichen Stellung auf die Schulwahl untersucht; dabei erweist sich der formale Berufsstatus als einflußkräftiger als formales und berufliches Bildungsniveau (S. 231). Dies scheint zunächst kaum zu vereinbaren mit den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung von *Nave-Herz* und *Nauck;* sie fanden bei der Prüfung des Freizeitverhaltens in der Familie heraus, daß vom Bildungsniveau der Eltern sehr viel stärkere Einflüsse ausgehen als vom „Berufsprestige" (dessen Komponenten allerdings nicht erläutert werden) (S. 74 ff).

Sinnvoll: ein komplexer Arbeitsbegriff

Solche Differenzen verweisen zunächst darauf, daß Ergebnisse empirischer Sozialforschung entscheidend von der Gestaltung der Untersu-

chungsinstrumente, Kategorien, Indizes etc. abhängen; sie verweisen aber zugleich auf die Komplexität menschlichen Verhaltens: es könnte in diesem Fall durchaus so sein, daß für die Schulwahl das mit der Kategorie „Berufsstatus" erfaßte soziale Milieu einen sehr viel stärkeren Einfluß hat als für die Bevorzugung verschiedener Freizeitaktivitäten.

Das Verhalten in der arbeitsfreien Zeit ist offensichtlich so differenziert und vielschichtig, daß die einfache Suche nach bestimmenden Einzelfaktoren unbefriedigend verlaufen muß. Eine Extensionstheorie, wie sie *Fröhlich* – dem Ansatz der meisten Untersuchungen durchaus adäquat – aufgefaßt hat, die von einigen wenigen Faktoren der Arbeitsplatzstruktur und der Stellung in der Arbeitsorganisation *das* Freizeitverhalten herleiten will, kann allenfalls Teilerklärungen liefern; nebenbei bemerkt, irrt *Fröhlich* erheblich, wenn er auch die marxistische Freizeittheorie auf diesen simplen und widerlegbaren Nenner bringen will (S. 41). So ist in der Tendenz sicher *Prahl* zuzustimmen, der in der Kategorie „Lebensstil" Ansätze für eine zusammenfassende Orientierung der weiteren Forschung sieht: „Mit dem Konzept ‚Lebensstil', das deutlich auf die Arbeitssphäre verweist, sind Dimensionen wie sozialer Status, Wohnort, Wohnung, Einkommen, Familienstand und Bildung verbunden, die wenigstens teilweise mit der jeweiligen Arbeitssituation variieren. Noch wichtiger scheint aber die Sozialisationskarriere für das Freizeit-Verhalten zu sein. Welche Verhaltensweisen in der Freizeit ausgeübt werden, hängt zu einem erheblichen Teil offenbar von früheren Sozialisationserfahrungen ab, und diese wiederum sind durch das Herkunftsmilieu und durch die späteren eigenen beruflichen Erfahrungen geprägt" (S. 90 f).

Noch einen Schritt weiter geht meines Erachtens *Eichler*, wenn er als entscheidende Determinate für solche komplexen Lebensstile wieder auf „Arbeit" zurückkommt – allerdings im Sinn eines „weiteren Arbeitsbegriffs . . ., der mehr meint als eine zweckorientierte Tätigkeit, ein Mittel zum Zweck des Gelderwerbs, das als ‚notwendiges Übel' seine Bedeutung nach der unmittelbaren *Arbeitszeit* verliere. Unterstellt wird vielmehr, daß Berufsarbeit ein zentrales Medium der gesellschaftlichen Teilhabe ist, daß sie sowohl materielle als auch soziale und psychische Lebensbedingungen des unmittelbar im Arbeitsprozeß stehenden sowie, indirekt, auch seiner Familie definiert, kurz: daß die Arbeitssituation eine, zumeist *die* entscheidende Variable der sozio-ökonomischen Situation ist" (S. 96).

Der daraus folgenden Aufgabe, „Arbeitsverhältnisse als vielleicht zentrale Strukturdeterminanten der Freizeitsituation und des Freizeitverhaltens zu prüfen" (*Eichler*, S. 102), ist die empirisch orientierte Sozialwissenschaft bisher in keiner Weise nachgekommen. Scharf, aber völlig zu Recht stellt *Eichler* fest: „Das Thema ‚Arbeit und Freizeit' wird in der Freizeitforschung systematisch vernachlässigt; Unabhängigkeit von ‚Freizeit' wird sogar durch selektive, verifizierende Interpretation spärlicher Daten im Sinne vorgefaßter Theoreme behauptet. Sicher sind die Verflechtungen komplex und empirisch schwer zu fassen. Sicher gibt es Probleme bei der Abgrenzung von Persönlichkeitseigenschaften gegen arbeitsbedingte Sozialisationseffekte und hier wiederum gegen die konkrete Arbeitssituation, ganz zu schweigen von den Problemen der Isolierung einzelner Arbeitsansprüche. Nur: ist es nicht selbstverständliche Praxis kritischer Sozialforschung, dort zu prüfen, wo Annahmen notwendig sind – zumal, wenn diese zentral sind? Hat es je gestört, daß Forschung schwierig war, wenn es um wichtige Fragen ging? Offensichtlich ist die Freiraum-Orientierung von Freizeitforschung eine Frage der Einstellung, der forschungsleitenden Interessen, die bis heute kaum diskutiert wurden" (S. 146).

Eichler argumentiert sowohl empirisch wie theoretisch-ideologiekritisch. Er widerlegt die These von der kommenden Freizeitgesellschaft durch den Nachweis, daß mit der Industrialisierung die Erwerbsquote steigt und wir vor wachsenden Aufgaben im weitgefaßten Dienstleistungsbereich stehen. „Nicht Freisetzung von, sondern Einbindung in ‚humanere', an komplexen menschlichen Bedürfnissen orientierte Arbeit ist dann folgerichtig" (S. 101 f).

Eichler bringt empirisch gestützte Argumente gegen die Hauptpfeiler der Freizeit-Apologie: gegen die Behauptungen Scheuchs und anderer, vor allem die Lohnabhängigen profitierten von wachsender Freizeit (S. 147 ff); sinkende Arbeitsbelastungen machten die Freizeit zunehmend frei von unmittelbaren Regenerationsfunktionen (S. 154 ff); Frustration in der Arbeit führe zum Job-Bewußtsein, das im Beruf nur noch das notwendige Mittel zum Zweck des Freizeitgenusses sieht (S. 163 ff). Er weist auf die drohende Tendenz hin, daß wir

immer weniger Arbeitsplätze haben werden, die menschliche Entfaltungsbedürfnisse befriedigen, daß also aus der Arbeitssphäre zunehmend passivierende Wirkungen auf die Massen-Freizeit hervorgehen und persönlichkeitsfördernde Arbeit Privileg einer sich verkleinernden Gruppe wird, die zugleich die reichste Freizeit hat. Es wäre allerdings noch zu prüfen, inwieweit das, was *Eichler* „eine neue Klassentrennung" nennt (S. 104), nicht auch mit dem wissenschaftlichen marxistischen Klassenkonzept erfaßt wird.

In der Hauptlinie seiner Argumentation wendet sich *Eichler* gegen die herrschende Entgegensetzung von Freizeit und Lohnarbeit. Historisch erst entstanden mit der massenhaften abhängigen Arbeit im Verlauf kapitalistischer Industrialisierung, wird die Freizeit heute von ihren Ideologen als Freiraum mit Spielcharakter prinzipiell von Ernst und Notwendigkeit der Arbeit getrennt. Dahinter stehe ein aristokratisches Muße-Ideal – während für die Masse der Individuen in unserer Gesellschaft gerade die Verbindung von Arbeit und arbeitsfreier Zeit in ihrem Leben kennzeichnend sei und die Notwendigkeit, diese *Einheit* sozial wie individuell optimal zu gestalten. Keineswegs sei Arbeit ein von allen persönlichen Bedürfnissen und Befriedigungen entleerter Raum rein sachlicher Aufgabenerfüllung, wie dies der negative Arbeitsbegriff der Freizeit-Apologeten voraussetze.

Das Gegenmodell entwickelt *Eichler* aus einer wissenschaftlichen Analyse des Spiel-Begriffs. Von den Erkenntnissen der Verhaltensforschung über die Bedeutung des Spielens als umwelterkundendes Neugierverhalten schon für die tierische Entwicklung ausgehend, faßt er unter Spiel jede menschliche Aktivität, die aus der neugierigen Erkundung heraus unmittelbare Umweltzwänge überwindet, Problemlösungen erprobt und schließlich „zur Konstruktion einer weitgehend von natürlicher Umwelt abgehobenen gesellschaftlichen Wirklichkeit führt; es ist Kreativität per se" (S. 113). Arbeit sei nur ein, allerdings zentraler, Sonderfall so verstandenen menschlichen Spielens (S. 114). Damit gewinnt Eichler eine Einheit menschlichen Lebensvollzugs und zugleich Maßstäbe für die „Qualifizierung des Alltagslebens" (S. 102), deren Basis nur die Entfaltung der schöpferischen Momente in der gesellschaftlich notwendigen Arbeit sein kann.

Man kann darüber streiten, ob Eichlers Terminologie der Weisheit letzter Schluß ist. Sachlich scheint mir weitgehende Übereinstimmung vorzuliegen mit dem historisch-materialistischen Konzept schöpferischer menschlicher Tätigkeit, von der Berufsarbeit, Lohnarbeit historisch und sozial konkrete Sonderfälle sind. Herleitung und Charakterisierung von „Spiel" decken sich mit dem, was die Kritische Psychologie als notwendige Entwicklung kollektiver Umweltkontrolle seit der vormenschlichen Phase herausgearbeitet hat. So ist es kein moralisierend-willkürlicher, sondern ein logisch zwingender Schritt, wenn *Eichler* unter Bezug auf Marx „sowohl Arbeit als auch Freizeit . . . an *entfaltete* Betätigung" bindet (S. 187) und als Konsequenz für die soziale Gestaltung folgert: „Die gesellschaftliche, modern: demokratische Kontrolle von ‚Notwendigkeit', d.h. ‚notwendiger' Arbeit und die Qualifizierung von Arbeit *und* Freizeit durch Bedürfnisdifferenzierung vor allem im Arbeitsprozeß, der hierdurch zwar seine Verbindlichkeit nicht verliert bzw. verlieren muß, aber von der Mittelfixierung und damit verknüpfter Regression der Entfaltungschancen entbunden wäre" (S. 188).

Eichler benutzt, in ungewohnter Begrifflichkeit, ein dialektisches Konzept von Arbeit, auch Lohnarbeit. Er sieht sie nicht völlig entfremdet, als das „ganz Andere" gegenüber freier menschlicher Tätigkeit, sondern wendet sich der konkret widersprüchlichen und veränderbaren Einheit beider Seiten in der heutigen Arbeit zu. Es werden keine Illusionen erzeugt über den persönlichkeitshemmenden Charakter der meisten Arbeitssituationen, es wird aber auch auf die kurzfristige Aufgabe verwiesen, produktive Arbeitsbedingungen hier und heute zu schaffen. Welche Veränderungen in Mitbestimmung, Eigentumsformen, sozialem und politischem Kräfteverhältnis dazu notwendig sind, wird von *Eichler* allerdings ausgeklammert (das Stichwort „Gewerkschaft" sucht man vergeblich).

Eine Bestätigung für *Eichlers* materialistische Auffassung von Arbeit liefern Untersuchungen über das Verhalten Arbeitsloser; wenn die Arbeit für sie überhaupt keine positive Persönlichkeitbedeutung hätte, müßte sich ihre Freizeitaktivität blühend entfalten (wenn auch im finanziell eingeengten Rahmen). In der Wirklichkeit jedoch „deuten alle Momente darauf hin, daß die Arbeitslosen die ihnen zur Verfügung stehende Zeit nicht im Sinne kultureller, musischer, sportlicher Aktivitäten nut-

zen. Es zeigt sich im Gegenteil, daß nicht nur der Lebensplan, sondern oft auch der individuelle Tagesplan durch die Arbeitslosigkeit verloren geht. Fällt mit der Berufstätigkeit der gewohnte Rhythmus von Aktivitäten, von Anspannung und Entspannung weg, so wird auch die gewohnte Routine täglicher Verrichtungen unterbrochen, und es kommt zu ungeplantem Herumhocken, Passivität, Unproduktivität" (*Schunter-Kleemann*, S. 124 f). *Schunter-Kleemann* legt die materiellen und psychologischen Bedingungen für diese Tendenz dar; und eine Untersuchung von *Grieswelle* liefert empirische Bestätigungen. Er befragte eine im positiven Sinn unrepräsentative Gruppe junger Arbeitsloser: jene beschäftigungslosen Jugendlichen, die weiterhin ihrer Berufsschulpflicht nachkommen (ein Großteil tut das nicht, in dieser Gruppe stellen sich die Probleme sicher noch schärfer). Festzustellen waren im Vergleich zu den ohnehin nicht freizeitprivilegierten Jungarbeitern ein niedrigeres Selbstbewußtsein sowie weniger Kontakte zu Freunden und Bekannten (S. 154, 156). Die Freizeitaktivitäten unterschieden sich kaum von denen der Jungarbeiter: Im Vergleich zu Berufsschülern in der Ausbildung und gar gegenüber Gymnasiasten sind sie gekennzeichnet durch „geringe Partizipation an Organisationen und formalisierten Interaktionen, starken rezeptiv-passivem Medienkonsum, geringe Teilnahme an Engagement und Aktivität fordernden kulturellen Aktivitäten, starke Aktivität im Rahmen wenig leistungsbezogener, affektiver, diffuser und partikularistischer Geselligkeit" (S. 159 f). Was Vielfalt und kulturellen Reichtum ihrer Aktivitäten angeht, so gehören die hier untersuchten Arbeitslosen, also „hauptberuflichen Freizeitler", zu den schlechtestgestellten Gruppen unserer Gesellschaft.

Die ungarische Philosophin Agnes *Heller* behandelt die Einheit von Arbeit und Freizeit unter der Kategorie des Alltagslebens; hier soll nur ein Gedanke in unumgänglicher Verkürzung dargestellt werden. Die Autorin kennzeichnet das Alltagsleben durch den Bezug auf die unmittelbare Umwelt des einzelnen und sein Funktionieren in ihr; dies ist der Zustand der „Partikularität" im Gegensatz zur bewußten Aneignung der „Gattungsmäßigkeit", in der sich das Individuum auf Gesellschaft und Geschichte bezieht. Als Objektivationen des Gattungsmäßigen gelten Moral, Politik, Kunst, Wissenschaft und Philosophie; dies scheint mir eine Verengung und ein Verlust an materialistischer Substanz gegenüber marxistischen Auffassungen, die die Objektivierung menschlicher Qualitäten in der praktischen Gestaltung der materiellen und sozialen Verhältnisse als Basis kultureller Entwicklung verstehen. Bei Heller nimmt die Arbeit (ohne Präzisierung ihres sozialökonomischen Charakters allerdings!) eine vermittelnde Stellung ein: sie ist „als Arbeitsverrichtung organischer Bestandteil des Alltagslebens, als Arbeitstätigkeit direkt gattungsmäßige Objektiviation" (S. 108). „Die Generalisierung bestimmter menschlicher Fähigkeiten zur Gattungsmäßigkeit kommt in jeder Arbeit zum Zuge. Inwieweit das der Fall ist, hängt weitgehend von der konkreten Arbeit ab. Je komplexer die Arbeit ist, um so mehr Sachverstand und Überlegung sind erforderlich; je mehr Fertigkeiten und Fähigkeiten sie in Anspruch nimmt, desto mehr werden die individuellen und partikularen Sachverhalte zum gattungsmäßigen verallgemeinert" (S. 116). Selbst in diesem insgesamt problematischen Konzept finden wir also die Gestaltung der konkreten Arbeit als einen wesentlichen Ansatzpunkt für Impulse zu produktiver und bewußter Persönlichkeitsentfaltung.

Einen Ausschnitt aus den Problemen, die sich dabei heute in der Praxis stellen, gibt die empirische Untersuchung von *Müller* über Weiterbildungsverhalten von Industriearbeitern wieder. An die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Bildungsurlaub wurden zum Teil große Hoffnungen geknüpft – die bisherige Teilnahme war desillusionierend niedrig. Gut die Hälfte der von Müller befragten Industriearbeiter hatte jemals an beruflicher Weiterbildung teilgenommen, rund ein Viertel an Kursen, die nicht unmittelbar der beruflichen Qualifizierung dienten – vor allem an gewerkschaftlichen Schulungen. Es bestätigte sich der schon anderweitig konstatierte Zusammenhang: Weiterbildung setzt Bildung voraus. Die höchste Weiterbildungsquote hatten Arbeiter mit „relativ systematischer Ausbildung" und „beruflichem Werdegang als Facharbeiter" (S. 30); im Vorteil war auch, wer im Lehrberuf arbeiten konnte (S. 31). Offenbar war zur Weiterbildung motiviert, wer nach seinem bisherigen Werdegang die Einschätzung hatte, diese Bemühung werde sich für seine weitere Zukunft (Karriere) wirklich auszahlen (S. 31).

Befragungsergebnisse sind in ihrer realen Bedeutung meist schwer einzuschätzen – vor allem, wenn man sich nach Wünschen und Absichten erkundigt. Dennoch scheint es bemerkenswert, daß auch bei den Arbeitern mit den

ungünstigsten Arbeitsbedingungen und geringen Weiterbildungserfahrungen starkes Interesse geäußert wurde, unter der Voraussetzung längerer Freizeit mehr an Kursen teilzunehmen. „Gerade bei Arbeitern mit Schicht- und Akkordarbeit, hohen physischen und psychischen Belastungen und ungünstigen Umgebungseinflüssen findet sich ein höherer Anteil insgesamt hoch Motivierter als bei weniger ungünstig gestellten Gruppen. Restriktive Arbeitsbedingungen scheinen demnach die Bereitschaft, Weiterbildungsinteressen zu entwickeln, nicht unbedingt zu vernichten" (S. 73).

Die formale Schaffung von Angeboten ohne Sicherung der sonstigen Voraussetzungen scheint also für eine wirkliche Verbesserung der Weiterbildungschancen völlig unzureichend. So stellt Müller fest, daß für rund ein Siebtel der Befragten die Arbeits- und Lebensbedingungen jede Teilnahme an Weiterbildung verhindern – sei die Motivation auch noch so hoch (S. 33). Man stößt hier an die Grenzen der außerbetrieblichen Weiterbildung überhaupt: Der Anspruch auf Bildungsurlaub ist vielen Arbeitern gar nicht bekannt – und die meisten befürchten, durchaus mit Veranlassung, betriebliche Nachteile, falls sie von ihrem Recht Gebrauch machen. Weiter stellt Müller fest, „daß den Arbeitern ein nur geringer Anteil ‚disponibler' Freizeit für die Realisierung eines erweiterten Bildungsinteresses zur Verfügung steht. (. . .) Daraus läßt sich folgern, daß Weiterbildungsangebote, die in der arbeitsfreien Zeit angesiedelt sind, bei Arbeitern kaum auf größere Resonanz stoßen dürften" (S. 157). Für die Aufnahme der vorhandenen Weiterbildungsinteressen mit der Perspektive, daß davon auch Impulse für andere Bereiche des Freizeitverhaltens ausgehen, scheint also die Verlegung in die Arbeitszeit eine wesentliche Voraussetzung; hier ist wiederum gewerkschaftliche Kulturpolitik herausgefordert [1]).

Kaspar Maase

Besprochene Literatur

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Kulturpolitik und Kulturarbeit (Diskussionsentwurf), Düsseldorf 1978. – Gert Eichler, Spiel und Arbeit – Zur Theorie der Freizeit, Reihe problemata, Bd. 73, Verlag Fromman-Holzboog, Stuttgart 1979, 223 S. – Dieter Fröhlich, Arbeitserfahrung und Bildungsverhalten – Der Einfluß der Arbeitswelt auf die elterliche Schulwahl, 251 S., Campus Verlag Frankfurt/M./New York 1978. – Detlef Grieswelle, Jugend und Freizeit – Bedingungen außerschulischer Jugendarbeit, Beiträge des Instituts für empirische Soziologie Band 3, 183 S., Minerva Publikation München 1978 – Agnes Heller, das Alltagsleben – Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion, hrsg. und eingeleitet von Hans Joas, edition suhrkamp 805, 325 Seiten, Frankfurt/M. 1978 – Hans-Friederich Müller, Bedingungen politischer Lernbereitschaft bei Industriearbeitern – Eine empirische Studie zum Zusammenhang, zwischen gesellschaftlichem Bewußtsein und Bildungsinteresse, 177 S., Metzler Verlag Stuttgart 1978. – Rosemarie Nave-Herz/Bernhard Nauck, Familie und Freizeit – Eine empirische Studie, Reihe Deutsches Jugendistitut – Analysen Band 13, 152 S., Juventa Verlag München 1978. – Hans-Werner Prahl, Freizeitsoziologie. Entwicklungen – Konzepte – Perspektiven, 152 S., Kösel Verlag München 1977. – Susanne Schunter-Kleemann, Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen, Freizeitsituation und ihre Wirkungen auf kulturelle Aktivitäten, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Kulturelle Bedürfnisse der arbeiterklasse, S. 122–136, Damnitz Verlag, München 1978. – Ernst M. Wallner, Margret Pohler-Funke, Soziologie der Freizeit, Reihe Soziologie der Gegenwart 4, 188 S., Verlag Quelle & Meyer Heidelberg 1978.

1) Sinnvollerweise soll damit auch die von Habermas herrührende „Kompensationstheorie" erfaßt sein, nach der Entfremdung und Versagungen in der abhängigen Arbeit die Tendenz zur Kompensation im Freizeitverhalten hervorgerufen – letzlich allerdings doch eingebannt in das „Diktat der Arbeit".

Wirschaftsinformation

Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute

(Wirschafts- und sozialistische Daten)

Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, legen fünf große wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute ein Gemeinschaftsgutachten vor, in dem sie Prognosen über die bevorstehende Entwicklung aufstellen. Die beteiligten Institute sind das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung aus Westberlin (DIW), das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, das Institut für Weltwirtschaft, Kiel (IFW), und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (RWI).

Vor allem die „Herbstgutachten" genießen eine relativ große Aufmerksamkeit, da sie im Vorfeld der jährlichen Lohnrunden veröffentlicht werden und so eine erhebliche wirtschaftspolitische Bedeutung haben. Es geht dabei also nicht unbedingt um eine korrekte Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern mindestens ebensosehr um die Beeinflussung der staatlichen Wirtschaftspolitik und der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Das Ende Oktober 1979 vorgelegte Gutachten spiegelt dabei die Grundposition der Institute besonders klar wider, da in der nächsten Zeit wichtige wirtschaftspolitische Grundentscheidungen zu treffen sind. Es geht dabei vor allem um zwei Punkte:

1. Soll die schon Anfang bis Mitte 1979 eingeschlagene restriktive, auf Konjunkturbremsung ausgerichtete staatliche Wirtschaftspolitik fortgesetzt werden, oder sollen Bundesregierung und Bundesbank angesichts einer zu erwartenden Konjunkturverlangsamung diesen Kurs wieder lockern?

2. Soll der 1978 und 1979 forcierte Prozeß der Umverteilung zugunsten der Gewinne weitergehen, oder sollen die Löhne und Gehälter angesichts beschleunigter Inflation und hoher Produktivitätszuwächse 1980 zumindest wieder Anschluß an die Gewinnentwicklung bekommen?

Dies sind dabei auch die Grundfragen, die von einer fortschrittlichen, an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten orientierten alternativen Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt gestellt werden.

Die Präferenz der Institute für eine konservative und unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik, für eine Beschränkung der Staatsausgaben im „konsumtiven", d. h. sozialen Bereich, und eine Stärkung der Unternehmergewinne wird im vorliegenden Gutachten deshalb besonders deutlich, weil die aufgestellte Prognose eine deutliche Verlangsamung der Konjunktur im Jahre 1980 annimmt.

Tabelle 1

Das Bruttosozialprodukt und seine Verwendung

	In Mrd. DM[1])		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	1979	*1980*	*1979*	*1980*
Privater Verbrauch	483,5	493,0	+3,0	+2,5
Staatsverbrauch	151,0	154,5	+2,5	+2,5
Anlageinvestitionen	205,0	216,0	+7,5	+5,0
Export	262,5	274,0	+7,0	+4,5
Bruttosozialprodukt	876,5	897,5	+4,0	+2,5

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „Wirtschaftskonjunktur", 10/1979.

Auf der Verwendungsseite sind alle großen Nachfrageaggregate mehr oder weniger an der Verlangsamung beteiligt. Schon seit dem zweiten Halbjahr 1979 fällt jedoch die besondere Schwäche der privaten Nachfrage ins Auge, auf die immer noch 55% der Gesamtnachfrage entfallen. Dagegen gehören die Investitionen und der Export nach der Prognose auch 1980 zu den eher expansiven Bereichen. Auch die öffentliche Nachfrage expandiert nur relativ langsam. In einem Minderheitsgutachten äußert das Kieler Institut für Weltwirtschaft die Ansicht, daß die Wachstumsabschwächung 1980 noch stärker sein wird: es hält eine Wachstumsrate von 1,5% im kommenden Jahr für wahrscheinlich. In dieser Situation müßte man meinen, daß die Institute eher einer Lockerung der staatlichen Wirtschaftspolitik das Wort reden, um der Konjunkturabschwächung gegenzusteuern. Stattdessen heißt es: „Für die Wirtschaftspolitik besteht damit kein Zwang zu kurzfristig orientiertem Gegensteuern." Das heißt, die Bundesbank soll weiterhin eine Politik der Konjunkturdämpfung betreiben, die öffentlichen Haushalte sollen in ihrer Ausgabenpolitik am Ziel der „Konsolidierung" festhalten, sollen also langsamer wachsen als das Bruttosozialprodukt.

Noch extremer sind die Positionen, die auf dem Gebiet der Lohnpolitik vertreten werden. Den Gewerkschaften werden trotz der Verdoppelung der Inflationsrate 1979 und trotz der 1980 wieder voll zupackenden Lohnsteuerprogression Tarifabschlüsse zugemutet, „die sich nicht allzuweit von denen in diesem Jahr nach oben entfernen". Sie sollen mit 5% nur wenig über denen von 1979 liegen.

Tabelle 2

Einkommensverteilung

	In Mrd. DM		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	1979	*1980*	*1979*	*1980*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*762,5*	*816,5*	*+7,0*	*+7,0*
Nettolohn- und -gehaltssumme	*442,5*	*467,5*	*+7,5*	*+6,0*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*317,0*	*337,0*	*+9,0*	*+6,0*
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*247,5*	*265,0*	*+10,5*	*Ö7,0*
Volkseinkommen	*1079,5*	*1153,5*	*+7,5*	*+7,0*

Quelle: ebd.

Dabei muß angemerkt werden, daß die Schätzung für die Gewinnentwicklung des Jahres 1979 sehr „pessimistisch" ist, denn nach den amtlichen Ergebnissen des ersten Halbjahrs 1979 stiegen die Nettoeinkommen der Unternehmer um 15% – die Prognose des WSI nimmt daher für 1979 auch eine Gewinnsteigerung von 15,5% als realistisch an. Entwickeln sich die Löhne und Gehälter nach den Vorstellungen der Wirtschaftsforschungsinstitute, dann würde 1980 unterm Strich kaum noch ein realer Lohn- und Gehaltszuwachs übrigblieben. Denn einem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten um knapp 5,5% würde eine – von den Instituten erwartete – Inflationsrate von 4,5% gegenüberstehen. Eine Beteiligung an dem erwarteten Zuwachs der Arbeitsproduktivität um 3% würde praktisch ausfallen. Von einem Nachholen des Verteilungsrückstands, der sich aus dem sprunghaften Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 1979 ergeben hat, ist überhaupt keine Rede mehr.

Für die einkommenspolitische Orientierung des „Herbstgutachtens" kann eine im eigentlichen Sinne „konjunkturpolitische" Begründung überhaupt nicht einsichtig gemacht werden. Denn die Stagnation der Reallöhne führt in Verbindung mit dem leichten Rückgang der realen Kaufkraft

der Renten zu der projizierten Verlangsamung des privaten Verbrauchs. Eine günstigere Lohnentwicklung würde sich sicherlich positiv auf diese Seite der inländischen Nachfrage auswirken, während die damit verbundene langsamere Expansion der Unternehmergewinne kaum negative Auswirkungen auf die Investitionsnachfrage haben dürfte. Wie die Untersuchung der Deutschen Bundesbank über die Finanzierungssituation der Unternehmen im ersten Halbjahr 1979 deutlich macht, liegen die aus Gewinnen und Abschreibungen bestehenden eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen gegenwärtig erheblich über den Investitionen in Sachanlagen. Das heißt im Klartext: die Konzerne schwimmen im Geld, für das sie im Inland deshalb nicht genügend profitable Anlagemöglichkeiten in Form von Realkapital finden, weil die Nachfrage immer noch nicht ausreichend ist für eine volle Auslastung der bestehenden Anlagen. Wenn z. B. die 10 Mrd. DM, die die Konzerne im ersten Halbjahr 1979 „verdient", aber nicht investiert haben, z. B. durch höhere Löhne und Gehälter abgeschöpft worden wären, hätte sich das sicher auch konjunkturell positiv ausgewirkt.

Eine Stärkung der privaten Nachfrage würde sich auch deshalb als geeignete wirtschaftspolitische Maßnahme empfehlen, weil schon jetzt eine gewisse Abschwächung im Export zu erkennen ist. Die Institute rechnen auch für 1980 mit einer Fortsetzung dieser Abschwächung – vor allem als Folge einer internationalen Konjunkturverlangsamung in den kapitalistischen Ländern.

Das Herbstgutachten erwartet trotz der Wachstumsabschwächung noch eine leichte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen. Dies ist vor allem der Verkürzung der Arbeitszeit zu verdanken, die die Gewerkschaften gegen den Widerstand der Unternehmer 1978 und 1979 durchsetzen konnten. Obwohl dies bei weitem nicht ausreicht, um einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit 1980 zu verhindern – von einem Abbau ganz zu schweigen –, zeigt sich doch, daß Arbeitszeitverkürzungen – auch in der Form der Urlaubsverlängerung – beschäftigungspolitisch keineswegs unwirksam sind.

Tabelle 3

Erwerbstätigkeit und Preise[1])

	1979	1980
Zahl der Erwerbstätigen	*+1,0*	*+0,5*
Arbeitszeit	*−0,5*	*−1,0*
Produktivität[2])	*+3,5*	*+3,0*
Lebenshaltung[3])	*+4,5*	*+4,5*
Arbeitslose[4])	*880*	*920*

1) In % gegenüber dem Vorjahr.
2) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
3) Alle Haushalte.
4) In 1000.
Quelle: ebd.

Die Reaktion in der Öffentlichkeit auf das „Herbstgutachten" macht die Kluft zwischen den gewerkschaftlichen Vorstellungen auf der einen und denen von Unternehmern und Bundesregierung auf der anderen Seite deutlich. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) begrüßte vor allem die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Institute und unterstrich: „Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei es, eine Ausbreitung der Inflationsimpulse zu verhindern." („Handelsblatt" v. 23. Oktober 1979) Aber auch Finanzminister Matthöfer (SPD) hält eine Begrenzung der öffentlichen Ausgaben für erforderlich. Der Sprecher der CDU, Häfele, und derjenige der CSU, Dollinger, nützten die Aussagen des Gutachtens, um die Bundesregierung zu einem noch schärferen finanz- und einkommenspolitischen Restriktionskurs zu drängen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstrich in seiner Stellungnahme nochmals die „Schlüsselrolle" der bevorstehenden Lohnrunde (ebd.) Wenn auch vor allem von der Bundesregierung die künftigen Konjunkturaussichten etwas optimistischer beurteilt werden – sie erwartet 1980 ein Wachstum von 3% – so ist doch hier die Einhelligkeit bei der praktischen Wirtschaftspolitik in der Grundorientierung beeindruckend. Alle Verantwortung für die Konjunkturentwicklung wird auf die

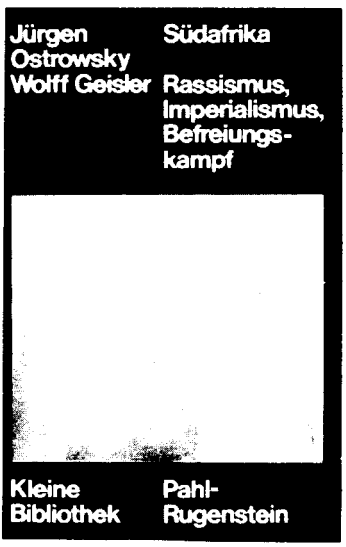
Lohnpolitik konzentriert, um schon die Diskussion über die zu stellenden Forderungen zu beeinflussen.

Dagegen setzt die kurz nach dem „Herbstgutachten" veröffentlichte Konjunkturprognose des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WSI) deutlich andere Akzente. Während die Erwartungen für 1980 zunächst ähnlich sind wie die der Forschungsinstitute, plädiert das WSI für eine „Überprüfung" des gegenwärtigen Kurses der staatlichen Wirtschaftspolitik. Es befürchtet – im Gegensatz zum „Herbstgutachten" – im weiteren Verlauf von 1980 eine Verschärfung der Abschwungstendenzen, die auch das Jahr 1981 erfassen können. Es hält daher eine stärkere Expansion der öffentlichen Investitionsausgaben und Dienstleistungen für notwendig. Gleichzeitig fordert es die Bundesbank auf, ihren geldpolitischen Restriktionskurs zu verlassen. Die schon jetzt festzustellende Verlangsamung der Konjunktur wird vom WSI auf die Abschwächung des privaten Verbrauchs zurückgeführt. Daher wird für 1980 eine kräftige Anhebung der Löhne und Gehälter erwartet, die wieder zu einem leichten Anstieg zumindest der Bruttolohnquote führen soll. (Die Nettolohnquote würde allerdings trotzdem weiter sinken.)

Die Unterschiede bei der Beurteilung der gegenwärtigen und der geplanten Wirtschaftspolitik machen also ein erhebliches Konfliktpotential zwischen Unternehmern und Bundesregierung auf der einen und Gewerkschaften auf der anderen Seite deutlich. Die Verteilung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungsbefugnisse ist allerdings so, daß selbst eine nur teilweise Durchsetzung der gewerkschaftlichen Vorstellungen nur dann erreicht werden kann, wenn es zu einer breiten Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten kommt. Dies frühzeitig auszuschließen, ist der Zweck von Gutachten wie dem der Forschungsinstitute. Daher ist es wichtig, auch auf der theoretischen und publizistischen Ebene deutlich zu machen, daß die scheinbar „wissenschaftlich-objektiven" Empfehlungen der Institute, Sachverständigen und Gutachter interessengebunden sind und zum Zweck einer langfristig orientierten Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmergewinne auch wieder höhere Arbeitslosenziffern und stagnierende Reallöhne in Kauf nehmen.

Jörg Goldberg

Südafrika



Jürgen Ostrowsky / Wolff Geisler
Südafrika
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
Eine Einführung
Kleine Bibliothek Bd. 125
161 Seiten. DM 12.80

Das Buch befaßt sich mit der Entstehung des rassistischen Systems in Südafrika sowie seiner ökonomischen Struktur. Südafrikas Beziehungen zu führenden Mächten Westeuropas, insbesondere der BRD, sowie zu den USA werden ausführlich dargestellt. Die Behandlung der nationalen wie internationalen Entwicklungen, die die letzten Bastionen des Kolonialismus ins Wanken brachten, sowie der Versuche der NATO-Mächte, ihre Interessen zu wahren, hat ein weiterer Abschnitt zum Inhalt. Den Abschluß bildet die Darstellung des nationalen Befreiungskampfes in Südafrika sowie der Rolle der internationalen Bewegung gegen Rassismus und Kolonialismus in Südafrika.

Pahl-Rugenstein

Tagungsbericht

Umwelt- und Friedensbewegung

Ein Bericht über den Kongreß „Ökologiebewegung und Friedensbewegung" in Kassel am 27./28. Oktober 1979

Am 27./28. Oktober fand in Kassel ein Kongreß zum Thema „Ökologiebewegung und Friedensbewegung" statt, getragen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) und der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden. Der Kongreß geht zurück auf einen entsprechenden Beschluß der letzten BBU-Mitgliederversammlung: Ende Juni hatten die Vorstände von BBU und DFG-VK vereinbart, dieses Projekt gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Der Einladung waren etwa 150 Personen gefolgt, die sich recht bunt aus den verschiedensten Gruppierungen beider Bewegungen zusammensetzten. So gab es eine Beteiligung von Gruppen aus dem BBU, von Bürgerinitiaten (BI), wie etwa der BI gegen Munitionsbunker in Uttenreuth/Erlangen, der BI „Rettet die Garlstedter Heide", von Grünen Listen, von Gewaltfreien Gruppen. Auf der anderen Seite waren neben zahlreichen Gruppen der DFG-VK auch Vertreter der Deutschen Friedens-Union, des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, kleinerer pazifistischer Gruppen und Friedensforscher anwesend. Man muß diese, hier sicherlich noch unvollständig aufgezeigte, Zusammensetzung kennen, um am Ende Bedeutung und Erfolg der erzielten Ergebnisse richtig beurteilen zu können.

Die gemeinsame Diskussion zu Beginn des Kongresses wurde ganz überwiegend von dem Bemühen geprägt, inhaltlich darzustellen, warum und wo es Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten zwischen den Bewegungen gibt, ja, daß es in mancherlei Hinsicht gar nicht möglich ist, eine Trennung vorzunehmen. Wenn etwa das NATO-Langzeitprogramm vorsieht, daß in den nächsten Jahren bis zu 180 größere Projekte in der BRD errichtet werden sollen, so sind das genau die Munitionsdepots, Übungsplätze und Anlagen, gegen die heute und morgen Bürgerinitiativen angehen. Und wenn allein auf dem Territorium der BRD 7 000 atomare Gefechtsfeldwaffen (Minen, Kurzstreckenraketen usw.) lagern, die hergestellt, transportiert, gewartet und erneuert werden, so geht hiervon eine Unfall- und Strahlungsgefahr aus, die der zivilen Nutzung atomarer Technologie zumindest in nichts nachsteht. Mit anderen Worten: die Zusammenhänge zwischen beiden Bewegungen sind objektiv vorhanden, sie sind nur bislang unzureichend gesehen und genutzt worden. Dies wurde zweifellos von allen als Mangel erkannt, der behoben werden muß.

Die Diskussionen widerspiegeln natürlich auch die unterschiedlichen historischen Bedingungen, das z. T. unterschiedliche soziale und politische Umfeld beider Bewegungen. So wurde deutlich, daß die Ökologiebewegung – die ja ebensowenig wie die Friedensbewegung eine „einheitliche Bewegung" ist – gewisse Vereinnahmungsängste äußert, daß ein Mißtrauen gegen die, wie man meint, überholte Aktionsformen und dergleichen vorhanden ist. Es fiel auf, daß gerade die Vertreter der „Grünen", die sich anschicken, eine Partei zu gründen, sehr interessiert an der Friedensthematik waren und durchweg konstruktiv argumentierten, wobei sich nicht abschätzen läßt, inwieweit das eine repräsentative Haltung für die Grünen insgesamt ist. Zur Sprache kam aber auch, daß die Ökologiebewegung in Hinblick auf die militärische Komponente der atomaren Nutzung, in bezug auf atomare Waffen bisher unverständlich enthaltsam war; so ist es Vertretern des BBU nicht gelungen, im Aufruf für die Bonner Großdemonstration am 14. Oktober d. J. die Forderung nach Beseitigung aller Atomwaffen unterzubringen. Alle Beiträge in diesen Diskussionen waren, das muß festgestellt werden, darauf abgestellt, eine Zusammenarbeit zu ermöglichen und vorzubereiten; einseitige Vorhaltungen oder Vorwürfe gab es nicht.

Die Arbeit des Kongresses vollzog sich in Arbeitsgruppen. Sie seien hier kurz benannt, um eine Vorstellung über die thematische Breite des Kongresses zu geben. AG I: Krieg ums Erdöl – Frieden durch Atomkraft?; AG II: Ak-

tuelle Probleme des Wettrüstens – Neue Mittelstreckenraketen; AG III: Erfahrungsbericht und Austausch von Bürgerinitiativen gegen militärische Anlagen – Erstellung einer nuklearen Lagekarte; AG IV: Frauen und Bundeswehr; AG VI: Wirkungen und Spätfolgen von Hiroshima; AG VII: Direkte Aktionen; eine AG zu dem 5. Gewaltfreien Marsch, ein Workshop u.a.

Nun zu den Ergebnissen des Kongresses. Wichtigstes Ergebnis war sicherlich, daß hier erstmals Vertreter beider Bewegungen zusammenkamen, um konkret eine Zusammenarbeit einzuleiten. Mit sehr großen Mehrheiten wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Zusammenarbeit sei erforderlich und sie müsse jetzt erfolgen, sowohl auf örtlicher wie auf überregionaler Ebene.
2. Es wurde festgestellt, daß die Einführung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die NATO eine konsequente Entspannungspolitik verhindert, das Wettrüsten verschärft und die Existenz der BRD gefährdet. Die Truppenreduzierungsmaßnahmen der Sowjetunion wurden begrüßt. Von der NATO wird verlangt, gleiches zu tun und vor allem auf die Einführung neuer Mittelstreckenraketen zu verzichten.
3. Die Mitgliederversammlung des BBU wurde aufgefordert, die für den 8./9. Dezember 1979 in Brüssel geplante internationale Demonstration gegen die Mittelstreckenraketen zu unterstützen.
4. Es wurde festgestellt, daß die BRD für den südafrikanischen Atomwaffentest mitverantwortlich ist und zu konkreten Boykottmaßnahmen aufgefordert.

Widerspruch gegen die Beschlußvorlagen gab es nur von Seiten einer etwa siebenköpfigen KB-Gruppe, die statt dessen die Unterschiedlichkeiten der Bewegungen darstellen wollte und anstelle von Forderungen gegen die neuen Mittelstreckenraketen die Forderung nach Auflösung der Blöcke setzte. Sie war mit dieser Argumentationsweise gänzlich isoliert.

Am Ende wurde übereinstimmend von seiten des BBU und von seiten der DFG-VK festgestellt, daß dieser Kongreß überaus erfolgreich war und das gesetzte Ziel, „eine Annäherung zwischen Ökologie und Friedensbewegung zu fördern" (Einladung) erreicht hat. Es gibt auf beiden Seiten ein großes Maß an Bereitschaft, in diesem Sinne bisher Versäumtes nachzuholen und konkret zusammenzuarbeiten.

Hans Bubenzer

ATHENÄUM · HAIN

Neuerscheinungen Herbst 1979

Politik im internationalen System

Grenzen des Regierens

Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer

Militärsoziologie

Verlagsgruppe
Athenäum · Hain · Scriptor · Hanstein
Postfach 1220 · D-6240 Königstein/Ts.

Autoren dieses Heftes

Guido GRÜNEWALD, geb. 1952, Studium der Geschichte und der Soziologie an der Universität Köln, Doktorand, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Hans KIRCHMANN*, geb. 1936 in Essen, seit 1979 Redakteur beim Norddeutschen Rundfunk, fünf Jahre für NDR und WDR Korrespondent in USA, seit Herbst 1978 in Japan, zuständig für Taiwan, Philippinen und die Koreas, jetzt ARD-Korrespondent. *** *Michael T. KLARE*, Direktor des Forschungsprojekts Militarismus und Abrüstung am Institut für Politische Studien in Washington D.C.; Verfasser eines demnächst erscheinenden Buches über Waffenverkäufe der USA an die Dritte Welt. *** *Lew SEMEJKO*, führender sowjetischer Militärexperte beim Institut für die USA und Kanada der Akademie der Wissnschaften der UdSSR. *** *Kristine v. SODEN*, geb. 1949, Diplompädagogin; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Jugendarbeit und zur psychoanalytischen Theorie. *** *Ulrich BRIEFS*, geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Ausbildung als technisch-wissenschaftlicher Programmierer, Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Technologieentwicklung und Unternehmenspolitik. *** *Dr. Roderich WAHSNER*, geb. 1938 in Freiburg/Schlesien, Professor für Arbeits- und Sozialrecht, einschließlich der sozialen Grundrechte an der Universität Bremen. *** *Dr. Hans Heinz HOLZ*, geb. 1927 in Frankfurt/M., Professor für Philosophie an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Kaspar MAASE*, geb. 1946 in Düsseldorf, Studium der Germanistik, Publizist und Lektor; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Hans BUBENZER*, geb. 1951 in Gummersbach, Mitglied des Bundesvorstandes der DFG-VK, vorher des VK, verantwortlich für Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Rechtsreferendar.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W.-Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 11/1979

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Oktober 1979

1. 10. – Nigeria. Nach mehrjähriger Militärherrschaft geht die Regierungsgewalt auf ein Zivilkabinett über. Der neue Präsident Shagari übernimmt das Amt von General Obasanjo.

– Panama/USA. Entsprechend dem „Vertrag über die ständige Neutralität und den Betrieb des Panama-Kanals" vom 7. September 1977 (vgl. „Blätter", 10/1977, S. 1160) übernimmt Panama einen Teil der bisher von den USA allein verwalteten Kanalzone. Ein weiterer Teil der Zone soll bis zum 31. Dezember 1999 von beiden Staaten gemeinsam verwaltet werden.

– Sozialistische Internationale. Eine Delegation der Organisation konferiert in Moskau mit KPdSU-Generalsekretär Breschnew über Abrüstungsprobleme. Der Abordnung unter Leitung von Kalevi Sorsa (Finnland) gehören SI-Generalsekretär Bernt Carlsson sowie Vertreter der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien Österreichs, Frankreichs, der Niederlande, des Senegal, Spaniens, Venezuelas und der Bundesrepublik an. Vertreter der SPD ist der Bundestagsabgeordnete Alfons Pawelczyk. Generalsekretär Carlsson erklärt, der Besuch in Moskau und das Gespräch mit Breschnew solle als „eine Art Dialog zwischen Sozialisten und Kommunisten über die Frage der Abrüstung betrachtet" werden.

1.–5. 10. – UdSSR/Griechenland. Ministerpräsident Konstantin Karamanlis hält sich in Moskau auf. Generalsekretär Bresch-

new erklärt zur Begrüßung, dieser erste offizielle Besuch eines griechischen Regierungschefs in der UdSSR sei ein wichtiges Ereignis im internationalen Leben. Bei einem zu Ehren von Karamanlis gegebenen Essen äußert Ministerpräsident Kossygin die Befürchtung, eine Stationierung neuer amerikanischer Raketen und Kernwaffen in Westeuropa werde die bereits erreichte Entspannung stark gefährden. Als Ergebnis der griechisch-sowjetischen Gespräche werden eine Deklaration über die Grundsätze und Ziele der bilateralen Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation unterzeichnet. Karamanlis besucht anschließend Ungarn (5.–8. 10.) und die CSSR (8.–10. 10.).

2. 10. – UNO. In einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen fordert Papst Johannes Paul II. die Beendigung des Wettrüstens und eine Verstärkung der Bemühungen um den Weltfrieden. Der Papst, der auf das Auftreten seines Vorgängers Paul VI. vor der Generalversammlung im Oktober 1965 hinweist (vgl. „Blätter", 11/1965, S. 891), nimmt auch Stellung zum Nahost-Konflikt. Es sei von fundamentaler Bedeutung, daß die Rechte auch des palästinensischen Volkes anerkannt und respektiert würden. Johannes Paul II. hält sich nach einem Besuch in Irland (28. 9.–1. 10.) vom 1.–8. 10. in den USA auf und wird am 6. 10. von Präsident Carter im Weißen Haus empfangen. – Am 12. 10. richtet der kubanische Präsident Fidel Castro als Sprecher der Gruppe blockfreier Staaten eine Botschaft an die Generalversammlung. – Am 26. 10. wählt die Versammlung die DDR, Tunesien, Niger und die Philippinen (anstelle der CSSR, Gabuns, Nigerias und Kuwaits) zu Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1980/81. Kuba und Kolumbien, die sich beide um den freiwerdenden Sitz Boliviens bewerben, erhalten im ersten Wahlgang 77 bzw. 68 Stimmen und verfehlen damit die vorgeschriebene Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Wahl wird vertagt.

6. 10. – DDR. Anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 findet in Berlin eine Festveranstaltung statt, an der führende Repräsentanten der sozialistischen Staaten teilnehmen. Generalsekretär Breschnew unterbreitet in seiner Rede neue Vorschläge zur Abrüstung in Europa (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker erklärt, die DDR registriere „aufmerksam alle Schritte der Bundesrepublik Deutschland, die der weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung" dienten: „Was sowohl die Bürger der DDR als auch die Bürger der Bundesrepublik brauchen, ist nicht die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den westeuropäischen NATO-Staaten, sondern eine Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in Fragen der Abrüstung und im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz."

7. 10. – Bremen. Bei den Bürgerschaftswahlen können die alleinregierenden Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit behaupten. Abgeordnete der „Grünen Liste" ziehen erstmals in das Parlament ein. Es entfallen (Angaben in %) auf SPD 49,4 (1975: 48,7), CDU 31,9 (33,7), FDP 10,8 (12,9), Grüne Liste 5,1 (–), DKP 0,8 (2,1), Alternative Liste 1,4 (–), EAP 0,0 (0,0), KBW 0,1 (0,6), NPD 0,4 (1,1). Zusammensetzung der Bürgerschaft (100 Abgeordnete): SPD 52 (52), CDU 33 (35), FDP 11 (13), Grüne Liste 4 (–) (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 28. September 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 115).

9. 10. – Schweden. Die Konservativen, das Zentrum und die Liberalen, die im Reichstag über 175 der 349 Mandate verfügen (zu den Wahlen vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1154 f.), einigen sich auf die Bildung einer Regierungskoalition. Ministerpräsident Thorbjörn Fälldin (Zentrum) wird am 11. 10. vom Parlament bestätigt.

10. 10. – USA. Vor der Nordatlantischen Versammlung, der Parlamentarier aus den 15 Mitgliedstaaten der NATO angehören, erläutern in Washington der amerikanische Vizepräsident Mondale und Sicherheitsberater Brzezinski die Haltung der USA zu den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen (siehe 6. 10.). In Zeitungsberichten heißt es, die Carter-Regierung gehe von folgendem Zeitplan aus: Ratifizierung von SALT II (Anfang Dezember d.J.), Zustimmung des NATO-Ministerrates zur Stationierung von Cruise-Flugkörpern und Pershing-2-Raketen in Europa (Mitte Dezember), Aufnahme neuer Verhandlungen mit der Sowjetunion über SALT III und eine Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa.

12. 10. – BRD/DDR. Bundeskanzler Schmidt empfängt in Bonn Botschafter Ewald Moldt, Leiter der Ständigen Vertretung der DDR. In Berlin führt der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker ein Gespräch mit Staatssekretär Günter Gaus, Leiter der Ständigen Vertre-

tung der BRD. Regierungssprecher Bölling erklärt in Bonn, Themen der beiden Begegnungen seien „Fragen von beiderseitigem Interesse" gewesen. – Am 31. 10. unterzeichnen Gaus und Abteilungsleiter Hans Nimmrich aus dem DDR-Finanzministerium in Berlin ein Abkommen, das Verbesserungen in der Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs zwischen beiden Staaten vorsieht. Gleichzeitig gewährt die DDR eine Erweiterung des zum „kleinen Grenzverkehr" berechtigten Personenkreises in den grenznahen Gebieten der Bundesrepublik.

– Island. Die aus Vertretern der Sozialdemokraten, der Fortschrittspartei und der Volksallianz (Kommunisten) gebildete Koalitionsregierung (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1027) tritt zurück. Die Regierung unter Ministerpräsident Johannesson (Fortschrittspartei) hatte die Mehrheit im Parlament nach dem Austritt der sozialdemokratischen Minister verloren. – Am 15. 10. bildet der bisherige Außenminister Benedikt Gröndal (Sozialdemokrat) zusammen mit der konservativen Partei der Unabhängigen ein Minderheitskabinett.

15. 10. – El Salvador. Präsident Carlos Humberto Romero wird gestürzt. Die Macht übernimmt eine Junta, der die Obersten Abdul Guteirrez und Adolfo Arnaldo Majano sowie drei Zivilisten angehören.

17. 10. – UdSSR/China. Nach vorangegangenen diplomatischen Sondierungen (vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1155) beginnen in Moskau Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Delegationsleiter sind die stellvertretenden Außenminister Wang Yuping (China) und Leonid Iljitschow (UdSSR).

21. 10. – Israel. Außenminister Moshe Dayan verläßt das Kabinett Begin. Dayan erklärt zur Begründung seines Rücktritts u.a., er könne die Politik des Ministerpräsidenten in den Verhandlungen mit Ägypten und in der Palästinenser-Frage nicht mehr unterstützen.

21.–26. 10. – BRD/China. Der chinesische Parteivorsitzende und Ministerpräsident Hua Guofeng besucht im Rahmen einer ausgedehnten Europareise die Bundesrepublik. Hua, der während seines Aufenthalts von Staatsminister Wischnewski begleitet wird, trifft in Bonn mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt zusammen; Schmidt und Hua geben am 24. 10. eine gemeinsame Pressekonferenz. Nach Aufenthalten u.a. in Trier, Hamburg und Stuttgart ist Hua in München Gast des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.

23. 10. – Dänemark. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen (vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1155) kann die regierende Sozialdemokratie unter Ministerpräsident Anker Jörgensen ihre Stellung leicht ausbauen; sie erhält mit 38,3 % der Stimmen 68 (bisher 65) der 179 Sitze im Folketing. Auch die Konservativen verzeichnen Stimmengewinne. Jörgensen stellt am 26. 10. sein neues Minderheitskabinett vor, dem Kjeld Olesen als Außenminister angehört.

– Österreich. Bundeskanzler Kreisky erklärt gegenüber der Zeitung „Die Presse", er werde bei seinem bevorstehenden Besuch bei Präsident Carter (die Begegnung findet am 27. 10. in Washington statt) diesem raten, zum frühestmöglichen Zeitpunkt Gespräche mit der PLO aufzunehmen. Der ägyptisch-israelische Vertrag habe den Palästinensern „überhaupt nichts" gebracht, Präsident Sadat sei in der arabischen Welt „ärger als je zuvor" isoliert.

25. 10. – UdSSR/Jemen. Generalsekretär Breschnew und der in Moskau weilende Präsident der Volksdemokratischen Republik Jemen (Südjemen), Abdel Fattah Ismail, unterzeichnen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und verpflichtet die Parteien, sich in wichtigen internationalen Fragen regelmäßig zu konsultieren.

26. 10. – Korea. Der Präsident der Republik Korea (Südkorea), Park Chung Hee, der das Land seit 1961 regiert, fällt in Seoul einem Mordanschlag seines Geheimdienstchefs Kim Jae Kyu zum Opfer. Die Nachfolge übernimmt zunächst der bisherige Ministerpräsident Choi Kyu Ha. Die in Südkorea stationierten US-Truppen (mehr als 30 000 Mann) werden in Alarmbereitschaft versetzt. Der amerikanische Verteidigungsminister Brown, der sich noch Mitte Oktober in Seoul aufgehalten hatte, kündigt am 28. 10. die Entsendung eines Flugzeugträgers in die koreanischen Gewässer an.

29. 10. – Berlin (West). In Begleitung von Außenminister François-Poncet kommt der französische Präsident Giscard d'Estaing für einen Tag von Paris nach Westberlin. Giscard, der u.a. die französische Garnison besucht, betont während seines Aufenthalts mehrfach die Rechte der Westalliierten. An dem Besuchsprogramm nimmt zeitweise auch Bundeskanzler Schmidt teil.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede Leonid Breschnews aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der DDR am 6. Oktober 1979 in Berlin (mit den Vorschlägen zur Abrüstungspolitik)

(Wortlaut)

Lieber Genosse Honecker! Liebe Freunde!

Es ist uns eine große Freude, zu diesen Festtagen hier mit Euch zusammensein zu können. Wir überbringen Euch brüderliche Glückwünsche zum 30. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik und die besten Wünsche von Euren treuen Freunden und Verbündeten: von 17 Millionen sowjetischen Kommunisten, den Mitgliedern der Partei Lenins, vom gesamten Sowjetvolk!

Ich danke unserem teuren Freund, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, dem namhaften Funktionär der internationalen Arbeiterbewegung, Genossen Erich Honecker, für die guten Worte über die Sowjetunion und ihre Politik. Meinerseits möchte ich hervorheben, daß wir die Kommunisten der Deutschen Demokratischen Republik, das Volk der DDR als verläßliche Gefährten im Kampf für die gemeinsame Sache betrachteten und betrachten, die unseren gemeinsamen hohen Idealen treu, in der Arbeit beharrlich und tüchtig sind, die bei beliebigen Prüfungen standhaft bleiben.

Jedes Jahr in den verflossenen drei Jahrzehnten standen die Sowjetunion und die anderen Länder der großen sozialistischen Gemeinschaft an der Seite Eurer Republik. Wir gingen zusammen vorwärts und schöpften Glauben und Mut aus der gegenseitigen Unterstützung, aus der brüderlichen Solidarität.

Zu einem zuverlässigen Instrument unserer gemeinsamen Sicherheit und unseres gemeinsamen Kampfes für den Frieden ist der Warschauer Vertrag geworden, dessen 25. Jahrestag wir in Kürze begehen werden. Zu einem guten Forum umfassender und gleichberechtigter ökonomischer Zusammenarbeit hat sich der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe entwickelt.

Gestern wurde ein neues wichtiges Dokument unserer Zusammenarbeit unterzeichnet: das Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der UdSSR und der DDR bis 1990. Kurz ausgedrückt besteht sein Wesen in folgendem: Überall, wo es möglich und nützlich ist, legen wir unsere Ressourcen und Produktionspotenzen zusammen, um kompliziertere Probleme der ökonomischen Entwicklung erfolgreicher lösen zu können.

Ständige schöpferische Kontakte sind für unsere Parteien, für die staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, Betriebe und Forschungszentren zu einer alltäglichen Norm, ja ich würde sagen, zu einem Lebensbedürfnis geworden. Tausende und Abertausende Werktätige der Sowjetunion und Eurer Republik sind unmittelbar miteinander bekannt, Millionen unterhalten enge Verbindungen im Rahmen verschiedener Organisationen. Und das ist sehr gut so, Genossen. Die Völkerfreundschaft ist der größte Reichtum, der geachtet, behütet und vermehrt sein will!

In den Tagen des Jubiläums ist es nicht unangebracht, sich den zurückgelegten Weg ins Gedächtnis zurückzurufen. Im Herbst 1949, als die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde, war die politische Situation in Europa, ja nicht nur in Europa, besonders gespannt. Über dem Kontinent bliesen die Böen des „kalten Krieges". Schon war der NATO-Block, dieses militärische Hauptinstrument des Imperialismus, geschaffen. Gewisse Politiker im Westen drohten,

den „kalten Krieg" in einen „heißen Krieg" zu verwandeln. Das Balancieren „am Rande des Krieges" wurde geradezu zum Hauptprinzip der Außenpolitik des imperialistischen Lagers erklärt.

Doch die Morgenröte des Sozialismus, über vielen Ländern in der zweiten Hälfte der 40er Jahre aufgegangen, erstrahlte immer stärker und stärker. Die Entstehung und Festigung der DDR war ein neuer gewaltiger Sieg des Sozialismus und des Friedens, ein Sieg von wahrhaft historischer Bedeutung.

Immer weiter entfernt sich das Jahr 1945 in die Vergangenheit, ein Jahr, in dem hier, in Berlin, der letzte Akt des blutigsten Krieges im Leben der Menschheit seinen Abschluß fand. Heute genießt Berlin, die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, einen guten Ruf. Die Völker können der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Regierung und den Werktätigen der DDR nur dankbar sein dafür, daß sie zu Faschismus und Militarismus kategorisch nein gesagt haben, daß sie die Hoffnungen der Kämpfer der Anti-Hitler-Front gerechtfertigt haben.

Der Inhalt der Politik eines jeden Staates ist leichter zu verstehen, wenn man diese an einfachen Fragen mißt: Was bietet sie seinen Bürgern, was bringt sie den Nachbarn und der Welt als Ganzer?

In der Deutschen Demokratischen Republik, wie auch in anderen sozialistischen Ländern, sorgt man sich in der Tat zutiefst um das Wohl der Werktätigen, darum, daß jedes Mitglied der Gesellschaft mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Hier werden die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gewahrt und fortgesetzt, die Ideale einer großartigen Plejade deutscher Revolutionäre, Humanisten und Denker verwirklicht.

Ihren Nachbarn bringt die Republik freundschaftliche Zuneigung entgegen, Bereitschaft zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständigung. Sie unternimmt gemeinsam mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft alles, damit die Menschheit nicht wieder in den Abgrund eines vernichtenden Krieges gestürzt werde.

Das alles verdient hohe Wertschätzung. Darin liegt die Quelle des ständig wachsenden Ansehens der DDR in der Welt.

Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR hat sich im Grunde genommen als Wendepunkt in der Stabilisierung der Sicherheit Europas erwiesen. Das zu erreichen war, wie Sie wissen, nicht leicht. Für diese Anerkennung, für den Abschluß der bekannten Verträge der 70er Jahre, für die Respektierung der Nachkriegsrealitäten, für die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz mußten die Länder der sozialistischen Gemeinschaft jahrzehntelang kämpfen.

Die gesamteuropäische Konferenz nahm eine Schlußakte an – eine Art Charta der Sicherheit für die Völker Europas, eine Charta des friedlichen Lebens, der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten. Es ist unser sehnlicher Wunsch, daß diese Charta in vollem Umfang verwirklicht werde.

Urteilt man nach Worten, so scheint dies auch der Wunsch der Staatsmänner des Westens zu sein. Leider aber gehen die Taten unserer Partner nur zu oft in eine andere Richtung. Wir müssen die Tatsachen sehen, wie sie sind: Die Verfechter des Wettrüstens greifen zu allen möglichen, ja sogar zu nicht existierenden, erdachten Vorwänden, um die internationale Lage anzuheizen und Kriegsvorbereitungen voranzupeitschen. Und was Europa anbetrifft, so beabsichtigt man hier, unter das Gebäude des Friedens, in sein Fundament selbst, eine Mine zu legen.

Ernste Besorgnis erregen die gefährlichen Pläne, auf dem Territorium Westeuropas, wie es die westliche Propaganda bereits hinausposaunt, amerikanische Raketen-Kernwaffen neuer Typen zu stationieren. Wir sagen offen: Die Ausführung dieser Absichten würde die strategische Lage auf dem Kontinent grundlegend verändern. Ihr Zweck besteht darin, das in Europa entstandene Kräftegleichgewicht zu stören und zu versuchen, dem NATO-Block ein militärisches Übergewicht zu verschaffen.

Was das militärische Übergewicht betrifft, so kommt es manchmal, wie die Großmutter so sagt, erstens anders, zweitens als man denkt. Die sozialistischen Länder würden natürlich den Anstrengungen der NATO-Militaristen nicht tatenlos zusehen. Wir müßten in diesem Fall die erforderli-

chen zusätzlichen Schritte zur Festigung unserer Sicherheit unternehmen. Einen anderen Ausweg gäbe es für uns nicht. Eines ist aber völlig klar: Die Ausführung der NATO-Pläne würde die Situation in Europa unweigerlich verschärfen und die internationale Atmosphäre als Ganzes weitgehend vergiften.

Es ist kein Geheimnis, daß bei der Vorbereitung dieser gefährlichen Pläne neben den USA der Bundesrepublik Deutschland nicht die letzte Rolle eingeräumt worden ist.

Offen gesagt, stehen diejenigen, die die Politik dieses Landes bestimmen, heute vor einer sehr ernsten Alternative. Sie werden entscheiden müssen, was für die BRD besser ist: zur Festigung des Friedens in Europa und zur Entwicklung einer auf gegenseitigem Vorteil beruhenden friedlichen Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Geiste guter Nachbarschaft und wachsenden gegenseitigen Vertrauens beizutragen – oder aber eine neue Verschärfung der Situation in Europa und in der Welt zu begünstigen, indem sie auf ihrem Boden amerikanische Raketen- und Kernwaffen stationieren, die auf die UdSSR und deren Verbündete zielen. Verständlicherweise würde sich in diesem zweiten Fall auch die Gefahr eines Gegenschlags gegen die BRD selbst um ein vielfaches erhöhen, sollten diese neuen Waffen einmal von ihren Herren und Gebietern eingesetzt werden.

Das Gesagte gilt natürlich auch für die anderen europäischen Mitgliedsländer der NATO, die man vorhat, durch die Stationierung von Raketen- und Kernwaffen mittlerer Reichweite zu „beglücken".

Was die Sowjetunion betrifft, so wiederhole ich immer wieder, daß wir keine militärische Überlegenheit anstreben. Es war und ist nie unsere Absicht, irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten zu bedrohen. Unsere strategische Doktrin ist ausgesprochen auf Verteidigung ausgerichtet. Behauptungen, wonach die Sowjetunion ihre militärische Macht auf dem europäischen Kontinent in Dimensionen verstärke, die nicht durch Erfordernisse der Verteidigung bedingt sind, haben mit der Wirklichkeit nicht das geringste gemein. Das ist ein bewußter Betrug der breiten Öffentlichkeit.

In Europa, wie auch in allen anderen Regionen unseres Planeten, wollen wir Frieden, einen dauerhaften Frieden. Das ist die fundamentale Grundlage unserer Außenpolitik, ihr Rückgrat. Diese Politik führen wir konsequent und unentwegt durch.

Als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR erkläre ich mit aller Bestimmtheit: In den letzten zehn Jahren ist auf dem Gebiet des europäischen Teils der Sowjetunion die Anzahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein Flugzeug vergrößert worden. Im Gegenteil – die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen. Reduziert wurde auch die Anzahl von Mittelstreckenbombern. Und auf dem Territorium anderer Staaten stationiert die Sowjetunion derartige Waffen überhaupt nicht. Seit Jahren erhöhen wir auch nicht die Stärke unserer Truppen, die in Mitteleuropa stationiert sind.

Mehr noch. Wir sind bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren – selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden.

Ich möchte auch feierlich bekräftigen, daß die Sowjetunion niemals Kernwaffen gegen diejenigen Staaten einsetzen wird, die auf Herstellung und Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihren Territorien haben.

Aufrichtig bestrebt, die jahrelangen Bemühungen um die militärische Entspannung in Europa über den toten Punkt hinwegzubringen und ein Beispiel dafür zu geben, wie man von Worten zu konkreten Taten übergeht, haben wir im Einvernehmen mit der Führung der DDR und nach Konsultationen mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages den Beschluß gefaßt, die Stärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa einseitig zu reduzieren. Innerhalb der nächsten zwölf Monate werden bis zu 20 000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer sowie eine bestimmte Anzahl anderer Militärtechnik vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik abgezogen.

Wir sind sicher, daß dieser konkrete Ausdruck der Friedensliebe und des guten Willens der Sowjetunion und ihrer Verbündeten von den Völkern Europas und der ganzen Welt gutgeheißen wird. Wir rufen die Regierungen der NATO-Länder auf, die Initiativen der sozialistischen Staaten gebührend einzuschätzen und unserem guten Beispiel zu folgen.

Unser Land tritt für weitere vertrauensbildende Maßnahmen in Europa ein. Wir sind unter anderem bereit zu vereinbaren, daß die vorherige Ankündigung beabsichtigter größerer militärischer Manöver der Landstreitkräfte, wie es die Schlußakte von Helsinki vorsieht, nun um längere Zeit im voraus, nicht ab 25 000 Mann wie jetzt, sondern ab 20 000 Mann erfolgt. Wir sind auch bereit, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Truppenübungen mit über 40 000 bis 50 000 Mann Beteiligten nicht durchzuführen.

Die Vorschläge der sozialistischen Länder zur vorherigen Ankündigung beabsichtigter größerer Übungen der Luftstreitkräfte und Manöver der Seestreitkräfte, die in der Nähe der Territorialgewässer anderer Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz stattfinden, behalten selbstverständlich ihre Gültigkeit.

Und noch etwas schlagen wir dem Westen vor: Laßt uns in der Region, die durch die Schlußakte von Helsinki bestimmt ist, nicht nur vorher Militärübungen ankündigen, sondern auch Bewegungen der Landstreitkräfte, deren Stärke 20 000 Mann übersteigt.

Auch andere Ideen, die auf die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten, auf die Minderung der Gefahr eines Kriegsausbruchs in Europa gerichtet sind, können erörtert werden. Als passendstes Forum für die Erörterung eines weitgehenden Komplexes von Maßnahmen der militärischen Entspannung in Europa betrachten wir nach wie vor eine gesamteuropäische Konferenz auf politischer Ebene, deren Vorbereitung und Einberufung eine durchaus aktuelle, man kann sagen, eine herangereifte Aufgabe ist.

Bekanntlich stehen auch wichtige Verhandlungen zu SALT III bevor. Wir sind dafür, diese Verhandlungen unmittelbar nach dem Inkrafttreten des SALT-II-Vertrages aufzunehmen. Im Rahmen dieser Verhandlungen sind wir bereit, die Möglichkeiten der Begrenzung nicht nur interkontinentaler, sondern auch anderer Waffen zu erörtern – selbstverständlich unter Berücksichtigung aller diesbezüglichen Faktoren und bei strikter Einhaltung des Prinzips der gleichen Sicherheit für alle Seiten.

Somit weisen die UdSSR, die DDR und andere sozialistische Staaten Europas eine klare Perspektive – allen europäischen Völkern ein Leben unter den Bedingungen der Sicherheit und des Friedens real zu sichern.

Nunmehr kommt es auf die westlichen Staaten an. Ihre Antwort wird zeigen, ob sie bereit sind, den Willen und die Lebensinteressen der Völker zu berücksichtigen. Wir hoffen, daß Realismus, staatsmännische Weisheit und letzendlich gesunder Menschenverstand die Oberhand gewinnen werden.

Liebe Genossen!

In der heutigen stürmischen Welt besitzen wir als sozialistische Staatengemeinschaft eine sichere Grundlage. Wir haben sie uns selbst geschaffen, indem wir uns um den unentwegten Fortschritt unserer Wirtschaft bemühten, die sozialistische Demokratie entwickelten, ein ständiges Wachstum des Wohlstandes unserer Völker gewährleisteten und mit vereinten Kräften unsere Verteidigung stärkten. Unsere Bindungen sind tief und mannigfaltig, und wir lernen, immer besser und besser zusammenzuarbeiten.

Der sozialistische Internationalismus ist jene politische und moralische Kraft, die uns die Möglichkeit gegeben hat, viele Siege im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt zu erringen.

Und es ist schön, daß das große Fest der Deutschen Demokratischen Republik in einer Atmosphäre des wahren Internationalismus stattfindet.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik, eine sichere Bastion des Friedens und des Sozialismus in Europa!

Möge die unverbrüchliche Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, zwischen unseren marxistisch-leninistischen Parteien ständig erstarken!

Es lebe die ruhmreiche Gemeinschaft sozialistischer Staaten!

Hoch leben der Friede und der Kommunismus!

Resolutionen der Sechsten Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder in Havanna vom 3. bis 9. September 1979

(Wortlaut)

Politische Resolutionen

Resolution über die Situation im Nahen Osten

Die Sechste Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder die vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna stattfand,
in Anbetracht der Prinzipien und Ziele der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit sowie der Prinzipien und Ziele der Vereinten Nationen,
in Anbetracht der Resolutionen, die von der Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder in Verbindung mit der Situation im Nahen Osten angenommen wurden,
unter Betonung, daß das gemeinsame Schicksal, das sie verbindet, die nichtpaktgebundenen Länder verpflichtet, die Ziele des gemeinsamen Kampfes für Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt und gegen Kolonialismus, Rassendiskriminierung, fremde Okkupation, Zionismus und Rassismus zu unterstützen,
tief beunruhigt wegen der Verschlechterung der Situation im Nahen Osten, die eine große Gefahr darstellt und die zu einem neuen Krieg führen kann, als Resultat der Aggressionspoltiik Israels und seiner Weigerung, die Resolutionen der Vereinten Nationen durchzuführen, die sich auf die Zurückziehung aus den okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien und die Wiederverleihung der unveräußerlichen nationalen Rechte dem palästinensischen Volk beziehen, alle Versuche des Aufzwingens vollendeter Tatsachen und die Politik der Expansion, der Gründung von Siedlungen, die Okkupation, Vorherrschaft, Knechtung und Terror *verurteilend,* auf denen die zionistische Politik in Palästina und im Nahen Osten beruht,
tief beunruhigt durch die neueste Entwicklung in diesem Raum in Verbindung mit der Situation im Nahen Osten und dem palästinensischen Problem,
die Ansicht vertretend, daß die Unterstützung der nichtpaktgebundenen Länder für die Bemühungen der arabischen Länder zwecks Befreiung ihrer okkupierten Territorien, sowie für die Bemühungen des palästinensischen Volkes, seine unveräußerlichen nationalen Rechte zurückzugewinnen, eine Verantwortung und Verpflichtung darstellt, die in den Prinzipien und Zielen der Nichtpaktgebundenheit enthalten sind, sowie daß eine solche Unterstützung auf aktive und wirksame Weise geäußert werden soll,
überzeugt davon, daß die Zeit gekommen ist, daß die Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, die im Kapitel VII der UNO-Charta vorgesehen sind, und gegen Israel angewandt werden, das beharrlich die Prinzipien der Charta verletzt, sich weigert, die Beschlüsse durchzuführen, die von den Vereinten Nationen angenommen wurden, und mit der Aggression gegen arabische Länder und gegen das palästiennsische Volk fortfährt,
überzeugt von der Notwendigkeit, daß die nichtpaktgebundenen Länder praktische und wirksame Maßnahmen gegenüber dem zionistischen Feind ergrefien, der beharrlich siene Aggression und gesetzwidrige Aktivität fortsetzt,

1. *Bestätigt,* daß es ohne allumfassende und gleichzeitige Anwendung folgender grundlegender Prinzipien keine Lösung des nahöstlichen und des palästinensischen Problems gibt, in Anbetracht der Tatsache, daß:
(a) die Palästinafrage der Kern des Nahorstproblems und dei grundlegende Ursache des arabisch-israelischen Konflikts ist,
(b) daß das Palästinaproblem und die Nahostfrage eine unteilbare Gänze sind und daß die Bemühungen zum Auffinden von Lösungen auf keinen Fall partial sein können oder nur einige im Konflikt stehenden Seiten betreffen können, unter Ausschluß anderer oder sich auf gewisse Aspekte dieses Konflikts beschränkend. Genauso kann auch kein Teilfrieden hergestellt werden, weil der Frieden gerecht sein, alle interessierten Seiten erfassen und die Ursachen des Konflikts abschaffen muß,
(c) daß die Herstellung eines dauerhaften Friedens auf diesem Gebiet nur aufgrund einer vollkommenen und bedingungslosen Zurückziehung Israels aus allen okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien erzielt werden kann, sowie die Wiedererlangung aller unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einbezogen das Recht auf Rückkehr in die eigene Heimat und als Recht auf Selbstbestimmung und Formierung eines unabhängigen Staates in Palästina,
(d) daß die arabische Stadt El Kuds (Jerusalem) einen Teil des okkupierten palästinensischen Territoriums ausmacht. Sie muß zur Gänze und bedingungslos von seiten Israels evakuiert und unter arabische Souveränität gestellt werden,
(e) daß die Palästinensische Befreiungsorganisation der einzige gesetzliche Vertreter des palästinensischen Volkes ist. Nur sie hat das Recht, das Volk zu vertreten und sich als vollberechtigtes Mitglied an allen internationalen Konferenzen, Aktivitäten und Gremien zu beteiligen, die sich mit dem palästinensischen Problem und dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen, zwecks Rückgabe der unveräußerlichen nationalen Rechte an das palästinensische Volk. Keine einzige Lösung des Problems kann als allumfassend, gerecht und annehmbar betrachtet werden ohne die Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation als souveräne Seite, auf gleichberechtigter Grundlage mit den übrigen interessierten Seiten,
(f) daß alle Maßnahmen und Aktionen, die Israel auf palästinensischem und arabischem Territorium nach ihrer Okkupation unternommen hat, wie es Aufbau, Modifikation, Veränderungen waren, die auf eine Änderung politischer, kultureller, religiöser, geographischer und demographischer Merkmale ausgerichtet waren, gesetzwidrig und ungültig sind,
(g) daß die Gründung aller bestehenden oder künftigen Siedlungen auf palästinensischen und arabischen Territorien, die durch Israel okkupiert wurden, gesetzwidrig und ungültig ist, und ein Hindernis für den Frieden darstellt. Deshalb müssen solche Siedlungen sofort abgeschafft werden, im Einklang mit den entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen, besonders aber mit der Resolution des Sicherheitsrats 452 (1979),
2. *bestätigt,* daß jede Lösung, die nicht auf diesen grundlegenden Prinzipien beruht, zu keinem gerechten Frieden führen, sondern nur die explosiven Faktoren in diesem Raum verstärken, den USA den Weg einer Politik eröffnen kann, die auf die Abschaffung des Palästinaproblems ausgerichtet ist, auf die Hilfe für Israel, seine politischen, expansionistischen, kolonialistischen und rassistischen Ziele zu realisieren und bilaterale und Teillösungen zu ermutigen, die dem Wesenskern des Problems nicht Rechnung tragen,
3. *verurteilt* die am 17. September 1978 in Camp David unterzeichneten Abkommen und den Ägyptisch-israelischen Vertrag vom 26. März 1979, ihre Implikationen und Folgen *zurückweisend,* und *erachtet,* daß diese Abkommen auf keinen Fall die arabischen Staaten und Völker, einbezogen auch das palästinensische Volk, verpflichten, und verlangt von allen nichtpaktgebundenen Ländern, sich ihrer Anerkennung oder Kenntnisnahme zu enthalten,
4. *verurteilt* jede Politik, Praxis und Zugeständnisse, die eine Verletzung der Resolutionen der Vereinten Nationen und der Konferenzen nichtpaktgebundener Länder darstellen, welche sich auf das Nahostproblem und die palästinensische Sache beziehen,
5. *bestätigt,* daß jede Verletzung der Resolutionen der Konferenzen nichtpaktgebundener Länder über das Nahostproblem und die palästinensische Sache zur Schwächung des Kampfes für die Befreiung der okkupierten arabischen Territorien und für die Realisierung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes führt, und den Kampf der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit gegen Kolonialismus, Okkupation, Rassismus und Zonismus gefährdet, und *erachtet,* daß jede derartige Verletzung im Widerspruch zur Entschlossenheit der nichtpaktge-

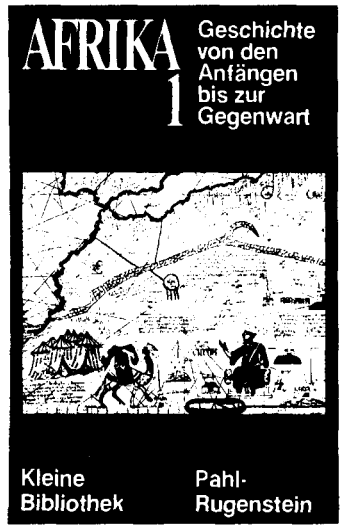
bundenen Länder steht, die israelische Okkupation palästinensischer und arabischer Territorien zu beenden und dem palästinensischen Volk bei der Verwirklichung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte zu helfen,

6. *ruft* Staaten und Völker der Welt auf, gegenüber der Unnachgiebigkeit Israels und seiner Beharrlichkeit beim Betreiben der Aggressions- und Expansionspolitik im Hinblick auf seine beharrliche Weigerung, die Resolutionen der Vereinten Nationen durchzuführen, die sich auf die palästinensische Sache und den Nahen Osten beziehen, einen festen Standpunkt einzunehmen,

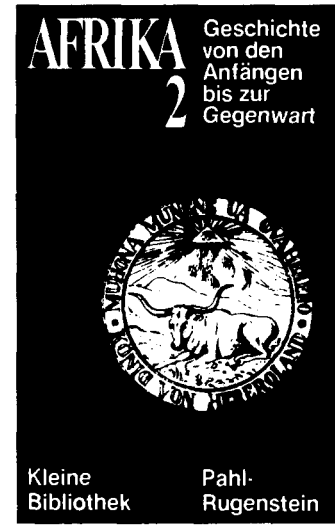
7. *Betont die Tatsache,* daß der beharrliche feindselige Standpunkt, den die Vereinigten Staaten von Amerika im Hinblick auf die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und im Hinblick auf die Frage der völligen Zurückziehung aus allen okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien vertreten, im Gegensatz zu den Resolutionen der UNO-Vollversammlung über die palästinenssische Sache steht und ein Hindernis für die Herstellung eines gerechten Friedens in diesem Raum *ist, und verurteilt* die Politik, die die USA in dieser Region zum Schaden der Befreiung aller okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien sowie zum Schaden der Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aufzuzwingen versuchen,

8. Die *Konferenz appelliert* an alle Staaten und Völker der Welt, sich jeder militärischen, menschlichen, materiellen oder moralischen Hilfeleistung für Israel zu enthalten, die es ermutigen würde, die Okkupation der palästinensischen und arabischen Territorien fortzusetzen, und erklärt, daß die nichtpaktgebundenen Länder, falls diese Staaten Israel weiterhin unterstützen, gezwungen sein werden, damit in Verbindung entsprechende Schritte zu unternehmen,

9. *Verurteilt* das Verhalten jener Staaten, die Israel Hilfe und Waffen zukommen lassen, indem sie glauben, daß das wahre Ziel der Versorgung Israels mit ungeheuren Mengen von Waffen, die Tod und Zerstörungen säen, die Stärkung Israels als Basis des Kolonialismus und Rassismus in der Dritten Welt überhaupt und in Afrika und Asien im besonderen sei,



297 Seiten, DM 14,80



297 Seiten, DM 14,80

10. *Verurteilt* die Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika, ihre gleichartige aggressive und rassistische Politik sowie ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen, in Anbetracht der Gefahr, die sie für die Sicherheit und Unabhängikeit der arabischen Länder darstellt,
11. *Verurteilt scharf* Israel wegen der Fortsetzung seiner Politik und Praxis auf den okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien, besonders aber wegen des Anschlusses gewisser Teile dieser Territorien, wie es El Kuds und andere Gebiete sind, die Anlegung israelischer Siedlungen und ihr Besiedeln mit Ausländern, das Abbrechen von Häusern, Expropriation, Ausweisung, Deportierungen, Ausmerzung, zwangsweise Aussiedlung, Massenverhaftungen und Folterungen der arabischen Völker, der Recht auf Rückkehr verhindert wird, und verurteilt genauso scharf die Zerstörung nationaler Denkmäler und Kulturgüter sowie die Gefährdung der Freiheit, des Glaubens und der Ausübung religiöser Zeremonien, die Nichtanerkennung der Rechte von Einzelpersonen und die gesetzwidrige Ausbeutung von Naturreichtümern und Quellen der okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien und ihrer Bevölkerung.
12. *Verurteilt* Israel wegen der Ablehnung der Resolution des Sicherheitsrates 446 (1979), die sich auf die Anlegung von Siedlungen auf okkupierten palästinensischen und arabischen Territorien bezieht, einbezogen die Stadt El Kuds. Genauso verurteilt sie die Weigerung Israels, eine dreiköpfige Kommission des Sicherheitsrates zwecks Überprüfung der Situation in Verbindung mit diesen Siedlungen zua kzeptieren,
13. *Erklärt,* daß eine solche israelische Politik und Praxis die UNO-Charta ernstlich verletzt, vor allem die Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität, des internationalen Rechtes, die Resolutionen der Vereinten Nationen, die Allgemeine Deklaration über Menschenrechte und die Vierte Genfer Konvention, die sich auf den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten bezieht, sowie daß eine solche Politik und Praxis das Haupthindernis für die Herstellung eines gerechten Friedens im Nahen Osten sind,
14. *Bestätigt erneut,* daß alle Maßnahmen, die Israel zwecks Veränderung der politischen, menschlichen, geographischen, sozialen, kulturellen und religiösen Merkmale auf dem okkupierten palästinensischen und den arabischen Territorien ergriffen hat, ungültig und gesetzwidrig sind, und *verlangt,* daß Israel sie sofort aufhebt und ihre Durchführung einstellt. Sie ruft die Länder der Welt auf, sich gleich welchen Aktes zu enthalten, den Israel ausnützen könnte oder der ihm als Ausrede für die Durchführung seiner Politik dienen könnnte,
15. Die Konferenz *erachtet,* daß Israel für alle Aktionen, deren Ziel es ist, den Boden auf den okkupiertern palästinensischen und arabischen Territorien zu verändern, auszubeuten, zu vernichten oder zu expropriieren, die Verantwortung trägt,

16. Sie *bestätigt* das Recht der arabischen Staaten und Völker, deren Territorien unter israelischer Okkupation stehen, ihre natürlichen und anderen Quellen ständig, vollkommen und wirklich zu beherrschen, und die Kontrolle über ihre wirtschaftlichen Reichtümer und Aktivitäten auszuüben, sowie ihre Rechte, diese Quellen zurückzugewinnen und voller Ersatz für die Ausbeutung dieser Quellen sowie für den Schaden zu erhalten, der ihnen zugefügt wurde,

17. Sie *unterstreicht erneut* die Notwendigkeit des Abbruchs aller Beziehungen mit Israel – der diplomatischen, konsularischen, kulturellen, sportlichen, touristischen, der Kommunikationen u.a. – auf allen amtlichen und nichtamtlichen Niveaus, und ruft die nichtpaktgebundenen Länder, die das noch nicht getan haben, auf, in diesem Sinne Aktionen zu unternehmen,
18. Die Konferenz *appelliert* an alle nichtpaktgebundenen Länder, sich dem arabischen Boykott Israels anzuschließen und ihre Anstrengungen in dieser Richtung mit den übrigen Ländern der Dritten Welt zu koordinieren, zwecks Anwendung des Boykotts gegen alle rassistischen Regime, vor allem gegen jene in Palästina und in Südafrika,

19. Die Konferenz *bestätigt* das Recht der arabischen Länder und der Palästinensischen Befreiungsorganisation, in allen Formen, militärischen und politischen, einen Kampf zu führen, und alle Mittel zu nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, um die Befreiung ihrer okkupierten Territorien und die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volks zu verwirklichen, sowie Maßnahmen zu ergreifen zwecks Widerstandes gegen alle Kompromißlösungen, die diesen Rechten nicht Rechnung tragen,
20. Die Konferenz *betont,* daß die Unterstützung, die die nichtpaktgebundenen Länder den arabischen Ländern für die Befreiung ihrer Territorien gewähren, sowie für die Wiedererlangung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, eine Verantwortung und Verpflichtung ist, die aus den Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und ihrer Ziele hervorgehen.

Genauso unterstreicht sie, daß diese Unterstützung auf aktive und wirksame Weise von allen nichtpaktgebundenen Ländern zum Ausdruck gebracht werden soll,
21. Die Konferenz *äußert* ihre Unterstützung für die territoriale Integrität Libanons, für die Einheit seines Volkes und für seine Unabhängigkeit und Souveränität, und *verurteilt* scharf Israel wegen seiner fortwährenden Aggression in Libanon sowie wegen seiner Weigerung, sich von gewissen Stellen zurückzuziehen, die weiterhin unter seiner Okkupation stehen. Sie *verurteilt* ferner seine Versuche, die Okkupation von Südlibanon über seine Agenten zu legalisieren, mit dem Ziel, die territoriale Integrität Libanons und die Einheit seines Volkes zu verletzen, und verlangt vom Sicherheitsrat, die Resolutionen zu realisieren, die er über die Frage des Libanon angenommen hat, besonders die Resolution 425 (1978) und 426 (1978), und gegen Israel Maßnahmen zu ergreifen, die im Kapitel VII der UNO-Charta vorgesehen sind, damit seiner ständigen Aggression gegen Libanon Einhalt geboten und die Verschlechterung der Situation in diesem Raum eingestellt wird,
22. Die Konferenz *äußert* ihre tiefe Besorgnis wegen den Erklärungen gewisser imperialistischer und kolonialistischer Kreise, in denen man mit Gewaltanwendung gegen Länder droht, die Erdölproduzenten sind, besonders aber gegen arabische Länder. Sie *verurteilt* diese Erklärungen, die sie als Faktoren betrachtet, welche Unruhe und Besorgnis in die internationalen Beziehungen hineintragen,
23. Die Konferenz *ruft* die nichtpaktgebundenen Länder *auf,* wirksamer im breiteren internationalen Kontext tätig zu sein, in den Vereinten Nationen und ihren Agenturen sowie in verschiedenen internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, zwecks Verstärkung des Drucks auf Israel und damit ihm, falls notwendig, der Verlust der Mitgliedschaft in diesen Körperschaften angedroht wird,
24. Die Konferenz *ruft* die nichtpaktgebundenen Länder *auf,* eine Aktion in Richtung der Einberufung einer Sondertagung oder einer speziellen Tagung der UNO-Vollversammlung zu unternehmen, die der Erörterung des Palästinaproblems gewidmet wäre, zwecks Ergreifung von Maßnahmen, die die Realisierung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die Zurückziehung Israels aus den okkupierten arabischen und palästinensischen Territorien garantieren würde,
25. Die Konferenz *ruft* die Außenminister der nichtpatkgebundenen Länder auf, im Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution auf der 34. Tagung der UNO-Vollversammlung den Standpunkt der Konfernz über das Nahostproblem und die Palästinafrage zu äußern,
26. Die Konferenz *beschließt,* den Punkt „Nahöstliche Situation" in die Tagesordnung der Außenministerkonfernzen der nichtpaktgebundenen Länder und der Treffen des Koordinationsbüros aufzunehmen.

Resolution über Jerusalem (El Kuds)
Die vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna abgehaltene Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder,
Eingedenk sämtlicher Resolutionen des Sicherheitsrates, der Vollversammlung, der Organisation der Afrikanischen Einheit und der Konferenzen der blockfreien Länder, die sich auf Jerusalem beziehen,
In dem Erachten, daß sich die internationalen Konferenzen im Prinzip der Übertragung der Hauptstadt der zionistischen Gesamtheit nach Jerusalem widersetzen,
In dem Erachten, daß die palästinensische Sache, einschließlich Jerusalem, die Schlüsselfrage des Nahostproblems ist,
In dem Erachten, daß Israel seine Politik der Aggression, des Expansionismus, der Annektierung, der zionistischen Kolonisierung und der Deformierung der Kulturmerkmale von Jerusalem auch weiterhin beharrlich fortsetzt, und
In dem Erachten, daß Israel die Maßnahmen der Judaisierung Jerusalems und der Eliminierung seines arabischen Charakters erweitert und verstärkt hat,
1. *Bestätigt erneut* die Unerläßlichkeit der Befreiung Jerusalems und der Bewahrung seines historischen Charakters und Anblicks. Sie *bestätigt* auch erneut, daß die Stadt Jerusalem ein integraler Teil der okkupierten arabischen Territorien ist,
2. *Verurteilt* die Maßnahmen der Annexion, der ständigen Judaisierung und verstärkten Vermögenseinziehung in Jerusalem und *beharrt* auf der Unerläßlichkeit der Befreiung der Stadt von der zionistischen Kolonisierung und auf der Herstellung der arabischen Souveränität über sie,

3. *Fordert,* daß Israel gezwungen werden soll, die Resolutionen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung, die sich auf Jerusalem beziehen, zu erfüllen; *erklärt* alle gesetzwidrigen Maßnahmen, die Israel in der Stadt unternommen hat, für null und nichtig und verlangt deren Aufhebung,
4. *Verwirft und verurteilt* jeden Versuch jedweden Staates, Jerusalem als Hauptstadt der rassistischen Gesamtheit von Israel anzuerkennen und *erklärt,* daß niemand das Recht hat, eine einseitige Stellung oder Maßnahme in Bezug auf die Stadt anzunehmen.

Verurteilung des Angriffs des Regimes Smith-Muzorewa auf Moçambique

Die Sechste Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder, die vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna stattfand,
Tief besorgt wegen des Angriffs, den das Regime Smith-Muzorewa auf die Volksrepublik Moçambique am 5., 6. und 7. September 1979 im Limpopotal unter Einsatz von „Mirage"-Jagdbombern und Hubschraubern zwecks Luftlandeangriff ausgeführt hat,
Tief erbittert über die Ermordung von Männern, Frauen und Kindern aus Moçambique und Flüchtlingen aus Zimbabwe auf dem Territorium Moçambiques,
In der Überzeugung, daß diese Aktionen eine offene Herausforderung dieser Sechsten Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder darstellen,
Sich *bewußt,* daß es zu diesen Angriffen in einem Augenblick gekommen ist, da die Organisation für die Einheit Afrikas und die Bewegung nichtpaktgebundener Länder ihre vorbehaltlose Unterstützung der Patriotischen Front als einzigem legitimen Vertreter des Volkes von Zimbabwe bekräftigen,
Darauf *hinweisend,* daß diese Angriffe eine direkte Folge der internationalen Stellung der Volksrepublik Moçambique und ihrer festen Unterstützung für die Patrioten von Zimbabwe sind, im Einklang mit den Prinzipien, von denen sich die Bewegung nichtpaktgebundener Länder leiten läßt,
1. *Erklärt,* daß die solidarische Unterstützung der Volksrepublik Moçambique und des Kampfes des Volkes von Zimbabwe für Freiheit und Unabhängigkeit weiterhin eine vorrangige Frage der Bewegung nichtpaktgebundener Länder sein wird,
2. *Bestätigt,* daß gleichwelche Aggression des illegalen Regimes in Rhodesien gegen unabhängige afrikanische Staaten einen Akt der Aggression gegen alle nichtpaktgebundenen Länder und gegen die internationale Gemeinschaft im ganzen darstellt,
3. Erhebt *Anklage* gegen die aggressive Politik des Regimes Smith-Muzorewa und ruft alle Staaten und Organisationen auf, noch energischer das rhodesische Regime zu verurteilen, wie auch die Länder, die es unterstützen, bewaffnen und anerkennen,
4. *Verurteilt* das rhodesische Regime wegen der verbrecherischen Aggressionsakte gegen die Volksrepublik Moçambique und das Lager der Flüchtlinge aus Zimbabwe auf dem Territorium dieses Landes, wie auch gegen andere Länder der ersten Frontlinie.
5. *Verurteilt energisch* die konstante politische, wirtschaftliche, militärische und andere Zusammenarbeit verschiedener Westmächte und anderer Länder, besonders Südafrikas und Israels, mit dem rhodesischen rassistischen Regime.

Friedliche Beilegung von Streitfällen zwischen den blockfreien Ländern
– Arbeitspapier (Jugoslawien) –

Die auf der 6. Konferenz in Havanna versammelten Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder,
Ausgehend von der Überzeugung, daß die Politik und die Bewegung der Blockfreiheit das Streben der Menschheit nach Frieden und Sicherheit zwischen den Ländern und deren Entschlossenheit eine neue und gerechtere politische, wirtschaftliche und soziale Weltordnung zu errichten, symbolisiert; daß sich die Bewegung der Blockfreiheit, als unabhängige und nichtpaktgebundene Kraft, für das Recht aller Völker auf Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, auf den eigenen unabhängigen Entwicklungsweg sowie auf die Beteiligung an der Lösung der Weltkonflikte und -streitigkeiten, darstellt,
Überzeugt, daß die Solidarität und Einheit in der Bewegung der Blockfreiheit und ihre Zusammenarbeit mit den anderen Entwicklungsländern eine unerläßliche Bedingung für die Erfüllung der Mission dieser Bewegung, als Faktors des Friedens in der Welt, im Kampfe um gerechtere in-

ternationale Beziehungen auf der Grundlage der Einheit, in der schrittweisen Überwindung der Block- und anderen Teilungen sowie in der Milderung und Eliminierung der Weltkonflikte und Streitigkeiten, darstellt,

Im Auge behaltend, daß für die Erfüllung der oben erwähnten Mission alle blockfreien Länder in ihren gegenseitigen Beziehungen folgerichtig an den Prinzipien der Blockfreiheit und der Charta der Vereinten Nationen sowie an der Politik der Prinzipien der aktiven friedlichen Koexistenz, die aus der Deklaration über die Grundsätze des Völkerrechts zu freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Organisation der Vereinten Nationen hervorgehen, sowie an der Resolution über die Pflichten des Staates im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten bei deren Formulierung und Annahme gerade die blockfreien Länder eine wesentliche Rolle spielten, festhalten sollen,

Eingedenk dessen, daß jeder Staat verpflichtet ist, sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates gerichtet sind, was auf jedwede Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist, verurteilen sie jede Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt, um die bestehenden Grenzen eines anderen Landes zu verletzen, oder um als Mittel zur Austragung internationaler Streitigkeiten, einschließlich der territorialen Streitigkeiten und der sich auf die Staatsgrenzen beziehenden Fragen, zu dienen,

Erneut bestätigend, daß jedes Volk das unveräußerliche Recht darauf hat, nach den eigenen Bedingungen, Bedürfnissen und Möglichkeiten über seine politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Ordnung und über seine Beziehungen zu den anderen Ländern, ohne Einmischung seitens gleichwelchen anderen Staates in welcher Form immer, zu entscheiden; daß alle Staaten der Welt verpflichtet sind, dieses Recht zu achten und daß jeder Versuch, von außen den Völkern eine gesellschaftliche oder politische Ordnung aufzuzwingen, den Weltfrieden bedroht,

Mit der Hervorhebung ihres Festhaltens an den auf allen bisherigen Versammlungen der blockfreien Ländern, bestätigten Prinzipien und Standpunkten über die Beilegung von Streitfällen ohne Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt, die besonders im Programm für Frieden und internationale Zusammenarbeit der 2. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder 1964 in Kairo genehmigt wurden, sowie an den Standpunkten der 4. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder 1973 in Algier und an den Standpunkten aus der Deklaration der Ministerkonferenz der blockfreien Länder 1978 in Belgrad und aus dem Schlußkommunique des Koordinationsbüros 1979 in Colombo,

Besorgnis darüber zum Audruck bringend, daß es in der letzten Zeit zu einer Reihe von Streitigkeiten und Konflikten zwischen den blockfreien Ländern gekommen ist, von denen manche sehr ernste Proportionen annehmen, was sich auf die Solidarität und Aktionseinheit der gesamten Bewegung negativ auswirkt, die Gefahr einer direkten oder indirekten Einmischung von außen vergrößert sowie die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und Blockfreiheit der Seiten im Konflikt gefährdet

1. *Äußern ihre Entschlossenheit* alle Streitigkeiten und Konflikte, zu denen es zwischen ihnen kommen mag, ausschließlich mit friedichen Mitteln, im Wege von Verhandlungen, Vermittlungen, guten Diensten und anderen in der Charta der Organisation der Vereinten Nationen und in den Empfehlungen der Versammlungen der blockfreien Länder enthaltenen Maßnahmen, im Einklang mit den legitimen Rechten der Völker, beizulegen. Es ist unerläßlich, daß die blockfreien Länder in den gegenseitigen Beziehungen die Prinzipien achten, für deren universale Anwendung sie sich in den internationalen Beziehungen allgemein einsetzen,

2. *Erlassen einen besonderen Aufruf* an die Regierungen der blockfreien Länder, zwischen denen gegenseitige Streitfragen bestehen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um selbst eine friedliche Lösung, an erster Stelle auf bilateralem Wege, zu finden,

3. *Empfehlen,* daß die blockfreien Länder, die sich als im Streit liegend betrachten, frühestmöglich auf gegenseitige Konsultationen eingehen, um eine gegenseitig annehmbare Weise der friedlichen Beilegung des Streitfalles, im Einklang mit dessen Umständen und Natur, zu finden,

4. *Geben Ihrer tiefen Überzeugung Ausdruck,* daß alle blockfreien Länder den streitenden Seiten mit bilateralen Mitteln, verschiedenen Formen guter Dienste und mit anderen Mitteln zur friedlichen Beilegung der Streitfälle, sowie im Rahmen ihrer regionalen Organisationen, wie z. B. der Organisation der Afrikanischen Einheit, und falls notwendig auch mit Hilfe der Vereinten Nationen, beistehen können. Sie betonen die Bereitschaft ihrer Regierungen, sich einzeln oder kollektiv in dieser Richtung zu engagieren,

5. *Erachten,* daß die blockfreie Bewegung den streitenden Seiten helfen kann, rechtzeitig zu verhindern, daß sich solche Streitigkeiten in bewaffnete Auseinandersetzungen verwandeln. In dieser Hinsicht empfehlen sie, wenn die streitenden Seiten darum ansuchen, informelle Gruppen ad hoc für die Leistung guter Dienste gegenüber den streitenden Seiten und für die Anregung friedlichen Lösungen mittels Verhandlungen, Vermittlungen, guter Dienste und anderer in der Charta der Organisation der Vereinten Nationen enthaltenen Maßnahmen zu bilden. Die Zusammensetzung dieser Gruppen wäre in Abhängigkeit von den konreten Situationen, der Natur der Auseinandersetzung und den Standpunkten der streitenden Seiten zu bestimmen. Die streitenden Seiten können selbst solche Gruppen vorschlagen oder sich, nach ihrem eigenen Ermessen, an jedwedes blockfreie Land oder jedwede Gruppe der blockfreien Länder um Dienste in diesem Sinne werden,
6. *Betonen,* daß kein wie immer geartetes Verfahren zur friedlichen Beilegung der Streitfälle zwischen den blockfreien Ländern auf eine wie immer geartete Weise die möglichen Verfahren, die im Rahmen der sehr nützlichen entsprechenden regionalen Organisationen, wie der Organisation der Afrikanischen Einheit, zur friedlichen Beilegung der Streitfälle im Gange wären, behindern würde. In solchen Fällen könnten gerade die blockfreien Länder die Aktionen beziehungsweise die Anregung der Aktionen der regionalen Organisationen unterstützen,
7. *Empfehlen besonders,* daß die streitenden Seiten den Mechanismus der UNO für die friedliche Beilegung von Streitfällen und die in der UNO-Charta und in den anderen Dokumenten der UNO vorgesehene Prozedur nutzen. Sie unterstreichen die Bereitschaft ihrer Regierungen, dies zu unterstützen und jede Hilfe dabei zu leisten. Die blockfreien Länder sollen in diesem Rahmen einen vollen und aktiven Beitrag zu den Bemühungen der UNO um die Verfassung und Annahme der Deklaration über die friedliche Beilegung von Streitfällen leisten,
8. *Fordern die Streit- oder Konfliktpartner auf,* jeden bona fide Vorschlag für die Leistung von guten Diensten oder Vermittlungen, die ihnen ein drittes blockfreies Land oder eine Gruppe der blockfreien Länder, die in den Streit nicht verwickelt sind, anbieten kann, mit gebührender Aufmerksamkeit zu erwägen. Das Verfahren der guten Hilfeleistung beziehungsweise der Vermittlung wird auf die Weise und im Rahmen durchgeführt, die für alle Streit- oder Konfliktpartner annehmbar sind,
9. *Weisen darauf hin,* daß die Vorschläge und Initiativen zur Vermittlung in entsprechender Weise, mit der notwendigen Diskretion, vorgebracht werden sollen,
10. *Heben die Unerläßlichkeit hervor,* daß die streitenden Seiten und andere Staaten sich jeder Handlung enthalten, wodurch die Situation erschwert und die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit gefährdet werden kann; der etwaige Fehlschlag des vorgesehenen Verfahrens entbindet die Streit- oder Konfliktparteien nicht der Verpflichtung, sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten und die Bemühungen um die Beilegung der Streitfälle auf friedlichem Wege fortzusetzen. Sie können in einem solchen Fall, als Geste der Bereitwilligkeit und des guten Willens, die blockfreie Bewegung und die blockfreien Länder über ihre Standpunkte unterrichten,
11. *Beschließeln,* daß diesem Aspekt der Beziehungen zwischen den blockfreien Ländern auch weiterhin volle Aufmerksamkeit zu widmen ist und daß das Koordinationsbüro in New York bis zur nächsten Ministerkonferenz 1981 in Delhi diese Frage studieren und entsprechende Empfehlungen geben soll.

Resolution über das internationale Jahr der Invaliden

Die Sechste Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder, die vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna stattgefunden hat,
Verweist auf die Resolution der UNO-Vollversammlung 3447/30 vom 9. Dezember 1975, die sich auf die Deklaration über die Rechte der Invaliden bezieht,
Verweist auf die Resolution der UNO-Vollversammlung 123/31 vom 16. Dezember 1976, mit welcher das Jahr 1981 zum Internationalen Jahr der Invaliden verkündet wird,
Erinnert an die Resolution der Vereinten Nationen Nr. 133/32 vom 16. Dezember 1977 und 170/33 vom 20. Dezember 1978, die sich auf das Internationale Jahr der Invaliden beziehen,
Verweist auf die Resolution 594, die vom Ministerrat der Organisation für afrikanische Einheit auf ihrer dreißigsten ordentlichen Tagung angenommen wurde, welche in Tripolis vom 20. bis 28. Januar 1978 stattgefunden hat, sowie auf die Resolution des Ministerrats der Organisation für afrikanische Einheit vom Treffen in Monrovia, das vom 6. bis 15. Juli 1979 abgehalten wurde,

Tief überzeugt von der Notwendigkeit, daß die nichtpaktgebundenen Länder dem Internationalen Jahr der Invaliden einen konkreten Beitrag leisten,
Beschließt:
1. Dem Internationalen Jahr der Invaliden *Hilfe* und *Unterstützung* zu gewähren und im Rahmen der Vereinten Nationen an der Sicherung seines Erfolgs tätig zu sein,
2. die Mitgliedstaaten *aufzurufen,* sich mit dem Problem der Invaliden zu befassen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, damit sie auf entsprechende und konkrete Art und Weise zum Internationalen Jahr der Invaliden beitragen,
3. Möglichkeiten der Einberufung eines Treffens auf dem Niveau der nichtpaktgebundenen Länder zu *prüfen,* auf dem über die besten Wege zur Verwirklichung der Ziele des Internationalen Jahres der Invaliden und über die Durchführung der in der Deklaration über ihre Rechte enthaltenen Prinzipien gesprochen würde.

Protesterklärung von 138 Verlagen der Bundesrepublik und des Auslands anläßlich des Besuchs von Bundespräsident Karl Carstens auf der Frankfurter Buchmesse am 14. Oktober 1979

(Wortlaut)

Während des heutigen Besuchs des Bundespräsidenten Carstens auf der Frankfurter Buchmesse kam es in Halle 6 zu einem skandalösen Vorfall:
Ein Messebesucher, der Flugblätter verteilte, mit denen auf die politische Vergangenheit des Bundespräsidenten aufmerksam gemacht wurde, ist von einem den Bundespräsidenten begleitenden Sicherheitsbeamten brutal niedergeschlagen worden. Der Bundespräsident und seine Begleiter ließen den Verletzten am Boden liegen und verschwanden. Messebesucher und Mitarbeiter von angrenzenden Verlagsständen kümmerten sich um den Bewußtlosen, bis der Sanitätsdienst eintraf und ihn ins Krankenhaus brachte.

Als ausstellende Verlage protestieren wir gegen einen derartigen Messebesuch und die Unterlassung der menschlich und juristisch gebotenen Hilfeleistung für den Verletzten.

Frankfurt/M., den 14. Oktober 1979

Verlage der Bundesrepublik und Westberlins
Ästhetik und Kommunikation, Berlin – Anabas-Verlag, Gießen – Anrich-Verlag, Modautal-Neukirchen – Argument-Verlag GmbH, Berlin – Asso Verlag, Oberhausen – Atelier im Bauernhaus, Fischerhude – az - Die andere Zeitung, Frankfurt – Barudio & Hess Verlag, Frankfurt – Basis Verlag GmbH, Berlin – Reinhard Becker Verlag, Worms – Beltz und Gelberg Verlag, Weinheim – Literarischer Verlag A. Braun GmbH, Köln – Brücken-Verlag, Düsseldorf – Courage - Frauenverlags GmbH, Berlin – Damnitz-Verlag GmbH, München – deb-Verlag, das europäische buch, Berlin – Die Neue, Zeitungs- und Verlags-GmbH, Berlin – Horst-Werner Dumjahn Verlag, Mainz – Edition der 2, Berlin – Edition Venceremos, Rüsselsheim – Elefanten Press, Berlin – Wolfgang Fietkau Verlag, Berlin – Focus-Verlag, Gießen – Frauenselbstverlag, Berlin – Galerie 70 Edition GmbH, Berlin – Peter Hammer Verlag, Wuppertal – Harlekin Presse, Pforzheim – Henssel Verlag, Berlin – F. Hirthammer Verlag GmbH, München – Julius Hoffmann Verlag, Stuttgart – Hoffmann & Campe Verlag, Hamburg – Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg – Intercosmic System-Verlag, Frankfurt – Jugenddienst-Verlag, Wuppertal – Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln – Karin Kramer Verlag, Berlin – Kübler Verlag, Lampertheim – Langewiesche-Brandt Verlag, Ebenhausen – Informationspresse C. W. Leske, Verlag GmbH, Köln – Lutherisches Verlagshaus, Hamburg – Merlin Verlag, Hamburg – Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt – Neuer Konkret Verlag Gmbh, Hamburg – Neukirchener Verlag des Erziehungsvereins GmbH, Neukirchen-Vluyn – Oberbaumverlag, Berlin – pädex Verlags GmbH, Bensheim – Pahl-Rugenstein Verlag, Köln – Pawel Pán Presse, Dreieich – Plakaterie GmbH, Galerie-Edition-Verlag, Nürnberg – Plambeck-Verlag, Neuss – Poll-Editionen, Berlin – pro media gmbh, Berlin – Prometh Verlag GmbH, Köln – relief verlag Eilers, München – Robinson, Frankfurt – Röderberg-Verlag GmbH, Frankfurt – Roloff & Seeßlen, Schondorf – Rotation Verlag, Berlin – Rotbuch Verlag, Berlin –

Satire Verlag, Köln – Die Schmiere - Rudolf Rolfs, Frankfurt – Schwiftinger Galerie-Verlag, Schwiftingen – Sozialpolitischer Verlag, Berlin – Spuren-Verlags GmbH, Köln – Steidl Verlag, Göttingen – Swan Verlag, Kehl/Rh. – Taurus Press, Hamburg – Redaktion „Titanic", Frankfurt – Trikont Verlag GmbH, München – tvd-Verlag GmbH, Düsseldorf – Union Verlag GmbH, Stuttgart – Urania-Verlagsauslieferungen GmbH, Waakirchen – Verlag Die Arbeitswelt, Berlin – Verlag Autoren-Edition, München – Verlag für Ausbildung und Studium GmbH, Berlin – Verlag Bartels & Wernitz KG, Berlin-München, Frankfurt – Verlag J. H. W. Dietz Nachf. und Neue Gesellschaft, Bonn – Verlag Frauenoffensive, München – verlag frauenpolitik gmbh, Münster – Verlag Klaus Guhl, Berlin – Verlag Georg Heintz, Worms – Verlag Bücherstube Ilona Hodes, Mettmann – Verlag Eduard Jacobsohn, Berlin – Verlag Jugend & Politik, Frankfurt – Verlag Ute Kierdorf, Lindlar – Verlag Hans-Peter Kock, Bielefeld – Verlag Lamuv, Bornheim-Merten – Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt – Verlag Medien & Kultur GmbH, Nürnberg – Verlag A. Nagel, Berlin – Verlag Neue Kritik, Frankfurt – Verlag Neue Zeit GmbH, Kiel – Verlag Neuer Weg, Stuttgart – Verlag Monika Nüchtern, München – Verlag J. P. Peter, Rothenburg o. d. T. – Verlag Pläne GmbH, Dortmund – Verlag J. Reents, Hamburg – Verlag Klaus G. Renner, Erlangen – Verlag Roter Stern, Frankfurt – Verlag Klaus Wagenbach, Berlin – Verlag Wissenschaft und Politik, Köln – Verlag Zweitschrift, Hannover – Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt – Weismann Verlag - Frauenbuchverlag, München – Weltkreis-Verlag, Dortmund

Ausländische Verlage

Dänemark: Informations Forlag ApS, Copenhagen – *Finnland:* Tammi Publishers, Helsinki – *Frankreich:* Editions Retz Elina, Paris – *Großbritannien:* Marion Boyars Publishers Ltd., London – John Calder, Publ., London – Merlin Press, London – Penguin Books Limited, Harmondsworth, Middlesex – *Italien:* Giangiacomo Feltrinelli Editore, Milano – *Niederlande:* Drukwerk in de Marge, Amsterdam – Uitgeverij en boekhandel van Gennep, Amsterdam – Uitgeverij Heureka, Nieuwkoop – Kosmos, Amsterdam – Het Wereldvenster, Baarn – *Norwegen:* Pax Forlaget A/S, Oslo – *Österreich:* edition neue texte, Linz – Octopus-Verlag, Wien – *Schweden:* Wahlström & Widstrand, Stockholm – *Schweiz:* Amboss Verlag, St. Gallen – Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich – pendo-verlag, Zürich – Reich Verlag, Luzern – Regenbogen-Verlag, Zürich – Sphinx Verlag, Basel – Strömfeld Verlag AG, Basel – Unionsverlag, Zürich – Verlag Mattyas Jenny, Basel – Verlag Marva, Genf – Verlag Sauerländer, Aarau-Frankfurt-Salzburg – Verlag Die Waage, Zürich-Hamburg – Z-Verlag, Basel – Zytglogge Verlag, Gümlingen – *USA:* Monthly Review Press, London-New York – Shorewood Reproductions, New York, N.Y.

Über die vorstehende Protesterklärung in- und ausländischer Verlage, die auf Initiative des Pahl-Rugenstein Verlags zustandekam, in dessen Standnähe sich der Zwischenfall ereignet hatte, wurde in zahlreichen Tageszeitungen und in Rundfunksendungen berichtet.

Aufruf „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel", vorgestellt am 12. Oktober 1979 anläßlich der Buchmesse in Frankfurt/M.

Auf einer Pressekonferenz am 12. Oktober 1979 wurde in Frankfurt anläßlich der Buchmesse ein Aufruf für die Aufhebung der Fünfprozentklausel mit den Namen der Erstunterzeichner der Öffentlichkeit vorgestellt. Prof. Dr. Helmut Ridder (Gießen) begründete im Gespräch mit der Presse die Initiative vor allem mit dem Hinweis darauf, daß sich der in der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß sichtbar werdenden Gefahr, die in den achtziger Jahren absehbar zunehmenden sozialen Konflikte und innenpolitischen Polarisierungen könnten mit einer Neuauflage autoritärstaatlicher Krisenbewältigungsversuche beantwortet werden, nur durch Öffnung der Parlamente für die in den letzten Jahren zu einem immer größeren Wähleranteil angewachsenen demokratischen Bewegungen begegnen ließe. Die Fünfprozentklausel gehöre zu den „wichtigsten Vehikeln des Abdriftens" der heute allein im Bundestag vertretenen Parteien „vom Volk". Ihre Beibehaltung könne daher die von ihr in ihrer Monopolstellung geschützten Parteien in Zeiten verschärft aufbrechender innenpolitischer Gegensätze nur auf dem Weg immer weiterer Demokratiebeschneidungen im Sinne der politischen Rechten treiben. Angesichts der in diese Richtung weisenden bedrohlichen Tendenz. wie sie vor allem in der Mobilisierung der autoritären Poten-

tiale unserer Gesellschaft durch die CSU ihren Ausdruck finden, sei deshalb die staatsbürgerliche Aufklärung über die verhängnisvolle Rolle der Fünfprozentklausel und deren praktische Beseitigung jetzt für alle um die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik besorgten Kräfte „ein Gebot der Stunde".
Die Initiatoren verstehen den Aufruf in diesem Sinne als einen notwendigen Anstoß zur Diskussion, werden von nun an weitere Unterschriften unter ihnen sammeln und sich vor allem auch für die stärkere publizistische Behandlung des Themas einsetzen, wofür sie alle Medien um Unterstützung bitten. Die „Blätter" dokumentieren nachstehend den Aufruf und die einführenden Bemerkungen Prof. Ridders im Wortlaut und werden in einem der nächsten Hefte ausführlicher auf das Thema zurückkommen. D. Red.

Wortlaut des Aufrufs „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel"

Seit 1952 beeinträchtigt die Fünfprozentklausel die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der Bundesrepublik. Angeblich soll sie einer Parteienzersplitterung vorbeugen und die Stabilität der Demokratie gewährleisten. Tatsächlich verletzt sie die politische Chancengleichheit, hat sie sich als Hindernis für die Verteidigung der Demokratie erwiesen und leistet heute unverkennbar nur politischen Rechtsentwicklungen Vorschub.
Die zwischen dem parlamentarisch kaum noch vermittelten Volkswillen und der Praxis der Bundestagsparteien aufgebrochene Kluft wird heute vor allem der jungen Generation bewußt. Die allgemein beklagte politische Legitimationskrise hat eine ihrer Hauptursachen darin, daß die Forderungen und Alternativvorstellungen breiter Bürgerbewegungen aufgrund der Fünfprozentklausel parlamentarisch nicht wirksam werden können. Wo legitimen Interessen der Weg zur politischen Umsetzung versperrt ist, sind Resignation und Rückzug aus der Politik verständliche Folgen. Die Rechtskräfte versuchen, dieses Unbehagen für sich zu nutzen, indem sie den Wählern in Gestalt des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß den „starken Mann" als Krisenausweg anbieten. Die sozialliberalen Parteien aber bleiben, solange alternativen demokratischen Kräften die Parlamente verschlossen sind, dem Nötigungsdruck der Rechtskräfte und der Versuchung ausgesetzt, sich von ihnen das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen.
Die Fünfprozentklausel begünstigt somit die Aushöhlung und Zerstörung der Demokratie im Sinne der Rechtskräfte. Sie steht in praktischem Widerspruch zu ihrer vorgeblichen Funktion, die Demokratie zu wahren. Sie wirkt sich als Fessel für deren Verteidiger aus. Sie verhindert die zur Abwehr der Offensive der Rechtskräfte heute dringend erforderliche Belebung der parlamentarischen Demokratie durch die in unserer Gesellschaft entstandenen vielfältigen Alternativbewegungen.
Daher appellieren wir an die gesamte demokratische Öffentlichkeit und die Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden, sich für die Aufhebung der Fünfprozentklausel einzusetzen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die diese Klausel nur für zuläassig, aber nicht für geboten erklärt hat, steht dem nicht im Wege. Die Diskussion hat begonnen, sie muß jetzt zu praktischem Erfolg geführt werden.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth	Heinrich Hannover	Dr. Reinhard Opitz
Prof. Dr. Klaus Altland	Prof. Dr. Walter Kreck	Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Frank Benseler	Franz Xaver Kroetz	Prof. Dr. Gerhard Stuby
Peter O. Chotjewitz	Prof Dr. Reinhard Kühnl	Gösta Freiherr v. Uexküll
Prof. Dr. Gine Elsner	Prof Dr. Jürgen A. E. Meyer	Prof. Dr. Roderich Wahsner

Geleitwort von Prof. Dr. Helmut Ridder zur Bekanntgabe des Aufrufs „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel"

Die jährlich wiederkehrende Frankfurter Buchmesse – kein Wort über Nutz und Frommen dieser Veranstaltung selbst! – ist seit Jahren auch Ort, Anlaß, Bühne, Hintergrund oder Provokation für die Vorstellung von Postulaten und Projekten, in denen sich kritische Reflexion über die politischen und sozialen Zustände und Verhältnisse unseres Landes, kurz gesagt: über seine Realverfassung, artikuliert. Auch über die Eignung solcher Nebenschauplätze für Angebote an ein spezifisches Publikum soll hier nichts auf konkreter Erfahrung mit früheren Vorgängen Beruhendes

ausgeführt werden. Ich komme vielmehr ohne Umschweife zur Sache, zu einer Sache, die für sich in Anspruch nimmt, ein nicht ganz unwichtiger Beitrag zum Abbau folgenreicher Demokratiedefizite sowohl im öffentlichen Bewußtsein als auch im Gefüge der Institute und Institutionen werden zu können. Der Aufruf wendet sich also wirklich von vornherein und unmittelbar, wie es in seinem Text heißt, „an die gesamte demokratische Öffentlichkeit". Da er aber auf einem schwierigen Sachverhalt beruht, der auch wissenschaftlich selten affektfrei analysiert worden ist, appellieren die Initiatoren in einer besonderen Weise an die mit der Materie schon Vertrauten und bitten sie um ihren analytischen Beistand.

Vorab sei lediglich noch, nachdem die Problematik der Fünfprozentklausel im Wahlrecht von Bund, Ländern und Gemeinden ja fast ebenso alt wie die Bundesrepublik selbst ist, etwas über den für die Bekanntgabe der vorliegenden Initiative gewählten Zeitpunkt angemerkt: Sie präsentiert sich an der Schwelle zu den 80er Jahren in einer Situation, die hinreichend deutlich erkennen läßt, daß allem verbissenen Festhaltenwollen an der in 30 Jahren gewachsenen scheinpluralistischen Blockierung demokratischer Prozesse zum Trotz „die kommenden Dinge" anders sein werden, daß vor allem der sich als Monopolverwalter von „Demokratie" stilisierende Verbund etablierter Kräfte in seiner Kapazität zur Problemverarbeitung überfordert ist und rissig wird – der Strauß tritt aus (mag er andere auch durch eigenes Kreidefressen vorübergehend veranlassen können, davor den Kopf in den Sand zu stecken) –, daß dieses „Bonn", das sich bislang unter freundlichem Beifall von außen soviel wegen seiner Überwindung von „Weimar" zugute gehalten hat, sich vielleicht doch nur als ein System entpuppen könnte, das nur die Uhr der Geschichte angehalten hat und die großen sozialen und politischen Konflikte unter den Teppich kehrt, statt sie zu verarbeiten und zu lösen, daß somit hochgestaute Konfliktpotentiale zu starken Polarisierungen führen, vor deren sichtbar werdender Realität die ganze konsentierte Pluralismusmythologie immer schneller dahinschmilzt.

Soeben sind nach einem von ihnen mit hohem Einsatz geführten Wahlkampf nicht spontistisch infizierte (und demgemäß auch nicht objektiv auf ihren eigenen Untergang hin arbeitende) sogenannte Grüne in ein Landesparlament eingezogen, wo sie das zu tun gedenken, was eine demokratische Selbstverständlichkeit sein sollte, was aber der Schrecken des widersinnig demokratie-monopolisierenden Establishments ist: Sie wollen „außerparlamentarische Opposition" parlamentarisch abbilden helfen und bei Entscheidungen von Staatsorganen zur Geltung bringen.

„Außerparlamentarische Opposition" – das ist das ganze Volk ebensowohl mit seinen schon entstandenen breiten Bürgerbewegungen, die, wie der Aufruf sagt, gerade wegen der Fünfprozentklausel parlamentarisch nicht wirksam werden können, wie auch mit allen seinen latenten Bewegungspotenzen, die wegen dieser Klausel erst gar nicht zur Entfaltung kommen. (Daß diese „außerparlamentarische Opposition" nicht mit der sich selbst mißverstehenden und sich selbst mit einem elitären Kürzel benennenden APO der 60er Jahre identisch ist, brauche ich hier sicher nicht auszuführen.) Die Fünfprozentklausel gehört eben, was noch näher zu belegen ist, zu den wichtigsten Vehikeln des Abdriftens der von ihr selbst nicht betroffenen allein parlamentarisch gegenwärtigen Parteien vom Volk. Das Volk wird vom andern Ufer der so entstandenen tiefen Kluft dann auch so eingeschätzt, wie es in den ihm wie einem Haufen von Deppen zugemuteten Wahlkampfparolen zum Ausdruck kommt, während man seinen wirklichen Willen in bezug auf die gravierenden politischen Sachfragen apokryph und demokratiezerstörend durch den gemeingefährlichen demoskopischen Unfug abhören zu können, zu dürfen und zu müssen glaubt. „Demokratie vertraulich" – welch ein haarsträubender innerer Widerspruch! Und wie vortrefflich paßt dieses vertrauliche Demoskopieren zu dem genauso vertraulichen Abhören und sonstigen Aufhäufen von trüben „Erkenntnissen" über das, was die Benutzer dieser Apparate aus eigener, demokratisch nicht legitimierter Machtvollkommenheit als undemokratisch, „verfassungsfeindlich" usw. deklarieren!

Welche Abwehrreaktionen der unerwartete Durchbruch von Bremen hervorrufen wird, ist noch nicht ganz deutlich. Immerhin ist in inneren Zirkeln bezeichnenderweise schon von einem Höherschrauben der Fünfprozentklausel die Rede gewesen, wenn auch solche Erwägungen zugleich als kaum realisierbar erkannt wurden (das „Bezeichnende" besteht darin, daß beim seinerzeitigen Einzug der NPD in einige Landesparlamente nicht einmal der Gedanke aufkam). Übrigens gibt es, was kaum bekannt ist, mancherorts, z. B. in Bayern, schon Wahlrechtsvorschriften, die die Sperrmauer im praktischen Endergebnis über fünf Prozent erhöhen können. Ich möchte

hier auch nicht handeln von den zahlreichen geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten, fraktionslose Abgeordnete parlamentarisch mundtot zu machen. Auch nicht von dem ganzen Arsenal funktionsähnlicher Waffen, mit denen immer wieder gespielt worden ist, wie etwa der Verlängerung der Legislaturperioden und der Zusammenziehung von Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen auf einen einzigen Termin, wodurch sich auch der bescheidene politisch-plebiszitäre Anzeigewert intermittierender Wahlen abschaffen ließe. Wichtiger ist, daß an der Fünfprozentklausel jetzt zumindest noch hartnäckiger festgehalten werden wird, da sie ja noch „Schlimmeres" verhüte, „Schlimmeres" an „Parteienzersplitterung" und Labilisierungseffekten für Regierungen. Deswegen – und eben im Blick auf die sich anbahnende ideologische Legitimationskrise des „Systems" von „Bonn" – ist es das Gebot der Stunde, der staatsbürgerlichen Aufklärung über die Fünfprozentklausel energisch den Weg zu bahnen, der Aufklärung über ein Wahlrechtsinstitut, zu dessen Siegestrophäen in der Geschichte der Bundesrepublik nicht nur der weitgehende praktische Leerlauf der Parteiengründungsfreiheit nach Art. 21 Abs. 1 GG, sondern auch die Zerstörung von schon vorhandenen Parteien mit doch nicht unbeträchtlichem demokratischen Potential, wie der Bayernpartei und des Zentrums, gehören. Es geht also auch um die Entlarvung der zweckdienlichen Legende um die angeblichen Folgen der „Parteienzersplitterung" von Weimar, der die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts prompt aufgesessen ist und die immer wieder bemüht wird, um die demokratieverkürzenden Institute der rechtlichen und der Realverfassung der Bundesrepublik zu rechtfertigen und zu verfestigen.

Damit bin ich bei der kardinalen Frage, deren richtige Beantwortung den Schlüssel zum Verständnis der Funktion der Fünfprozentklausel des bundesdeutschen Wahlrechts liefert. Es ist ganz allgemein die Frage nach dem Verhältnis der Bundesrepublik zu „Weimar" und zum „Dritten Reich" sub specie der Demokratie. Nach der offiziellen Lesart, die ihr Unwesen auch in den meisten Schulen unseres Landes treibt, die aber nicht in der Lage ist zu begreifen, daß auch Demokratie nicht durch Verkürzung vermehrt werden kann und nicht durch Verkürzung zu bestrafen ist, wenn sie von Nicht-Demokraten ruiniert worden ist, handelt es sich um ein Verhältnis erkennender und lernender Nutzbarmachung leidvoller Erfahrungen (wogegen in Sachen NSDAP zu bemerken ist, daß die hinter ihr stehenden bekannten Millionen der sich ganz am Ende freilich etwas verspekuliert habenden Förderer den Sperreffekt einer Fünfprozentklausel spielend bagatellisiert hätten und im übrigen durch eine Fünfprozentklausel die Resorbierung der die Reichsrepublik perhorreszierenden, aber nicht prononciert faschistischen Kräfte durch die Nazi-Partei nur beschleunigt worden wäre). Nach einer allzu schlichten „linken" Lesart hingegen, die natürlich bei der Fabrikation der veröffentlichten Meinung keine Rolle spielt, soll die Bundesrepublik eine verkappte und sich nach Maßgabe der Opportunität entblätternde Fortsetzung des „Dritten Reichs" sein. Beides ist falsch und führt zu maßlos törichten Kontroversen. Die dominante Lesart verdirbt vor allem das Verhalten der in den Schlüsselstellungen stehenden Generation, während das „linke" Primitivschema die demokratische Einsatzbereitschaft der Heranwachsenden lähmt oder fehlorientiert. Fast möchte man einen Vergleich mit den primitivierten Kämpfen um die Deszendenztheorie nach dem Aufkommen des Darwinismus wagen: Damals stritten Stolz oder Trauer über die vermeintliche „Abstammung" des Menschen „vom Affen" mit dem „Köhlerglauben" buchstabentreuer Bibelfestigkeit. Die Primatenforschung hat längst hinreichend richtiggestellt, daß Menschen und Hominiden in der Ahnentafel zusammenfließen. So faßt die Ahnentafel der Bundesrepublik mit „Weimar", das alles andere als ein demokratischer Garten Eden war, auch die antidemokratischen Quellen des ja nicht aus der Hölle geborenen gigantischen Antidemokratismus des „Dritten Reichs" zusammen, dessen Mentalitätsstrukturen mangels revolutionärer Veränderungen im Zusammenhang mit der Zerschlagung seines staatlichen Machtapparats noch nicht abgestorben sein können.

Was ich mit diesem natürlich nur einen assoziativen Anstoß vermittelnden „Vergleich" herausstellen wollte, ist die immer wieder übersehene dreifache schlichte Wahrheit, daß erstens den Nazis die Eroberung der staatlichen Macht nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht auf die vom Anfang der Republik an gegebene breite Bereitschaft zur Abtreibung der den kaum veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen aufgesetzten Formen parlamentarischer Demokratie gestoßen wären, daß zweitens diesem altererbten Potential preußisch-deutschen antidemokratischen Widerstands das ganze Arsenal demokratieverkürzender Vehikel und Requisiten vom sogenannten Hausgut der Exekutive bis zum konstruktiven Mißtrauensvotum, zur Diskreditierung der Sachplebiszite, zur Bevormundung des demokratischen Souveräns durch sogenannten Hüter

der Verfassung, zur politischen Verherrlichung eines dem realen „repräsentativ" entgegengesetzten „hypothetischen Volkswillens", zur auch damals schon ernsthaft als Rettungsanker anvisierten Fünfprozentklausel usw. usw. entstammt und daß es daher drittens die Wahrheit auf den Kopf stellt und der erneuten Selbstverstümmlung der Demokratie Vorschub leistet, wenn man nun ausgerechnet das, was aus dieser Kiste damals noch nicht in die Tat umgesetzt worden ist, zu Sanierungszwecken meint benutzen zu können. Damit wird auch die in dem Aufruf enthaltene These erhärtet, daß die Fünfprozentklausel nicht etwa „paritätisch" nach „links" und „rechts" wirkt, sondern zugunsten der in dem Aufruf (der Kürze halber notgedrungen) als „Rechtskräfte" bezeichneten Formation (genauer und mit ausführlicher Erläuterung wäre hier also von „antidemokratischen" Kräften und Tendenzen zu sprechen gewesen). Der NPD und ähnlichen Gründungen, die sich als Zugpferde antidemokratischen Gesinnungsverfalls und damit Garanten des gesellschaftlichen Status quo einer gewissen Wertschätzung erfreuen, wird heute – Fünfprozentklausel hin, Fünfprozentklausel her – schon im Blick auf die Sensibilität unserer westeuropäischen Nachbarn kurzerhand der Hahn der Subsidien abgedreht, wenn sie auch als eigenständige Organisationen übermäßig in Erscheinung treten – bis jeweils zur nächsten Gründung einer Partei, die, obwohl viele andere vegetieren, immer die „vierte" genannt wird (alles andere „zählt" eben nicht, aktiviert es doch demokratisches Veränderungspotential).

Sollte nach all dem der Eindruck entstanden sein, der Aufruf sei eine Art Kriegserklärung an die etablierten Parteien, wäre er völlig mißverstanden. Er appelliert ja nicht zuletzt an die Mandatsträger eben dieser Parteien, in deren Hand die Verwirklichung seines Anliegens stehen würde. Natürlich will er nicht etwa der F.D.P. der Anwalt eines von ihr selbst verkannten Eigeninteresses sein. Diese Partei, über der schon einmal, zur Zeit der Großen Koalition, das Damoklesschwert der Abschaffung des Verhältniswahlrechts gehangen hat und der die Wählerschaft eine Rückkehr zu Praktiken à la Erich Mende schlecht lohnen würde, wird mit hinreichendem Erfahrungswitz sich schon selbst Gedanken darüber gemacht haben und machen, ob ihr Verbleib im Solidarverband der Patent- und Monopoldemokraten auch den Preis eines Spiels mit dem eigenen Untergang wert sein kann. Doch geht der Appell ganz allgemein durchaus an die sozialliberalen Parteien und sogar darüber hinaus an rezeptionsfähige Teile auch der CDU. Denn die Kanzlerkandidatur Strauß signalisiert die Abendämmerung des gegenwärtigen Systems der halbierten, der nach „links" ohne Rücksicht auf klare grundrechtliche Diskriminierungsverbote militanten und nach „rechts" zumindest rechtsstaatlich korrekten Demokratie. So reift eine neue Entscheidungssituation heran. Neigt dieses System dem Ende zu, wird man sich fragen müssen, ob für das zu votieren sei, was ich vereinfacht einmal als eine Reprise des „autoritären Staats" mit einem oder mehreren „starken Männern" bezeichnen möchte, oder ob es denn vergleichsweise nicht doch vorzuziehen sei, von der neurotischen Abgrenzung nach „links" abzulassen und dem abzusagen, was der Aufruf den „Nötigungsdruck der Rechtskräfte" nennt. Eine Erwägung sollte sich den sozialliberalen Parteien und den jedenfalls mit Teilen ihrer Politik und ihrer Reformversprechungen sympathisierenden Christdemokraten aufdrängen: Das angestrengte und einlenkungsbereite Hinhören der sozialliberalen Regierungen auf das Husten der parlamentarischen Opposition ist nie honoriert worden. Der Dauerkanzler Adenauer indes hat sich einen Dreck um das Husten der seinerzeitigen Opposition gekümmert. Was hat man in dieser Beziehung von einem etwaigen Kanzler Strauß zu erwarten?

Autoren dieses Heftes

Guido GRÜNEWALD, geb. 1952, Studium der Geschichte und der Soziologie an der Universität Köln, Doktorand, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Hans KIRCHMANN*, geb. 1936 in Essen, seit 1979 Redakteur beim Norddeutschen Rundfunk, fünf Jahre für NDR und WDR Korrespondent in USA, seit Herbst 1978 in Japan, zuständig für Taiwan, Philippinen und die Koreas, jetzt ARD-Korrespondent. *** *Michael T. KLARE*, Direktor des Forschungsprojekts Militarismus und Abrüstung am Institut für Politische Studien in Washington D.C.; Verfasser eines demnächst erscheinenden Buches über Waffenverkäufe der USA an die Dritte Welt. *** *Lew SEMEJKO*, führender sowjetischer Militärexperte beim Institut für die USA und Kanada der Akademie der Wissnschaften der UdSSR. *** *Kristine v. SODEN*, geb. 1949, Diplompädagogin; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Jugendarbeit und zur psychoanalytischen Theorie. *** *Ulrich BRIEFS*, geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Ausbildung als technisch-wissenschaftlicher Programmierer, Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Technologieentwicklung und Unternehmenspolitik. *** *Dr. Roderich WAHSNER*, geb. 1938 in Freiburg/Schlesien, Professor für Arbeits- und Sozialrecht, einschließlich der sozialen Grundrechte an der Universität Bremen. *** *Dr. Hans Heinz HOLZ*, geb. 1927 in Frankfurt/M., Professor für Philosophie an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Kaspar MAASE*, geb. 1946 in Düsseldorf, Studium der Germanistik, Publizist und Lektor; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Hans BUBENZER*, geb. 1951 in Gummersbach, Mitglied des Bundesvorstandes der DFG-VK, vorher des VK, verantwortlich für Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Rechtsreferendar.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W.-Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

G 1800 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (1

Pahl-Rugenstein
Gottesweg 54
5000 Köln 51

0901
15777

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Georgi Arbatow
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Frank Barnaby
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Ernst Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Lottemi Doormann
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Hinrich Enderlein
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Johan Galtung
Hans-Jochen Gamm
Werner Godschmidt
Helmut Gollwitzer
Kurt Gossweiler
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Detlef Hensche
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Klaus Holzkamp
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Klaus Mannhardt
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Martin Niemöller
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Nikolai Poljanow
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Joachim Radkau
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Hans Günter Schumacher
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Rafael de la Vega
Heinz Oskar Vetter
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Erich Wulff
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz